

Weltmission heute Nr. 48

Frank Kürschner-Pelkmann

Visionen und kleine Schritte

Auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung



Evangelisches Missionswerk in Deutschland

Titelbild: Erntedankfest von Pablo Sanaguano Sánchez (Ecuador)
missio - Kunstkalener 1996

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW)
Redaktion: Dr. Klaus Schäfer (verantw.)
Redaktion. Mitarbeit: Margrit Gerlach, Elisabeth Mussig-Heban
Layout: Margrit Gerlach
Titelbild: Augustin Kolawole Olayinka, missio
Umschlag: Ralph S. Könecke
Druck: Breklumer Druckerei Manfred Siegel KG, Breklum 2002
Bezug: EMW, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg
Tel: 040/ 254 56-148, Fax: 040/ 254 56-448
E-mail: service@emw-d.de

(Bezug kostenlos, Spende zur Deckung der Herstellungskosten herzlich erbeten:
Konto 400 300 bei der EDG Kiel, BLZ 210 602 37)

Hamburg, Dezember 2002

ISSN: 1430-6530

Inhalt

Vorwort	5
<i>Dr. Klaus Schäfer</i>	
Einleitung	7
Waren und Dienstleistungen	9
Regionales Wirtschaften	10
Alternative Wirtschaftsformen	17
Fairer Handel	20
Grenzen des Konsums	23
Die Verteidigung des „öffentlichen Raums“	25
Die Auseinandersetzungen um eine Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs	27
Schritte zu einer anderen Globalisierung	47
Kommunikation und Medien	50
Die Welt der Werbung	50
Alternativen in einer globalen Medienwelt	57
Die Internet-Revolution	68
„Power“ für alle	73
Die Kirchen in der globalen Kommunikationswelt	78
Schritte zu einer anderen Globalisierung	83
Mobilität	87
Das Fahrrad als Alternative	96
Bahn- und Busverkehr	98
Luftverkehr	102
Waren unterwegs	107
Schritte zu einer anderen Globalisierung	112
Gesundheit.....	115
Der Medikamenten-Markt und die Gesundheitspolitik	119
Die Patentrechte und das Recht auf Gesundheit	124
Forschung, wo Gewinne zu erwarten sind	130
Die Liste unentbehrlicher Arzneimittel	135

Arzneimittelspenden in der Diskussion	137
Medikamentenproduktion vor Ort	138
Heilpflanzen als preiswerte Alternative	139
Schritte zu einer anderen Globalisierung	144
Globalisierung – die Ökumene als Alternative	148
Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – eine Krise auch für die Kirchen	149
Ökumenisches Teilen – nur ein Schlagwort?	154
Lokale Alternativen zur Globalisierung für Kirchengemeinden	159
Verantwortliches individuelles Verhalten	162
Politisches Engagement ist unverzichtbar	165
Die ökumenische Bewegung – eine Alternativbewegung zur neoliberalen Globalisierung	170
Schritte zu einer anderen Globalisierung	176

Vorwort

Nach der Publikation der beiden ersten Bände zum Thema Globalisierung, die sich zum einen mit biblisch-theologischen Perspektiven und Stimmen aus der Ökumene und zum anderen mit einer Analyse der Wasserwirtschaft befassten, wird hier der dritte, abschließende Teil der Globalisierungs-Studie von Frank Kürschner-Pelkmann vorgelegt. Wie schon in der Wasserstudie geht es hier um die Analyse und kritische Diskussion konkreter Problembe-
reiche der (ökonomischen) Globalisierung, aber auch um Vorschläge zu Alternativen.

Da eine Auseinandersetzung mit Problemen der Globalisierung nur exemplarisch geschehen kann, sind fünf wichtige Themenbereiche ausgewählt: Waren und Dienstleistungen, Kommunikation und Medien, Mobilität, Gesundheit und Ökumene. Die sachlich-nüchterne Analyse der zahlreichen Probleme, die der Prozess der Globalisierung in diesen Bereichen aufwirft, ist frei von Polemik; auch so genannte Tabuthemen, provokative Einschätzungen und unpopuläre Vorschläge sind mit Argumenten vorgetragen, die die Diskussion über die Auswirkungen der Globalisierung und über Maßnahmen zu einem alternativen Wirtschaften anregen können. Die 12 Thesen, die jedem Kapitel angefügt sind, fassen die im jeweiligen Kapitel geleistete Auseinandersetzung zusammen und stellen sie noch einmal in eine neue, weiterführende Perspektive.

Die von Frank Kürschner-Pelkmann erarbeiteten Studien zur Globalisierung zeigen durchgehend, dass das komplexe Phänomen der Globalisierung neue Herausforderungen für eine ganzheitlich verstandene Mission der Kirche bringt, denen sich die Kirchen gemeinsam in weltweiter Partnerschaft und Kooperation entschieden anzunehmen haben. Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Globalisierung ist dabei eine biblisch-theologische Vision vom „Leben in Fülle“, das Jesus Christus den Menschen verheißen hat (vgl. Joh. 10,10), daraus folgend dann aber auch die Bereitschaft, seinen eigenen Lebensstil in der Nachfolge Jesu zu überdenken und zu ändern und sich lokal und global gemeinsam mit Menschen in anderen Teilen der Welt für Veränderungen einzusetzen. Die Globalisierung bietet zwar Chancen – auch das ist hier unterstrichen –, doch ist die Ausgrenzung zahlreicher Menschen und der im Prozess der Globalisierung implizit und explizit propagierte Lebensstil ein Skandal, der nicht hingenommen werden kann, wenn man das biblische Menschenbild und die Verkündigung Jesu Christi vom Reich Gottes ernst nehmen will.

Wir danken Frank Kürschner-Pelkmann herzlich für die Zeit und Energie, die er in die Abfassung dieser drei Bände investiert hat. Seine Arbeit, so sind wir gewiss, wird Christen und Christinnen helfen, größere Kompetenz in Wirtschaftsfragen zu entwickeln und die Herausforderungen, die die Globalisierung für viele Menschen – vor allem in der südlichen Hemisphäre, aber gewiss nicht nur dort – bringt, entschlossener anzunehmen.

Hamburg, im Dezember 2002

*Dr. Klaus Schäfer
Leiter der Abteilung Studien und Öffentlichkeitsarbeit
im Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW)*

Einleitung

Es gibt Alternativen! So lautet die Botschaft von Kritikern des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses. Dies ist eine gute Nachricht für alle, die zu den Verlierern der bisherigen Globalisierung gehören, und für alle, die erkannt haben, dass allein schon aus ökologischen Gründen das jetzige Wirtschaftssystem auf den Abgrund zusteuert. Bisher erwecken die Verfechter der vorherrschenden Globalisierung mit einigem Erfolg den Eindruck, dass es keine Alternative zu diesem Prozess gäbe oder doch nur die Alternative, arbeitslos und arm am Rande zu stehen, während der Rest der Gesellschaft und der ganzen Menschheit durch die Globalisierung reich würden. Der Niedergang des sozialistischen Systems in Mittel- und Osteuropa (wie sozialistisch es auch tatsächlich gewesen sein mag) hat den Eindruck verstärkt, es gäbe keine lebenswerte Alternative zum Globalisierungsprozess, welcher in manchen Beschreibungen die Qualität eines Naturprozesses annimmt. Tatsächlich ist die Globalisierung nur eine von vielen Möglichkeiten, das wirtschaftliche und soziale Leben zu gestalten, und dass sie die Beste sein soll, ist eine Glaubensüberzeugung, die ihre Verfechter mit großer Hartnäckigkeit verbreiten.

Es ist einleuchtend, dass der erste Schritt auf dem Weg zu Alternativen eine profunde Analyse der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Prozesse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ist. Wenn wir die Bücher der biblischen Propheten lesen, können wir feststellen, wie sie die Missstände und Hoffnungszeichen ihrer Gesellschaft genau kannten, aber sich auch mit internationalen Konstellationen auskannten. Dies kommt zum Beispiel darin zum Ausdruck, wie der Prophet Jeremia seinem König eine baldige Niederlage und ein Scheitern des Versuchs voraussagte, die Großmächte gegeneinander auszuspielen.

In diesem dritten Teil der Studie zu Globalisierungsfragen wird an einigen Beispielen gezeigt, wie sich dieser Prozess nicht nur auf die Ökonomie, sondern auf alle Lebensbereiche auswirkt und wie eine Analyse dieser Prozesse eine Grundlage für die Suche nach Alternativen bietet. Die andere Grundlage bildet für Christinnen und Christen die Bibel, die auch nach mehreren Tausend Jahren eine klare Orientierung für das Handeln in der Welt gibt. Exemplarisch soll in dieser Veröffentlichung an einigen Wirtschafts- und Lebensbereichen deutlich werden, wie eine Darstellung von Missständen und ihrer Ursachen, eine Orientierung an der biblischen Verheißung und das Lernen von Menschen in allen Teilen der Welt viele hoffnungsvolle Wege zu einer anderen Globalisierung eröffnen. Der Traum von einem anderen Leben muss

kein Traum bleiben, denn es ist der Traum von vielen Millionen Menschen, die im gegenwärtigen globalen Markt keinen Platz haben oder die nicht an einem System mitwirken wollen, das krasse Not nicht beseitigt und das die natürlichen Grundlagen des Lebens zerstört. Ich hoffe, dass die Studie einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, die Diskussion über lebenswerte Alternativen voranzubringen. Sie muss auf den in dieser Veröffentlichung behandelten Themenfeldern weitergehen, aber zum Beispiel auch im internationalen Finanzbereich, zu dem es bereits zahlreiche Veröffentlichungen und Vorschläge gibt.¹

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Studien und Öffentlichkeitsarbeit des EMW danken, die mit großer Langmut hingenommen haben, dass diese Studie weit umfangreicher als zunächst geplant wurde und dass sie auch nicht in der vorgesehenen Zeit abgeschlossen werden konnte. Sie haben mich bei der Arbeit beraten und ermutigt, und beides war nötig, um diese umfangreiche Arbeit abzuschließen. Ein Dank geht auch an meine Frau, ohne deren Unterstützung die Veröffentlichung der drei Bände nicht in dieser Weise möglich gewesen wäre.

Frank Kürschner

Waren und Dienstleistungen

„Eine andere Welt“ wird den Besuchern von „The Printworks“ versprochen. Dort, wo früher Arbeiterinnen und Arbeiter schufteten, lockt jetzt eine Luxuswelt. Mit der Welt der frühkapitalistischen Ausbeutung, wie sie Friedrich Engels vor 150 Jahren beschrieb, hat das alte Fabrikgebäude nichts mehr zu tun. Der Manchester-Kapitalismus ist Geschichte. In „The Printworks“ dient das alte industrielle Manchester nur noch als Dekoration für eine Straße, bietet museal gestylt „working street life“, natürlich ohne die katastrophalen sozialen Bedingungen, die die Sozialisten anprangerten. „The Printworks“, vor mehr als einem Jahrhundert als Druckerei entstanden, ist heute ein gigantischer Freizeit- und Einkaufskomplex. Die „andere Welt“ besteht aus Multiplexkino, Cafes, Fitness-Centre, Restaurants und jede Menge Läden. Die Werbung verspricht: „Wenn sie einmal drin sind, existiert die Realität nicht mehr.“ Das gilt natürlich nur, solange man Geld hat und es im „Urban Entertainment Centre“ ausgibt. Das Zentrum hat immerhin 70 Millionen Dollar gekostet und soll nun hohe Gewinne abwerfen. Es wurde 1990 eröffnet, und gleich im ersten Jahr kamen vier Millionen Besucher. Damit die reale Welt nicht zu sehr in die „andere Welt“ einbricht, gibt es jede Menge Überwachungskameras und Sicherheitspersonal.²

Für die Anhänger und Gewinner der gegenwärtigen Form der Globalisierung ist „The Printworks“ ein Beispiel für die innovative Kraft des Kapitalismus, für die Gegner eines grenzenlosen Wachstums ist es ein Symbol eines hemmungslosen Konsums, der in den Untergang führt. Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass der gegenwärtige Verbrauch von Waren und Dienstleistungen in Europa und Nordamerika eine schwere Belastung für die globale Umwelt darstellt und dass eine Ausweitung dieser Lebensweise auf die übrige Menschheit notwendigerweise zu einem raschen ökologischen Kollaps führen würde. Wenn die etwa zwei Milliarden Menschen in China und Indien gleich viel Auto fahren und so oft fliegen würden wie die Westeuropäer und Nordamerikaner, wäre dies ökologisch nicht verkraftbar. Trotzdem wird weiter konsumiert und gereist, als gäbe es diese Fakten nicht. Im Rahmen der Globalisierung wird sogar der weltweite Verbrauch von Ressourcen rasch gesteigert, und der Handelsaustausch zwischen den Kontinenten wächst rapide. Was kann getan werden, wenn man vor der drohenden Katastrophe die Augen nicht verschließen will?

Regionales Wirtschaften

Mehr internationaler Warenverkehr wird von den Befürwortern der gegenwärtigen Globalisierung als Zeichen des Erfolges des eigenen Konzepts angesehen. Das gilt sowohl global als auch für den europäischen Raum. In einem Buch, in dem euphorisch die Vorteile des Euros gepriesen werden, wird als ein Vorteil genannt: „In einem einheitlichen Wirtschaftsraum sind keine Wechselkursschwankungen mehr möglich. Exporteure und Importeure müssen sich nicht mehr gegen Kursschwankungen absichern. Damit lohnen sich grenzüberschreitende Einkäufe auch schon bei geringen Preisunterschieden.“³ Autoren des Buches sind der Chefvolkswirt der Deutschen Bank und ein Redakteur der Wochenzeitung Die Zeit. Dass mit dem Transport von immer mehr Waren kreuz und quer durch Europa auch Probleme verbunden sind, nicht zuletzt ökologische Probleme, ist den Autoren offenbar nicht in den Sinn gekommen. Die weltweite Liberalisierung des Welt Handels hat zum Ziel, dass auch global immer mehr Waren um den halben Globus transportiert werden, wenn damit Preisvorteile erzielt werden können. Das diene letztlich dem Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher in aller Welt, wird argumentiert, aber schon kurzfristig muss man davon die Anwohner von Flughäfen und Fernstraßen ausnehmen und längerfristig auch die übrige Menschheit. Auch die gequälten Rinder, die auf LKWs kreuz und quer über den Kontinent geschafft werden, weil Regierungen dies subventionieren oder die Besitzer kleine Preisvorteile nutzen wollen, gehören zu den Verlierern des Status quo der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Alternative ist eine Stärkung des Wirtschaftens in der Region. Die regionalen Unternehmen werden allerdings schon dadurch gefährdet, dass die Länder, Regionen und Kommunen sich mit allen Mitteln darum bemühen, große international tätige Konzerne dazu zu bewegen, ihren Hauptsitz oder doch zumindest eine Produktionsstätte in das eigene Gebiet zu legen. Eine Hamburger Regionalzeitung nannte das eine „Standortschlacht“.⁴ Dafür werden nicht selten Millionenbeträge an Subventionen gezahlt, manchmal sogar staatliche Gelder in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro eingesetzt, wie es zum Beispiel der Stadtstaat Hamburg getan hat, um Airbus ein Gelände für die Erweiterung der Produktion zur Verfügung zu stellen und dafür eine Elbfläche trocken zu legen. Es gibt einen wirklich gnadenlosen Wettbewerb auf internationaler und regionaler Ebene um ansiedlungswillige Konzerne, und dabei spielen Subventionen aller Art eine wichtige Rolle. Auf eine solche Unterstützung können kleine Gewerbebetriebe, die für einen lokalen Markt produzieren, allerdings nicht rechnen. Dafür müssen sie die Steuern

aufbringen, mit denen die großen Konzerne angelockt werden, die dann selbst oft sehr wenig Steuern zahlen.

Die Alternative der Rückkehr zu regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen findet immer mehr Anhänger. Kiwis aus Neuseeland und Äpfel aus Australien gehören nicht auf den Tisch, sondern die Preise für Flug- und Schiffstreibstoffe müssen die realen Kosten, einschließlich der ökologischen Kosten, widerspiegeln und deshalb so drastisch steigen, dass sich solche Transporte nicht mehr rechnen. Das mag hart klingen, aber die Gegner solcher Einschränkungen sind bisher den Beweis schuldig geblieben, dass mit den Instrumenten des Marktes dafür gesorgt werden kann, dass solch ökologisch verheerende Aktivitäten beendet werden. Die Alternative sind Waren aus heimischer, möglichst lokaler Produktion. Das bedeutet eine Einschränkung des Angebots an „exotischen“ Früchten und mancher anderer Waren, zum Beispiel billiger Textilien, die nicht nur unter Niedriglohnbedingungen produziert, sondern auch um den halben Erdball transportiert werden. Ein solches Konzept der Rückkehr zu möglichst vielen lokal oder regional erzeugten Produkten wird von manchen belächelt, aber es gibt auch eine wachsende Zahl von Konsumentinnen und Konsumenten, die bewusst lokale Produkte kaufen und zum Beispiel auf den Kauf von Erdbeeren verzichten, bis die heimische Ernte im Angebot ist. Werben darf das Bundesumweltamt für eine solche bevorzugte Nutzung heimischer Produkte nicht mehr. Das wurde von der EU-Kommission verboten, weil damit die Wettbewerber benachteiligt würden.⁵

In den italienischen Kleinstädten Bra in der Nähe von Turin und Greve in der Toskana ist eine internationale Bewegung entstanden, die sich um eine „langsame Stadt“ und „Slow Food“ (als Gegensatz zu „Fast Food“) bemühen. Ein wichtiger Teil des Konzepts ist die Förderung von lokalen und zugleich ökologisch unbedenklichen Produkten. So erhalten zum Beispiel Hausbesitzer günstige Kredite, wenn sie Materialien verwenden, die diesen Kriterien entsprechen. In den Schulen werden nur Öko-Lebensmittel aus lokaler Produktion angeboten. Es wird propagiert, das tägliche Essen mit Zeit zu genießen, statt sich auf die Angebote der „Fast Food“-Ketten zu stürzen. Insgesamt soll der Lebensrhythmus langsamer werden, wozu auch beiträgt, dass der Autoverkehr in der Stadt eingeschränkt wird. Diese Versuche einer lokalen nachhaltigen Entwicklung sind so attraktiv, dass sie von anderen italienischen Städten übernommen werden und auch international Interesse finden.⁶

Auch viele andere alternative Ansätze zur Vermeidung ausufernder globaler Waren- und Verkehrsströme zeigen, dass es möglich ist, lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Selbstverständlich kommt es nicht nur darauf an, dass ortsnah produziert wird, sondern auch darauf, dass bei der

Produktion ökologische und soziale Standards eingehalten werden und dass die angebotenen Waren und Dienstleistungen solchen Standards entsprechen. Auch eine lokale Energieerzeugung hat viele Vorteile.⁷ Ein Vorzug des lokalen und regionalen Wirtschaftens besteht darin, dass die Produktionsbedingungen nachprüfbar und die Lieferanten persönlich bekannt sind. Man kennt den Bauernhof, von dem die Eier stammen und kann sicher sein, dass dort keine Käfigtierhaltung stattfindet, sondern die Hühner auf dem Hof herumlaufen. Das Motto mancher landwirtschaftlichen, handwerklichen und industriellen Produzenten: „Das merkt ja keiner“ gilt nur sehr eingeschränkt, wenn die Kunden in der Nachbarschaft wohnen.

In Deutschland sind inzwischen über 250 Regional-Initiativen entstanden, die landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte vermarkten und so die örtliche Wirtschaft stärken. Immerhin 80 dieser Initiativen haben sich dem ökologischen Anbau verpflichtet. Einen Überblick über diese Initiativen bietet der „Deutsche Verband für Landschaftspflege“ im Internet unter www.reginet.de an. Auch die Umweltschutzorganisation NABU engagiert sich für dieses Anliegen. Regelmäßige Informationen über Regionalinitiativen in Deutschland liefert die Zeitschrift „Regional Post“.⁸

Wie breit die Unterstützung für solche regionalen Initiativen sein kann, zeigt das Brucker Land im bayerischen Landkreis Fürstentumbruck. Hier hat sich 1994 unter dem Namen „Brucker Land Solidargemeinschaft“ ein Bündnis aus Landwirtschaft, Handwerk, Kirchen, Umwelt- und Naturschutzverbänden gebildet. Gemeinsam haben sie sich das Ziel gesetzt, regionale Wirtschaftsstrukturen zu fördern und zur „Erhaltung der Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze in der Region“ beizutragen.⁹ Der Kompromiss, der das breite Bündnis ermöglichte, bestand darin, auch eine größere Zahl von regionalen Produkten in die Vermarktung aufzunehmen, die nicht strengen ökologischen Kriterien entsprechen, deren Produzenten aber ebenfalls das Ziel haben, umweltschonend zu wirtschaften. Dazu gehört zum Beispiel, dass in der Milchwirtschaft nur heimische Futtermittel verwendet werden.

Es ist der Solidargemeinschaft gelungen, eine eigene Logistik zu schaffen, einen regionalen Schlachthof aufzubauen und insgesamt 140 Verkaufsstellen im Landkreis in das Vertriebsnetz einzubeziehen, darunter 45 Supermarktfilialen. Auch Gaststätten, das regionale Krankenhaus und ein Altenheim werden inzwischen beliefert. Dank zahlreicher Aktionen bei Schulfesten, Gemeindefesten etc. sowie einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit war bereits 1996 92 Prozent der lokalen Bevölkerung die Initiative im Brucker Land bekannt.

Mittlerweile sind die Erfahrungen mit dieser regionalen Vermarktung so positiv, dass das Konzept auf weitere Landkreise in der Umgebung von Mün-

chen übertragen werden soll.¹⁰ Die Solidargemeinschaften bestehen jeweils aus fünf Säulen: Landwirtschaft, Handwerk, Kirchen, Verbraucher und Naturschutz. Allein schon die Einsparungen bei den Transportkosten sind enorm, es gelingt aber auch, die Initiativen für ein umweltfreundliches Wirtschaften in der Region zu stärken und neue Märkte zu schaffen.

Dass es unsinnig ist, Waren über große Entfernungen zu transportieren, wenn eine lokale Versorgung möglich ist, überzeugt einen großen Teil der Bevölkerung und auch viele Betriebe, vor allem jene Anbieter, die ohnehin nur einen kleinen Markt beliefern können. Diese Unterstützung ist nach einigen Lebens- und Futtermittelskandalen noch größer geworden. Außerdem gibt es ein wachsendes Interesse daran, möglichst viele Produkte ohne Rückstände von Agrarchemikalien zu kaufen (wenn diese nicht sehr viel teurer sind). Von daher gibt es für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe eine breite Unterstützung in der Bevölkerung und in lokalen Betrieben. Dies ist besonders dort der Fall, wo im Rahmen von lokalen „Agenda 21“-Prozessen in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür geweckt ist, wie eine intakte lokale Umwelt und Beiträge zu gerechten und ökologisch verträglichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen einander ergänzen. Der „Agenda 21“-Prozess wurde nach der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Jahre 1992 ins Leben gerufen, und ein wichtiges Ziel ist es, eine nachhaltige kommunale Entwicklung zu fördern.

Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe bedeutet nicht eine Abschottung gegenüber dem Rest der Welt, sondern den Kauf von Produkten, die in der Region angebaut oder produziert werden, und eine überregionale Versorgung auf all den Gebieten, wo es keine regionalen Anbieter gibt. Wenn sich ein solches Konzept landesweit durchsetzen würde, könnten die Transportkosten drastisch reduziert werden. Die gleichzeitige Umstellung auf umweltfreundliche Produkte stößt allerdings bisher auf einigen Gebieten auf Grenzen. So gibt es nur zwei bundesdeutsche Molkereien, die in größeren Mengen Biojoghurt herstellen.¹¹ Aber solche regionalen Angebotslücken werden sicher rasch geschlossen, wenn es eine genügende Nachfrage gibt. Hier kann man dem Markt vertrauen, wie es bei einer Umstellung auf eine regionale, ökologisch verantwortliche Wirtschaftsweise insgesamt darauf ankommt, die „Gesetze“ des Marktes dort zu nutzen, wo dies den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung dient, und in anderen Fällen dafür zu werben, dass die Konsumenten und Konsumentinnen sich verantwortungsbewusst verhalten, also zum Beispiel Äpfel aus der Region kaufen, selbst wenn die pro Kilo 5 Cent teurer sind.

Dass es bundesweit inzwischen 600 Biobäckereien gibt, ist ein Beweis dafür, dass der Markt für solche Produkte wächst, und gleichzeitig entsteht so eine bessere Grundlage für eine regionale Versorgung. Es spricht viel dafür,

dass in nächster Zeit das Angebot an ökologisch und sozial verantwortlich hergestellten Waren in den Regionen weiter zunehmen wird. Die Anzeichen einer beginnenden globalen Klimakatastrophe werden zudem die Bereitschaft vieler Menschen steigen lassen, zu der Jahreszeit Erdbeeren und andere Früchte zu kaufen, in der sie in der eigenen Region geerntet werden. Das ermöglicht es auch, wieder stärker zu einem Lebensrhythmus zurückzukehren, in dem ein Jahr einen Ablauf hat, der im Einklang mit der Natur steht. Die Freude auf die ersten Erdbeeren der Saison kann zurückkehren, ebenso ein stärkeres Bewusstsein, dass wir mit und von der Natur leben.

Es gibt nur wenige Bereiche, wo die Alternativen zum totalen globalen Markt so konkret und für breite Bevölkerungskreise spontan überzeugend sind wie bei der Stärkung des Wirtschaftens in der Region. Wie weit der Weg dorthin dennoch noch ist, zeigt sich an der unzureichenden öffentlichen Wahrnehmung, dass es jedes Jahr am 6. Oktober einen „Tag der Regionen“ gibt. Zwar werden vor allem in Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo dieser Tag schon länger verankert ist, jedes Jahr mehrere Hundert Aktionen aus diesem Anlass durchgeführt, aber eine breite Resonanz fehlt vielerorts noch. Dabei sind die Argumente, die im Rahmen der Aktion vermittelt werden, überzeugend. So ist unter www.tag-der-regionen.de zum Beispiel nachzulesen, dass für den Transport von einem Kilogramm kalifornischen Weins auf den hiesigen Markt vier Liter Kerosin verbraucht werden. Es werden viele Argumente aufgezählt, die für einen Kauf regionaler Produkte sprechen. Um die Unterschiede sichtbar zu machen, wird angeregt, ein 50-Kilometer-Menü mit lokalen Produkten einem 50.000-Kilometer-Menü mit Rindfleisch aus Argentinien, Äpfeln aus Neuseeland etc. gegenüberzustellen. Man ahnt, dass die internationalen Lebensmittelkonzerne, die ihre Waren rund um den Globus einkaufen und in den hiesigen Supermärkten anbieten, nicht zu den begeisterten Partnern bei einer solchen Aktion gehören.

Große Erwartungen werden für den „Tag der Regionen“ auch an Kirchengemeinden deutlich. Das Erntedankfest bietet eine gute Gelegenheit zur Mitwirkung an der Aktion „Kirche hilft zum Leben in der Region“. Aber auch Gebete, Meditationen, Pilgerwege zu Wasserquellen und offenes Singen werden als Möglichkeiten genannt. Erwartungen an Kirchengemeinden gibt es auch im ökologischen Bereich. Genannt werden zum Beispiel der lokale Einkauf für Gemeindefeste, Wassersparmaßnahmen und Mithilfe bei der Wiedereinführung von Bauernmärkten und Dorfläden. Im Internet-Informationsangebot, das von einem breiten Spektrum von Initiativen getragen wird, sind auch „Zehn An-Gebote zum Erntedank“ veröffentlicht. Entgegen manchen Behauptungen bestehen also in der Gesellschaft weiterhin hohe Erwartungen an die Kirchen, in ihrem Reden und in ihrem Handeln Zeichen zu setzen für ein anderes Wirtschaften und ein anderes Leben.

Zur internationalen Gerechtigkeit steht in der Internet-Präsentation: „Fairer Welt-Handel kein Thema für die Region? Doch, denn uns ist wichtig, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen. Es kann uns nicht egal sein, wenn woanders auf dieser Welt die regionalen Strukturen, für die wir uns hier einsetzen, durch Globalisierungstendenzen zunichte gemacht und damit den kleinen Betrieben jegliche Perspektive genommen wird. Nicht nur bei uns wollen wir sozial verträgliche, umweltgerechte Strukturen erhalten.“

Nicht nur für Deutschland, sondern zum Beispiel auch für afrikanische Länder gibt es gute Gründe für eine Stärkung der Wirtschaftsaktivitäten in und für die Region. Die forcierte Konzentration auf den Anbau von Exportprodukten wie Kaffee oder Baumwolle hat viele Dörfer abhängig gemacht von den Spekulationsgeschäften auf einem globalen Markt, auf den sie selbst keinerlei Einfluss haben. So kostete ein Kilogramm Rohbaumwolle 1960 3,14 Dollar, 1999 waren es nur noch 1,13 Dollar.¹² Danach fiel der Kaffeepreis weiter, sodass 2002 etwa 25 Millionen Kaffeeproduzenten in ihrer Existenz bedroht waren und die ersten Hungertoten vermeldet wurden. Vorübergehend erholte sich der Preis etwas, als es zu einem Aufstand in der Elfenbeinküste kam, denn die Spekulanten spekulierten nun, dass eventuell die Ernte des Landes nicht auf den Weltmarkt kommen und damit das Angebot vermindert würde. Der Waffenstillstand in der Elfenbeinküste brachte den Preisanstieg zu einem raschen Ende.¹³ Krieg und Not, so zeigt dieses Beispiel, haben bei der globalen Warenspekulation ihre eigene Bedeutung.

Die Länder des Südens müssen also immer mehr Baumwolle verkaufen, um die gleiche Menge Industrieprodukte zu kaufen, deren Preise allein schon inflationsbedingt stetig steigen. Auch an den ständig fallenden Kaffeepreisen in den letzten Jahren lässt sich zeigen, wie dramatisch sich eine totale Abhängigkeit vom Weltmarkt auswirkt. Deshalb gewinnen Entwicklungskonzepte immer mehr Plausibilität und Unterstützung, die davon ausgehen, dass die regionale Wirtschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika so gestärkt werden muss, dass möglichst viele Bereiche des täglichen Bedarfs aus der heimischen Produktion abgedeckt werden und so die existenzielle Abhängigkeit von den Schwankungen der Weltmarktpreise vermindert wird. Es geht nicht um eine völlige Abkoppelung vom Weltmarkt, sondern um eine Verbindung von lokaler Selbstversorgung auf vielen Gebieten und einer ergänzenden Einbindung in die globale Wirtschaft.

Dieses Konzept ist im Rahmen eines liberalisierten Marktes allerdings schwer zu verwirklichen. Die Globalisierung führt vielmehr dazu, dass fruchtbares Land verstärkt für die Exportproduktion genutzt und damit kommerziell betrachtet wertvoller wird. Dies gilt zum Beispiel für den Anbau von Schnittblumen für einen lukrativen globalen Markt. In solchen Situatio-

nen werden viele Pächter von ihrem Land vertrieben, und es gibt intensive Bemühungen der erfolgreichen Großbauern, ihren ärmeren Nachbarn das Land abzukaufen. Sind diese ärmeren Nachbarn bei den reicheren Bauern verschuldet, reicht schon eine schlechte Ernte, um sie von ihrem Land zu vertreiben. Das ist keine ökonomische Theorie, sondern lässt sich von Brasilien bis Indien beobachten.¹⁴ Deshalb muss die Aussage, die Öffnung der internationalen Agrarmärkte nütze den Ländern des Südens, qualifiziert werden: Wenn die Regierung nicht durch Gesetze und eine gezielte Landwirtschaftspolitik gegensteuert, nützt die Liberalisierung vor allem den großen Landwirtschaftsbetrieben, während die kleinen nicht selten aufgeben müssen. Dies ist zum Beispiel auch in den EU-Beitrittsstaaten in Mittel- und Osteuropa eine akute Sorge der Bauernfamilien mit wenig Land.

Außerdem können die ökonomischen Unterschiede zwischen den Regionen wachsen, wenn Teile eines Landes in den globalen Agrarmarkt einbezogen werden, während andere wegen schlechterer natürlicher Bedingungen oder fehlender Verkehrsanbindungen weiter zurückfallen. Es fehlen bisher überzeugende Beweise dafür, dass eine Liberalisierung der internationalen Handelsbeziehungen im Agrarbereich wirklich allen oder doch wenigstens den allermeisten Bauernfamilien nützen, zumal auch zu berücksichtigen ist, dass nicht nur mehr exportiert wird, sondern auch der Import billiger Nahrungsmittel aus anderen Teilen der Welt zunimmt, die nicht selten von den dortigen Regierungen subventioniert werden. Ähnlich sieht es für Handwerk und Industrie aus. Die Gefahr besteht, dass langsam gewachsene lokale und regionale Wirtschaftsstrukturen unter dem Ansturm einer liberalisierten globalen Wirtschaft zerstört werden. Von daher ist im Interesse der lokalen Bevölkerung sehr genau zu prüfen, wem eine Liberalisierung dient, bevor Märkte der internationalen Konkurrenz geöffnet und eigene Exportoffensiven gestartet werden.

Demgegenüber hat sich zum Beispiel in den ostasiatischen Staaten eine Landreform, die die intensive Bewirtschaftung durch Kleinbauernfamilien ermöglicht und ihnen ein höheres Einkommen bringt, als solide Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Auf diese Weise entstehen bei guter landwirtschaftlicher Beratung arbeitsintensive Mischkulturen, die auch ökologisch viele Vorteile haben. Dagegen führt die Konzentration des Landes und eine ausschließliche Orientierung auf die Exportproduktion zu Monokulturen, die unter ökologischen Gesichtspunkten mit hohen Risiken verbunden sind.¹⁵ Gelingt es hingegen, die Bauernfamilien zu fördern, steigt auch der Anreiz zum Aufbau lokaler Handwerks- und kleiner Industriebetriebe. Eine Stärkung der regionalen Wirtschaft bei gleichzeitiger gerechterer Gestaltung nationaler und globaler Strukturen des Handels ist also sowohl im Süden der Welt als auch bei uns eine vielversprechende Alternative zur vorherrschenden Globalisierung.

Dabei gehen konservative Vorstellungen von Bauernfamilien und die „modernen“ Vorstellungen von einer nachhaltigen Entwicklung eine Symbiose ein. In einer Studie zur „Globalisierung der Landwirtschaft aus christlicher Sicht“ schreibt dazu der Ausschuss für den Dienst auf dem Lande in der Evangelischen Kirche: „Es gibt sie noch, die Bauern, die mit der Natur verbunden sind, die den Schöpfungsauftrag gegenüber ihren Tieren und Pflanzen noch ernst nehmen, jedes Fleckchen Erde ihres Landes kennen, das Wetter spüren und sich auch der dörflichen Solidargemeinschaft verbunden fühlen. Es gibt noch die traditionelle Landwirtschaft, die ihr altes Saatgut pflegt, schonend mit dem Boden umgeht, sich an dem natürlichen Kreislauf orientiert und den Betrieb als Organismus betrachtet. Bevor die traditionelle Lebens- und Wirtschaftsform gänzlich unter dem Globalisierungsdruck verschwindet, gilt es, ihren besonderen agrarkulturellen Wert wiederzuentdecken. Menschen, die das noch leben, können uns etwas vermitteln. Alternativen zur Globalisierung in der Landwirtschaft entstammen den Prinzipien einer anderen Auffassung zur Landwirtschaft und zum ländlichen Leben als die des Agrobusiness.“¹⁶ Solche Zeilen könnten auch über Bauern in Peru oder Sri Lanka geschrieben werden – nicht nur die Globalisierung erreicht alle Enden der Welt, sondern auch die Rückbesinnung auf ein Leben in Einklang mit der Natur und mit einer festen Verwurzelung im eigenen Dorf, in der eigenen Region.

Alternative Wirtschaftsformen

Initiativen eines anderen Wirtschaftens wie zum Beispiel kleine genossenschaftlich betriebene Handwerksbetriebe, Tauschringe und Umsonst-Läden sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung. Sie haben nur einen minimalen Anteil an den nationalen und internationalen Handels- und Finanzbewegungen und es wäre unrealistisch zu erwarten, mit genügend Überzeugungskraft und Engagement könne es in absehbarer Zeit gelingen, einen großen Teil der internationalen Wirtschaft nach diesem Modell zu gestalten, aber dennoch sind sie wichtig. Eine Form des Wirtschaftens, die erst seit zwei oder drei Jahren besteht, sind die Umsonst-Läden. Die Grundidee ist, dass es zumindest in den wirtschaftlich reichen Ländern viele Menschen gibt, die viele noch brauchbare Güter in den Schränken, im Keller und auf dem Boden haben, die sie nicht mehr nutzen und von denen sie sich gern trennen würden, die sie aber nicht auf den Müll werfen wollen. Umgekehrt gibt es eine wachsende Zahl ärmerer Menschen, die solche Gegenstände benötigen. Die Umsonst-Läden stellen die Verbindung zwischen ihnen her.

Wer gebrauchsfähige Gegenstände hat, die nicht mehr benötigt werden, kann diese im Laden abgeben. Wer etwas braucht, kann sich im Laden umsehen und ohne zu bezahlen das mitnehmen, was gebraucht wird.

In Hamburg gibt es mittlerweile zwei solcher Umsonst-Läden. Der Laden im eher alternativ geprägten Stadtteil Ottensen wird vom „Arbeitskreis lokale Ökonomie“ betrieben. Es gibt viele Leute aus dem weiten Umkreis, die sich von Dingen trennen, die sie nicht mehr brauchen, während gleichzeitig viele Anwohner ihre Möblierung oder ihren Kleiderschrank mit kostenlosen Angeboten aufbessern. Pro Besuch dürfen drei Gegenstände mitgenommen werden. Die Regel wurde eingeführt, um eine „Plünderung“ des Ladens zu verhindern, aber die allermeisten der Rentner, Arbeitslosen, Flüchtlinge aus aller Welt und der anderen Besucher des Umsonst-Ladens sind nicht raffgierig, sondern nutzen die Möglichkeit, sich gezielt einzelne Güter zu nehmen, für die ihr geringes Geldeinkommen nicht reicht. Hilmar Kunath, einer der Initiatoren des Projektes, hat festgestellt: „Holen und Bringen halten sich auf wunderbare Weise die Waage.“ Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ladens wollen ein Beispiel dafür setzen, dass das Leben nicht nur aus Kaufen und Verkaufen besteht, und deshalb sind eine ganze Reihe von Aktivitäten rund um den Laden entstanden, zum Beispiel ein Frauen-Frühstück und ein PC- und Internet-Service. „Wir sind ein Aktionsverein“, erklärt Hilmar Kunath, „wir möchten etwas mit den Menschen tun, nicht für sie“.¹⁷

Im zweiten Hamburger Umsonst-Laden ist es ebenfalls immer voll. Der Laden „Kostnix“ entstand auf Initiative von Studierenden der Fachhochschule der Evangelischen Stiftung „Das Rauhe Haus“. Sarah Vogt, eine der Studentinnen, beschreibt ein Ziel dieser Initiative so: „So können wir dem Trend zur Wegwerfgesellschaft entgegenwirken.“¹⁸ Manche Besucher sind zunächst überrascht, einfach weggehen zu können, ohne zu bezahlen, aber diese Erfahrung kann zum Nachdenken darüber beitragen, ob ein Leben möglich ist, das nicht so stark wie bisher durch Kaufen und Verkaufen bestimmt wird. Die Kosten der Läden sind gering, zumal dann, wenn sie in kirchlichen Einrichtungen oder gemeinnützigen Vereinen unterkommen. Einen kleinen Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaften leisten die Umsonst-Läden auch, denn es müssen etwas weniger Güter produziert werden, wenn mehr Gegenstände einer neuen Verwendung zugeführt werden, statt auf dem Boden einzustauben. Allerdings muss auch gesagt werden, dass der Erfolg der ersten Umsonst-Läden nicht zuletzt darauf beruht, dass hierzulande die Zahl der Armen wächst, die auf solche Angebote angewiesen sind.¹⁹

Ähnliches gilt auch für manche Tauschringe, vor allem für jene in Ländern wie Argentinien. Angesichts der Wirtschaftskrise des Landes und der Sperrung der Bankkonten durch die Regierung sind sie für viele Menschen zu einer Über-

lebensstrategie geworden. Etwa 8.000 dieser „clubes del trueque“ existieren bereits im Lande, und getauscht wird von Lebensmitteln bis zu Hausrat alles, was gebraucht wird. 2,5 Millionen Menschen sind in diese Wirtschaftsform einbezogen. Es gibt sogar so etwas wie eine zweite Währung, die „creditos“, mit denen man Gemüse kaufen oder eigene Handwerksleistungen honoriert bekommen kann.²⁰ Wo die neoliberalen Rezepte des Internationalen Währungsfonds ins Desaster geführt haben²¹, entsteht eine neue Form der Ökonomie, geprägt von solidarischen Beziehungen in Nachbarschaftsgruppen und voller Misstrauen gegen „die da oben“, gegen die Konzernchefs und die Politiker.²²

Die argentinischen Tauschringe sind eingebunden in zahlreiche Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft, die sich – oft notgedrungen – rasch entwickeln, wo der Staat versagt. Ob es gelingen wird, aus diesen Notlösungen dauerhafte neue Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens zu gestalten, bleibt abzuwarten. Jedenfalls erlaubt die Alternative der Tauschringe ein Überleben, während die neoliberalen Wirtschaftskonzepte ins Elend geführt haben. Die Leitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Argentinien rief im Januar 2002 zu „Solidarität inmitten der Krise und extremen Not“ auf und kritisierte die „habgierigen Konzerne und Finanzmärkte“.²³ Es gibt eine Alternative, davon sind auch die katholischen Bischöfe des Landes überzeugt: „Es gibt auch viele, die schon beharrlich für das Gemeinwohl arbeiten und eine Strömung der Solidarität erzeugen, die sich der sozialen Ungleichheit widersetzt. Diese solidarischen Bemühungen spannen haltende Netze, die die negativen Folgen des Prozesses der Globalisierung menschlicher gestalten.“²⁴

Alternative Wirtschafts-Initiativen müssen die herrschenden Wirtschaftsprozesse mindestens so gut analysieren wie die Betreiber so genannter start up-Unternehmen, weil sie Freiräume entdecken müssen, die ein Wirtschaften in Einklang mit der Schöpfung, ohne die Ausbeutung anderer Menschen und trotzdem mit einer wirtschaftlichen Uberlebensmoglichkeit erlauben. Je mehr solcher nicht vom Profitstreben angetriebene Unternehmen entstehen und je erfolgreicher sie sind, desto stärker kann es gelingen, eine andere Form des Wirtschaftens durchzusetzen und den Konsumenten Alternativen zu den großen Konzernen zu eröffnen. Es muss ja nicht erst eine BSE-Krise kommen, damit mehr Verbraucher in die Bioläden strömen, aber jeder der vielen Skandale von Pestiziden bis giftigen Stoffen in Holzschutzmitteln veranlasst Menschen zum Umdenken und zu einer Offenheit für Alternativen. Eine der hoffnungsvollen Entwicklungen der letzten Jahre ist es, dass von der Geldanlage bis zu Lebensmitteln, von Kleidung bis zum Hausbau zahllose ethisch und ökologisch verantwortungsbewusste Alternativen entstanden sind. Es lässt sich von einer zweiten Ökonomie sprechen, selbst wenn einzelne Angebote bei näherer Betrachtung nicht allen ethischen und ökologischen Kriterien entsprechen mögen.

Fairer Handel

Ein wichtiger alternativer Bereich ist der Faire Handel, der seit den 70er Jahren nicht zuletzt dank kirchlicher Unterstützung und lokaler kirchlicher Initiativen beachtliche Erfolge erzielt hat. So deckt zum Beispiel immerhin die Hälfte der Kirchengemeinden in Nordelbien zumindest einen Teil ihres Bedarfs über eine Fair-Handelsgruppe oder einen Weltladen.²⁵ In anderen Kirchen sieht es ähnlich aus. Dennoch hat der faire Handel bisher weniger als 0,1 Prozent des deutschen Lebensmittelumsatzes erreicht. Am Mangel an Initiativen und Ideen kann dieser begrenzte Erfolg nicht liegen. Viele Gruppen haben Weltläden aufgebaut oder verkaufen fair gehandelte Produkte auf Wochenmärkten oder bei kirchlichen Veranstaltungen. Mit dem „Trans-Fair“-Siegel ist es gelungen, Produkte in 22.000 Supermärkte zu bringen, die unter Einhaltung von sozialen Standards produziert werden, unter anderem Kaffee, Tee, Schocklade und Honig.²⁶

Ein grundlegendes Problem des Fairen Handels ist, dass es an Kapital und Zuschüssen fehlt, um noch wirkungsvoller Werbung und Bildungsarbeit zu betreiben, noch attraktivere Sortimente und Läden zu gestalten und die Vermarktung zu professionalisieren. Auch gibt es immer wieder Debatten darüber, was der Faire Handel soll. Vielen Aktiven in Läden und Gruppen geht es darum, den Produzenten im Süden der Welt, überwiegend Kleinbauernfamilien und Handwerker, ein verlässlicher Partner zu sein, der ihnen dabei hilft, besser zu überleben und zu leben, als dies unter den rauen Gesetzen des Weltmarktes der Fall wäre. Kritiker wenden ein, die Fair-Handels-Bewegung sei nicht politisch genug. Sie könne ohnehin keine signifikante Alternative zum vorherrschenden Welthandelssystem darstellen und solle mehr Energie darauf verwenden, sich für eine Veränderung des internationalen Wirtschaftssystems einzusetzen. Immerhin wird in einer insgesamt durchaus kritischen Studie zum Fairen Handel festgestellt: „Der Faire Handel ist einer der wenigen Orte in unserer Gesellschaft, an denen die Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Fragen überhaupt noch stattfindet.“²⁷

Unter dem Blickwinkel, Alternativen zur vorherrschenden Globalisierung zu schaffen, ist der Faire Handel zweifellos ein wichtiger Akteur, vor allem dann, wenn es gelingt, auch ökologische Gesichtspunkte in diesen Handelsbeziehungen zum Zuge kommen zu lassen. Und dies ist in der Tat ein Trend in der Branche, nicht zuletzt deshalb, weil viele Kundinnen und Kunden, die sozial verantwortlich einkaufen wollen, auch Umweltschutz und Gesundheit hoch bewerten. Der Streit, ob der Faire Handel nun eine Alternative zum vorherrschenden Handel ist oder nicht²⁸, erscheint aus der Perspektive, Alterna-

tiven zur vorherrschenden Globalisierung zu schaffen, in einem neuen Licht. Wenn zum Beispiel in der erwähnten Studie die Forderung aufgestellt wird, der Faire Handel solle seine Partner fit für den Weltmarkt machen und dorthin entlassen, um sich neuen kleinen und unerfahrenen Produzenten zuzuwenden²⁹, so lassen sich an dieser These durchaus Zweifel anmelden. Wenn es gilt, in möglichst starken und großen Bereichen vorzumachen, dass es Alternativen zu einer rücksichtslosen Marktwirtschaft in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen gibt, dann sind erfolgreiche Kleinbauerngenossenschaften oder Handwerker wichtige Partner auf diesem Weg. Es geht dann nicht darum, sie fit für das „Haifischbecken“ zu machen, sondern Ziel muss es sein, mit ihnen gemeinsam den fairen Teil des Welthandels auszubauen. Ob der Faire Handel jemals einen hohen Marktanteil erreicht, ist nicht vorhersehbar, aber andere europäische Länder zeigen, dass es zumindest möglich ist, einen deutlich höheren Anteil als in Deutschland zu erreichen.³⁰

Gemeinsam mit den Partnern im Süden gilt es aber nicht nur, das Geschäftsvolumen zu vergrößern, so wichtig dies ist, sondern es müssen auch zwei Botschaften an die Verbraucherinnen und Verbraucher vermittelt werden: Das vorherrschende internationale Handelssystem trägt zur Verarmung und zu gravierenden ökologischen Schäden im Süden der Welt und auf dem ganzen Globus bei – und der Faire Handel ist ein Versuch, den Handel auf verbindlichen sozialen und ökologischen Maßstäben aufzubauen. Fundamentale Kritik und die Schaffung alternativer Strukturen sind aus dieser Perspektive wichtige politische Aufgaben des Fairen Handels. Auch die „Brot für die Welt“-Aktion „Mahlzeit“, die vor allem die Küchen von Tagungsstätten und Kantinen zu einem anderen Einkaufsverhalten ermutigen will, dient diesem Ziel.³¹

Es gibt auch innerhalb des herrschenden Systems ein erhebliches Reformpotenzial, das im Interesse der Verlierer der Globalisierung genutzt werden muss. Der Erfolg, dass „TransFair“-Produkte in vielen herkömmlichen Supermärkten zu finden sind, ist ein Beweis dafür.³² Aber der größte Beitrag des Fairen Handels auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung besteht darin, einen möglichst überzeugenden und wachsenden Sektor aufzubauen, wo vorgemacht wird, dass das herrschende System nicht ohne Alternativen ist. Ergänzend dazu gilt es weiterhin, die Missstände der vorherrschenden globalen Produktionsstrukturen offenzulegen und zu kritisieren, wie dies zum Beispiel im Rahmen der „clean clothes“-Kampagne international geschieht.³³ Große Unternehmen leben von ihrem Image und der positiven Bewertung ihrer Marken. Deshalb entsteht durch die Enthüllung von Missständen und Skandalen ein Imageschaden, der sich kurzfristig auch durch die teuerste Werbekampagne nicht ausgleichen lässt.

Das hat ein global agierendes Unternehmen wie Ikea veranlasst, alle seine 2.000 Lieferanten darauf zu überprüfen, ob der Verhaltenskodex der Firma eingehalten wird. Dieser Kodex wurde in Zusammenarbeit mit Organisationen wie Greenpeace erarbeitet und enthält neben ökologischen Kriterien zum Beispiel Richtlinien zur Einhaltung eines Mindestlohnes und des Verbots von Kinderarbeit.³⁴ Multinationale Konzerne werden auf diese Weise nicht zu Vorbildern eines Fairen Handels, aber es werden grobe Missstände beseitigt. Vielleicht trägt auch die Existenz des Fairen Handels dazu bei, dass bei internationalen Unternehmen immer mehr die Einsicht wächst, dass wirtschaftliches Handeln nicht von ethischen Fragen getrennt werden kann.

Erfreulich ist im Blick auf den Fairen Handel die wachsende europäische Zusammenarbeit von etwa 2.500 Weltläden im „Network of European World Shops“. Dieses Netzwerk organisiert gemeinsame Kampagnen und die Europäischen Weltladentage. Es betreibt außerdem Lobbyarbeit bei der EU. Die weitere europäische Perspektive dürfte dazu beigetragen haben, dass die vielen Akteure im deutschen Fairen Handel nun im nationalen „Forum Fairer Handel“ zusammenarbeiten.³⁵

Besonders erfolgversprechend sind Bestrebungen, den Fairen Handel mit Waren aus dem Süden der Welt mit neuen Formen des Produzierens und Handelns im eigenen Land zu verbinden. Ein Beispiel dafür sind die Bemühungen der Kampagne „Fair kauft sich besser“ in Schleswig-Holstein, bäuerliche Direktvermarkter dafür zu gewinnen, in ihren Hofläden oder auf ihren Ständen auch fair gehandelte Ware aus Übersee anzubieten. Dies eröffnet ihnen neue Einkommensmöglichkeiten und schließt zugleich die Versorgungslücken des Fairen Handels im ländlichen Raum. Einer der Initiatoren des Projektes, Martin Weber, ist überzeugt: „Fairer Handel und die Bevorzugung von Produkten aus regionaler Landwirtschaft können sich gegenseitig ergänzen... Die Grundsätze des Fairen Handels – direkter, partnerschaftlicher Handel, Verzicht auf ausbeuterische Kinderarbeit, faire Erzeugerpreise, hochwertige Qualität der Produkte, umweltverträgliche Herstellung – werden auch von landwirtschaftlichen Direktvermarktern verfolgt. Bäuerliche Betriebe in den Ländern des Südens und direktvermarktende Betriebe bei uns haben die zunehmend qualitätsbewussten Verbraucher als gemeinsame Zielgruppe.“³⁶ Zum verantwortlichen Einkauf und Konsum gehört es sowohl, Güter aus lokaler Produktion zu bevorzugen, als auch die Waren, die aus Übersee importiert werden, möglichst aus dem Fairen Handel zu beziehen. Beide Bereiche ergänzen einander, jedenfalls in all den Fällen, wo eine lokale Produktion nicht sinnvoll oder möglich ist, zum Beispiel bei Bananen.“³⁷

Grenzen des Konsums

Angesichts der Übernutzung der begrenzten natürlichen Ressourcen der Erde durch viele Menschen im Norden der Welt müssen Verbraucherinnen und Verbraucher bei uns sich fragen: Benötige ich diese Ware wirklich, auch dann, wenn ich mir bewusst mache, wieviel knappe Ressourcen in die Produktion und den Transport dieses Produkts eingegangen sind? Viele Käufe sind eine Kompensation für Frustrationen im Leben oder der Suche nach Prestige und Anerkennung. Schon bei kleinen Kindern hat der Kampf um den Absatz von „Markenkleidung“ begonnen, geschürt von einer geschickt plazierten Werbung und verstärkt durch ein soziales Umfeld, in dem es wie bei der Globalisierung nur noch „Gewinner“ und „Verlierer“ gibt, und die Gewinner tragen natürlich die Markenturnschuhe, die Markenhosen und die Markenpullover.³⁸ Aus Protest gegen den Kaufrausch gibt es in den USA jedes Jahr Ende November einen „Buy-Nothing-Day“. Während die anderen sich in die vorweihnachtliche Kauf“schlacht“ begeben, bleiben die Protestler den Konsum“tempeln“ fern. 2001 wollte die Protestbewegung in Werbespots auf die Aktion und die Tatsache hinweisen, dass ein US-Bürger 30mal mehr konsumiert als ein durchschnittlicher Inder. Aber die meisten US-Fernsehstationen weigerten sich, den Spot auszustrahlen, weil er gegen die „aktuelle ökonomische Politik der USA verstößt“ (so die Begründung des Fernsehsenders CBS).³⁹ Seit Ende der 90er Jahre wird versucht, den „Kauf-Nichts-Tag“ auch in Deutschland zu propagieren, bisher ohne großen Erfolg. Es spricht wohl doch mehr dafür, an 365 Tagen im Jahr verantwortungsvoll einzukaufen und zu konsumieren, als an einem festgelegten Tag im Jahr auf das Einkaufen zu verzichten.

Die Alternative von „Haben oder sein“, die Erich Fromm in seinen Büchern und Aufsätzen immer wieder gestellt hat, ist aktueller denn je. Die Suche nach einer anderen Globalisierung ist deshalb auch die Suche nach einer anderen Lebensweise.⁴⁰ In einer Stellungnahme zur UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung haben der Rat der EKD und die katholische Deutsche Bischofskonferenz dies so formuliert: „Die Kirchen tragen dazu bei, eine Politik des ökologischen Strukturwandels möglich zu machen, wenn sie immer wieder dazu aufrufen, den eigenen Lebensstil zu überdenken. Das christliche Menschenbild bietet vielfältige Ansätze für einen Gewinn an Lebensqualität durch die Unterscheidung von ‚gut leben‘ und ‚viel haben‘. Ein nachhaltiger Lebensstil in Verbindung mit entsprechenden Strukturveränderungen im Welthandel ist heute entscheidend für eine Neuorientierung in den reichen Industrienationen selbst.“⁴¹

Es geht im Kern um die ganz existentiellen Fragen des Sinns und Ziels des Lebens, die Fragen nach dem Woher, dem Warum und dem Wohin. Die Kir-

che hat kein Monopol für Antworten auf diese grundlegenden Fragen, aber sie kann und muss sich um Antworten bemühen, die in Einklang mit dem Ziel stehen, dass die Menschen zu Haushaltern dieser Schöpfung bestellt sind und nicht zu ihren Zerstörern und dass die Gerechtigkeit und nicht die Ausbeutung ein Zeichen des kommenden Reiches Gottes ist.

Ganz entscheidend ist die Auseinandersetzung mit dem, was Carl Amery als die „Religion“ des Kapitalismus bezeichnet: „Die Koexistenz des Christentums mit den Mächten des Totalen Marktes, des Globalkapitalismus, wird zur Existenzfrage. Entweder schließen sich die Kirchen der Logik der Fundamentalisten bzw. ihrer eigenen fundamentalistischen Binnensektoren an (was sie aus historischen Gründen wohl nicht können), oder sie fragen sich selbst grundsätzlich nach ihrem möglichen Standort und damit nach ihrem möglichen Auftrag in dieser Welt der von struktureller Sünde bestimmten Alternativlosigkeit: Welche Hoffnung, welches Heil ist zu verkünden?“⁴² Diese Auseinandersetzung wird heute zu einem entscheidenden Teil von Christinnen im Norden und Süden der Welt geleistet. Frauen sind nicht nur in großer Zahl die Opfer der vorherrschenden Globalisierung, sondern sie haben auch besser im Blick, wie Leben bewahrt und in Einklang mit der ganzen Schöpfung gestaltet werden kann. Dies wird im Abschnitt „Ökumene“ ausführlicher dargestellt werden.

Entgegen dem Trend zu immer mehr, immer schneller und immer weiter können sich Christinnen und Christen zusammen mit anderen verantwortungsbewussten Menschen für ein anderes Leben engagieren, das von Einzelnen und kleinen Gruppen schon in Ansätzen verwirklicht wird. Die großartigen Visionen der Bibel von diesem anderen Leben können dazu inspirieren, eine andere Gesellschaft entstehen zu lassen. Hier werden die Einsichten zu biblischen Geschichten und Berichten wie dem Aufbruch aus Ägypten aus dem ersten Band dieser Studie wichtig. Liest man die Bibel auf dem Hintergrund der damaligen und der heutigen politischen, ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen, so wird sie zu einem Leitfaden für ein Engagement für eine andere Globalisierung und ein anderes Leben.

Hier einige Beispiele für Einsichten aus einem solchen Studium von Bibel und sozialer Realität: Auf der Ebene der Kirche und der Kirchengemeinden kann vorgelebt werden, wie Waren und Dienstleistungen so in Anspruch genommen werden, dass die Ansprüche einer nachhaltigen Entwicklung beachtet werden. Das beginnt beim Einkauf von Lebensmitteln für den Kindergarten und den Alternachmittag. Beim Kauf von Obst kann darauf geachtet werden, dass es aus der lokalen oder regionalen Produktion stammt. Beim Kaffee, Tee und Kakao ist der Kauf von Produkten des Fairen Handels geboten. Vor dem Kauf eines neuen Dienstautos wird beraten, ob es wirklich benötigt wird, welches Modell mit sparsamem Verbrauch in Frage kommt und wie

erreicht werden kann, dass das Auto möglichst oft auf dem Parkplatz steht. Auf individueller Ebene sind ähnliche Entscheidungen möglich.

Die andere Globalisierung wird nicht darin bestehen, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzustellen. Es geht vielmehr darum, schrittweise das Ausmaß jener Wirtschaftsbeziehungen einzuschränken, die zu Lasten von Beschäftigten gehen und/oder die die Umwelt schädigen. Das wird nur in kleinen Schritten möglich sein, aber diese Schritte können beweisen, dass ein anderes Wirtschaften möglich ist und dass immer mehr Menschen ein Interesse daran haben, nicht von der Ausbeutung anderer Menschen zu profitieren und im Einklang mit der Natur zu leben.

Das hat der Psychotherapeut und Sozialphilosoph Horst-Eberhard Richter im Herbst 2002 so formuliert: „Alle Zwänge des ökonomischen Systems, das die Menschen zunehmend auseinander bringt, sie hin und her wirft in immer kurzfristigeren unsicheren Beschäftigungen, im ständigen Wechsel neuer Arbeitsformen in Unternehmen, die sich fortwährend wandeln oder auch zerbrechen, alle diese Zwänge können offenbar in den Menschen eine innere Kraft nicht lähmen, die auf Zusammenarbeit und Gemeinschaftlichkeit besteht. Neuerdings taucht nun noch ein besonders erstaunliches Phänomen auf: Je unübersichtlicher sich die Globalisierung mit der immer mehr ausufernden Macht der internationalen Konzerne und der verwilderten Finanzmärkte darstellt, umso wachsamer und unerschrockener meldet sich aus der Mitte der Gesellschaft – vornean aus der Jugend – ein Wir-Bewusstsein, das in seinem weltumfassenden Anspruch mit der globalen Ausdehnung des neoliberalen Systems wetteifert... Die jungen Leute wollen sich schlicht nicht damit abfinden, in einer Welt zu leben, in der internationale Machtblöcke die Mehrheit der Ärmern von den Gewinnen der Globalisierung weitgehend abkoppeln.“⁴³

Die Verteidigung des „öffentlichen Raums“

Wer heute durch eine Großstadt wie Hamburg wandert, entdeckt immer weniger nicht-kommerzielle Angebote. Dass die zentrale Öffentliche Bücherhalle nur noch durch einen mittelgroßen Laden in einer Nebenstraße betreten und entsprechend leicht übersehen werden kann, ist ein Symptom dafür, wie die kommerziellen Angebote sich durchsetzen. Auch das Gas- und das Elektrizitäts-

tätsunternehmen sind längst privatisiert, zum Beispiel mit dem Effekt, dass das Elektrizitätsunternehmen sein Museum geschlossen hat, in dem nicht nur Geschichte dargestellt, sondern auch Schulklassen und Gruppen zahlreiche Möglichkeiten fanden, die Welt der Elektrizität anschaulich kennenzulernen. Angesichts des harten internationalen Wettbewerbs könne das Unternehmen es sich nicht länger leisten, ein solches Museum zu betreiben, hieß es.

Immer mehr Lebensbereiche werden den Gesetzen des Marktes unterworfen und damit der Frage, ob etwas sich finanziell lohnt. Ein Beispiel ist der Fußball. Die Besitzer der Fernsehrechte entscheiden inzwischen, wann in der Bundesliga gespielt wird und zwar auf mehrere Tage verteilt und zu unterschiedlichen Zeiten, damit möglichst viele Direktübertragungen möglich werden. Einzelne Fußballvereine sind bereits an der Börse notiert. Das Hamburger Fußballstadion wurde nicht wie von einem großen Teil der Fans gewünscht nach Uwe Seeler benannt, sondern nach dem Internet-Anbieter AOL. Das bringt dem Verein nämlich Millionen ein, während eine Benennung nach dem verdienten Fußballspieler nichts in die Kasse gebracht hätte. Zu der Entscheidung sagte der Aufsichtsratsvorsitzende des Vereins, Udo Bandow: „Es gibt in einem Berufsleben immer wieder Situationen, in denen man sich zwischen Herz und Verstand entscheiden muss.“⁴⁴ Der Verstand, der sagte wieder einmal: Geld. Dies ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie der Sport, jedenfalls der Spitzensport, immer mehr zu einer kommerziellen Angelegenheit geworden ist. Ähnliches ließe sich für andere Lebensbereiche wie die Kultur zeigen.

Dagegen regt sich allmählich, aber noch recht zaghaft Widerstand. Angesichts der globalen Kampagnen für eine Kommerzialisierung und Privatisierung von immer mehr Lebensbereichen, gilt es, den öffentlichen Bereich zu verteidigen, angefangen bei der Abwehr eines Verkaufs des heimischen Wasserwerkes. Dass private Unternehmen besser wirtschaften als öffentliche Unternehmen ist ein Mythos, der um so stärker verteidigt wird, desto offenkundiger sich in allen Teilen der Welt das Gegenteil zeigt. Die Probleme der privatisierten Telekom und die Pleite des privaten Konkurrenten MobilCom, die zum Verlust von vielen Tausend Arbeitsplätzen führen, sind Beispiele dafür, von dem Konkurs mit Milliarden Schaden des amerikanischen Telekommunikationskonzerns Worldcom ganz zu schweigen.

Der öffentliche Sektor kann effizient und erfolgreich arbeiten, dafür gibt es in Deutschland viele Beispiele, und es kann einiges getan werden, um diesen Bereich noch effizienter zu machen. Dies gilt noch mehr für die Länder im Süden der Welt. Gerade dort gibt es aber auch zahlreiche Initiativen für die Erhaltung des öffentlichen Sektors und gegen eine Übernahme dieser Betriebe durch ausländische Konzerne.

Öffentliche Betriebe müssen kostenbewusst arbeiten, aber ihr primäres Ziel ist nicht der Gewinn, sondern die Bereitstellung von Diensten für die Bevölkerung. Am Beispiel von Wasser wurde im zweiten Band dieser Studie dargestellt, wie sich der Unterschied zwischen einer Orientierung an den Bedürfnissen oder an einem hohen Gewinn konkret für die Menschen und vor allem für die Armen auswirkt. Es gibt Bereiche, wo die Marktgesetze sinnvollerweise zum Zuge kommen, angefangen bei den Gemüseständen auf dem Wochenmarkt, es gibt aber auch viele Lebensbereiche, wo eine Orientierung an Gewinn und Verlust sich negativ auswirkt. Ein Beispiel dafür ist die Kultur. Die Verteidigung und Wiedergewinnung eines nicht durch und durch kommerzialisierten öffentlichen Raums ist deshalb ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung.

Die Auseinandersetzungen um eine Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs

Wie kompliziert und zugleich wichtig es ist, auf die globalen Handels- und Dienstleistungsverhandlungen Einfluss zu nehmen und welche Möglichkeiten es hierfür gibt, möchte ich jetzt am Beispiel der GATS-Verhandlungen zeigen. Es soll exemplarisch deutlich werden, warum im Zeitalter der Globalisierung eine fundierte Analyse komplexer Zusammenhänge die Voraussetzung dafür schafft, Alternativen zu entwickeln und durchzusetzen und wie nationale und internationale Initiativen zusammenwirken müssen. Das Stichwort GATS dürfte den meisten Bundesbürgern unbekannt sein, und doch geht es dabei um zentrale Fragen des zukünftigen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Bereits an dieser Stelle ist ein großes Defizit des kirchlichen Engagements in ökonomischen Fragen zu konstatieren. Dass es ein halbes Jahrzehnt seit dem Abschluss des Vertrages gedauert hat, bis bei uns überhaupt öffentlich über GATS debattiert wird, und dass die deutschen Kirchen, obwohl sie mit Büros in Brüssel und zumindest kleinen Arbeitsstäben zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen ausgestattet sind, nicht rechtzeitig und unüberhörbar Alarm geschlagen haben, ist ebenso peinlich wie unverständlich. Dies um so mehr, als viele kirchliche Einrichtungen, so die Krankenhäuser, direkt von GATS betroffen sind. Worum geht es also bei GATS?

Das „General Agreement on Trade in Services“ ist eine Vereinbarung im Rahmen der Zusammenarbeit in der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organisation). Die WTO wurde Mitte der 90er Jahre gegründet, um den Welthandel zu fördern und insbesondere eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen voranzubringen.⁴⁵ Ein wichtiger Bereich der WTO-Liberalisierungsbestrebungen sind die Dienstleistungen. Zwar machen sie nur etwa 20 Prozent des Welthandels aus (nach WTO-Berechnungen immerhin 1,34 Billionen Dollar im Jahre 1999⁴⁶), aber in vielen Industrieländern entfallen mehr als zwei Drittel des Sozialprodukts auf diesen Bereich. Als entsprechend vielversprechend wird von den Dienstleistungskonzernen das internationale Geschäftspotenzial angesehen. Mit der Gründung der WTO ging der Abschluss des GATS-Vertrages über eine internationale Liberalisierung des Dienstleistungssektors einher, der am 1. Januar 1995 in Kraft trat und von vornherein auf eine immer weiter voranschreitende Liberalisierung ausgerichtet war.⁴⁷ Über die nächste Phase dieses Prozesses wird verstärkt seit der WTO-Ministerkonferenz in Doha (Katar) im November 2001 beraten. Bei den GATS-Verhandlungen geht es um zwölf Bereiche, darunter freiberufliche Dienstleistungen (wie z.B. Tierärzte), EDV-Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Energie, Personen- und Gütertransport, Tourismus, Museen, Bibliotheken, Verwaltung, Reinigungswesen, Müllentsorgung, Kultur, Schulen, Forschung, Post, Wasserver- und -entsorgung, Hotels, Radio, Fernsehen, Altenpflege und Kinderbetreuung. Ausgenommen sind lediglich der Luftverkehrssektor und die Aufgaben, die zu den „hoheitlichen“ Aufgaben des Staates gehören (wobei umstritten ist, was dazu gehört).

Unterschieden wird zwischen vier Formen der Erbringung der Dienstleistungen, die von GATS betroffen sind⁴⁸:

1. die grenzüberschreitende Lieferung,
2. der Konsum von Dienstleistungen im Ausland (z.B. Tourismus oder die Reparatur eines Schiffes in einem ausländischen Hafen),
3. die kommerzielle Präsenz im Ausland (z.B. ein Cluburlaubs-Dorf eines deutschen Reiseveranstalters im Senegal oder ein Tochterunternehmen einer deutschen Bank in Laos),
4. die zeitweise Migration von Dienstleistungserbringern.

Besonders der dritte Punkt, die Einbeziehung von ausländischen Direktinvestitionen in die Vereinbarungen, ist umstritten. Kritiker werfen der WTO vor, damit zumindest in Teilbereichen das fortzusetzen, was Ende 1998 vorerst bei den MAI-Verhandlungen (Multilaterale Abkommen über Investitionen) gescheitert ist, nämlich die rechtliche Absicherung einer ungehinderten Investitionstätigkeit von multinationalen Konzernen in aller Welt. Die Pläne für MAI-Abkommen waren angesichts der breiten Proteste in vielen

Teilen der Welt zunächst aufgegeben worden, über die GATS-Verhandlungen wird das Anliegen jetzt im Bereich der Investitionen im Dienstleistungsbereich wieder eingeführt. Das Ergebnis ist, dass Länder die Möglichkeit verlieren, Regeln für Auslandsinvestitionen festzulegen, zum Beispiel Einschränkungen des Gewinntransfers oder Auflagen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.⁴⁹ Dabei geht es um eine ganz zentrale Frage im Blick auf das Wirtschaftsleben der Zukunft. Es gibt nach Berechnungen der UN-Unterorganisation UNCTAD weltweit über 60.000 multinationale Konzerne mit einem Umsatz von elf Billionen Dollar, was 25 Prozent des weltweiten Brutto-sozialprodukts entspricht (Stand 1999).⁵⁰ 10.000 von ihnen haben ihren Hauptsitz in einem Land des Südens, dort befinden sich aber vor allem fast 250.000 Zweigbetriebe multinationaler Konzerne.⁵¹ Ob diese Unternehmen auf einem liberalisierten globalen Markt frei schalten und walten können wie sie wollen oder ob sie verbindlichen nationalen und internationalen Regelungen unterworfen sind, macht also einen enormen Unterschied. Das erklärt die Proteste gegen MAI ebenso wie den Versuch der Unternehmen, über den GATS-Prozess zumindest für den Dienstleistungsbereich doch noch zur „großen Freiheit“ zu kommen.

Liest man WTO-Publikationen, so entsteht das Bild einer heilen Welt des liberalisierten globalen Dienstleistungsmarktes und es scheint nur an Fehlinformationen und Fehleinschätzungen zu liegen, dass es irgendwelche Proteste gegen GATS gibt⁵². Organisationen wie die WTO haben aus den Erfolgen von Protestbewegungen gelernt, und wer im Internet die Seiten der WTO aufsucht, der wird mit einem ganzen Bündel von Informationen zu GATS versorgt, unter anderem dem Text der Broschüre „GATS – Facts and Fiction“⁵³. Als „Fiction“ werden die Aussagen von GATS-Kritikern bezeichnet, die in der Broschüre selektiv ausgewählt abgedruckt werden mit dem Ziel, sie zu widerlegen. Es kann nicht überraschen, dass in der WTO-Broschüre die Behauptung aufgestellt wird, Handelsliberalisierung diene dem menschlichen Wohlergehen und habe einen der größten Beiträge in der Geschichte der Menschheit zu Wirtschaftswachstum und zur Überwindung der Armut geleistet. Herausgestellt wird in dieser Verteidigungsschrift, die über 140 WTO-Länder hätten jede Freiheit, selbst zu entscheiden, für welche Bereiche sie eine Liberalisierung des Handels- mit Dienstleistungen vornehmen wollten. Sie könnten dies mit bestimmten Einschränkungen tun und es gäbe die Möglichkeit, solche Marktöffnungen auch wieder rückgängig zu machen. Aber es sei in ihrem eigenen Interesse, sich am weiteren Prozess der Liberalisierung zu beteiligen, denn sie bringe dem eigenen Land Vorteile. Die Entscheidungen über GATS wie andere Bereiche der WTO-Arbeit würden demokratisch von allen mehr als 140 Ländern getroffen, jedes Land habe eine Stimme.

Die Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten

Es gibt eine Reihe von Grundprinzipien, zu denen sich alle GATS-Mitgliedsstaaten verpflichten mussten. Ausländischen Anbietern von Dienstleistungen soll der Marktzugang ermöglicht und zu diesem Zweck Handelshemmnisse beseitigt werden. Außerdem sollen ausländische Dienstleistungsunternehmen genauso behandelt werden wie einheimische Anbieter. Ein weiteres wichtiges Prinzip ist die Meistbegünstigung.⁵⁴ Eine Handelsvergünstigung, die einem Land gewährt wird, muss auch allen anderen Ländern gewährt werden. Auch wenn es Übergangsfristen gibt, bleibt als Problem, dass eine Handelsvergünstigung, die Tansania mit seinem Nachbarland Kenia vereinbart und die den kleinen Industriebetrieben beider Länder dienen soll, nach den GATS-Regeln auch den Konzernen der reichen Ländern offen stehen soll. Der Effekt ist, dass die lokalen Unternehmen einem Wettbewerb ausgesetzt werden, den sie nicht bestehen können. Zudem sind die Länder gehalten, sich an der Entwicklung und Einführung international verbindlicher Regeln für die Gesetzgebung und Regelung der Dienstleistungen zu beteiligen und Handelshemmnisse durch nationale Regelungen wie Gesetze, Verordnungen, ökologische Normen oder soziale Standards zu begrenzen. Vorhandene Regelungen sollen für alle Marktbeteiligten transparent sein.⁵⁵

Ausgenommen von der Liberalisierung werden Dienstleistungen, die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden. Das sind öffentliche Dienstleistungen, die der Befriedigung grundlegender gesellschaftlicher Bedürfnisse dienen. Nach den GATS-Vereinbarungen ist dies ein Dienst, der „weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht wird“.⁵⁶ Nachdem Internationaler Währungsfonds und Weltbank aber immer mehr Entwicklungsländer dazu gezwungen haben, zumindest die lukrativen Energie- und Wasserversorgungsbetriebe zu privatisieren und private Krankenhäuser zuzulassen, gibt es immer weniger Bereiche, in denen es keine privaten Konkurrenten gibt. Entsprechend groß ist der Druck, diese Bereiche in die internationalen Liberalisierungsprozesse einzubeziehen.⁵⁷

Einmal gemachte Zugeständnisse einer Regierung, wie verantwortungslos sie auch immer gehandelt haben mag, sind faktisch nicht mehr zurückzunehmen, weil ein Ausgleich in Form von neuen Handelsliberalisierungen zugunsten der durch die Zurücknahme benachteiligten Länder erfolgen muss. Dies kann von armen Ländern kaum geleistet werden. Wenn in einer Wirtschaftskrise die Liberalisierung des Bankensystems oder des Gewinntransfers eingeschränkt wird, kann ein Land schwerlich als Ausgleich nun den Gesundheitsbereich der internationalen Konkurrenz öffnen, würden doch nun hier die durch die Wirtschaftskrise geschwächte nationalen An-

bieter vom Markt verdrängt. Die WTO bemüht sich, auf Ausnahmeregelungen zu verweisen, um solchen Befürchtungen entgegenzutreten, aber es ist dennoch klar, dass ein Land von einmal gemachten Zusagen nur sehr schwer wieder zurücktreten kann. Im Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zu Globalisierungsfragen wird in diesem Zusammenhang zu GATS festgestellt: „Eine wesentliche Funktion dieses Abkommens wird... darin gesehen, Liberalisierungsfortschritte, die auf bilateraler oder regionaler Ebene erzielt wurden, zu multilateralisieren. Die Wiedergewinnung staatlicher Regelungskompetenzen ist nach erfolgter Festschreibung im Prinzip nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Das GATS-Konzept der fortschreitenden Liberalisierung sieht eine sukzessive Ausweitung von Marktöffnungsverpflichtungen vor.“⁵⁸

Problematisch ist auch, dass Subventionen zu keinen Verzerrungen auf dem Dienstleistungsmarkt führen dürfen. Wenn also zum Beispiel ein internationaler Wasserkonzern sich die Kontrolle über die lukrativsten Wasserbetriebe gesichert hat, ist zumindest umstritten, ob eine Regierung dann noch die nichtprivatisierten Wasserbetriebe subventionieren kann, ohne damit eine Wettbewerbsverzerrung im Sinne der GATS-Regelungen auszulösen. Die Konsequenz wäre, auch den internationalen Wasserkonzern zu unterstützen oder aber ganz auf Subventionen zu verzichten. Bisher haben sich die meisten Länder das Recht reserviert, ihre staatlichen Unternehmen zu subventionieren⁵⁹, ob sie das bei fortschreitender Liberalisierung auch noch dürfen, bleibt abzuwarten.

Ein weiterer Bereich, in dem ärmere Länder die übermächtige internationale Konkurrenz fürchten müssen, ist das staatliche Beschaffungswesen. Die staatlichen Beschaffungen sind gegenwärtig noch nicht in die GATS-Regelungen einbezogen, es gibt aber ein starkes Interesse großer Dienstleistungsunternehmen, diese Aufträge auch verpflichtend der internationalen Konkurrenz zu öffnen, was häufig bedeuten würde, dass kleine lokale Unternehmen solche Aufträge an die sehr viel kapitalkräftigere internationale Konkurrenz verlieren würden. In einer WTO-Veröffentlichung heißt es: „Die Verhandlungen sind mit der Erwartung verbunden, dass einige Regierungen die Verpflichtung übernehmen, die Auftragsvergabe für staatliche Beschaffungen für ausländische Dienstleistungsanbieter zu öffnen.“⁶⁰

Es wird außerdem befürchtet, dass die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich gravierende Auswirkungen auf die Menschen haben wird, die in diesem Bereich beschäftigt sind. Angesichts einer starken nationalen und internationalen Konkurrenz werden, so zeigt sich bereits, alle auf einem liberalisierten Markt tätigen Unternehmen versuchen, ihre Kosten zu senken. Das wird von den Befürwortern der Liberalisierung als Vorteil gepriesen, nicht aber von den Beschäftigten, die durch Rationalisierung ihren Arbeitsplatz

verlieren oder die davon betroffen sind, dass immer mehr tariflich nicht abgesicherte und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Dies trifft in besonders großem Umfang Frauen, die in diese Niedriglohnarbeitsverhältnisse abgedrängt werden. Außerdem verlieren viele Beschäftigte ihre Arbeitsplätze, wenn ihr Unternehmen der internationalen Konkurrenz nicht standhält, und auch hier zeigt die Erfahrung, dass Frauen zuerst betroffen sind und entlassen werden.

Die „Erklärung von Bern“, eine Initiative Schweizer Bürgerinnen und Bürger für eine gerechte Welt, zieht in einem Positionspapier diese Bilanz: „Das Dienstleistungsabkommen GATS ist ein WTO-Abkommen, das nur auf Druck der Industrieländer zustande gekommen ist. Dementsprechend einseitig ist der Nutzen, den diese Länder mit ihren starken Dienstleistungssektoren und ihren multinationalen Dienstleistungskonzernen aus diesem Abkommen ziehen können. Ärmere Länder können wenige grenzüberschreitende Dienstleistungen zur Verfügung stellen, müssen sich aber ihrerseits verpflichten, ihre Märkte gegenüber ausländischen Investoren zu öffnen. Das Dienstleistungsabkommen GATS ist zugleich das erste multinationale Investitionsabkommen, das zwar die Rechte der Investoren regelt, ihnen aber keinerlei Verpflichtungen auferlegt.“⁶¹

Es geht in den Debatten um die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs im Kern um die Frage, ob alle Lebensbereiche den Gesetzen des Marktes unterworfen werden sollen. Die GATS-Kritiker beharren darauf, dass alle Menschen den Zugang zu den Grundgütern des Lebens und öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und medizinische Versorgung haben müssen. Sie sollten nicht wie jede beliebige Ware behandelt werden. Ebenso gilt es, die Notwendigkeiten einer nachhaltigen Entwicklung zu beachten. In einem attac-Positionspapier wird zu knappen Ressourcen und Gütern festgestellt: „Eine Unterordnung des Umgangs mit diesen Gütern unter die Logik des Marktes, nach der höherer Verbrauch von Ressourcen wie Wasser und Energie und wachsende Müllberge mehr Umsatz und mehr Gewinn bedeuten, ist ökologisch und sozial nicht vertretbar.“⁶² Einer der Hauptförderer einer Kommerzialisierung und Liberalisierung aller Lebensbereiche ist die Europäische Union.

Die Rolle der Europäischen Union

Bei den GATS-Verhandlungen tritt die Europäischen Union, vertreten durch die EU-Kommission, als eigener Akteur auf. Die Europäische Union ist im Prozess, in allen Bereichen einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen, auf dem Unternehmen aus anderen EU-Staaten ebenso frei agieren

können wie die jeweiligen inländischen Unternehmen. Auch der Dienstleistungsbereich ist in den letzten Jahren sehr stark liberalisiert worden, zum Beispiel der Telekommunikationsbereich. Das hat zur Folge, dass die EU nur noch als Gemeinschaft anderen Staaten eine Liberalisierung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsbereich anbieten kann, weil eine Maßnahme automatisch alle Mitgliedsstaaten betrifft. Deshalb stellt die EU-Kommission für die GATS-Verhandlungen eine gemeinsame Liste der Verpflichtungen der EU-Staaten und der Wünsche an andere Staaten zusammen, die auf Ministerebene beraten und entschieden werden. Hierbei gibt es keine Vetomöglichkeit für einzelne Regierungen, sie können also überstimmt werden. Lediglich in Bereichen, für die die EU bisher keine Zuständigkeit hat, bedarf es einer Zustimmung der einzelnen Länder. Verpflichtungen, die die EU eingeht, gelten für alle Mitgliedsstaaten, ohne dass die nationalen Parlamente hier noch einen Einfluss haben. Da auch das Europäische Parlament in GATS-Fragen keine Entscheidungskompetenz hat, bedeutet diese Regelung, dass die zuständigen Ministerien in den Mitgliedsstaaten und die EU-Bürokratie in einem Ausschuss faktisch allein bestimmen, wo liberalisiert wird und wo nicht – und wo Druck auf andere Staaten ausgeübt wird, ihre Dienstleistungsmärkte für die internationale Konkurrenz zu öffnen. Die Enquete-Kommission des Bundestages zu Globalisierungsfragen stellte hierzu fest: „Das Demokratiedefizit der Gemeinschaft ist in diesem Bereich besonders augenfällig, weil nicht nur das Europäische Parlament angesichts seiner begrenzten Kompetenzen, sondern auch die nationalen Parlamente von einer echten Kontrolle ausgeschlossen sind.“⁶³

Dafür lässt die EU sich von großen europäischen Konzernen beraten, deren Interessen dann auch eine große Rolle bei der Formulierung der EU-Politik haben. Die Unternehmen sind im „European Services Forum“ gut organisiert und besitzen Einfluss bei der Formulierung der EU-Politik. Im Interesse dieser Unternehmen setzt die EU sich zum Beispiel dafür ein, dass Manager und Spezialisten ungehindert überall einreisen können. Andererseits blockiert sie die zeitweise Tätigkeit weniger qualifizierter Arbeitskräfte aus nicht EU-Ländern im Dienstleistungsbereich im Auftrag ausländischer Dienstleistungsanbieter, weil die Migration in den EU-Raum begrenzt und gesteuert werden soll. Das hat den Effekt, dass die Länder im Süden, die im grenzüberschreitenden Dienstleistungswettbewerb niedrige Löhne als einen entscheidenden Vorteil ausspielen könnten, dies faktisch nicht tun können, weil die reichen Länder für die meisten Arbeitsmigranten die Grenzen dicht machen. Ein Dienstleistungsunternehmen aus Mali hat also keine Chance, mit einer größeren Zahl von Beschäftigten nach Saarbrücken oder Helsinki zu kommen, um dort preiswert Aufträge auszuführen. Die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs hat also genau dort Grenzen, wo die westlichen Staaten ihre Interessen beeinträchtigt sehen.⁶⁴ Länder wie Indien fordern,

dass, wenn schon liberalisiert wird, dies auch Arbeitskräfte mit mittleren und niedrigen Qualifikationen betreffen müsse.⁶⁵

Eine ungehinderte Einreisemöglichkeit von Arbeitskräften aus aller Welt könnte, so wenden Kritiker einer solchen Liberalisierung ein, zu einem Lohndumping führen. Der DGB fordert deshalb unter anderem, dass ausländische Dienstleister, die inländischen Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten müssten. Diese Forderung ist verständlich, um Lohndumping und eine Arbeitslosigkeit der einheimischen Beschäftigten zu verhindern, hat aber den Effekt, dass bei einer Einhaltung dieser und anderer Einschränkungen die ausländischen Anbieter ihren Hauptvorteil, nämlich niedrige Löhne, verlieren würden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Länder des Südens ihre Position in dieser Frage durchsetzen werden. Erstens hat die Europäische Union nach den bestehenden GATS-Regelungen das Recht, eine solche Liberalisierung nicht vorzunehmen, ohne dass man sie dazu zwingen könnte. Und zweitens ist es sehr unwahrscheinlich, dass in dieser Frage eine verbindliche Regelung für alle Staaten getroffen wird, denn sie müsste einstimmig beschlossen werden.

Die fehlende Transparenz, weltweit ein Problem der GATS-Verhandlungen, ist in Europa noch durch die geheimen Verhandlungsprozesse in der EU verschärft. Dies wurde schlaglichtartig deutlich, als das globalisierungskritische Netzwerk attac im April 2002 vertrauliche Dokumente zur EU-Position in den gegenwärtigen Verhandlungen über eine weitere Handelsliberalisierung veröffentlichte. Attac-Pressesprecher Felix Kolb sagte zum Ziel der Veröffentlichung: „Wir haben uns das Ziel gesteckt, das GATS ebenso zu Fall zu bringen wie 1997 das multilaterale Abkommen über Investitionen. Die Veröffentlichung der geheimen Forderungslisten ist ein erster Schritt dabei.“⁶⁶ Die Dokumente machten deutlich, dass es bereits lange Listen von Forderungen für Liberalisierungsmaßnahmen von anderen Staaten an die EU gibt. Diese Forderungen an andere Länder, die zu einem großen Teil die Interessen europäischer Konzerne widerspiegeln, haben einen Effekt auf die Liberalisierungen in Europa selbst. Dazu stellt die Enquete-Kommission des Bundestages zur Globalisierung fest: „Wenn die (EU-)Kommission mit Verweis auf eigene Liberalisierungsschritte hohe Forderungen an Drittstaaten stellt, werden diese weitreichende Begehrlichkeiten gegenüber der EU formulieren.“⁶⁷ Die EU-Forderungslisten umfassten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der vertraulichen Papiere etwa 1.000 Seiten mit „requests“ an 29 Länder. Dazu gehörten zum Beispiel Forderungen zur Liberalisierung der Wasser- und Energieversorgung sowie der Post und Telekommunikation. Besonders weitreichend sind die Forderungen im Wasserbereich, sicher auch ein Ausdruck des großen Gewichts europäischer Wasserkonzerne wie Vivendi, RWE und EON beim globalen „Monopoly“-Spiel zur Übernahme von Wasserversorgungsbetrieben.⁶⁸ Diese Unternehmen sind in den EU-Beratungsgremien gut vertreten.⁶⁹

Bekannt waren die Dokumente bis zur attac-Veröffentlichung nur einigen wenigen Politikern, den zuständigen Personen im Bundeswirtschaftsministerium – und einigen Wirtschaftsverbänden, zumindest jene Abschnitte, die den jeweiligen Wirtschaftssektor betreffen. Denn den Verbänden wurde – trotz der strengen Vertraulichkeit der Dokumente – die Möglichkeit eingeräumt, ihre Wunschliste für weitere Liberalisierungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsbereich anzumelden und sich zu den Liberalisierungsforderungen zu äußern. Anderen direkt Betroffenen, wie zum Beispiel die Gewerkschaften oder die Träger kirchlicher Krankenhäuser (die eventuell einer Konkurrenz durch ausländische Betreiber von Krankenhäusern ausgesetzt werden sollen) wurde eine solche Möglichkeit nicht gegeben. Vertraulichkeit der Vorschläge galt also für alle – außer für einige Wirtschaftsverbände. Diese Tatsache wurde von der Bundesregierung in Beantwortung einer PDS-Anfrage im Bundestag eingeräumt.⁷⁰ Die öffentliche Empörung über ein solches Vorgehen hielt sich in Grenzen. Das zeigt, wie dringend notwendig eine Aufklärungsarbeit in unserer Gesellschaft ist.

Die Machtverhältnisse in der WTO

Eine entscheidende Frage für die zukünftige Richtung der Liberalisierungsdebatte sind die Machtverhältnisse in der WTO. In der Welthandelsorganisation hat jedes Land eine Stimme, und dies ist ein beachtlicher Fortschritt im Vergleich zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds, wo die Stimmrechte bei den wirtschaftsstarken westlichen Industriestaaten konzentriert sind. Allerdings steht der formalen Gleichheit bei Abstimmungen ein völlig ungleiches Gewicht bei den Verhandlungen gegenüber. Das beginnt damit, dass mehr als 20 Vertragsstaaten nicht mit einer ständigen Delegation bei der WTO in Genf vertreten sind, andere Länder haben aus Finanzgründen so wenige Diplomaten zur WTO entsandt, dass diese völlig überfordert sind, die zahlreichen Sitzungstermine wahrzunehmen und sich in die komplizierten Sachverhalte einzuarbeiten. Die westlichen Delegationen sind nicht nur weit größer, sondern haben im Hintergrund auch das Fachwissen ihrer großen Ministerien und angeschlossener Forschungseinrichtungen in der Heimat sowie den riesigen EU-Apparat in Brüssel. Und sie können auf das Fachwissen der zahlreichen Vertreter von Konzernen und Wirtschaftsverbänden zurückgreifen, die gern bereit sind, die passenden Argumente und Studien zu liefern. Eine enge Abstimmung von Regierungen und Wirtschaftsverbänden im Blick auf die Verhandlungspositionen in den zahlreichen Detailfragen findet routinemäßig statt. Zu den wichtigsten Akteuren gehört die „Coalition of Service Industries“, in der die großen US-Dienstleistungsunternehmen zusammenarbeiten und massiv Lobbyarbeit für ihre Inter-

essen betreiben. Die EU-Kommission holt ihrerseits Ratschläge von den europäischen Dienstleistungskonzernen ein.⁷¹

Auch bei den WTO-Konferenzen gibt es dieses Ungleichgewicht, das bei der WTO-Konferenz in Seattle besonders dadurch zum Ausdruck kam, dass es „Green Room“-Gespräche gab, zu denen nur große Staaten im Norden der Welt plus einige wenige Vertreter aus dem Süden zugelassen waren und wo alle Entscheidungen vorbereitet wurden. Das löste bei den Delegationen aus dem Süden der Welt großen Unmut aus, was wesentlich zum Scheitern der Konferenz beitrug. Bei der nächsten WTO-Konferenz in Doha 2001 wurde diese offenkundige Diskriminierung etwas abgebaut, aber informelle Wege gefunden, damit die Vertretungen der reichen Staaten ihre Interessen abstimmen und durchsetzen konnten.

Den GATS-Dokumenten und Werbebroschüren ist auch nicht zu entnehmen, unter welchem Druck die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stehen nach der Unterzeichnung des Vertrages nun auch einen Bereich nach dem nächsten der internationalen Konkurrenz zu öffnen. Sie können sich dann nur noch damit retten, dass sie die vertraglich gegebene Möglichkeit nutzen, die Liberalisierung mit einzelnen einschränkenden Bestimmungen zu versehen. Aber die nächsten Liberalisierungsverhandlungen stehen an, und ohne Angebote können auch kleine Länder nicht in diese Verhandlungen gehen, sind sie doch ihrerseits darauf angewiesen, dass die mächtigen Länder ihnen einige Zugeständnisse machen.

Proteste gegen GATS

Vor allem seit Ende der 90er Jahre gibt es einen wachsenden internationalen Protest gegen den GATS-Prozess. Ein erster Höhepunkt waren die Proteste beim WTO-Ministertreffen in Seattle 1999 gegen den gesamten Liberalisierungsprozess, der die wirtschaftliche Globalisierung beschleunigt. Im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit ging es zunächst vor allem um den internationalen Warenverkehr, während die komplizierte Dienstleistungsthematik nur allmählich in die öffentliche Debatte geriet. Die Weltsozialgipfel in Porto Alegre wurden zu Kristallisationspunkten des internationalen Protestes. Zu erwähnen ist auch der internationale Gewerkschaftsprotest unter dem Slogan „Stop the GATS attack now“.⁷² Außerdem nehmen die nationalen und lokalen Proteste zu, vor allem in Ländern wie Ghana und Südafrika, wo öffentliche Elektrizitäts- und Wasserbetriebe sowie zahlreiche weitere öffentliche Betriebe unter internationalem Druck privatisiert werden sollen.⁷³

In Deutschland hat sich ein GATS-Aktionsbündnis formiert, zu dem attac,

Gewerkschaften, studentische Organisationen sowie kirchliche und entwicklungspolitische Gruppen gehören, zum Beispiel die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, medico international und die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika. Im Rahmen der Kampagne ist eine GATS-Postkartenaktion gestartet worden, um ein Moratorium der Liberalisierungsverhandlungen zu erreichen. Ein zentrales Motto der Kampagne lautet: „Nein zu GATS: Unsere Welt ist keine Ware“.⁷⁴ Grundlegende Informationen zur Kritik an dem Abkommen und seiner Durchführung sind auch unter www.gats.de zu finden. Auch im politischen Raum findet die GATS-Kritik inzwischen Gehör, so zum Beispiel bei einer internationalen Konferenz zu GATS im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes in Bonn im Mai 2001.⁷⁵ Kritische Aussagen zu GATS und konkrete Forderungen zur Erhöhung der Transparenz und zur Stärkung der Position des Europäischen Parlaments finden sich in dem schon zitierten Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“.⁷⁶ Auch auf kommunaler Ebene wächst der Widerspruch und Widerstand, wie sich zum Beispiel an einem Brief der Kommunalen Landesverbände an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Teufel zeigt.⁷⁷ In Österreich hat auf Initiative von attac und verschiedener anderer Organisationen ebenfalls eine Kampagne begonnen unter dem Slogan „Stopp das GATS!“.⁷⁸

Die Suche nach Alternativen

Diese kurze Darstellung des GATS-Prozesses lässt bereits ahnen, wie komplex eine Strategie sein muss, die den negativen Auswirkungen dieses Prozesses entgegenwirkt. Eine grundlegende Frage ist, ob solche Liberalisierungsmaßnahmen überhaupt sinnvoll sind und in welchen Bereichen dies der Fall sein kann. Wenn man die Position vertritt, dass vor allem lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden sollten, erscheint der ganze GATS-Prozess als ein Weg in die falsche Richtung. Es geht dann nur noch um Schadensbegrenzung im Blick auf die Armen in der Welt und im Blick auf die Natur. Es lässt sich auch die Position vertreten, internationale Wirtschaftsbeziehungen seien in erheblichem Umfang notwendig, aber es komme nicht darauf an, sie auszuweiten, sondern den Akzent darauf zu legen, sie fairer und umweltverträglicher zu gestalten.

Von beiden Positionen her ist es ein wichtiges Anliegen, die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen GATS-Vereinbarungen zu erkennen und in die öffentliche Debatte einzubringen. Vor allem kommt es darauf an, präzise zu erfassen, wer von dem Prozess der Liberalisierung profitiert und wer verliert. Deutlich wird dabei, dass es im Norden wie im Süden der Welt grō-

ßere Bevölkerungsgruppen gibt, die von einer Liberalisierung Vorteile haben. Dazu gehören etwa die Software-Unternehmen und ihre Beschäftigten im indischen Bangalore, die jetzt leichter Aufträge in Europa und Nordamerika erhalten und die eigene Position auf dem globalen Markt festigen können. Daneben gibt es Verlierer, wiederum auch in allen Teilen der Welt. Leider liegen bisher nur sehr wenige Studien vor, die die Auswirkungen der GATS-Liberalisierungen empirisch nachweisen. Es gibt deshalb die Forderung von GATS-Skeptikern, die Liberalisierung erst dann weiter voranzubringen, wenn klar ist, welche Effekte die bisherigen Schritte in diese Richtung gehabt haben. In einem attac-Postionspapier wird hierzu festgestellt: „Es sind umfangreiche und unabhängige Untersuchungen der GATS-Bestimmungen hinsichtlich ihrer sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse müssen öffentlich diskutiert und im Falle von Fehlentwicklungen entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.“⁷⁹

Transparenz und öffentliche Debatte

Wie in anderen Globalisierungsfragen kann es auch im Blick auf die Liberalisierung des weltweiten Dienstleistungsbereichs nicht darum gehen, am „grünen Tisch“ ein Konzept zu finden, das die Interessen der Armen und der anderen „Verlierer“ des Globalisierungsprozesses ernst nimmt. Notwendig ist vielmehr eine breite öffentliche Diskussion darüber, wie Dienstleistungen so angeboten werden können, dass sie gerade denen zugute kommen, die über keine nennenswerte Kaufkraft verfügen. Die Annahme, der Markt sei das beste Instrument zur Lösung aller Probleme, wird sich in einer solchen Debatte rasch als Illusion erweisen.

Eine Grundvoraussetzung für eine solche Debatte ist, dass die GATS-Verhandlungen endlich transparent und öffentlich gestaltet werden. Die WTO versucht, den Eindruck zu erwecken, der GATS-Prozess werde bereits transparent durchgeführt. So wird darauf verwiesen, dass in vielen Ländern über die GATS-Verpflichtungen im Parlament entschieden wird und alle eingegangenen nationalen Verpflichtungen im Internet zugänglich sind. Nicht erwähnt wird, dass viele Verhandlungen, die die Entscheidungen vorbereiten, streng vertraulich geführt werden. Das erwähnte Beispiel der EU-Beratungen ist hierfür typisch. Auch in den Ländern des Südens ist das Wissen der Öffentlichkeit darüber, was die Regierung an Dienstleistungsliberalisierungen anbietet, minimal, zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo alles entschieden ist. Danach nützt Transparenz nicht mehr viel. Die Vertraulichkeit wird nicht nur aus verhandlungstaktischen Gründen gewählt und sie ist auch nicht nur Ausdruck des Bestrebens autoritärer Regime und mächtiger Bürokratien, alle

Verhandlungen ohne öffentliche „Einmischungen“ durchzuführen. Dahinter steht auch das Wissen, dass es heftige öffentliche Debatten geben würde, wenn die Bevölkerung und die als Beschäftigte direkt Betroffenen rechtzeitig wüssten, welche Liberalisierungspläne es gibt, die zum Beispiel auf den öffentlichen Sektor große Auswirkungen haben. Solche Debatten wünschen die politisch Mächtigen nicht und beziehen allenfalls jene Wirtschaftskreise in die vertraulichen Beratungen ein, von denen sie annehmen können, dass sie den grundlegenden Kurs der Liberalisierung mittragen.

Die fehlende Transparenz ist also kein Zufall, sondern eine Grundvoraussetzung dafür, dass die GATS-Verhandlungen so stattfinden können wie bisher, also ohne eine frühzeitige öffentliche Debatte über Liberalisierungsangebote, die von den Regierungen gemacht werden und dann kaum noch zurückzunehmen sind. Das macht verständlich, warum es einen so hartnäckigen Widerstand dagegen gibt, den GATS-Prozess öffentlich zu machen und warum die Wut derer so groß ist, die sich hinters Licht geführt sehen und nun vor vollendeten Tatsachen stehen.

Mehr Transparenz und mehr Mitwirkung der Betroffenen verändern also nicht nur Prozeduren, sondern würden dem GATS-Prozess eine neue Richtung geben. Anders als heute würden nicht nur die Argumente der Wirtschaftsverbände und der Regierungsbürokratien in den Prozess einfließen, sondern auch diejenigen der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen, der Kirchen und vieler anderer Gruppen. Dass deren Vorstellungen andere sind als die der multinationalen Unternehmen zeigt sich auf weltweiter Ebene regelmäßig bei den Weltsozialgipfeln wie in Porto Alegre, aber zum Beispiel auch bei ökumenischen Versammlungen. Es sind spannende Verhandlungen zu GATS zu erwarten, wenn sie nicht mehr unter Ausschluss der meisten direkt Betroffenen stattfinden. Die Forderungen nach Transparenz und Partizipation sind deshalb wichtige Elemente auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung.

Die Trennung von Liberalisierung und Privatisierung

Die WTO betont in ihren Veröffentlichungen, dass eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungsbereichs nicht verknüpft sei mit einer Privatisierung öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Verantwortungsbeiräte. In einer WTO-Pressemitteilung vom Sommer 2002 heißt es: „Liberalisierung bedeutet nicht Privatisierung. GATS und die laufenden Verhandlungen erfordern keine Privatisierung, Kommerzialisierung oder Deregulierung irgendeines Dienstleistungsbereichs.“⁸⁰ In der Praxis sieht dies bisher

leider oft anders aus. Um so mehr ist es sinnvoll, die WTO-Behauptung sehr ernst zu nehmen. Die Konsequenz besteht darin, bei den internationalen Verhandlungen und den nationalen GATS-Zusagen streng darauf zu achten, dass eine solche Koppelung nicht stattfindet. Dafür ein Beispiel: In verschiedenen Ländern sind Teile der Wasserversorgung bereits privatisiert worden, andere Betriebe werden weiterhin von Kommunen oder dem Staat kontrolliert. Wenn ein solches Land nun den Wasser-Dienstleistungsbereich international liberalisiert, bedeutet dies zunächst einmal nur, dass ausländische Konzerne sich gleichberechtigt mit nationalen Unternehmen um Kontrakte für die bereits privatisierten Wasserbetriebe bemühen können. Das hat für sich genommen Nachteile, weil zu erwarten ist, dass kleine, oft unerfahrene und kapitalschwache nationale Unternehmen kaum Chancen haben, sich bei Ausschreibungen gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen. Aber mit dieser Liberalisierung im Rahmen der GATS-Vereinbarungen ist nicht verbunden, dass mehr staatliche Wasserbetriebe privatisiert werden und ein Versuch, auf GATS zu verweisen, um eine Privatisierung durchzusetzen, ist illegitim.

Allerdings gibt es vor allem zwei Faktoren, die einen solchen Druck erhöhen. Zunächst einmal haben die internationalen Wasserkonzerne ein großes Interesse daran, dass weitere Privatisierungen durchgeführt werden. Sie haben sich nicht für die Liberalisierung eingesetzt, um festzustellen, dass alle Kontrakte für bereits erfolgte Privatisierungen vergeben sind und diese Verträge bei einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren erst in vielen Jahren wieder neu ausgeschrieben werden. Die Wasserkonzerne können bei solchen Bemühungen um eine forcierte Privatisierung oft auf die massive Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und westlicher Regierungen rechnen, die überzeugt sind, dass Privatisierung das Gebot der Stunde ist (siehe die Darstellung im zweiten Band der EMW-Publikationen zur Globalisierung). Diesem Druck muss standgehalten werden und unter Berufung auf die WTO selbst darauf beharrt werden, dass internationale Konzerne keinen Anspruch darauf haben, dass eine GATS-Liberalisierung zu einem Ausverkauf des öffentlichen Bereichs führt. Realistischerweise ist für die Verteidigung einer solchen Position ein sehr massiver öffentlicher Druck erforderlich. Dies ist allein schon deshalb, weil mit der Vorbereitung und Durchführung von Privatisierungen oft große Zahlungen von Bestechungsgeldern verbunden sind, es also im Lande selbst durchaus einflussreiche Leute gibt, die eine solche Privatisierung vorantreiben wollen.

Es kommt ein zweiter Faktor hinzu. Nach den WTO-Vereinbarungen unterliegen Bereiche, in denen neben dem Staat auch private Unternehmen tätig sind, den Bestimmungen, die wettbewerbsverzerrende Eingriffe ins Marktgeschehen verhindern sollen. Subventionen sind solche Eingriffe, und des-

halb ist es umstritten, in welchem Umfang Regierungen die Anbieter im staatlichen Besitz noch subventionieren dürfen, ohne auch den privaten (internationalen) Konkurrenten die gleichen Vergünstigungen zu gewähren. Nach den GATS-Bestimmungen können sich Regierungen bei ihren Liberalisierungszusagen solche Möglichkeiten ausdrücklich sichern. Wenn sie dies nicht getan haben, bleibt zumindest umstritten, in welchem Maße sie staatliche Anbieter von Dienstleistungen bevorzugen dürfen. Der Effekt kann leicht sein, dass diese staatlichen Betriebe der internationalen Konkurrenz nicht standhalten und entweder in Konkurs gehen oder privatisiert werden.

Diesem Konzept der Liberalisierung und erzwungenen Privatisierung ist das Konzept entgegenzustellen, dass es eine Verantwortung des Staates dafür gibt, dass alle Bürger einen Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Arbeit etc. erhalten, also alle Bereiche, die zum Überleben notwendig sind. Dieser grundlegende Bedarf muss für alle Menschen gewährleistet werden und nicht nur für den kaufkräftigen Teil der Gesellschaft. Staatliche Gelder müssen gezielt eingesetzt werden, um damit die Versorgung gerade der ärmeren Bevölkerungsgruppen sicherzustellen, auch wenn dies nach WTO-Vorstellungen wettbewerbsverzerrende Subventionen sein sollten.

Die Verteidigung und Stärkung des öffentlichen Dienstleistungsbereichs

Ein wichtiges Element jeder Alternative zu GATS ist die Verteidigung des öffentlichen und nicht-privatisierten Bereichs gegen die Angriffe von Privatisierung und internationaler Liberalisierung. Es geht dabei um den Schutz des lokalen Wasserbetriebes vor Privatisierungsplänen ebenso wie um eine Erhöhung der Effizienz des öffentlichen Sektors und eine Darstellung seiner Erfolge. Im Blick auf die Länder des Südens besteht die Strategie darin, gezielt Entwicklungshilfegelder einzusetzen, um öffentliche Betriebe leistungsfähiger zu machen. Es stimmt, dass in der Vergangenheit solche Bemühungen oftmals gescheitert sind. Aber die zwingende Konsequenz ist nicht, diese Bemühungen aufzugeben, sondern es kann ein Anlass sein, nach den Gründen zu fragen und gemeinsam mit der jeweiligen Regierung und der Zivilgesellschaft nach Lösungen zu suchen. Offenkundig sind verantwortungsbewusste, einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfenen Regierungen bessere Partner bei diesen Bemühungen als despotische und korrupte Regime. Ebenso sind Behörden und staatliche Einrichtungen, die durch Vetternwirtschaft, fehlende Motivation der Beschäftigten und Ineffizienz geprägt sind, alles andere als eine Empfehlung für den öffentlichen Bereich. Darin zeigt sich exemplarisch, dass Regierungen und staatliche Ein-

richtungen nicht nur für die Konkurrenzsituation im Rahmen der vorherrschenden Globalisierung wirkungsvoller arbeiten müssen, sondern noch mehr für die Verwirklichung von Alternativen.

Auf Initiative der Schweizer entwicklungspolitischen Aktion „Erklärung von Bern“ hat in der Schweiz eine Kampagne gegen einen weltweiten Ausverkauf des „service public“ (der öffentlichen Dienstleistungen) begonnen.⁸¹ Die Aktion wird von fünf Gewerkschaften, attac Schweiz und zahlreichen anderen Organisationen unterstützt. Mit einer Postkartenaktion an den Schweizer Bundesrat Couchepin wird gefordert, dass

- grundlegende öffentliche Dienstleistungen nicht den WTO-Regeln unterstellt werden,
- die Regierungen, besonders auch in südlichen Ländern, die Kompetenz behalten, nationale Investitionsregeln gemäß dem Entwicklungsstand ihres Landes zu erlassen,
- die bereits eingegangenen Verpflichtungen in Zusammenhang mit GATS nochmals überdacht, öffentlich diskutiert und gegebenenfalls rückgängig gemacht werden.⁸²

Alternativen zur Liberalisierung des Bildungsbereichs

Eine wichtige Aufgabe ist die Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung und Trägerschaft der Bildung. In einer ganzen Reihe von Ländern wie den USA, aber zum Beispiel auch Chile ist eine starke Tendenz vorhanden, Bildung zu einer Ware zu machen, die gekauft werden muss. Das öffentliche Bildungswesen fungiert dann oft nur noch als Auffangmöglichkeit für all jene, die sich die privaten Angebote nicht leisten können. Entsprechend werden die staatlichen Bildungsausgaben reduziert, was den Effekt hat, dass die Qualität staatlicher Angebote sinkt.⁸³ Die Alternative besteht darin, das öffentliche Bildungsangebot zu erweitern und qualitativ zu verbessern.

Die EU hat Teile des Bildungsbereichs nicht nur europaweit liberalisiert, sondern ist auch dabei, sie für Konkurrenten in anderen Teilen der Welt zu öffnen. Dies reicht von den Kindergärten bis zu Hochschulen. Zwar gab es schon vor dem Liberalisierungsprozess viele Bildungseinrichtungen, die nicht in staatlicher Trägerschaft waren, aber dies waren vor allem Schulen in kirchlicher Trägerschaft oder Kindergärten in Eigeninitiative der Eltern. Was jetzt droht, ist aber eine immer stärkere Ausweitung von Angeboten, deren Betreiber Bildung zu einer gewinnträchtigen Sache machen, zugänglich für

alle, die das nötige Geld haben. Gleichzeitig leiden die staatlichen Bildungseinrichtungen unter massiven Finanzierungsproblemen. Das Ergebnis dieses Prozesses lässt sich in Ländern wie den USA sehen. Die verantwortlichen Politiker in unserem Lande und in der EU können also hinterher nicht sagen, das hätten sie nicht gewusst und gewollt.

Besonders intensive Anstrengungen sind erforderlich, um in den Ländern des Südens die öffentlichen Bildungsangebote und die Angebote von nicht-gewinnorientierten Schul- und Hochschulträgern wie den Kirchen auszubauen. Die staatlichen Bildungsausgaben sind in diesen Ländern oft minimal. In den sogenannten Least Developed Countries werden pro Jahr nur öffentliche Mittel in Höhe von 9 US-Dollar je Einwohner ausgegeben, in den Industriestaaten sind es etwa 1.200 US-Dollar.⁸⁴ Angesichts der hohen Verschuldung vieler armer Länder und der Auflagen von Internationalem Währungsfonds und anderen Kreditgebern werden deren Bildungsausgaben nicht steigen, es sei denn, die internationale Entschuldungspolitik macht Fortschritte und die Entwicklungshilfeleistungen wachsen deutlich.⁸⁵ Den „marktorientierten“ Bildungsreformen, mit denen manche Regierungen ihre Budgetprobleme vermindern und die die Armen massiv benachteiligen, muss das Konzept entgegengestellt werden, das öffentliche und nicht-gewinnorientierte Bildungsangebot auszuweiten und zu verbessern. Dabei sind die massiven Interessen in Rechnung zu stellen, die eine Kommerzialisierung der Bildung betreiben. US-amerikanische Unternehmen haben bereits 1996 sieben Milliarden Dollar aus dem Verkauf von Bildungsleistungen im Ausland eingenommen, und diese Summe dürfte sich seither noch deutlich erhöht haben.⁸⁶ Bei den GATS-Verhandlungen drängt die US-Regierung auf eine weitere Liberalisierung dieses Sektors, wobei es auch um die Verbreitung von US-Bildungsmaterialien in anderen Teilen der Welt geht. Es sind also wirkungsvolle Kampagnen erforderlich, um das öffentliche und das nicht-kommerzielle Bildungswesen gegen diesen Ansturm zu verteidigen. Dabei geht es auch darum, dass die Gesellschaft über ihre demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Kontrolle über die Bildung behält. Dafür reicht es nicht aus, allgemeine Rahmenrichtlinien zu erlassen. Zu berücksichtigen ist auch, dass viele private Bildungsträger ihren Lehrkräften nur befristete Verträge anbieten und die Bezahlung oft deutlich niedriger ist als im Öffentlichen Dienst. Die Verteidigung und der Ausbau des öffentlichen Bildungswesens ist deshalb auch ein Schritt zur Wahrung von gesicherten Arbeitsverhältnissen und einer angemessenen Bezahlung.

Eine Privatisierung der Angebote hat auch den Effekt, dass die Bildungsinhalte beeinflusst werden. Wenn zum Beispiel der Hamburger Senat plant, die Berufsschulen zu privatisieren und einer Gesellschaft unter maßgeblichem Einfluss der Handelskammer und der Handwerkskammer zu überlassen, ist zu erwarten, dass globalisierungskritische Inhalte noch weiter zu-

rückgedrängt werden. Die Verteidigung des öffentlichen Bildungswesens bis hin zu den Universitäten ist also auch ein Schritt, den öffentlichen Diskurs über Themen und Positionen offen zu halten, die den ökonomischen Status quo in Frage stellen. Es kommt ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. Es gibt eine starke Tendenz, die Finanzen von Bildungseinrichtungen dadurch aufzubessern, dass Unternehmen als Sponsoren gewonnen werden oder Werbung für die eigenen Produkte im schulischen Bereich betreiben, etwa durch Werbeplakate. Damit wird die Welt des unbegrenzten Konsums auch noch in den Schulen unübersehbar präsent.

Die Kirchen und ihre Mitglieder können im Bildungsbereich einerseits ihre eigenen Bildungsangebote ausbauen und andererseits Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Bildungswesens unterstützen. Mit ihren eigenen Angeboten können sie zeigen, dass es im nicht-staatlichen Bereich Möglichkeiten gibt, Bildung zu vermitteln, ohne damit Gewinninteressen zu verbinden und sich auf eine Klientel zu beschränken, die hohe Gebühren zahlen kann. In der bildungspolitischen Debatte können sie sich dafür einsetzen, dass der öffentliche Sektor verteidigt und der Ideologie entgegengetreten wird, privatwirtschaftliche Angebote seien in jedem Falle überlegen.

Vor allem aber wird es darauf ankommen, dass die Kirchen ihr Verständnis von Bildung in die gesellschaftliche Debatte einbringen. Bildung muss wieder stärker als Recht der Menschen, als zentraler Teil unserer Kultur, als Möglichkeit, die Werte einer Gesellschaft weiter zu vermitteln, als Grundlage des menschlichen Zusammenlebens und als wichtige Gestaltungsmöglichkeit menschlichen Lebens wahrgenommen werden. Bildung ist also nicht nur eine Investition in die berufliche Zukunft, für die man gegebenenfalls zahlt in der Hoffnung auf eine hohe Rendite. Die „Vermarktung“ der Bildung hat also sehr viel mit einem Menschenbild zu tun, das ökonomische Kategorien ins Zentrum stellt. Nicht nur der Religionsunterricht erscheint in dieser Perspektive als ein Randbereich, sondern zum Beispiel auch Kunst und Literatur. Die Verteidigung eines umfassenden Bildungsverständnisses ist deshalb ein wichtiger Schritt, um ein totales ökonomisches Diktat im sozialen Zusammenleben zu verhindern. Anders formuliert: Die Förderung einer Bildung, die nicht nur dem Gelderwerb dient, ist ein Beitrag zu einer wirklich menschlichen Gesellschaft.

Ökumenisches Engagement in GATS-Fragen

Ein Schritt auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung besteht darin, die GATS-Verhandlungen in der WTO zu beeinflussen. Für die Kirchen und die ökumenische Bewegung gibt es hierfür eine ganze Reihe von Möglich-

keiten. Die Kirchen im Süden der Welt können versuchen, ihre Regierungen und die Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren, worum es bei GATS geht. Gefordert werden kann zum Beispiel, dass alle Angebote der Regierung für eine Liberalisierung im Dienstleistungsbereich vorher öffentlich diskutiert werden müssen. Das widerspricht zwar ganz und gar der Geheimdiplomatie im Rahmen der WTO, kann aber den Effekt haben, unverantwortliche Zugeständnisse zu verhindern, die dann nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Außerdem können die Kirchen darauf hinwirken, dass die Regierungen mit ausreichend großen und aus fähigen Personen zusammengesetzten Delegationen bei der WTO in Genf präsent sind und an Konferenzen teilnehmen. Auch für arme Länder ist dieses Geld gut angelegt, denn die Folgen der Beschlüsse haben gravierende Auswirkungen auf jede Volkswirtschaft.

Das kirchliche Engagement in diesen Fragen setzt eine beachtliche eigene Kompetenz in Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen voraus. Der Einsatz von Ressourcen in diesem Bereich lohnt sich aber, weil dann nicht erst auf Liberalisierungs- und Privatisierungsentscheidungen reagiert werden muss. Stattdessen kann schon vorab verhindert werden, dass die eigene Regierung die Voraussetzungen dafür schafft, dass ausländische Unternehmen das durchsetzen, was sie unter Liberalisierung verstehen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass viele Regierungen im Süden der Welt unter massivem Druck von Internationalem Währungsfonds und Weltbank stehen, die Märkte für die internationale Konkurrenz zu öffnen und staatliche Unternehmen zu privatisieren. Es bedarf eines beachtlichen öffentlichen Gegendrucks, um zu verhindern, dass der heimische Dienstleistungsbereich unter internationale Kontrolle gerät. Dazu können die Kirchen und christliche Gruppen ganz wesentlich beitragen.

Bei einer Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen muss ein zentrales Ziel sein, den Umweltschutz zu einem wichtigen Kriterium dafür zu machen, ob und in welcher Form liberalisiert wird. Dies bedeutet zum Beispiel, dass ein grenzüberschreitender Handel mit Waren und Dienstleistungen dann nicht gefördert wird, wenn damit ein hoher Transportaufwand verbunden ist. Vor allem der Transport auf dem Luftweg muss eingeschränkt statt gefördert werden. Ebenso gilt es, keinen internationalen Handel zu fördern, der im exportierenden oder im importierenden Land zu sozialer Ungerechtigkeit und zu sozialen Konflikten beiträgt. Exportoffensiven auf der Grundlage von Minimallöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen dürfen ebensowenig durch eine Liberalisierung gefördert werden wie die Vernichtung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen als Folge der Verdrängung der einheimischen Produzenten durch Importe oder Tochterunternehmen übermächtiger ausländischer Konzerne.

Dieser Ansatz unterscheidet sich also deutlich von den vorherrschenden Liberalisierungskonzepten. Statt davon auszugehen, dass die Durchsetzung eines großen globalen Marktes am Ende allen oder doch fast allen dienen würde, setzt ein solches alternatives Konzept darauf, nur dort zu liberalisieren, wo die ökologischen und sozialen Folgen geprüft und größere Schäden nicht zu erwarten sind. Damit ein solches Konzept Aussichten auf Erfolg hat, obwohl es den Interessen vieler Konzerne widerspricht, sind eine starke internationale Bewegung für eine solche alternative Globalisierung sowie demokratische Strukturen und verantwortungsbewusste Regierungen in möglichst vielen Ländern nötig. Mit ihrer Hilfe ist es auch möglich, den GATS-Prozess grundlegend unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu verändern. Internationale Liberalisierungen wären dann das Ergebnis systematischer Analysen sozialer und ökologischer Folgen möglicher Maßnahmen und einer breiten öffentlichen Debatte. Das ist ziemlich genau das Gegenteil von dem, was heute im Rahmen des GATS-Prozesses geschieht.

Die Chance der Kirchen besteht darin, solche Initiativen auf nationaler Ebene miteinander zu koordinieren und auf weltweiter Ebene gemeinsam vorzugehen. Der ÖRK, die konfessionellen Weltbünde und andere ökumenische Zusammenschlüsse haben hier wichtige Aufgaben. Eine besondere Aufgabe und Verantwortung kommt in diesen ökumenischen Prozessen den Kirchen und ökumenischen Initiativen in den westlichen Ländern zu. Angesichts der gewichtigen Rolle der EU bei GATS-Verhandlungen bedarf es besonderer Anstrengungen, um die europäische Position zu beeinflussen und in dieser Debatte andere Stimmen zu Gehör zu bringen als ausschließlich die internationalen Konzerne und ihre Verbände. Eine Alternative zur derzeitigen internationalen Liberalisierungspolitik im Dienstleistungsbereich sollte auch von den Kirchen in Europa mit entwickelt und verwirklicht werden.

Schritte zu einer anderen Globalisierung

1 Während der vorherrschende Trend darin besteht, den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu globalisieren, kommt es vor allem aus ökologischen Gründen darauf an, lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Eine Konsequenz ist, bei Einkäufen darauf zu achten, dass eine Ware aus der näheren Umgebung stammt und sich möglichst auf das Obst und Gemüse zu beschränken, das gerade im heimischen Angebot ist. Ebenso gilt es, im politischen Raum dazu beizutragen, dass regionale Versorgungsstrukturen gefördert werden, zum Beispiel bei der Energieerzeugung. Es gibt in der Gesellschaft große Erwartungen, dass die Kirchen und ihre Mitglieder sich aktiv an diesen Prozessen beteiligen.

2 Um der Bevölkerung verantwortliche Entscheidungen beim Kauf von Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen, sind einheitliche Siegel für Produkte erforderlich, die ökologisch und sozial verantwortlich produziert worden sind. Daneben ist es notwendig, die Einrichtungen zur Verbraucherinformation auszubauen, damit Waren und Dienstleistungen noch umfassender geprüft und die Verbraucherinnen und Verbraucher noch besser beraten werden können. Ein Ergebnis könnte sein, dass Anbieter von ökologisch bedenklichen und unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellten Waren viele potentielle Käuferinnen und Käufer verlieren. Systematische Analysen und Prüfungen sowie eine umfassende Aufklärung sind deshalb die Grundlage dafür, dass viele Missstände der heutigen globalen Wirtschaft zumindest eingeschränkt werden können.

3 Die Produkte des Fairen Handels müssen besser beworben und vermarktet werden, um aus ihrer heutigen kleinen Nische herauszukommen. Auch sollte der Anteil von Waren weiter gesteigert werden, die ökologisch unbedenklich erzeugt oder produziert werden. Ebenso kommt es darauf an, den Fairen Handel noch stärker als eine Alternative zur vorherrschenden Globalisierung zu profilieren und dafür die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter auszubauen.

4 Der öffentliche Sektor sollte gestärkt werden, damit er noch wirksamer und nachhaltiger lebenswichtige Güter wie Wasser in hoher Qualität und zu günstigen Preisen zur Verfügung stellen kann. Dies erfordert einerseits ein stärkeres kommunales Engagement für das eigene Wasserwerk oder die eigenen Stadtwerke, andererseits eine Verhinderung von Privatisie-

rungen, wenn öffentliche Betriebe besser geeignet sind, ökologische und soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen als auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen. Eine Qualitätsverbesserung der öffentlichen Betriebe ist ein wichtiger Beitrag zu einer anderen Globalisierung.

5 Damit der öffentliche Bereich eine Zukunftsperspektive hat, gilt es, ihn zu stärken, statt ihn schlechtzureden. Diejenigen, die behaupten, private Unternehmen seien immer effizienter und kostengünstiger als öffentliche Einrichtungen müssen dafür den Nachweis erbringen und auch zeigen, dass die Kosteneinsparungen nicht primär daraus resultieren, dass den Beschäftigten schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen angeboten werden. Gerade in Fragen des öffentlichen Dienstes muss eine offensive Auseinandersetzung mit den Verfechtern des Neoliberalismus stattfinden.

6 Am Beispiel des Dienstleistungsabkommens GATS zeigt sich, dass eine größere Transparenz in den Entscheidungsprozessen die Grundvoraussetzung dafür ist, Alternativen zu einer totalen Marktöffnung zu entwickeln und durchzusetzen. Die Geheimhaltung und die Schaffung vollendeter Tatsachen ist nur für diejenigen Wirtschaftsverbände von Vorteil, die in die Entscheidungen über Liberalisierungsprozesse einbezogen werden.

7 Mit der Transparenz müssen eine öffentliche Debatte und demokratische Entscheidungsprozesse über existenzielle Fragen wie die Öffnung des eigenen Landes für große multinationale Dienstleistungskonzerne verbunden werden. Ein Beitrag der Kirchen kann darin bestehen, ihre weltweiten Verbindungen zu nutzen, um einen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Kampagnen zu Fragen der internationalen Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungshandels zu fördern.

8 Bei der Entscheidung über die Frage, ob eine Liberalisierung im internationalen Waren- und Dienstleistungsbereich erfolgen soll, müssen ökologische und soziale Gesichtspunkte eine wichtige Rolle bekommen. Damit solche Begrenzungen des Handels nicht als Maßnahmen gegen die Länder des Südens gebraucht werden oder so erscheinen, ist es erforderlich, sich auf gemeinsame soziale und ethische Standards zu verständigen. Die Weltarbeitsorganisation ILO hat hierfür schon wichtige Beiträge geleistet. Auch im Umweltbereich gibt es Prozesse der internationalen Verständigung auf Mindeststandards.

9 Auslandsinvestitionen können zum wirtschaftlichen Aufbau von Ländern beitragen. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn die Investoren eine Reihe von ökologischen, sozialen und entwicklungspoliti-

schen Anforderungen erfüllen. Weitsichtige Unternehmen erfüllen solche Anforderungen von sich aus, halten also zum Beispiel die gleichen Umweltstandards in ärmeren Ländern des Südens ein wie in Europa oder Nordamerika. Damit sich aber alle Unternehmen an solchen Standards orientieren, sind nationale Gesetze und Verordnungen und verbindliche internationale Abkommen erforderlich, die auch eine unabhängige Überprüfung der eingegangenen Verpflichtungen vorsehen. Ebenso kann die Zivilgesellschaft, einschließlich der Kirchen, in den einzelnen Ländern dazu beitragen, Missstände aufzudecken.

10 Da immer häufiger Subunternehmen mit oft undurchsichtigen Eigentumsverhältnissen damit beauftragt werden, die Billigproduktion für den Weltmarkt unter Missachtung der fundamentalen Rechte der Beschäftigten und der auch nur minimalsten Standards des Umweltschutzes durchzuführen, ist es erforderlich, den internationalen Unternehmen, die diese Waren kaufen und in Europa und Nordamerika auf den Markt bringen, ihre Verantwortung bewusst zu machen. Es gibt bereits eine Reihe von Unternehmen, die überwachen, dass ihre Lieferanten zum Beispiel keine Kinder als Arbeiter in der Produktion einsetzen.

11 Die Alternative zum „freien“ Welthandel ist ein Welthandel, der auf verbindlichen Regeln im Blick auf soziale, ökologische und ethische Fragen beruht. Ein solches Konzept bringt der WTO völlig neue Aufgaben, die sie nur in enger Zusammenarbeit mit UN-Organisationen wie der ILO und dem UN-Umweltprogramm UNEP wahrnehmen kann.

12 Die Kirchen und ihre Mitglieder müssen sich intensiver mit komplexen Fragen wie den GATS-Verhandlungen beschäftigen, um fundiert in die öffentliche Debatte einzugreifen und dabei ihre vielfältigen globalen Verbindungen zu nutzen. Neben der Kritik an den bestehenden Verhältnissen kommt es darauf an, Alternativen (zum Beispiel im Bildungsbereich) aufzuzeigen, die sich daran orientieren, eine wirklich nachhaltige und gerechte Zukunft für die Menschheit und die ganze Schöpfung zu ermöglichen. Kirchliche Entwicklungsorganisationen und Missionswerke mit ihren weltweiten ökumenischen Verbindungen können zu diesem Prozess wichtige Beiträge leisten.

Kommunikation und Medien

Die Welt der Werbung

„Minority Report“ heißt der neue Film von Steven Spielberg, der im Sommer 2002 in die Kinos kam. Finanziell war er schon ein Erfolg, bevor der erste Zuschauer ihn gesehen hatte. 25 Millionen Dollar nahm die Produktionsgesellschaft dafür ein, dass sie nichts tat, außer an der richtigen Stelle die richtigen Produkte gut sichtbar in den Film einzubauen. „Product Placement“ nennt man das, und für Spielbergs Film zahlten gleich 15 große Konzerne für die Platzierung ihrer Produkte im Film. Darunter sind so bekannte Firmen wie American Express, Pepsi und Nokia. Lexus, ein Toyota-Tochterunternehmen, soll fünf Millionen Dollar investiert haben, damit Tom Cruise im Luxusgefährt der eigenen Marke durch den Film braust.⁸⁷

Die Drehbücher zahlreicher Filme, auch Fernsehfilme, werden inzwischen um die Produkte herum geschrieben, deren Produzenten für eine gute Platzierung bezahlen. Dass solche Werbung einen Einfluss auf die Inhalte der Filme hat, lässt sich kaum bestreiten. Die Welt des Luxus erobert mehr denn je die Kino- und Fernsehwelt. Ein Problem waren in dieser Hinsicht bis vor kurzer Zeit die alten Filme, die noch ohne „Product Placement“ gedreht worden waren und die beim Abspielen im Fernsehen keine Zusatzeinnahmen einbrachten. Aber auch dieses Problem ist inzwischen technisch gelöst. Vor allem in den USA gibt es Firmen, die darauf spezialisiert sind, in alte Filme neue Produkte so zu integrieren, dass niemand etwas merkt. Bei bewegten Bildern bedarf es dabei einer ausgefeilten Technik, damit die Kaffeeschachtel mit dem Firmensignet immer genau an der Stelle auf dem Tisch zu sehen ist, an der sie einmal plazierte wurde. Vor allem die Firma Princeton Video Image schafft auch das und beliefert inzwischen alle großen Fernsehsender der USA.⁸⁸

Wenn das Digital-TV weiter entwickelt ist, so verheißen die Propheten der Werbebranche, dann eröffnen sich viele neue Möglichkeiten. Dann brauchen wir nur auf den BMW zu klicken, der elegant durch den Film gleitet, und schon erfahren wir mehr über das Fahrzeug und erhalten auch gleich Informationen über den nächstgelegenen BMW-Händler. Lebensmittel können gleich bestellt werden und werden dann umgehend ins Haus geliefert.⁸⁹ Mit solchen interaktiven Möglichkeiten soll die dahinsichende E-Commerce-Branche neuen Auftrieb erhalten. Dass das Fernsehen dann noch mehr den Gesetzen des Marktes total gehorchen muss und alle Geschichten und Be-

richte um die Produkte herum geschrieben werden, stört nicht, jedenfalls nicht die Verfechter dieser schönen neuen Konsumwelt. Das ist auch ein Grund, warum die Kabelnetze in Deutschland so begehrt sind. Sie eröffnen den Zugang zum „Supermarkt“ im Fernsehen. Ganz sicher sind die Werber aber nicht, ob die Zuschauer die neuen Möglichkeiten rund um die Markenartikel und deren Verkauf schätzen werden, viele seien einfach zu bequem und wollten den Film sehen, statt sich durch Einblendungen von der Qualität der Kaffeemaschine zu überzeugen. So raten die Experten auf diesem Gebiet des Marketing: „Es bedarf einfacher Interaktion und starker emotionaler Anreize. Anders lässt sich auf diesem Feld nichts bewegen.“⁹⁰

Die Filme mit den Produkten der großen internationalen Konzerne werden rund um den Globus verbreitet, und mit ihren Werbebotschaften und dem „konsumfreundlichen“ Filmumfeld verändern sie diese Welt. Immer stärker setzen sich international angebotene Markenartikel gegen die Angebote lokaler Unternehmen durch und immer mehr wird der Besitz dieser Markenartikel gleichgesetzt mit Erfolg, einem guten Leben und Glück. Viele möchten „Powershopper“ werden, und so nimmt die Gier zu, mehr und mehr Geld zu erhalten, und sei es auf zweifelhafte Weise.

Vielleicht sind die Werbemacher und ihre Finanziere die erfolgreichsten Propagandisten der vorherrschenden Globalisierung. Gnadenlos werden auch die letzten noch werbefreien Räume erobert. Erfinderisch werden auch die letzten Zeiten ohne Werbung noch genutzt, zum Beispiel durch Werbespots für wartende Kunden an Geldautomaten. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten wurde ein Weg gefunden, selbst die Strände in Werbeflächen zu verwandeln. In New Jersey werden Firmenlogos auf Gummimatten gepresst, die auf eine Walze gewickelt und frühmorgens über den Strand gezogen werden. Selbst die eigene Haut kann als Werbefläche zu Markte getragen werden. In San Francisco bot der Betreiber mexikanischer Restaurants jenen Personen lebenslang jeden Tag ein kostenloses Mittagessen an, die sich gut sichtbar auf ihrem Körper das Casa Sanchez-Logo tätowieren ließen. Seither laufen 50 Einwohner mit dem Bild eines Mexikaners mit Sombrero auf der Haut durch die Stadt.⁹¹

Etwa 500 Milliarden Dollar werden jedes Jahr für Werbung ausgegeben. Jeder Bewohner der Industrieländer ist durchschnittlich 1.500 Werbebotschaften am Tag ausgesetzt. Etwa 85 Prozent davon nehmen wir nicht (bewusst) wahr, von den übrigen vergessen wir die meisten rasch wieder. Dennoch wäre es eine Illusion anzunehmen, dass zum Beispiel die 500.000 Werbespots, die jährlich von französischen Fernsehsendern ausgestrahlt werden⁹², keinerlei Wirkung hätten. Sie besteht nicht nur in der Propagierung bestimmter Produkte, sondern auch in der Vermittlung von Werten für das

Leben der Einzelnen und für das soziale Zusammenleben. Um so bedenklicher ist es, dass die grenzüberschreitende Werbung ständig zunimmt, dass also Werte aus einer Gesellschaft rund um den Globus verbreitet werden.

Es kommt noch etwas hinzu. Die großen globalen Konzerne liefern in immer mehr Ländern einen Großteil der Werbeeinnahmen der kommerziellen Medien. Und damit ist ein beträchtlicher Einfluss auf das Medienangebot verbunden. Dies beginnt bei der Auswahl der Medien, in denen geworben wird, und reicht bis zum Zuschnitt der Programme. Medien mit einem „internationalen“ Angebot sind besonders gefragt, was für Fernsehsender bedeutet, dass sie mit nordamerikanischen und europäischen Serien und Spielfilmen das attraktivste Umfeld für Werbespots anbieten können. Die Serien im Stil von „Die Schönen und die Reichen“ und die Werbespots westlicher Konsumgüter-Unternehmen ergänzen sich so.

Das ist schon seit einigen Jahrzehnten so, aber was sich im Zeitalter der Globalisierung verstärkt hat, ist die Integration von immer mehr Ländern in die Vermarktung von Produkten internationaler Konzerne und die Verbreitung einer am Konsum orientierten Lebensweise in Fernsehprogrammen. Die Filme und die Werbespots verbreiten die gleiche Botschaft: Jeder ist, was er kauft und jeder ist so glücklich, wie der Geldbeutel reicht.

Die Botschaften, die von kommerziellen Fernsehsendern und anderen Medien rund um die Uhr verbreitet werden, sind zutiefst religiös. Das zeigt sich schon auf den ersten Blick daran, dass viele biblische Worte und Bilder Eingang in Werbespots gefunden haben. Gravierender aber ist, dass die grundlegenden Fragen nach dem Sinn des Lebens und der Orientierung im Leben in Werbespots und Fernsehserien angesprochen und auch beantwortet werden – jenseits aller bisherigen religiösen Werte. Konsum löst alle Probleme, und das Heil kommt von den Luxusartikeln. „Wie ich mich kleide, welches Auto ich fahre, welchen Strom ich kaufe und welches Betriebssystem ich benutze ist eine soziale Aussage, ein Bekenntnis.“ So beschreibt Bernd Beuscher die neue Religion.⁹³ Dass diese Botschaften jetzt weltweit verbreitet werden, ist eine Dimension des Globalisierungsprozesses und trägt erheblich zur Entsolidarisierung der Gesellschaften bei. Die neue Religion ist eine gewaltige Herausforderung für die Kirchen, und diese beginnen erst ganz allmählich und zaghaft, sich ihr zu stellen. Die Jahrtausende alte Frage Gott oder Mammon stellt sich heute in ganz neuer Weise.

Zugleich wächst die Kluft zwischen der paradiesischen Welt der Werbung und der Realität vieler Menschen, die unter den ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen des globalen Wirtschaftssystems leiden. Manche dieser Menschen werden zu Opfern auch noch dieser Werbung, weil sie sich an die

Hoffnung klammern, sie würden etwas besser leben, etwas glücklicher sein und etwas an dem Luxus der großen weiten Konsumwelt teilhaben, wenn sie sich mit ihrem letzten Geld eine bestimmte Seife oder eine Barbie-Puppe für ihr Kind kaufen. Selbst in brasilianischen Slumgebieten findet man diese Puppen inzwischen, besonders beliebt ist die blonde Originalpuppe, obwohl in den Slums nur wenige blond sind. Die Macht der Werbung zeigt sich nirgends so brutal wie bei den Ärmsten, den Ausgeschlossenen dieser Welt, die verzweifelt versuchen, dazuzugehören, und deshalb mit dem letzten Geld die Attribute der Marken-Welt kaufen.

Die Werbung wird inzwischen kulturellen und sozialen Traditionen und Normen in den einzelnen Ländern angepasst. Die globalen Konzerne haben auf diesem Gebiet dazugelernt. Ein Vorreiter angepasster Werbekonzepte ist Coca-Cola, und dies seit vielen Jahren. Als die Firma der Bibliothek des amerikanischen Kongresses eine Sammlung sämtlicher Werbespots der letzten fünfzig Jahre überließ, waren das mehr als 20.000 unterschiedliche Filme.⁹⁴ Tag für Tag entstand in den letzten Jahrzehnten ein neuer Werbefilm, um die Konsumenten zwischen Alaska und Indonesien zu überzeugen, dass Coca-Cola für sie genau das richtige Getränk ist. Erfolgreiche „global player“ wie Coca-Cola ignorieren lokale Kulturen und Sprachen nicht, sondern sie bewerten sie geschickt, um ein „Weltprodukt“ auf dem lokalen Markt einzuführen und zu propagieren.⁹⁵

Der Medienwissenschaftler Cees Hamelink schreibt über diese globalisierte Werbung: „Worin immer die lokalen Varianten der Werbung bestehen, die Werbung proklamiert dem Publikum in der ganzen Welt einen einzigen Standard: Konsum erfüllt die grundlegenden Sehnsüchte, und das Vergnügung-Einkaufen ist eine essentielle kulturelle Aktivität. Es überlagert alle kulturellen Unterschiede der Welt mit der Herrschaft eines konsumorientierten Lebensstils.“⁹⁶ Dafür zahlen tun die Käuferinnen und Käufer. Die rasch gewachsenen Kosten der Werbung der großen Unternehmen werden über die Verkaufspreise wieder hereingeholt. Umsonst ist nichts in der Marktwirtschaft, die Werbung am wenigsten.

Welche Alternativen gibt es? Zunächst einmal ist es wichtig, die Mediennutzerinnen und -nutzer darüber aufzuklären, wie Werbung entsteht, wie offen und subtil Botschaften vermittelt werden, welche Werte in Anzeigen und Werbespots transportiert werden. Solche medienpädagogischen Programme müssen schon im Kindergartenalter beginnen, weil schon kleine Kinder den Werbebotschaften ausgesetzt sind, nicht selten Formen der Werbung, die gezielt für Kinder gestaltet werden. Die Werbebranche hat nämlich herausgefunden, dass schon die Vier- bis Zehnjährigen einen beachtlichen Einfluss darauf haben, wohin es in den Urlaub geht und welches Auto gekauft wird,

ganz zu schweigen von alltäglichen Waren wie Süßigkeiten. Das macht die Werbung mit Kindern und für Kinder so lohnend, gegen die Aufklärung wenigstens ein wenig helfen kann. Dass die Kinder in so massiver Weise den Träumen und Versprechungen ausgesetzt sind, die fabriziert werden, um so viel wie möglich zu verkaufen, lässt sich allerdings durch Medienpädagogik nicht ausgleichen. Es bleibt die Grundfrage an die Gesellschaft: Wollen wir wirklich, dass die Träume der Kinder von denen geprägt werden, die Schokoriegel verhökern wollen?

Vermutlich verstärkt die Werbung jene Mythen, die zu vorherrschenden Mythen in dieser Gesellschaft und dieser Welt zu werden drohen: die Mythen von einem Leben mit immer mehr Waren, immer mehr aufregenden Erlebnissen in einer Konsumwelt und immer mehr Geschwindigkeit, egal, wohin die Reise gerade geht. Diesen Mythen kann letztlich nur mit der Vision von einem anderen Leben und dessen schrittweiser Umsetzung begegnet werden, aber das ist ein langer Prozess.

Anzustreben ist kurzfristig, werbefreie Räume zu verteidigen beziehungsweise wieder herzustellen. Dies gilt vor allem für die Schulen. So kann zum Beispiel verhindert werden, dass auch in hiesigen Mathematikbüchern (wie in den USA) in die Texte Nike oder Disneyland eingeflochten werden, um so auf subtile Weise Werbung zu betreiben. Die Gesetzeslage ist bei uns eindeutig: Werbung ist in deutschen Schulen nicht gestattet. In der Praxis sieht es anders aus. Plakate werden aufgehängt, Flyer und Postkarten ausgelegt und andere Formen der Werbung eingeführt. Es gibt bereits erste spezialisierte Agenturen für Werbung in Schulen. Mit Albin Dannhäuser, dem Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, kann nur gefordert werden, dass die Schule eine werbefreie Zone bleiben muss, damit der „Markenterror“ nicht weiter um sich greift: „Wenn Coca-Cola oder Nike an Schulen werben, wird dadurch das Konkurrenzdenken unter den Kindern verschärft. Die Benachteiligung von Kindern aus ärmeren Verhältnissen wird dabei leichtfertig in Kauf genommen.“⁹⁷ Oft entscheidet der Schulleiter, ob geworben werden darf, und nicht selten wird die Schule für 50 Euro pro Aktion zum Schauplatz des Kampfes der Markenartikelhersteller um junge Kunden. Gerade weil die gesetzliche Grundlage für solche Aktionen in mehreren Bundesländern fehlt oder zweifelhaft ist, gibt es gute Aussichten für Eltern, Lehrer und Schüler, solche Werbekampagnen auf dem schulischen Gelände zu stoppen.

Es gilt außerdem, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender mit wenig oder keiner Werbung vor der Verdrängung durch kommerzielle Sender zu schützen. Diese Gefahr besteht sowohl bei uns als auch in anderen Teilen der Welt. Es gibt rücksichtslose Verdrängungsbemühungen durch die Verantwortlichen der privaten Sender und einige Politiker, die sie unterstützen.

Dem kann mit einer Stärkung und Propagierung des öffentlich-rechtlichen Systems und einer kritischen Auseinandersetzung mit den oft dürftigen Programmen der Privatanbieter begegnet werden. Wo ein Programm zum Umfeld für Werbung verkommt und die Grenzen von Programm, Sponsoring und Werbung immer mehr verschwimmen, ist Widerspruch und das Einklagen der gesetzlichen Bestimmungen gefordert. In Deutschland wird hier eine Auseinandersetzung ausgefochten, die auch in anderen Teilen der Welt Konsequenzen hat, vor allem dann, wenn es gelingt, das öffentlich-rechtliche System als bessere Alternative zu den kommerziellen Sendern zu verteidigen. Es gibt Alternativen zu einer totalen Kommerzialisierung und Privatisierung von Radio und Fernsehen, lautet eine Botschaft, die auch in anderen Teilen der Welt gehört werden wird.

In allen Medien gilt es durchzusetzen, dass die Trennung von Werbung und Programm wieder deutlicher erkennbar wird. Bestimmte Formen der Vermischung von Werbung und Programm müssen schlicht untersagt werden, zum Beispiel Gesundheitssendungen, bei denen nicht erkennbar ist, dass sie im Auftrag eines Pharmakonzerns produziert und im Programm plaziert wurden. In solchen Fragen müssen auch die Kirchen stärker Einfluss auf die Mediengesetzgebung und die Durchsetzung dieser Bestimmungen ausüben. Liberalisierung kann nicht bedeutet, dass nun alles möglich ist und dass Werbung und Public Relations-Beiträge immer tiefer ins Programmangebot vordringen.

Es gibt – vor allem im Süden der Welt – viele kirchliche Medien, die Werbung für Alkohol und Zigaretten ablehnen. Damit sind wirtschaftliche Einbußen verbunden, aber angesichts der Millionen Menschen, die von Alkohol und Zigaretten abhängig sind und ihre Gesundheit riskieren, ist dies ein verantwortungsbewusster Schritt. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass der Werbeaufwand der Tabakkonzerne in Afrika, Asien und Lateinamerika sprunghaft steigt, weil hier die Zukunftsmärkte vermutet werden. Angesichts von fast fünf Millionen Rauchertoten in der Welt (so die Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO)⁹⁸ sind die internationalen Verhandlungen über ein Verbot von Zigarettenwerbung gerade für den Süden der Welt von großer Bedeutung.

Um so bedenklicher ist es, dass die deutsche Regierung bisher als einziges EU-Mitglied ein Verbot dieser Werbung ablehnt, und zwar mit Verweis auf die freie Meinungsäußerung. Das stößt international auf völliges Unverständnis und wird mit der wirtschaftlichen Bedeutung der deutschen Tabakindustrie und den jährlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer von elf Milliarden Euro in Verbindung gebracht. Die „Internationale Koalition tabakkritischer Nichtregierungsorganisationen“ hat aus Protest Deutschland den „Marlboro-Mann-Preis“ verliehen, „für das Nachplappern von Argumenten

der Tabakindustrie in der Debatte um Tabakwerbeverbote“.⁹⁹ Bei den Verhandlungen über eine Anti-Tabakkonvention im Rahmen der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation im Herbst 2002 gehörte Deutschland neben Japan und den USA zu den Ländern, die ein Werbeverbot ablehnten, wiederum mit dem Argument, ein solches Verbot sei nicht mit der Meinungsfreiheit zu vereinbaren.¹⁰⁰ Wenn es gelingen soll, weltweit ein Werbeverbot durchzusetzen und entsprechend der WHO-Vorschläge die Tabaksteuer schrittweise deutlich zu erhöhen, bedarf es besonders in Deutschland einer intensiven öffentlichen Debatte und Unterstützung der Forderungen der Weltgesundheitsorganisation.

Ein eigenes Kapitel ist die sexistische und auf andere Weise gesellschaftlich gefährliche Werbung, zum Beispiel Werbung mit rassistischen oder blasphemischen Inhalten. Hier besteht die Aufgabe darin, solche Werbung zu demaskieren und möglichst zu verbieten. Ein Boykott von Produkten solcher Unternehmen hat sich vielerorts als eine Methode erwiesen, um solche Werbung zu unterbinden. Die Kirchen sollten sich nicht darauf beschränken und auch nicht darauf konzentrieren, blasphemische oder vermeintlich blasphemische Formen der Werbung anzugreifen. Viel wichtiger ist es, einen innerkirchlichen und gesellschaftlichen Diskussionsprozess darüber in Gang zu bringen, welche religiösen Botschaften die Anzeigen oder Fernsehspots transportieren und was dies über die von der Werbung angenommenen Bedürfnisse, Wünsche und Probleme der Gesellschaft aussagt.¹⁰¹ Die Kirchen müssen sich mit der „Religion des Konsums“ auseinandersetzen, die in vielen Werbebotschaften zum Ausdruck kommt und dem ihre Alternative entgegenstellen.

Kirchen, christliche Initiativen und andere Akteure der Zivilgesellschaft sollten neue Formen von Werbung entwickeln, die mit den Werten korrespondieren, die sie vertreten. Der Versuch, mit den Mitteln der Markenartikelwerbung auch religiöse und soziale Botschaften zu vermitteln, wirkt oft nur peinlich. Für eine andere Werbung sind Kreativität und Originalität gefragt – und das Nachdenken darüber, welche Orientierung die christliche Botschaft für die Werbung gibt. Dass so viele Anzeigen und Werbespots religiöse Botschaften und nicht selten auch biblische Anklänge aufweisen, spricht dafür, dass hier ein Fundus ist, den man nicht den Anbietern von Tütensuppen überlassen sollte.

Alternativen in einer globalen Medienwelt

Ich habe bewusst den Werbebereich an den Anfang dieses Kapitels gestellt, weil die Massenmedien immer stärker von den Zielen und Vorgaben der Werbekunden geprägt werden. Viele Hochglanz-Frauenzeitschriften sind ein Beispiel dafür, wie die Grenzen zwischen Werbung und redaktionellem Angebot immer unkenntlicher werden. Fast könnte man sagen, das sei bei diesen Zeitschriften auch nicht so wichtig, weil vieles von dem, was an redaktionellem Angebot übrig geblieben ist, ohnehin nur noch das Umfeld für die Anzeigen liefert und Artikel von Anzeigenkunden propagiert.

Aber auch in anderen Medien wird die Grenze von redaktionellem Teil und Werbung sowie Public Relations-Texten immer fließender. Günter Bentele, Professor für Öffentlichkeitsarbeit an der Universität Leipzig, verweist auf Untersuchungen, die nachweisen, dass zwei Drittel der redaktionellen Inhalte von Zeitungen und anderen Medien auf PR-Quellen zurückgehen, also auf Selbstdarstellungen von Unternehmen, Politik, Behörden und anderen Organisationen. Public Relations habe also einen „hohen Einfluss auf den Journalismus“.¹⁰² Ein Ergebnis ist, dass die Botschaften und Wertvorstellungen derer, die die gegenwärtige Globalisierung und den ungehemmten Konsum propagieren, direkt in den redaktionellen Teil vieler Medien einfließen. So wird von einem verantwortlichen Journalisten des „Manager Magazins“ kritisiert, dass die Journalisten zu selten über skandalöse Vorgänge in der Wirtschaft berichten oder das Thema nach kurzer Zeit wieder fallen lassen. Der härtere Kampf um Anzeigenerlöse, so Wolfgang Kaden, habe zu einem verstärkten Druck auf Verlage und Redaktionen geführt.¹⁰³ Das hat offenkundig gravierende Auswirkungen darauf, wie die Debatte um die vorherrschende und eine alternative Globalisierung ausgeht.¹⁰⁴ Wenn Skandale in anderen Teilen der Welt dann nicht mehr oder nur in sehr knapper Form zum Thema werden, wenn ein bedeutender Anzeigenkunde darin involviert ist, bedeutet dies für die Betroffenen vor Ort, dass ein öffentlicher Druck auf das Unternehmen in dem Land ausbleibt, in dem es seinen Hauptsitz hat. Deshalb haben die Beschäftigung mit dem Zustand des Medienbereichs, die Aufdeckung von Missständen und die Entwicklung von Alternativen im Rahmen von Konzepten für eine andere Globalisierung einen hohen Stellenwert.

Weltweit gibt es Hunderttausende von Medien aller Art, vom vierseitigen Gemeindebrief bis zu global ausgestrahlten Fernsehprogrammen. Betrachtet man die Massenmedien, so fällt auf, dass in den letzten Jahrzehnten ein star-

ker Konzentrationsprozess stattgefunden hat. Einige global agierende Konzerne haben es geschafft, Hunderte von Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlagen, Radio- und Fernsehsendern sowie Filmstudios unter ihre Kontrolle zu bringen. Bedenklich ist daran nicht zuletzt, dass es eine immer engere Verflechtung von Medieninteressen und anderen wirtschaftlichen Interessen gibt. So besitzen 16 der 20 größten multinationalen Konzerne auch bedeutende Medienanteile.¹⁰⁵ Damit ist eine unabhängige Berichterstattung über diese Konzerne nicht mehr gewährleistet und es kommt immer häufiger zu Interessenkonflikten zwischen journalistischer Verantwortung und den kommerziellen Interessen des Mutterkonzerns, bestimmte Informationen zu verbreiten und andere geheim zu halten. Außerdem gewinnen westliche Wirtschaftsinteressen und westliche Perspektiven immer mehr Gewicht in der Berichterstattung. Der christliche Medienfachmann Michael Traber stellte in einem Zeitschriftenbeitrag fest: „Mit internationaler Teilnahme oder Austausch hat diese Globalisierung allerdings nichts zu tun. Globalisierung ist weitgehend Amerikanisierung. Die globalen Medien dienen der Ausbreitung der amerikanischen, japanischen und europäischen Wirtschaft.“¹⁰⁶

Das Imperium von Rupert Murdoch ist ein Beispiel dafür. Er besitzt zahlreiche Zeitungen (wie die britische „Times“), Buchverlage und Fernsehsender (wie „Fox TV“ in den USA), und so kann es nicht überraschen, dass er sich in einem Interview nicht daran erinnern konnte, dass auch eine Zeitung in Fidschi zu seinem Medienreich gehört.¹⁰⁷ Nach Angaben des Murdoch-Medienimperiums kann ein Viertel der Menschheit die eigenen Fernsehprogramme sehen.¹⁰⁸ Wie brisant solche Machtkonzentration ist, zeigt sich zum Beispiel in den Geschäftsbeziehungen zu China. Murdoch hat es geschafft, in dem aus der Sicht der Herrscher in Peking sensiblen Medienbereich des Landes Fuß zu fassen. Das hat seinen Preis. Noch harmlos erscheint, dass der Medienmagnat den Satz nicht wiederholt, Satellitenfernsehen sei „eine klare Bedrohung für jedes totalitäre Regime“. Er war in Peking gar nicht gern gehört worden. Gravierender wirkt sich aus, dass Murdoch in seinem Satellitenfernsehangebot aus Hongkong nach Interventionen aus Peking das Nachrichtenprogramm der BBC strich, weil es kritisch aus China berichtet hatte.¹⁰⁹ Auch die Tatsache, dass sich der letzte britische Gouverneur in Hongkong, Chris Patten, mehr als einmal kritisch zu den politischen Plänen der chinesischen Regierung geäußert hatte, blieb nicht ohne Konsequenzen. Als der renommierte Verlag HarperCollins, der zum Murdoch-Konzern gehört, ein Buch Pattens herausbringen wollte, intervenierte der Verleger in letzter Minute und ließ den Titel aus dem Programm werfen.¹¹⁰ Auch die China-Berichterstattung der britischen „Times“ wurde auf die neue Linie gebracht. Der frühere Ostasien-Redakteur der Zeitung berichtete 1998, dass die Zeitung „einfach beschloss, wegen der Interessen Murdochs die seriöse Berichterstattung über China einzustellen“.¹¹¹ Das Bündnis von Medienmagnaten

und autoritären Regierungen hat ihren Preis, und der lautet oft: die Freiheit der Presse. Wie fatal Medienmacht und politische Macht verbunden werden können, beweist auch Silvio Berlusconi in Italien.¹¹²

Noch häufiger ist der Fall, dass Medienkonzerne ihre verschiedenen Medien ganz gezielt einsetzen, um ein Produkt des eigenen Konzerns mit geballter Medienmacht rund um den Globus zu propagieren. So wird ein Film aus den eigenen Studios in allen Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen des Konzerns gelobt, das dazugehörige Buch kommt im eigenen Buchverlag heraus, die Filmmusik wird vom Musikverlag vermarktet und natürlich wird der Film in den eigenen Kinos präsentiert. Medienkenner wissen, wie all diese Unternehmen verflochten sind und wundern sich über das überschwengliche Lob in der Zeitung X und das werbende Exklusiv-Interview mit der Hauptdarstellerin im Fernsehsender Y nicht. Alle anderen wundern sich auch nicht, weil sie gar nicht durchschauen, wie aus vermeintlich unabhängigen Medien PR-Instrumente für konzerneigene Produkte gemacht werden. Die Konzerne selbst nennen den Vorgang „Synergieeffekte“. Besonders attraktiv ist unter diesem Gesichtspunkt der Kauf von Kabelnetzen, weil die großen Medienkonzerne damit die Kontrolle darüber erhalten, was den Zuschauerinnen und Zuschauern auf elektronischem Wege geliefert wird und wie sie bald interaktiv die breite Palette der Produkte dieses Medienkonglomerats erwerben können.

Es gibt zwei international ausgestrahlte Fernsehprogramme, die auf ihre je eigene Weise dazu beitragen, die Globalisierung zu einer medialen Realität zu machen, CNN und MTV. CNN hat eine neue Form des Nachrichtensenders geschaffen. Rund um die Uhr werden Fernsehnachrichten aus aller Welt präsentiert – genauer muss man wohl sagen, aus den Metropolen der Welt, vor allem den westlichen Metropolen, und aus all jenen Weltregionen, wo geschossen wird oder wo es sonst etwas zu berichten gibt, was nach US-amerikanischen Maßstäben eine Nachricht ist. Dank Satellitentechnik ist CNN vor Ort, wenn US-Bomber den Irak angreifen oder eine Geiselnahme mit einem Schusswechsel zu Ende geht. So wird das Bild vieler Menschen von dem geprägt, was auf der Welt vor sich geht. Es ist in doppelter Weise verzerrt. Die komplexe Realität der Welt wird radikal auf das reduziert, was „berichtenswert“ erscheint, nach CNN-Maßstäben sind das vor allem gewalttätige Konflikte und die Politik jener Regierungen, die als wichtig angesehen werden. Außerdem wird dieses Geschehen aus US-amerikanischer Perspektive betrachtet und kommentiert.

Auf den ersten Blick hat MTV nicht viel mit CNN gemein, geht es in dem Programm doch um populäre Musik. Aber so wie CNN das politische Bild von Millionen Menschen in aller Welt prägt, tut dies MTV bei vielen Millionen

Jugendlichen auf kulturellem Gebiet. Seit 1981 beherrscht MTV den globalen Musikmarkt und wird auch als „Monopoly Television“ bezeichnet. Der Sender hat praktisch alle großen Musikproduktionsfirmen dazu gebracht, parallel zum Musiktitel einen Videoclip herzustellen und zunächst MTV exklusiv zur Ausstrahlung anzubieten. Wer sich an diese „Spielregel“ nicht hält, muss damit rechnen, dass der eigene Clip überhaupt nicht von dem Sender ausgestrahlt wird, und dann ist es sehr, sehr schwer, irgendeinen Erfolg auf dem hart umkämpften Musikmarkt zu erzielen. Umgekehrt genießen einige wenige große Musikkonzerne eine privilegierte Position bei MTV. Ihre Clips werden automatisch umgehend zu den besten Sendezeiten ausgestrahlt. 90 Prozent der weltweit verkauften CDs stammen von diesen Konzernen. Es kommt noch etwas hinzu. MTV hat mit seinem Clip-Fernsehen Maßstäbe dafür gesetzt, wie ein erfolgreiches Musikprogramm auszusehen hat. So hat der Sender global die Jugendkultur und das Sehverhalten einer ganzen Generation geprägt.

Die meisten globalen Medienkonzerne haben ihren Sitz in den USA, einige wenige in Westeuropa und Japan. In der „zweiten Liga“ der Medien-Globalisierung spielen auch einige Konzerne aus dem Süden der Welt mit, so der Globo-Konzern in Brasilien, der mit seinen Telenovelas internationale Verkaufserfolge erzielt. Ansonsten ist der Süden der Welt vor allem als Abspielort für Filme und Fernsehserien gefragt. Für die globalen Konzerne ist dies ein relativ unbedeutender Markt, aber immerhin lassen sich hier noch Einnahmen erzielen, wenn die lukrativeren Märkte in Nordamerika und Europa schon ausgeschöpft sind.

Die Billigangebote aus dem Norden haben in ärmeren Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas negative Wirkungen. Sie verdrängen die lokalen Produzenten von Kino- und Fernsehfilmen an den Rand des Marktes. Die importierten Filme sind viel billiger als die heimischen Produktionen und technisch meist viel perfekter. Zwar sind beim Publikum heimische Produktionen oft sehr beliebt, aber bei der finanziell prekären Situation vieler Sender wird das preiswerte Importangebot gewählt. Diese Filme transportieren eine gänzlich fremde Welt mit all ihren Werten und oft auch mit ihrer Gewaltverherrlichung in die Kinos und Wohnzimmer.

Ähnliches gilt auch für die Druckmedien. Viele Zeitungen in Afrika verwenden oft immer noch die Berichte von europäischen und nordamerikanischen Nachrichtenagenturen, wenn sie über andere afrikanische Länder berichten. Das liegt, muss man einräumen, auch daran, dass viele afrikanische Nachrichtenagenturen von miserabler Qualität sind, was nicht oder nicht primär an den Journalistinnen und Journalisten liegt, sondern daran, dass die Regierungen diese Agenturen strikt kontrollieren und zu Instrumenten der eigenen Propaganda machen. Da scheint es verlässlicher zu sein, sich auf den

Reuter-Korrespondenten zu verlassen und dessen Bericht über eine Regierungskrise im Nachbarland abzudrucken. Dass dies dann oft ein Bericht aus einem europäischen Blickwinkel ist, stört zwar viele, aber die Propaganda der Regierungen der Nachbarstaaten will auch kein verantwortlicher Chefredakteur nachdrucken.

Gegenwärtig verstärkt sich der Druck auf die Länder des Südens, ihre Medienmärkte für die internationale Konkurrenz zu öffnen, so auch durch Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO.¹¹³ Dies geschieht mit dem Argument, kulturelle Produkte sollten nicht von der Handelsliberalisierung ausgeklammert werden. Der Effekt ist, dass noch mehr Fernsehprogramme aus den USA und Westeuropa in Afrika, Asien und Lateinamerika ausgestrahlt werden und dass halbwegs lukrativ erscheinende lokale Medien aufgekauft werden. Cees J. Hamelink, einer der führenden ökumenischen Denker in Kommunikationsfragen, hat beim letzten Kongress der Weltvereinigung für christliche Kommunikation (WACC) im Juli 2001 in diesem Zusammenhang festgestellt: „Ein wirksames Handeln auf dem globalen Markt ist nur großen integrierten Unternehmen möglich, Konglomeraten, die verschiedene Bereiche der Medienindustrie umfassen. Diese Konglomerate befinden sich zur Zeit in einem Konsolidierungsprozess, mit dem ein hoher Grad von Konzentration verbunden ist. Medien-Globalisierung ist daher eine starke Ausdehnung einer kleinen Zahl von Medienkonglomeraten... Die wichtigsten Botschaften dieser globalen Konglomerate sind kommerzieller Natur. Die Menschen in aller Welt werden besser informiert über Konsumgüter und Orte, wo mit Vergnügen eingekauft werden kann, als über die Konsequenzen des globalen Konsums auf die Umwelt. Medien-Globalisierung besteht also in hohem Maße darin, in aller Welt die Botschaft des globalen Konsumerismus zu propagieren.“¹¹⁴ Wie die Medien sich ganz allmählich unter dem Druck der Kommerzialisierung und der Orientierung an Konsum und Gewinn verändern, zeigt sich zum Beispiel auch darin, dass Aktienkurse und Meldungen von der Börse immer breiteren Raum in den Nachrichtensendungen einnehmen. Dagegen hat sich zum Beispiel im August 2001 die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen öffentlich gewandt.¹¹⁵

Zusammenfassend lässt sich feststellen: In der Welt sind nur noch sehr kleine Bevölkerungsgruppen aus der globalen Kommunikation ganz ausgeschlossen, verfügen also nicht einmal über ein Transistorradio. Aber alle Gruppen am Rande des internationalen Wirtschafts- und Kommunikationssystems, die nur Empfänger der Botschaften sind und keinerlei Einfluss auf ihre Inhalte haben, sind stark gefährdet, zu Opfern dieses Systems zu werden. Die marginalisierten Gruppen innerhalb der einzelnen Länder bleiben weiterhin Objekte der Berichterstattung und passive Nutzer von zunehmend international verbreiteten Medien, auf die sie keinerlei Einfluss haben, deren

Botschaften aber ihre Kultur und Lebensweise, ihre Wertvorstellungen und religiösen Überzeugung gravierend verändern.

Es gibt Alternativen, sowohl im Film- als auch im Pressesektor. Zu den erfreulichen Entwicklungen in den meisten Ländern des Südens gehört es, dass eine lebendige Film- und Videoproduktions-Szene entstanden ist. Vor allem die deutlich gesunkenen Preise für semi-professionelle Videoausrüstungen ermöglichen es, zu relativ niedrigen Kosten sendefähige Filme zu produzieren. Sie mögen technisch immer noch hinter den Hollywood-Produktionen zurückbleiben, aber dafür sind sie sehr viel sensibler für die lokalen kulturellen Traditionen und Vorstellungen. Das bedeutet in Afrika zum Beispiel, dass Geschichten ausführlich erzählt und von langen, ruhigen Sequenzen leben.

In Lateinamerika ist das „Chiapas Media Project“ zu einem Vorbild für alternative Medieninitiativen geworden. Mit dem Beginn des Kampfes der Zapatisten-Bewegung gegen die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung in Chiapas wurde eine professionelle Medienarbeit unter Einsatz moderner Techniken aufgebaut. So wurden von Beginn an aktuelle Berichte von den Auseinandersetzungen per Internet verbreitet, die entscheidend dazu beitragen, dass der Kampf in einer abgelegenen Region Mexikos weltweit Interesse fand und Solidarität auslöste. Parallel dazu wurden Film- und Videoaufnahmen gemacht und über Fernsender in aller Welt verbreitet. In einer zweiten Phase wurden Jugendliche in Dörfern und Kleinstädten ausgebildet, selbst Videofilme herzustellen. Mittlerweile gibt es ausgebildete Jugendliche und Kameras in mehr als 50 indigenen Gemeinschaften, und als Ergebnis ist eine große Bibliothek mit Hunderten von Videofilmen entstanden, die die lokale Bevölkerung selbst hergestellt hat und in der sie ihre Situation, ihre Kämpfe und Hoffnungen darstellt. Im Medienzentrum werden die Filme professionell bearbeitet und können so international bei Festivals vorgeführt und über Fernsender ausgestrahlt werden.¹¹⁶ Inzwischen gibt es vor allem im Internet ein breites Medienangebot bedrohter indigener Völker in allen Teilen der Welt.¹¹⁷

Dass nicht mehr solcher Filme im Fernsehen ausgestrahlt werden, liegt an der geringen Zahl einheimischer Filmemacher in vielen Ländern, vor allem aber an den Eigentumsverhältnissen der Sender. Hier wirkt sich vor allem in Afrika negativ aus, dass die nationalen Sender sehr oft dazu missbraucht worden sind, Propaganda für die Herrschenden zu machen. Das Konzept, sie zu glaubwürdigen öffentlich verantworteten Medien zu machen, scheiterte an der Machtgier der Regierungen. Daran haben auch vielerorts die demokratischen Wahlen der letzten Jahre kaum etwas geändert. Staatlich kontrollierte Radio- und Fernsehprogramme bleiben die Stimme des Präsidenten und sei-

ner Anhänger. In dieser Situation erscheinen private Radio- und Fernsehsender, wie sie zunehmend zugelassen werden, als positive Alternative. Sie sind allerdings mit dem Problem behaftet, dass sie vollständig von Werbung leben müssen und ein Programmangebot liefern, das nicht nur den Hörerinnen und Hörern zusagt, sondern auch den Werbekunden. Da meist nur eine kleine Redaktion bezahlt werden kann, ist die Versuchung groß, wesentliche Teile des Programms mit PR-Beiträgen zu füllen.

Auch bei uns stehen die öffentlich-rechtlichen Medien unter politischem Druck. Akteure sind zwar nicht Despoten, wohl aber machthungrige Politiker, die sich in die Aufsichtsgremien der Sender wählen lassen, um eigene politische Interessen zu vertreten. Das muss nicht identisch sein mit dem Wohle der Sender und den Interessen der Zuschauerinnen und Zuschauer. Dies hat sich jüngst exemplarisch bei den Querelen um die Besetzung der Positionen des Intendanten und des Programmdirektors des ZDF gezeigt. In einer Zeitungsüberschrift wird das Problem so zusammengefasst: „Im Würgegriff der Parteien“.¹¹⁸ Einer der Mitglieder des Fernsehrates, Jochen Flasbarth, der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, brachte die Schwierigkeiten so auf den Punkt: „Die missbräuchliche politische Einmischung in die Personalplanung ist ein Skandal.“¹¹⁹ Die Zurückdrängung des Einflusses von Politikern und Parteien in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Sender ist unabdingbar, wenn man sie als Alternative zu den kommerziellen Privatsendern erhalten will.

Eine weitere Möglichkeit unabhängiger Medienarbeit stellen die vielen kleinen nicht-kommerziell ausgerichteten Radiosender dar, die es vor allem in Lateinamerika gibt. Viele „Radios Populares“ sind ursprünglich als Bildungsangebote für die arme Bevölkerung entstanden, aber mittlerweile zu lebendigen lokalen Medien geworden. Die Themen der Beiträge haben sich in den letzten Jahren geändert. Ging es früher vor allem um den Kampf gegen die Armut und für Gerechtigkeit und politische Mobilisierung, so haben jetzt Fragen der Geschlechterbeziehungen, der Umwelt, der Zivilgesellschaft und der Demokratisierung an Gewicht gewonnen.¹²⁰ Dies spiegelt die veränderte Debatte in christlichen Basisgemeinden und sozialen Bewegungen wider. Ein wichtiges Merkmal der „Radios Populares“ ist, dass die lokale Bevölkerung selbst zu Wort kommt. Im Radio die eigene Meinung zu sagen, ist für viele Betroffene enorm wichtig, um die Selbstachtung und Identität wiederzugewinnen, die viele Jahre und Jahrzehnte lang beeinträchtigt wurden durch das Gefühl, zu den Versagern der Gesellschaft zu gehören, am Rande zu stehen und nur die Perspektive zu haben, bis ans Ende der eigenen Tage in Armut und Elend zu leben. Besonders Frauen, die in der Gesellschaft doppelt diskriminiert werden, gewinnen viel Selbstbewusstsein, wenn sie im Radio zu Wort kommen und wenn sie anderen Frauen zuhören, die sich ebenfalls

für eine grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse und des Verhältnisses zwischen Ehefrau und Ehemann einsetzen.

Viele der oft sehr kleinen kommunalen Sender werden von Kirchen oder mit kirchlicher Unterstützung betrieben. Sie sehen sich allerdings zunehmend Gefahren ausgesetzt. In despotisch regierten Ländern und in Kriegssituationen wie in Kolumbien ist es sehr gefährlich, für solche Sender zu arbeiten, denn die Herrschenden haben die Macht solcher Programme erkannt und schrecken vor Bombenanschlägen auf die Studios und Mordanschlägen auf Journalistinnen und Journalisten nicht zurück. Eine zweite Gefahr besteht in der prekären finanziellen Situation dieser Sender. Die Werbeeinnahmen sind nur gering, weil die sozialkritischen Programme den werbetreibenden Unternehmen nicht zusagen und weil die arme Hörschaft für Werbekunden nicht sonderlich interessant ist. So sind viele dieser Sender darauf angewiesen, dass die Beschäftigten zu einem geringen Lohn arbeiten und dass sich ausländische fördernde Stellen finden, die einen Teil der Investitionen und laufenden Kosten finanzieren. Es fällt aber immer schwerer, in Europa und Nordamerika fördernde Einrichtungen zu finden, die ein solches Engagement eingehen, denn es ist absehbar, dass diese Sender für eine lange Zeit auf Zuschüsse angewiesen sind. In Deutschland sind es auf kirchlicher Seite vor allem Misereor und der Evangelische Entwicklungsdienst, die solche Medienprogramme unterstützen.¹²¹ Andere Organisationen unterstützen viele umfassende Entwicklungs- und Bildungsprogramme, in denen auch Radioprogramme eine Rolle spielen.

Zu den erfreulichen Entwicklungen gehört die zunehmende Vernetzung solcher alternativer Radiosender auf nationaler und internationaler Ebene. Ähnliches gilt auch für Video-, Film- und Fernsehinitiativen. Die neuen technischen Möglichkeiten zum globalen Informationsaustausch werden von diesen Gruppen intensiv genutzt, um die eigenen lokalen Beiträge durch Programmangebote aus anderen Teilen des eigenen Landes und aus anderen Regionen der Welt zu ergänzen.

Ähnliche Entwicklungen gibt es bei Zeitungen und Zeitschriften. Moderne Drucktechniken erlauben es, auch kleinere Auflagen preiswert zu drucken sowie über das Internet kostengünstig oder kostenlos ein überregionales Informationsangebot zu erhalten und für die eigenen Publikationen zu nutzen. Aber viele alternativen Zeitungen und Zeitschriften stehen vor ähnlichen Problemen wie die Radiosender. In zahlreichen Ländern sind sie staatlicher Repression ausgesetzt, überall auf der Welt stehen sie vor fast unlösbaren Problemen, mangels einer größeren Zahl von Anzeigenkunden eine längerfristige finanzielle Basis für ihre Arbeit zu schaffen. Wie massiv die staatliche Repression ist, mussten immer wieder auch kirchliche Publikationen er-

leben, wenn sie politische Missstände beim Namen nannten. Ein Beispiel dafür war vor einigen Jahren die Zeitschrift „Beyond“ in Kenia, die vom Kirchenrat des Landes herausgegeben wurde und dessen kritische Aussagen zum herrschenden Regime verbreiteten. Die Zeitschrift wurde nach kurzer Zeit von der Regierung verboten.

Liest man diese Alternativmedien aus dem Süden der Welt, so fällt auf, dass sie inzwischen nicht nur auf lokale und nationale Themen eingehen, sondern auch fundierte Beiträge zu internationalen politischen und wirtschaftlichen Problemen veröffentlichen. Das Bewusstsein, wie stark globale Prozesse die Situation im eigenen Land und am eigenen Ort mitbestimmen, ist enorm gewachsen. Dazu haben zahlreiche Seminare und Fortbildungsangebote beigetragen, wie sie von der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation (World Association for Christian Communication – WACC) mit Sitz in London angeboten werden. Vor allem aber hat die Wahrnehmung der tagtäglichen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses bis in abgelegene Dörfer dazu geführt, sich stärker mit internationalen Themen zu befassen. So wird zum Beispiel dargestellt, wie sich bestimmte Prozesse wie die Liberalisierung der Elektrizitäts- und Wasserversorgung in anderen Ländern ausgewirkt haben, die nun im eigenen Land anstehen. Auf diesem Hintergrund gewinnen kontinentale und weltweite Nachrichtendienste und andere Informationsangebote an Bedeutung, die globale Prozesse darstellen und zum Erfahrungsaustausch zwischen Ländern beitragen. Ein Beispiel dafür ist die ökumenische „All Africa News Agency“ mit Sitz in Nairobi, die über ein Korrespondentennetz auf dem ganzen afrikanischen Kontinent verfügt und jede Woche Nachrichten und Features auf Englisch und Französisch an zahlreiche kirchliche und nichtkirchliche Medienkunden in Afrika sendet.

Ein Feld, auf dem WACC sich außerdem engagiert, ist die stärkere Einbeziehung von Frauen in den Medien und eine grundlegende Veränderung der Darstellung von Frauen und Frauenanliegen in vielen Medien. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war das „Global Media Monitoring Project 2000“, das in Zusammenarbeit mit MediaWatch Canada durchgeführt wurde. Am 1. Februar 2000 beobachteten Frauen in 70 Ländern, wie die Massenmedien an diesem Tag über Frauen und Frauenthemen berichteten. Ein Ergebnis war, dass vor allem Beiträge zu Gesundheit, Erziehung, Kunst und Unterhaltung von Frauen verfasst wurden (jeweils circa 30 Prozent), während der Anteil der Autorinnen in den Themenfeldern internationale Krisen und Wirtschaft deutlich unter 20 Prozent lag. Nur in jedem zehnten Radio-, Fernseh- und Zeitungsbeitrag standen Frauen im Mittelpunkt der Berichterstattung, und dieser Wert ist nur deshalb nicht noch niedriger, weil von Frauen bei den Kunst- und Unterhaltungsbeiträgen sehr häufig über Frauen geschrieben

wird. Politik und Wirtschaft sind hingegen weltweit in der Berichterstattung Männerdomänen.¹²² Solche Untersuchungen sind immer wieder erforderlich, um die Notwendigkeit einer stärkeren Mitwirkung von Frauen in den Medien und einer sehr viel größeren Sensibilität in der Berichterstattung für Genderfragen deutlich zu machen.

Gewisse Erfolge sind dadurch erzielt worden, dass in kirchlichen und nichtkirchlichen Ausbildungsprogrammen im Medienbereich ein größeres Gewicht auf die Frauenförderung gelegt wird. Außerdem gibt es viele Seminare, die Journalistinnen und Journalisten in die Diskussion über die Darstellung von Frauen und Männern in den Medien einbeziehen.

Nicht alle Frauen werden kritischer über die vorherrschende Globalisierung berichten als Männer, aber sehr viele Frauen verfügen über mehr Erfahrungen mit den Schattenseiten der Globalisierung und sind besser in der Lage, sich in die Situation der Menschen hineinzusetzen, die Opfer dieses Prozesses werden, denn dies sind überall auf der Welt vor allem Frauen und Kinder. Deshalb haben viele Medien von Frauen eine kritische Haltung gegenüber der vorherrschenden Globalisierung. Damit wächst auch die Bereitschaft, nach Alternativen Ausschau zu halten und über sie zu berichten. Die Weltvereinigung für Christliche Kommunikation mit Sitz in London trägt wesentlich zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung solcher Initiativen bei. Dazu dient unter anderem die Zeitschrift „Media and Gender Monitor“.¹²³

Wichtige Beiträge zu einer anderen Globalisierung sind von jenen Journalistinnen und Journalisten zu erwarten, die sich dem verpflichtet fühlen, was man etwas plakativ als „alternativen Journalismus“ bezeichnen kann. Dieser Journalismus weiß sich anderen Kriterien verpflichtet als der „mainstream“-Journalismus, wo zum Beispiel eine Nachricht dann eine große Wichtigkeit hat, wenn eine prominente Person darin vorkommt – was im Ergebnis bedeutet, dass die „kleinen Leute“ nur am Rande dargestellt werden. Das Kriterium der Prominenz hinterlässt bis in die Angebote christlicher Nachrichtenagenturen seine deutlichen Spuren. Die Alternative besteht darin, Nachrichten und Artikel so zu schreiben, dass einfache Leute als Subjekte des Geschehens auftauchen, deren Situation und deren Auffassungen ernst genommen und an die Leserinnen und Leser vermittelt werden. Erfreulicherweise gibt es auch in den großen Medienunternehmen eine wachsende Zahl von Journalistinnen und Journalisten, die das Kriterium der Prominenz kritisch hinterfragen – und nicht selten Mühe haben, ihre Geschichte von „Nobodys“ im eigenen Blatt unterzubringen. Sie müssen besser geschrieben sein als die Stories über Prinzessin X und Minister Y, um eine Chance auf Abdruck zu haben. Aber wenn es gelingt, Beiträge zu veröffentlichen, in denen die Leute zu Wort kommen, die nicht prominent sind, dann kommt oft ein Stück der Rea-

lität zum Vorschein, die das Leben der „Verlierer“ der Globalisierung prägen. Und diese Menschen haben nicht selten sehr klare Vorstellungen davon, was sich ändern muss, damit alle in Würde und ohne Not leben können.

Die Würde der Menschen zu achten, gehört ganz selbstverständlich zu den wesentlichen Merkmalen eines alternativen Journalismus. Dies steht im Gegensatz zur Verunglimpfung von Menschen in manchen Boulevard-Zeitungen, aber auch zur Machart mancher Talkshows, wo die Gäste dazu gebracht werden, ihre intimsten Geheimnisse auszuplaudern. Die Würde von Menschen zu achten bedeutet auch, diese Achtung auch an die Leserinnen und Leser weiterzuvermitteln. Für Christinnen und Christen, die journalistisch tätig sind, ist dies im Menschenbild begründet, das die Bibel vermittelt. Ein Mensch als Ebenbild Gottes ist kein „Monster“, selbst wenn er oder sie schlimme Verbrechen verübt hat. Ebenso wird die Privatsphäre geachtet. Ebenso gehört zur Achtung der Würde, nicht bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal herabzuwürdigen oder mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung zu bringen.

Alternativer Journalismus bedeutet weiter, gründlicher zu recherchieren, mehr unterschiedliche Auffassungen anzuhören, die Ursachen von Problemen zu erkennen und zu vermitteln. All das verträgt sich nicht gut mit dem Bestreben, ohne Zeitverzögerung zu berichten, die erste Nachrichtenagentur oder Zeitung zu sein, die über ein Ereignis informiert. In einer Medienwelt, in der Ereignisse von gestern schon als total veraltet gelten, in der atemlos hinter den Ereignissen hergejagt wird, hat dieser alternative Journalismus keine Chance. Aber die Kritik an diesem Rund-um-die-Uhr-Journalismus wächst, und das Interesse an Berichten nimmt zu, die weder in Hektik entstanden sind noch Hektik transportieren.

Stattdessen besteht eine zentrale Aufgabe darin, Ursachen und Zusammenhänge verständlich darzustellen und so einen Beitrag dazu zu leisten, die heutige komplexe Welt besser zu verstehen. Nicht das Umschreiben von Pressemeldungen von Firmen oder Politikern ist die Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten, sondern die Recherche, was hinter der Nachricht steht. Dies erfordert nicht selten die Bereitschaft, sich mit einflussreichen lokalen Unternehmen oder mit internationalen Konzernen auseinanderzusetzen. Ein solcher alternativer Journalismus kann wesentlich zu einer Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Globalisierung beitragen. Er schafft die Voraussetzung dafür, die Dynamik dieses Prozesses zu verstehen und zu erkennen, wo und wie Alternativen möglich sind.

Die Internet-Revolution

Die Erfindungen Gutenbergs haben die industrielle Revolution eingeleitet und die Neuerungen auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik in den letzten Jahren der Globalisierung ihre Dynamik gegeben. Nicht nur das Tempo der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, sondern auch die Zeit zwischen Erfindung beziehungsweise Entwicklung und Einsatz in der Praxis wird immer kürzer. War Anfang der 90er Jahre das Internet noch die Domäne einer kleinen Zahl von Firmen und Computerfreaks, so gehören in vielen wirtschaftlich reichen Ländern PCs mit Internet-Anschluss heute schon ebenso selbstverständlich zur Ausstattung vieler Haushalte wie Telefon und Fernseher. Weltweit sind seit 1974 mehr als eine Milliarde PCs verkauft worden.¹²⁴

Das Internet, auch die „Mutter aller Netze“ genannt, ist kein einheitliches großes Netz, sondern wird gebildet durch die Verbindung Tausender lokaler und regionaler Computernetze – und diese Verbreitung von Kommunikations- und Warennetzwerken ist zu einem Charakteristikum der Globalisierung geworden. Entstanden ist das Internet Ende der 60er Jahre aus dem Bestreben des US-Militärs, ein dezentrales Kommunikationsnetz zu schaffen, also ein Netz ohne eine Zentrale, deren Zerstörung in einem Krieg das ganze System lahmlegen würde. Diese dezentrale Struktur besteht bis heute. Aber aus den ursprünglich vier angeschlossenen Computern sind viele Millionen geworden. In diesem weltweiten Netz werden so viele Nachrichten, e-mails, Bilder und Musiktitel hin und her geschickt, dass die Daten eines Tages dem gesamten Wissen der Menschheit im 19. Jahrhundert entsprechen. Mehrere Hundert Millionen Menschen benutzen weltweit das Internet. Die Zahl steigt ständig und immer stärker werden auch wirtschaftliche Transaktionen über das Internet abgewickelt. Viele Branchen kommen ohne den Anschluss an das „Netz“ heute nicht mehr aus.

Mittlerweile werden im Internet so viele Informationen angeboten, dass nur noch mit Suchmaschinen wie „Google“ eine gezielte Suche zu bestimmten Themen möglich ist. Allerdings bietet jede einzelne der Suchmaschinen nur den Zugriff auf einen Teil des gesamten Informationsangebots im Internet, bei „Google“ sind das immerhin mehr als zwei Milliarden Seiten.¹²⁵ Welches Informationsangebot zu einem Stichwort auf welchen Platz der Liste der Suchergebnisse kommt, ist ein Geheimnis der Betreiber von Suchmaschinen und ein wesentlicher Teil ihrer Macht.

Dass damit Gefahren verbunden sind, zeigt sich jetzt bei „Google“. Die

Betreiber der Suchmaschine haben neben Werbeeinblendungen eine neue Einnahmequelle erschlossen. Für 5.000 Euro können jetzt Internet-Anbieter ihren Platz im „Ranking“ der Suchergebnisse positiv beeinflussen. Wenn also nach einem Stichwort gesucht wird, erscheinen bei den Ergebnislisten auf den ersten Plätzen jene Internet-Angebote, deren Anbieter für dieses Privileg bezahlt haben. Da zu vielen Stichworten inzwischen Hunderte oder Tausende von Suchergebnissen im Internet von „Google“ gefunden werden, macht es einen großen Unterschied, ob ein Anbieter von Informationen als eines der ersten Suchergebnisse angezeigt wird oder auf Platz 13.457. Es lohnt sich für Firmen also, ihr „Ranking“ mit 5.000 Euro zu verbessern. Die Besitzer der Suchmaschine „Overture“ sind noch einen Schritt weitergegangen und ermöglichen es mit Auktionen, die besten Ranking-Plätze zu erobern.¹²⁶ Das anscheinend demokratische Medium Internet, wird so heimlich zugunsten finanzstarker Anbieter verändert. Information wird so auch im Internet immer stärker zur Ware. Und wer von „Google“ und einigen anderen großen Suchmaschinen überhaupt nicht ins Ranking aufgenommen wird, der existiert im Netz praktisch nicht. Das kann zum Beispiel vielen Internet-Informationsanbietern passieren, die weder in Englisch noch in einer anderen „Weltsprache“ kommunizieren.

Mit dem Anschluss ans Internet ist eine grundlegende Veränderung der Kommunikationsgewohnheiten und -strukturen von Privatpersonen, Institutionen und Firmen verbunden. E-mails ersetzen immer mehr Briefe und erlauben es inzwischen auch, umfangreiche Dokumente sowie Fotos zu versenden. Auch besteht die Möglichkeit, sich einer sogenannten „Newsgroup“ anzuschließen und mit Menschen, deren Identität man oft nicht kennt, zu „chatten“, also Meinungen zu allen nur erdenklichen Themen auszutauschen. Auch kann die firmeninterne Kommunikation über das Internet ganz neu organisiert werden, weil es zum Beispiel möglich ist, den Vertretern im Außendienst den Zugang zu allen Kalkulations- und Kundendaten zu geben. Schließlich wird es möglich, einen ganz neuen Typus von Heimarbeitsplätzen zu schaffen. Wurden früher Textilien in Heimarbeit hergestellt, so erlaubt es die Technik jetzt, komplizierte Software-Entwicklungen oder baustatische Berechnungen jetzt zu Hause zu machen. Die sozialen Auswirkungen dieser Umwälzungen in der Arbeitswelt sind noch gar nicht absehbar.

Ob das Internet im Süden der Welt das fördert, was man als „Entwicklung“ bezeichnet, ist umstritten. Dass es leichter wird zu kommunizieren und dass Wissenschaftler in Afrika oder Lateinamerika einen besseren Zugang zu den im Norden gesammelten Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen erhalten, wird von vielen anerkannt.¹²⁷ Auch gibt es einzelne Beispiele dafür, dass Bauern Internet und e-mail nutzen, um eine bessere Marktübersicht zu bekommen und ihre Produkte so zu einem besseren Preis auf dem regionalen,

nationalen oder internationalen Markt zu verkaufen.¹²⁸ Aber es gibt Zweifel daran, dass die Zahl dieser Bauern gegenwärtig schon sehr groß ist und dass für die Menschen im Süden ein Internet-Anschluss wirklich eine Priorität ist, wenn die Ernährung nicht gesichert ist und eine Gesundheitsversorgung fehlt. Die Gefahr besteht, so warnen Kritiker, dass der Internet-Zugang einer kleinen Minderheit in ländlichen Regionen der Dritten Welt die Kluft zwischen denen, die Teil des globalen Kommunikations- und Wirtschaftssystems sind, und denen, die nicht dazu gehören, noch vergrößert.

Kritikerinnen weisen darauf hin, dass es vor allem Frauen im Süden der Welt sind, die von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten ausgeschlossen bleiben, und dies allein schon deshalb, weil ein großer Teil von ihnen weder lesen noch schreiben kann. Es wird deshalb gefordert, dass nicht die Frauen sich den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien anzupassen haben, sondern dass die Technologien so gestaltet und eingesetzt werden müssen, dass sie den Interessen der Frauen entsprechen. Sonst, so heißt es in einer WACC-Frauenpublikation, werden diese Technologien „aller Wahrscheinlichkeit nach keinen positiven Beitrag zu größerer Gleichberechtigung der Geschlechter, nachhaltiger Entwicklung und Demokratisierung leisten“.¹²⁹

Skeptiker gegenüber der gegenwärtigen Internet-Entwicklung wie Alfonso Gumucio-Dagron sprechen von einer „elektronischen Apartheid“ und machen dies daran fest, dass von allen erwartet wird, Englisch zu können, dass die Regeln für das Internet und seine Nutzung einseitig von einigen einflussreichen Kommunikationskreisen in der westlichen Welt festgelegt werden, dass alle Nutzer des Internets im Interesse einiger Unternehmen mit Werbeflächen konfrontiert sind und dass große Teile der Menschheit ohnehin keinen Zugang zum Internet haben.¹³⁰ Solange in Bangladesch ein Modem so viel kostet wie eine Kuh¹³¹, ist die These von einer Weltinformationsgesellschaft nur für die überzeugend, die genügend Geld und den Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien haben. Die Kluft wird noch größer werden, wenn sich der Trend durchsetzt, dass viele nützliche Angebote in Zukunft nur noch gegen Bezahlung im Internet zu lesen sind (was nicht nur genügend Geld, sondern oft auch den Besitz einer Kreditkarte erfordert). Dies wird zum Beispiel von deutschen Fachverlagen angestrebt, die so einen neuen Markt für die Inhalte von Fachbüchern und Fachzeitschriften erschließen wollen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass diejenigen, die Angebote ins Internet stellen oder ein Portal als Zusammenstellung von Informationsangeboten aufbauen, einen großen Einfluss darauf haben, welche Informationen verfügbar sind und welche Meinungen verbreitet werden. Die Kritik daran richtet sich zum Beispiel auch gegen die Weltbank, die ein „Entwicklungsportal“

mit einem großen Informationsangebot für Entwicklungsländer zusammengestellt hat – ausgewählt vor allem entsprechend den durchaus umstrittenen Entwicklungsvorstellungen der Weltbank, wie zum Beispiel die indische Zeitschrift „Down to Earth“ schreibt.¹³² Ein positives Beispiel ist das alternative entwicklungspolitische Portal www.epo.de in Deutschland. Dort sind aktuelle Meldungen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammengestellt, es gibt Hintergrundberichte zu entwicklungspolitischen Themen, es wird über Kampagnen informiert und der Zugang zu Literatur eröffnet.¹³³ Dort sind auch viele Informationen zu Globalisierungsfragen zu finden.

Die vielen Informationsangebote im Internet sind denjenigen Regierungen suspekt, die Zensur als angemessene Form der Kontrolle ihrer Bürger ansehen. Wer freien Zugang zum Internet hat, kann sich auf den Internet-Seiten der internationalen Presse über all die Ereignisse im eigenen Land informieren, die in der zensurierten heimischen Presse verschwiegen werden. Genau das versuchen viele Regierungen zu verhindern. Ein Beispiel ist das diktatorische Regime im asiatischen Burma. Dort ist ein Zugang zum Internet nur über die staatliche Telekommunikations-Gesellschaft erlaubt, die den Zugang zu missliebigen Homepages (vor allem von burmesischen Oppositionsgruppen) im Ausland blockiert. Aber auch dieser eingeschränkte Zugang zum Internet ist nur mit Genehmigung von Regierungsstellen möglich. Wer zu den wenigen Privilegierten gehört, muss sich verpflichten, jede „Bedrohung“ durch das Internet zu melden, also Informationsangebote, die dem Regime nicht gefallen könnten. Eigene Websites müssen beantragt werden. Wer ohne staatliche Genehmigung über ein Modem verfügt, riskiert bis zu 15 Jahre Haft.¹³⁴

In mehr als 40 Staaten versuchen die Regierungen, den Zugang zum Netz zu kontrollieren, meist unter dem Vorwand der Verteidigung der „nationalen Sicherheit“ und des Schutzes der Menschen vor „subversiven Ideen“. In 20 Ländern wird – wie in Burma – der Zugang zum Internet durch den Staat völlig oder sehr stark kontrolliert. In China sind zum Beispiel Informationsangebote aus Taiwan, aber auch die BBC-Homepage blockiert. Aber gegen das „elektronische Heroin“, wie missliebige Internet-Seiten von der Zeitung „China Daily“ bezeichnet werden, ist wenig zu machen, lesen doch selbst die Redakteure des Parteiblatts „Volkszeitung“ regelmäßig die Internet-Ausgaben taiwanesischer Zeitungen.¹³⁵ Auf Umwegen kommen auch andere Internet-Nutzer zu den gewünschten Informationen.¹³⁶

In Afrika gehört der Sudan zu den Ländern, die Zensur ausüben. Aber solche Maßnahmen haben nur einen begrenzten Erfolg. Ein Angebot von mehr als zwei Milliarden Seiten ist von keinem Zensor lückenlos zu kontrollieren.¹³⁷ Solche Einschränkungen können technisch umgangen werden, vor allem aber behindern sie die Verbreitung der Internet-Nutzung. Wenn ein Land

eine auch nur einigermaßen verantwortungsbewusste Regierung hat, die wahrnimmt, welches Potenzial das Internet allein schon auf wirtschaftlichem Gebiet hat, wird sie sich genau überlegen, ob sie die Nutzungsmöglichkeit einschränkt. Selbst die Regierung von Singapur, die in den letzten Jahren ein besonders hochentwickeltes System geschaffen hatte, um eine wirtschaftlich wichtige Internet-Nutzung zu fördern, aber die Verbreitung negativ eingeschätzter Internetangebote zu verhindern, hat jetzt aufgegeben und will den Bürgern einen ungehinderten Zugang zum Internet erlauben. Wo Regierungen nicht so klug sind, ist es wichtig, die Gruppen im Lande zu unterstützen, die einen freien Zugang zum Internet fordern. Zu allen Hindernissen, die es auf dem Weg ins Internet für große Teile der Weltbevölkerung gibt, sollte nicht auch noch die staatliche Zensur hinzukommen.

Eine Alternative zum Status quo hat bereits 1996 John Perry Balow in der „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“ formuliert: „Wir schaffen eine Welt, die jedem Zugang gewährt – ohne Vorteile und Vorurteile wegen seiner Rasse, wirtschaftlichen Macht, militärischen Stärke, seines Ortes oder seiner Geburt. Wir schaffen eine Welt, in der jeder seine Überzeugung äußern darf... Wir werden uns über den Planeten ausbreiten, so dass niemand uns oder unsere Gedanken einsperren kann.“¹³⁸

Das Internet bietet große Möglichkeiten für Gruppen und Institutionen, die sich für Gerechtigkeit, Menschenrechte und eine andere Globalisierung einsetzen. Das Spektrum reicht von einem Forschungsinstitut zu ökologischen Fragen bis zur Menschenrechtsorganisation „amnesty international“.¹³⁹ Ein Beispiel für kreative lokale Initiativen mit Präsenz im Internet ist die Schule des Mjiwa Huruma Village, einem Armenviertel von Nairobi. Die etwa 1.500 Bewohner haben es in Eigenhilfe geschafft, eine Schule zu bauen und mit Unterstützung einer Hilfsorganisation PC und Modem anzuschaffen. Jetzt ist Huruma Village das „erste Slum im Internet“, wie auf der Homepage stolz verkündet wird.¹⁴⁰

Ein weiteres Beispiel ist die Internet-Präsenz des kleinen Volkes der Kelabit in Sarawak, einer Urwaldregion Borneos, die zu Malaysia gehört. Das Gebiet ist nicht durch Straßen erschlossen, und das „Telezentrum“ und die Internet-Präsenz sollen die Isolierung abbauen. Viele junge Kelabit sind auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit in die Städte gezogen, und die modernen Kommunikationstechnologien erlauben es jetzt, zwischen ihnen und ihren Verwandten per e-mail wieder eine Verbindung herzustellen. Das löst so große Freude aus, dass viele Kelabit inzwischen an Computerkursen teilnehmen und etwas Englisch lernen, um sich in der Welt des Internet zurechtzufinden. Sie orientieren sich über die Reispreise in benachbarten Orten und hoffen, selbst Reis verkaufen zu können. Außerdem besteht die Hoffnung,

dass über die Homepage Touristen in das Gebiet kommen, denn es gibt eine Flugverbindung. Möglich wird der Sprung ins Internet-Zeitalter durch die Unterstützung der kanadischen Organisation „International Development Research Centre“, die auch für den Dieselmotor gesorgt hat, der für den Strom für das Telezentrum sorgt.¹⁴¹

„Power“ für alle

Die Dynamik des Internet ist so gewaltig und das große Geschäft so verheißungsvoll, dass die meisten Regierungen auf der Welt viel unternehmen, um zu verhindern, dass ihre Länder abgehängt werden. Das große Geschäft machen Unternehmen, die die Internet-Präsenz professionell nutzen, um ihre Produkte weltweit anzupreisen und zu vermarkten. Die Gefahr besteht, dass vor allem große Teile Afrikas noch stärker vom dynamischen internationalen Wirtschaftsprozess ausgeschlossen werden. Dafür gibt es viele Gründe, ein gravierender Grund ist die desolate Situation des Telekommunikationsbereichs in den meisten afrikanischen Ländern. Zudem sind in Afrika die Telefongebühren exorbitant hoch, dafür ist die Qualität der Verbindungen aber schlecht. Ein Internet-Anschluss kann diese Probleme nicht lösen, aber – wenn er funktioniert – lässt sich zumindest ein Teil der Kosten vermeiden, die alle Unternehmen und Institutionen belasten. Es wurde vor einigen Jahren berechnet, dass die Übertragung eines 40seitigen Faxes von Madagaskar in die Elfenbeinküste umgerechnet 45 US-Dollar kosten würde, die Übermittlung als e-mail aber nur 20 Cents. Bisher gibt es in ganz Afrika südlich der Sahara allerdings kaum mehr als drei Millionen Internet-Nutzer (davon zwei Millionen in Südafrika).¹⁴² Wie groß das Interesse am Internet auch im übrigen Afrika ist, zeigt der Erfolg der Internet-Cafés in vielen afrikanischen Metropolen, wo man gegen Bezahlung einen PC mit Internet-Anschluss nutzen kann. Dort reichen ein paar Tische und Stühle, einige Telefonanschlüsse, Modems, PCs und Drucker, und schon kann das Geschäft beginnen.

Es geht im Zeitalter der Internet-Kommunikation um ein „empowerment“ der Ausgeschlossenen und Marginalisierten. Grundlage einer anderen Globalisierung auf diesem Gebiet ist erst einmal, die Fähigkeit zu gewinnen, in diesem System „mitzumischen“. Ein erster Schritt besteht darin, überhaupt zu „power“ im Sinne von elektrischer Energie zu kommen. Zwar gibt es auch Versuche, Internetzugänge mit Mobiltelefonen zu ermöglichen und die erforderliche Elektrizität mit kleinen Solaranlagen zu erzeugen, aber der An-

schluss ans Stromnetz ist aus vielen anderen wirtschaftlichen Gründen wichtig, und deshalb spricht viel dafür, die Elektrifizierung der Dörfer und Kleinstädte im Süden der Welt voranzubringen.

Ebenso gilt es, die Telefonversorgung grundlegend zu verbessern. Dafür gibt es inzwischen zwei Wege, Festnetzanschlüsse und Handys. Weltweit gibt es neben 1,1 Milliarden Festnetztelefonanschlüssen etwa eine Milliarde Mobiltelefone. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass viele Festnetznutzer zusätzlich ein Handy haben. Der Mobiltelefonboom hat dennoch vielen Menschen im Süden der Welt geholfen, den Anschluss an die globale Kommunikation zu finden.

Dies gilt beispielsweise für Bangladesch. Dort hat die Grameen Bank, deren Basis viele Tausend Frauen in kleinen örtlichen Kreditgenossenschaften sind, eine eigene Telefongesellschaft gegründet, um den Armen den Zugang zum Telefon zu eröffnen. Grameen Telecom stellt jeweils einer Frau im Dorf ein Mobiltelefon zur Verfügung, das sie in Raten abbezahlt. Das fällt meist nicht schwer, denn es gibt eine große Zahl von Telefonkunden, im Durchschnitt etwa 150 bis 170 in der Woche. Bauern erkundigen sich telefonisch nach den Preisen auf dem Markt der nächsten größeren Stadt und können so einen besseren Preis beim Verkauf ihrer Ernte an einen Aufkäufer erzielen. Andere erkundigen sich, ob der Händler in der Stadt eine Maschine oder ein Ersatzteil vorrätig hat. Das „Village Phone“ erspart lange Wege. Ebenso eröffnet das Telefon die Aussicht auf Hilfe, wenn jemand schwer krank ist und einen Arzt braucht. Nicht zu vergessen sind die lohnenden Überseetelefonate. Viele Tausend Menschen aus Bangladesch arbeiten im Mittleren Osten, in Europa und Nordamerika. Nicht selten bricht nach einiger Zeit die Verbindung zu ihnen ab, was auch bedeutet, dass keine Zahlungen an die Familien in der Heimat mehr kommen. Dank des Handys ist es jetzt möglich, die Verwandten in Katar oder Los Angeles anzurufen, und das führt dann oft dazu, dass wieder Geldüberweisungen eintreffen. Die Kosten des Telefonats sind also gut angelegt. Kommunikation im Zeitalter der Globalisierung hat ihre eigenen Gesetze, und die Frauen, die im Besitz eines Handys sind, ermöglichen es auch anderen Dorfbewohnern, an den neuen Möglichkeiten zu partizipieren. Für die Frauen bedeutet der Handybesitz, dass sie ein sehr viel höheres Einkommen als früher haben und dass ihr sozialer Status deutlich steigt, sind sie doch diejenigen, die den Zugang zum Rest der Welt eröffnen.

Grameen Telecom hat inzwischen etwa 10.000 Frauen mit Mobiltelefonen ausgestattet. Dank des Grameen Kleinkreditprogramms bestehen Kontakte zu verantwortungsbewussten Frauen in zahlreichen Dörfern, so dass es realistisch ist, die Zahl der Frauen mit Handys bis Ende 2004 auf 50.000 zu erhöhen. Damit ist dann der größte Teil des Landes telefonisch erreichbar. Um den Auf-

bau der teuren Sendestationen zu finanzieren, hat Grameen Telecom gemeinsam mit Geschäftspartnern auch ein kommerzielles Mobiltelefonangebot für zahlungskräftige Kunden aufgebaut, das immerhin 500.000 Kunden hat und damit einen Marktanteil von 70 Prozent erreichen konnte. Kosten wurden dadurch gespart, dass die Mobilfunk-Sendestationen an bestehenden Eisenbahnlinien gebaut und die Leitungen, die sie verbinden, ohne großen Aufwand parallel zu den Eisenbahnschienen verlegt werden können.¹⁴³

Ist dies ein Modell für die übrigen armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas? Mit Einschränkungen. Bangladesch hat im Blick auf eine Mobiltelefonversorgung eine Reihe von Vorteilen. Das Land ist dicht besiedelt und zum großen Teil flach. In anderen Ländern können die Kosten für ein landesweites Netz sehr viel höher sein. Außerdem verfügte die Grameen Bank über ein landesweites Netz von Frauengruppen, mit denen schon seit vielen Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht. Vergleichbare Netzwerke, mit denen eine lokale Mobiltelefonversorgung aufgebaut werden könnte, fehlen in den meisten anderen Ländern. Kommerziell angebotene Handys und Handytelefonate sind dagegen in den meisten Ländern des Südens noch teuer. Auf dem privatisierten Mobilfunkmarkt Nigerias kostete ein Handy-Telefonat Mitte 2001 immerhin etwa einen halben Euro plus Grundgebühren.¹⁴⁴ Außerdem ist auf diesem Wege nach den heutigen technischen Möglichkeiten kein preiswerter und leistungsstarker Internet-Zugang möglich. Deshalb kann das Beispiel von Grameen Telecom dazu anregen, preiswerte Zwischenlösungen zu finden und die lokale Bevölkerung einzubeziehen. Für eine Integration in moderne Informations- und Wirtschaftskreisläufe ist nach dem heutigen Stand der Technik weiterhin der Aufbau eines Festnetzes erforderlich.

Es mag paradox klingen, die andere Globalisierung ausgerechnet mit Strommasten und Überlandtelefonleitungen zu beginnen, aber es muss vor einer falschen Romantisierung gewarnt werden. Viele junge Leute aus Dörfern ohne Stromanschluss streben von diesem einfachen Leben fort, hin zu den „Lichtern der Großstadt“. Sie stört die Stromleitung mitten durch die „unberührte“ Natur nicht, die vielleicht manche Touristen irritiert, die das „ursprüngliche“ Afrika suchen – und in einem klimatisierten Landrover der neuesten Bauart mit eingebautem kleinen Kühlschrank sitzen.

In 35 afrikanischen Ländern hat nicht einmal jeder 100. Haushalt einen Telefonanschluss und diese Anschlüsse funktionieren oft nicht einmal. Deshalb soll zu den meistgehassten Personen in Kenia eine Frau gehören, die die meisten Telefonkunden nicht kennen, deren Stimme sie aber schon Hunderte Male gehört haben: „Alle Leitungen sind derzeit belegt, probieren Sie es zu einem späteren Zeitpunkt erneut“.¹⁴⁵ Diese Missstände haben gravierende

Auswirkungen auf das Alltagsleben und die wirtschaftliche Entwicklung. Dass 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung Afrikas noch immer keinen Zugang zu Elektrizität hat, wirkt sich noch negativer aus.¹⁴⁶

Wie groß die erforderlichen Investitionen sind, ist daran abzulesen, dass die Investitionskosten pro Telefonanschluss etwa 1.000 US-Dollar in Städten betragen, und in ländlichen Gebieten ein mehrfacher Betrag erforderlich ist.¹⁴⁷ Deshalb ist zu befürchten, dass auch in Zukunft nur jene Gebiete mit Telefonanschlüssen versorgt werden, in denen es genügend kaufkräftige Kunden gibt. Immerhin beweist der Senegal, dass es möglich ist, 70 Prozent der Bevölkerung einen Zugang zum Telefonanschluss und vielen einen Internetzugang durch Telezentren zu ermöglichen. Diese mittlerweile 10.000 Läden werden privat betrieben und liegen meist an wichtigen Verkehrswegen, was den Bau des Leitungsnetzes erleichterte.¹⁴⁸

Die Elektrifizierung und der Aufbau landesweiter Telefonnetze scheitern in vielen Regionen im Süden der Welt vor allem an drei Faktoren: dem fehlenden Geld, dem Desinteresse der politisch und wirtschaftlich Mächtigen und an ihrer Unfähigkeit, ein effizientes Versorgungssystem aufzubauen. Alle drei Hindernisse sind schwer zu überwinden. In der Vergangenheit standen Gelder von staatlichen Entwicklungsorganisationen und von Institutionen wie der Weltbank oft für Großprojekte wie gewaltige Staudämme zur Elektrizitätserzeugung zur Verfügung, und das war auch genau das, was viele Regierungen im Süden der Welt wollten. Erstens brachte ein solches Projekt Prestige ein und zweitens bot die Auftragsvergabe an internationale Konzerne genügend Möglichkeiten, Bestechungsgelder zu kassieren. Erfreulicherweise gibt es mittlerweile zahlreiche kleine Wasser- und Energieprojekte, die beweisen, dass es möglich ist, mit begrenzten Mitteln eine regionale Versorgung aufzubauen.

Viele kirchliche Entwicklungseinrichtungen in den Ländern des Südens und ihre überseeischen Partnerkirchen und -organisationen beteiligen sich an solchen Initiativen. Ein Beispiel ist die „Fördergesellschaft für angepasste Technologie – FAKT“ mit Sitz in Stuttgart. Dieses international tätige Beratungsunternehmen wurde von kirchlichen Hilfswerken gegründet und hat kleine Wasser- und Stromanlagen zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Organisationen wie Misereor, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst fördern solche Projekte und tragen auf diese Weise dazu bei, das alltägliche Leben, die Wirtschaftsaktivitäten und die Kommunikationsmöglichkeiten in den oft abgelegenen Regionen zu verbessern.

Da Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und vor allem die örtliche Bevölkerung nicht alle Lücken schließen können, die eine verfehlte Regie-

rungepolitik hinterlässt, ist das Engagement für eine staatliche Politik wichtig, die das Interesse der Menschen in den marginalisierten Gebieten an Strom und Telefonanschlüssen ernst nimmt. Dazu gehören nicht nur arme ländliche Gebiete, sondern auch viele städtische Armenviertel. Erschwert wird die Verwirklichung solcher Konzepte dadurch, dass viele Regierungen im Süden der Welt – vor allem unter dem Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds – die Elektrizitäts- und Telefongesellschaften privatisiert haben. Jetzt sind deren Gewinnerwartungen zu einem Faktor geworden, wenn es um die Frage geht, wie stark die Versorgungsnetze ausgebaut werden. Wo die Möglichkeiten der Menschen gering sind, hohe Stromrechnungen zu bezahlen und sich einen privaten Telefonanschluss legen zu lassen, besteht auch kein Interesse der privaten Anbieter, für viel Geld Leitungen zu legen. Hier geht es also um langwierige politische und wirtschaftliche Auseinandersetzungen, die aber ausgefochten werden müssen im Interesse der betroffenen Bevölkerung.

Der Kampf gegen die Unfähigkeit der Zuständigen ist nicht einfacher, denn hier geht es darum, ein Grundübel im Regierungs- und Verwaltungssystem vieler Länder des Südens zu bekämpfen, nämlich Leute auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen, politischer Opportunität oder schlicht, um sie an anderen Stellen los zu werden, auf verantwortliche Posten in Versorgungsunternehmen zu setzen, für die sie absolut nicht qualifiziert sind und auch keine Anstrengungen unternehmen, solche Qualifikationen zu erwerben. Solche Fälle gibt es auch in der westlichen Welt in größerer Zahl, aber sie wirken sich nicht so verheerend aus, weil viele der Versorgungsunternehmen auch dann effizient arbeiten, wenn der politisch protegierte Vorstandsvorsitzende seine Aufgaben kaum wahrnimmt und alle erleichtert sind, wenn er sich zumindest nicht in die alltägliche Arbeit einmischt, von der er ohnehin nichts versteht.

Es kann gar nicht genug betont werden, wie wichtig es ist, die Kirchen und sozialen Organisationen und Bewegungen im Süden der Welt darin zu unterstützen, die Auseinandersetzung um eine angemessene Versorgung der ganzen Bevölkerung mit Strom- und Telefonanschlüssen aufzunehmen und durchzuhalten. Ein solches Engagement scheint auf den ersten Blick nicht im Zentrum kirchlichen Handelns zu stehen, aber wem es mit der Bekämpfung von Armut und Elend und einer anderen Globalisierung ernst ist, der kann nicht ignorieren, dass viele Millionen Menschen aus dem modernen Wirtschaftsleben schon deshalb weitgehend ausgeschlossen sind, weil ihnen der Zugang zu Strom und Telefon fehlt.

Der Anschluss eines Dorfes an das Strom- und Telefonnetz allein löst noch keinen wirtschaftlichen Aufschwung aus. Es müssen noch viele andere

Faktoren hinzukommen, und das gilt besonders dann, wenn es sich um eine sozial gerechte und ökologisch angemessene wirtschaftliche Entwicklung handeln soll. Dass die Verbesserung der Versorgungssysteme aber eine Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung ist, zeigte sich zum Beispiel nach der deutschen Wiedervereinigung, als zunächst einmal Milliardenbeträge in diese Infrastruktur in den neuen Bundesländern investiert wurden. Es mag zwar merkwürdig erscheinen, aber in der Frage des Anschlusses neuer Gebiete an die Strom- und Telefonnetze sind sich diejenigen einig, die eine herkömmliche Modernisierung anstreben, und diejenigen, die nach einer anderen Globalisierung suchen. In der Frage, wie der Strom erzeugt wird und welche Schritte nach dem Ausbau der Infrastruktur notwendig sind, gibt es dann allerdings wieder erhebliche Unterschiede.

Wenn der Anschluss an die Strom- und Telefonnetze geschafft ist, gibt es eine Grundlage dafür, systematisch alternative Kommunikations- und Mediensysteme aufzubauen. Dazu gehört auch ein Zugang zum Internet, um Informationen zu erhalten, um mit anderen Kirchen, Institutionen und Gruppen zu kommunizieren und um die eigenen Anliegen, die eigene Arbeit und die eigenen Positionen bekannt zu machen.

Die Kirchen in der globalen Kommunikationswelt

Welche Verantwortung und Möglichkeiten haben die Kirchen im Internet-Zeitalter? Sie können und sollten die neuen technischen Möglichkeiten nutzen, um die eigene Kommunikationsarbeit deutlich zu verbessern, um auf diese Weise auch ihre Stimme noch wirkungsvoller für tiefgreifende soziale Veränderungen zu Gunsten der Opfer der vorherrschenden Globalisierung zu erheben. Das Internet und die mit ihm verbundenen Möglichkeiten haben mittlerweile auch viele Kirchen und lokale Kirchengemeinden in allen Teilen der Welt veranlasst, mit einem Internet-Anschluss und einer e-mail-Adresse ihre Kommunikationsmöglichkeiten zu verbessern. Immer mehr Kirchen investieren in eine eigene Homepage. Im „Netz“ mit einer eigenen Seite präsent zu sein, gilt als Zeichen der Modernität einer Kirche, und es besteht die Erwartung, besonders die Jugend anzusprechen.

Es gibt sehr erfreuliche Erfahrungen bei der Nutzung des Internets für die

kirchliche Kommunikation. Die Nordelbische Kirche hat beispielsweise seit Jahren eine eigene Homepage. Mitte der 90er Jahre begann diese Kirche damit, Informationen über die eigenen Arbeitszweige und Angebote zusammenzustellen und im Internet zu präsentieren. Als ein intensiv genutztes Angebot erwies sich die Möglichkeit, auf elektronischem Wege eine seelsorgerliche Beratung in Anspruch zu nehmen. Insgesamt wird die Homepage täglich von mehr als 1.000 Personen besucht. Der für die Betreuung der Website verantwortliche Pastor bietet außerdem Kurse für Kirchengemeinden an, die eine eigene Internet-Präsenz planen. Die Homepage der Evangelischen Kirche in Deutschland wird jeden Monat von einer Million Menschen genutzt, Tendenz rasch steigend. Immer wichtiger wird die kirchliche Lebensberatung über das Internet. Allein an ein einziges dieser Angebote, das von evangelischen und katholischen Theologen und Laien getragene „www.kummernetz.de“, wenden sich jeden Monat etwa 20.000 Menschen.¹⁴⁹ Interessant ist auch, dass an Ökumene und Mission interessierte junge Leute beginnen, sich zu vernetzen und Informationen und Erfahrungen aus ihrem ökumenischen Engagement auszutauschen (vgl.: www.jugend-und-oekumene.de).

In anderen nord- und westeuropäischen Ländern hat sich das kirchliche Angebot im Internet ähnlich entwickelt wie in Deutschland. Die nordamerikanischen Kirchen waren die ersten, die systematisch und in großem Umfang Informations- und Seelsorgeangebote ins Internet stellten. In einigen asiatischen Ländern entwickelte sich die kirchliche Nutzung des Internets vielleicht noch dynamischer als in der westlichen Welt. Aber auch in Lateinamerika, der Karibik, dem Mittleren Osten und Teilen Afrikas nimmt das kirchliche Angebot im Internet rasch zu.

Um angesichts des riesigen Informationsangebots im Internet Beachtung zu finden, ist ein inhaltlich attraktives Angebot erforderlich, das zudem ansprechend präsentiert werden muss – und das kostet oft viel Geld. Die professionelle Erstellung einer Homepage kostet in westlichen Ländern mindestens einige Tausend Euro. Vor der Entscheidung, ein eigenes Angebot ins Internet zu stellen, muss deshalb die Frage stehen, für wen das Angebot gedacht sein soll und welchen Ansprüchen es deshalb genügen muss. Dabei sein ist alles – diese Überzeugung der Gründer der neueren olympischen Bewegung gilt längst nicht mehr im Spitzensport und noch viel weniger im Internet.

Ziel der Internet-Präsenz kann es zum Beispiel sein, der wachsenden Zahl von Internet-Nutzern in der eigenen Kirchengemeinde und anderen Personen am Ort die Möglichkeit zu geben, sich über Veranstaltungen und andere Aktivitäten in der Gemeinde zu informieren und die eigene Auffassung zur Arbeit der Gemeinde und zu kontroversen Fragen des Gemeindealltags zu äußern. Bei den Planungen der Internet-Präsenz geht es darum, die Bedürfnisse

der Menschen in der eigenen Gemeinde, am eigenen Ort im Auge zu haben und nicht der Illusion nachzuhängen, in Zukunft würde sich der Rest der Welt per Internet über die Angebote dieser Gemeinde informieren.¹⁵⁰ Aber gleichzeitig gilt es, den Blick der Nutzerinnen und Nutzer über die eigene Gemeinde hinaus zu weiten, zum Beispiel durch Beiträge über die Partnergemeinde in Tansania oder Papua-Neuguinea oder durch Informationen zu den Produkten im Eine-Welt-Laden der Gemeinde.

Bei der Erstellung und Betreuung von Internet-Angeboten gibt es Alternativen zu kommerziellen Angeboten. Eine Möglichkeit, zu einer preiswerten Homepage der Kirchengemeinde oder des Kirchenkreises zu kommen, besteht darin, mit einer Gruppe computer-begeisterter Jugendlicher zusammenzuarbeiten und sie bei einem Workshop gemeinsam mit einem Experten die Seite gestalten zu lassen und die jungen Leute auch dafür zu gewinnen, sie regelmäßig zu aktualisieren. Ein attraktives Bildungsprojekt für Jugendliche wird so verknüpft mit der Schaffung eines Informationsangebots der Gemeinde im Internet.

Daneben bleiben andere Formen der Kommunikationsarbeit der Gemeinde wichtig, angefangen bei den Gemeindebriefen, die in Deutschland zusammen genommen eine enorm große Leserschaft erreichen und die Chance bieten, auch Menschen anzusprechen, die (bisher) nicht zu Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen kommen. Wichtig sind auch kulturelle Formen der Kommunikation wie Theateraufführungen. In vielen Teilen der Welt haben Gemeinden und Kirchen sehr kreative „group media“ geschaffen, also kleine Medien, die aus der Arbeit in Gemeindegruppen erwachsen und von ihnen selbst hergestellt werden, zum Beispiel Plakate, Wandbilder, Fotos, einfach gemachte Videofilme etc.

In zahlreichen Ländern haben die Kirchen die Möglichkeit, in Radio und Fernsehen zu Wort und ins Bild zu kommen. Öffentlich-rechtliche und ähnlich organisierte Sender sehen es als Teil ihres Auftrags an, Beiträge zu religiösen Themen in ihr Programm aufzunehmen, von Gottesdienstübertragungen bis zu Features. Die Sender übernehmen die redaktionellen Kosten und verantworten die Programme auch inhaltlich. Dies ist sowohl in Deutschland als auch zum Beispiel in vielen afrikanischen Ländern so. Im Rahmen der Kommmerzialisierung und Privatisierung des Rundfunkbereichs verändern sich allerdings die Bedingungen. Viele Privatsender sind zwar bereit, religiöse Programme auszustrahlen, erwarten aber, dass die Kirchen die Programme selbst produzieren und die Kosten hierfür tragen. In manchen Fällen wird auch die Bezahlung der Sendezeit gefordert, und diese Forderung kommt auch von staatlichen Sendern, die die Auflage erhalten haben, möglichst hohe Eigeneinnahmen zu erzielen.

Die Liberalisierung des Rundfunkbereichs und der Verkauf von Sendezeit ermöglichen international tätigen Radio- und Fernsehpredigern einen leichteren Zugang zu den Ländern des Südens, vor allem den US-Fernsehpredigern wie Pat Robertson. Das Ergebnis ist, dass ihre individualistischen und westlich geprägten Vorstellungen jetzt auch dort zu hören und zu sehen sind. Die Alternative besteht darin, sehr viel stärker als bisher einen Programmaustausch zwischen ökumenisch orientierten kirchlichen Programmgebern in verschiedenen Teilen der Welt zu organisieren, damit Christinnen und Christen in den einzelnen Ländern mehr über Glaubensvorstellungen und kirchliches Engagement in anderen Teilen der Welt erfahren. Die modernen Kommunikationstechnologien und die Liberalisierung des Rundfunkbereichs haben zu einer Situation geführt, in der die Debatte über das angemessene Verständnis der Bibel und die sozialen Konsequenzen daraus vielerorts auch in Radio und Fernsehen ausgetragen wird. Auf diesem Gebiet gibt es trotz mancher erfolgreicher Initiativen große Defizite der ökumenischen Bewegung. Um sich in den Kirchen und als Kirchen wirkungsvoll für eine andere Globalisierung zu engagieren, ist eine sehr viel wirksamere international ausgerichtete Medienarbeit erforderlich. Ein Schritt hierzu ist die Förderung von internationalen christlichen Zusammenschlüssen im Medienbereich wie der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation (WACC).

Es wäre bedauerlich, wenn sich das kirchliche Engagement in Fragen des Internets und anderer moderner Kommunikationsmittel darauf beschränken würde, eine eigene Homepage zu gestalten und eigene Medien zu produzieren, so wichtig dies ist. Die Verantwortung der Kirchen in der Gesellschaft erfordert es, die sozialen Auswirkungen der Kommunikations-Revolution zu analysieren, hierzu Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu betreiben und zu versuchen, auf die politischen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen.

In vielen Fällen wird eine Analyse der lokalen und nationalen Kommunikationsstrukturen notwendigerweise zu einem Engagement führen, das Konflikte mit den politisch und oft auch den wirtschaftlich Mächtigen verursacht. Dies gilt vor allem in all den Ländern, wo die Pressefreiheit eingeschränkt ist oder nicht mehr besteht. „Reporter ohne Grenzen“, „amnesty international“, Medieneinkaufsvereinigungen und andere Organisationen berichten tagtäglich von Einschüchterungen von Journalistinnen und Journalisten, vom Verbot von Medien, von der Ermordung von mutigen Verlegern und von anderen Repressionsmaßnahmen gegen Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen. Wie erwähnt sind nicht selten auch kirchliche Medien davon betroffen. Es wäre politisch unklug und religiös unverantwortlich, zur Unterdrückung anderer Medien zu schweigen und abzuwarten, bis auch kirchliche Medien von den Unterdrückungsmaßnahmen betroffen sind, bevor von kirchlicher Seite protestiert wird. Die globalen kirchlichen Kommunikationsnetze erlauben es heute,

sehr rasch über solche Vorgänge informiert zu werden, und damit wächst auch die Verantwortung von Christinnen und Christen in anderen Teilen der Welt, sich an der Seite der lokalen Kirchen zu engagieren.

Außerdem wird es für die Kirchen darauf ankommen, sich entschlossen an der Debatte und den Entscheidungsprozessen darüber zu beteiligen, welche Kommunikationsformen in dem jeweiligen Land gefördert werden und wer diese beherrscht. Der päpstliche Medienrat gehört zu den Gremien, die sich in solche Debatten einmischen, Anfang 2002 zum Beispiel mit einer Erklärung zu „Ethik im Internet“. Darin wird die „digitale Kluft“ beklagt und gefordert: „Man muss Wege finden, um das Internet auch den benachteiligten Gruppen zugänglich zu machen.“ Die Vorteile des neuen Mediums seien sehr ungerecht verteilt: „Manche Personen, Wirtschaftsunternehmen und Länder sind unglaublich reich geworden, während andere zurückfallen.“ Ganze Nationen würden vom Prozess der Globalisierung, zu dem das Internet wesentlich beitrage, vollständig ausgeschlossen. Statt dessen solle das Internet allen Menschen umfassende Informationen und Dienstleistungen in einer Vielzahl von Sprachen zur Verfügung stellen. Außerdem fordert der Medienrat eine verstärkte Kontrolle des Internets durch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und kirchliche Instanzen, um den Missbrauch einzudämmen.¹⁵¹

Eine ähnlich kritische Begleitung der Medienentwicklung ist auch bei Radio, Fernsehen und Druckmedien erforderlich. Dazu gehört es, weit verbreitete „Spielregeln“ zu hinterfragen, zum Beispiel den Wettlauf konkurrierender Medien, möglichst rasch mit einer Nachricht oder einem Bericht auf dem „Markt“ zu sein, selbst wenn dies zu Lasten der Qualität und der Zuverlässigkeit geht.¹⁵²

Wenn unter dem Stichwort „Liberalisierung“ ein Ausverkauf der Medien und Kommunikationssysteme stattfinden soll, dann ist es die Aufgabe der Kirchen zu fragen, wem dieser Prozess mehr Freiheit bringt, einigen wenigen großen Unternehmen oder aber der Bevölkerung, die die demokratische Kontrolle oder zumindest den Anspruch auf diese Kontrolle über Medien verliert, die bisher im Besitz des Staates oder besser gesagt der Gesellschaft sind. Auch ist zu fragen, welchen Zielen die „Liberalisierung“ dient, wie wird die neue „Freiheit“ genutzt? Einmischung ist also nötig.

Die Kirchen haben die große Chance, ein christliches Verständnis der Kommunikation in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Ich bin in der EMW-Veröffentlichung „Von Gutenberg bis Internet“ (Weltmission heute 26) ausführlich auf Grundlagen, Konzepte und die praktische Umsetzung solcher Einsichten eingegangen. An dieser Stelle müssen deshalb einige Stichwort genügen. Auffällig sind an den biblischen Geschichten und Berichten die große Bedeutung von Werten wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit, das

Ernstnehmen der Gesprächspartner, die Einbeziehung von diskriminierten Menschen in die Kommunikation, die Bereitschaft, Konflikte anzusprechen und auszutragen, die Freiheit der einzelnen Menschen, auf Botschaften zu reagieren, und die unlösbare Verbindung von Reden und Handeln.

Auch kann nicht übersehen werden, dass die befreiende Botschaft des Evangeliums die Art und Weise prägt, wie kommuniziert wird. Dies eröffnet Perspektiven dafür, im Zeitalter der Globalisierung den vorherrschenden Formen der Kommunikation alternative Konzepte und eine alternative Praxis entgegenzustellen, die auf Befreiung zielen. Das bedeutet in unterschiedlichen Situationen auch Unterschiedliches. Es kann zum Beispiel bedeuten, im kirchlichen Raum die biblische Tradition des Geschichtenerzählens neu zu beleben, vor allem mit Geschichten der Hoffnung aus früheren Zeiten und aus der heutigen Welt. Es kann bedeuten, in einer Diktatur eine mutige kleine Zeitschriftenredaktion zu unterstützen, die die Hoffnung nicht aufgegeben hat, dass die Wahrheit den Weg zur Befreiung ebnen kann. Es kann bedeuten, in der Globalisierungsdebatte die modernen Kommunikationsmöglichkeiten so einzusetzen, dass endlich auch die gehört werden, die Opfer dieses ökonomischen Prozesses in ländlichen Gebieten Perus oder in Armenvierteln von Johannesburg geworden sind. Kommunikation soll dem Wohle der Menschen dienen, nicht der Unterdrückung von Menschen, nicht dazu, sie mundtot zu machen, nicht dazu, große Gewinne auf Kosten anderer zu erzielen. So ist es jedenfalls in dem Buch zu lesen, dass immer noch ein wunderbares Werk der Kommunikation des Schöpfers mit seiner Welt ist. Diese Botschaft der Befreiung und des Heils auf diesem Globus zu verkünden und zu leben, ist die Mission der Kirche und der einzelnen Gläubigen.

Schritte zu einer anderen Globalisierung

1 Die Werbung ist nicht nur zum Hauptfinanzier vieler Medien geworden, sondern die Werbetreibenden haben auch einen immer größeren Einfluss auf die Inhalte der Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehprogramme. Deshalb muss wieder eine klare Trennung von Werbung und redaktionellem Inhalt durchgesetzt werden. Damit wird zugleich sichergestellt, dass verstärkt auch die negativen Aspekte des Globalisierungsprozesses in den Massenmedien zur Sprache kommen.

2 Werbung hat in allen Teilen der Welt einen großen Einfluss auf die Verbraucherinnen und Verbraucher und zwar nicht nur im Blick auf ihr Kaufverhalten, sondern es werden auch Werte und Lebenseinstellungen gefördert, die im Konsum die Grundlage für Zufriedenheit und Glück sehen. Es ist notwendig, die Botschaften der Werbung zu entschlüsseln, Medienpädagogik zu betreiben und – auch im Bereich der Kirchen – neue Formen von Werbung zu entwickeln, die die Empfänger als Subjekte ernst nehmen, statt sie als Objekte der Werbebotschaften zu manipulieren. Die Kirchen stehen auch vor der Aufgabe, den religiösen Botschaften der Werbung ihre Alternative entgegenzustellen, die Vision von einem anderen Leben.

3 Zum kulturellen Austausch gehört die Ausstrahlung ausländischer Fernsehfilme durch nationale und regionale Fernsehsender. Es muss aber verhindert werden, dass dies ein einseitiger Prozess ist, das heißt, dass lediglich die Filme und Shows aus einigen wenigen Ländern im Rest der Welt ausgestrahlt werden. Die Alternative besteht darin, nationale Fernseh- und Filmproduktionen zu fördern und einen Austausch von Produktionen zwischen unterschiedlichen Teilen der Welt zu verstärken.

4 Gewalt wird immer stärker eingesetzt, um Interesse an Fernsehsendungen zu wecken und Spannung zu erzeugen. Wenn ein Kind in den USA 14 Jahre alt ist, hat es bereits 18.000 Fernseh-Tote gesehen.¹⁵³ Dass diese Produktionen rund um den Globus verbreitet werden, kann nur ein Anlass zur Besorgnis und zu Gegenmaßnahmen sein. Der globalen Macht der Fernseh-Gewalt ist in einzelnen Fällen mit Selbstverpflichtungen von Fernsehsendern zu begegnen, oft wird es aber notwendig sein, durch Bürgerproteste und Gesetze einer massenhaften Verbreitung dieser Programme zu begegnen. Gleiches gilt für gewaltverherrlichende Videofilme und PC-Spiele. Wenn im Namen der Liberalisierung und einer vermeintlichen Freiheit der Medien die ungehinderte Verbreitung dieser Medienerzeugnisse rund um den Globus propagiert wird, besteht die Alternative in einer Verteidigung der Menschenwürde und einer Kultur des Friedens.

5 Weltweit ist ein Prozess der Konzentration der Medien in der Hand von immer weniger global agierenden Konzernen zu beobachten. Damit sind große Gefahren des Missbrauchs verbunden, nicht zuletzt dann, wenn diese Medienkonzerne eng mit autoritären Regimen zusammenarbeiten. Es ist notwendig, internationale Vereinbarungen zu treffen, um die Marktmacht einzelner Konzerne zu begrenzen, so wie dies auf nationaler Ebene und in der EU schon der Fall ist. Außerdem ist die Gefahr zu vermeiden, dass unter dem Slogan der Liberalisierung die nationalen Medien gerade kleiner und wirtschaftlich schwächer Länder der weit überlegenen Konkurrenz globaler Konzerne ausgeliefert werden. Oft ist das Ergebnis einer sol-

chen Liberalisierung nicht mehr Wettbewerb, sondern der Aufkauf kleiner nationaler Konkurrenten durch internationale Unternehmen. Statt dessen gilt es, nationale Medien und vor allem alternative Medien zu fördern.

6 Es gibt Modelle, Medien-Kommunikation als öffentliche Aufgabe zu sehen und in öffentlicher Verantwortung zu betreiben. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland sind erfolgreiche Beispiele dafür. Angesichts des starken Drucks zur Privatisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche ist es erforderlich, solche öffentlich verantworteten Formen der Kommunikation zu fördern und zu verteidigen. In vielen Ländern im Süden ist es notwendig, diese Medien, vor allem Radio und Fernsehen, von der staatlichen Kontrolle zu befreien. Nur so können sie eine Alternative zu kommerziell betriebenen Sendern darstellen.

7 Es gibt in allen Regionen der Welt zahlreiche alternative Medien, die der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit geben, selbst zu Wort zu kommen, und die sich für Anliegen einsetzen, die sich unter den Stichworten Umwelt, Frieden und soziale Gerechtigkeit zusammenfassen lassen. Die „Radios Populares“ in Lateinamerika sind bekannte Beispiele für solche Medien. Sie verdienen verstärkte Unterstützung, damit soziale Bewegungen und Initiativen für ein alternatives Leben und Wirtschaften die Möglichkeit haben, mit Medien zusammenzuarbeiten, die ihre Ziele und Visionen teilen. Außerdem ist eine stärkere internationale Vernetzung solcher Initiativen wichtig.

8 Angesichts der Defizite vieler Medien, zum Beispiel die unkritische Übernahme von Pressemitteilungen anstelle eigener Recherchen, und des inhaltlichen Einflusses von Werbekunden auf die Inhalte, verdient ein alternativer Journalismus verstärkte Förderung, der sich kritisch mit sozialen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen auseinandersetzt. Dafür gibt es in allen Teilen der Welt bereits viele Beispiele.

9 Um nicht von der globalen Kommunikation abgeschnitten und damit auch wirtschaftlich an den Rand gedrängt zu werden, sind auch die Menschen im Süden der Welt auf den Anschluss an das Telefon- und Elektrizitätsnetz angewiesen. Es muss gerade in ländlichen Regionen und den Armutsvierteln der Großstädte im Süden der Welt die Unfähigkeit und oft auch Unwilligkeit der staatlichen Autoritäten und privater Unternehmen angeprangert werden, den Zugang zum Strom- und Telefonnetz zu schaffen. Telefon und Strom garantieren keine wirtschaftliche Entwicklung, aber sie sind in aller Regel Grundvoraussetzungen dafür. Auch für eine eigenständige Entwicklung, die nicht auf eine totale Abhängigkeit von globalen Wirtschaftsprozessen setzt, sind Kommunikation und damit verknüpft Elektrizität

tät erforderlich. Um eine Versorgung für alle zu erreichen, ist ein politischer Einsatz der Kirchen und anderer sozialer Akteure erforderlich.

10 Dank Internet und e-mails ist es heute möglich, ohne große Kosten in Verbindung zu stehen mit gleichgesinnten Gruppen und Personen in weit entfernten Teilen der Welt. Besonders die Kirchen, die durch den gemeinsamen Glauben verbunden sind, können die modernen Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um sich über Ländergrenzen hinweg für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Dadurch, dass die Kirchen in den Dörfern zuhause sind, aber auch nationale und internationale Formen der Zusammenarbeit besitzen, sind sie wie kein anderer sozialer Akteur dazu in der Lage und dazu berufen, die modernen Kommunikationsinstrumente zu nutzen, die vorherrschende Globalisierung zu kritisieren und ihr überzeugende Alternativen entgegenzusetzen. Je mehr es gelingt, auch andere Religionsgemeinschaften und soziale Bewegungen in diesen Prozess einzubeziehen, desto wirksamer wird das Engagement sein.

11 Die Verantwortung der Kirchen reicht über die Produktion eigener Medien hinaus. Angesichts der gravierenden Auswirkungen der Medienpolitik, zum Beispiel durch eine Liberalisierung und Öffnung des Medienbereichs für die internationale Konkurrenz, besteht die kirchliche Verantwortung darin, dazu beizutragen, dass Kommunikation ein Menschenrecht und ein gemeinsames Anliegen der ganzen Gesellschaft bleibt und dass die wichtigen Medien nicht unter die Kontrolle von ein oder zwei großen Konzernen geraten. Unabhängige Medien leisten auch einen wichtigen Beitrag, Alternativen zur vorherrschenden Globalisierung bekannt zu machen.

12 Aus der Bibel lässt sich lernen, wie kommuniziert werden kann, ohne zu manipulieren und zu unterdrücken, und wie aus gelingender Kommunikation ein gemeinsames Engagement für diese Welt werden kann. Deshalb lohnt es sich, intensiver zu studieren, wie eine christliche Kommunikationsarbeit gestaltet werden kann, die sich an der Bibel orientiert und deshalb zur Befreiung und zu einem neuen Leben beiträgt.

Mobilität

„Lässig steigt er vom ledernen Sattelsitz, klopf sich den Schmutz sandiger Westen aus den verwaschenen Jeans. Noch ein sehnsüchtiger Blick zurück in die Ferne, dann wirft der moderne City-Cowboy die Tür seines eingestaubten Jeeps kraftvoll zu. Was unseren Ahnen die Pferde waren, ist dem aktiven und naturverbundenen Freizeitmenschen von heute das allradgetriebene Automobil. Am liebsten muss es möglichst martialisch auf grobstolligen Riesenreifen daherkommen. Jederzeit bereit, die Wüste Gobi oder schnell mal Island zu durchqueren. Meist zieht es dann aber doch nur den Pferdeanhänger zum nächsten Turnier oder rollt höchstens über die Hamburger Elbchaussee – als Boulevard-Beau.“¹⁵⁴

Geländewagen mit Allradantrieb sind im Trend, auch wenn diese sogenannten „Offroader“ sehr viel Kraftstoff verbrauchen, nur selten wirklich durch ein Gelände fahren, wo ihre besonderen Eigenschaften gefragt wären, und nicht einmal annähernd so sicher sind, wie ihr robustes Aussehen suggeriert. In dem zitierten Beitrag einer Hamburger Tageszeitung heißt es dazu: „Gerade Offroader zeigen bei Unfällen zuweilen massive Schwächen an der kantigen Karosseriestruktur.“ Aber solche Einwände schrecken „echte“ Männer nicht ab, so dass in den letzten Jahren fast alle Autohersteller diese Ungetüme in ihr Programm aufgenommen haben. In dem Zeitungsartikel wird dazu konstatiert: „Das erlebnishungrige Publikum verlangt danach.“ Es geht um den „Lifestyle“ erfahren wir, und die Pressesprecherin des DaimlerChrysler-Konzerns verrät: „Über 90 Prozent unserer Kunden fahren niemals im Gelände, dennoch wird ein Jeep immer Allradantrieb haben.“¹⁵⁵

Dass die meisten dieser Autos nicht Wiesen und Wälder zerpfügen, ist vielleicht ihre positivste Eigenschaft. Aber der Vorteil wiegt wenig im Verhältnis zu den alltäglichen Umweltschäden, die diese Autos verursachen. In den USA waren schon die Hälfte aller neu zugelassenen Autos Geländewagen mit hohem Spritverbrauch¹⁵⁶ und nicht etwa – wie noch vor einem Jahrzehnt erhofft – umweltfreundliche Fahrzeuge mit einem sehr niedrigen Verbrauch an Benzin oder Diesel. Der Unternehmensberater Jürgen Peddinghaus diagnostizierte schon vor einigen Jahren: „Das Auto wird zum Spaßmobil“.¹⁵⁷ Die Fahrt im Geländewagen mit hoher Sitzposition vermittelt dem Fahrer ein Gefühl der Erhabenheit und des grenzenlosen Luxus.

Ein Höhepunkt dieser Sucht ist der „AM Hummer“, zuerst bekannt geworden durch den US-General Schwarzkopf, der im Krieg gegen den Irak diesem Kommandeursfahrzeug entstieg, um Siegesmeldungen zu verkünden. Auch

ein anderer Kämpfer gegen das Böse besitzt einen solchen 3,4 Tonnen schweren Geländewagen, der Schauspieler Arnold Schwarzenegger. Mehr als 120.000 Euro kostet der „Hummer“, da fallen die etwa 30 Liter Dieserverbrauch auf 100 Kilometer zumindest finanziell nicht mehr ins Gewicht. Der deutsche Importeur weiß über seine reiche Kundschaft: „Normalerweise ist ein Hummer der Fünftwagen im Fuhrpark.“¹⁵⁸

Ein Auto zu besitzen und mit ihm zu fahren ist für viele längst mehr als ein Weg, möglichst rasch und bequem von einem Ort zum anderen zu kommen. Jemand zu sein, etwas geschafft zu haben, mehr jedenfalls als der Nachbar mit einem sechs Jahre alten Polo, andere überholen zu können, es ihnen endlich einmal zu zeigen... Dies und vieles mehr ist mit dem Autofahren verbunden. Und deshalb ist es so schwer, mit Argumenten der Ökologie, der Gesundheit und der Vernunft gegen den „Siegeszug“ der Autos etwas auszurichten. Dies gilt nicht nur für die USA oder Deutschland, sondern zunehmend auch für die Länder des Südens. Ein eigenes Auto zu besitzen bringt Prestige. Nicht umsonst heißen die Mächtigen und Reichen in Ostafrika in Anlehnung an den Mercedes-Benz „wabenzi“. Der nigerianische Schriftsteller Nkem Nwankwo hat in seinem Roman „Mein Mercedes ist größer als deiner“ dem Nymbus des Autos ein literarisches Denkmal gesetzt. Ein junger erfolgreicher Nigerianer kehrt mit seiner Luxuskarosse in sein Heimatdorf zurück und wird als großer Mann gefeiert, bis sein Auto bei einer nächtlichen Fahrt von der Straße abkommt. Mit dem Verlust des Autos verliert der junge Mann auch seinen sozialen Status und seinen persönlichen Halt. Der unaufhaltsame Abstieg ist vorgezeichnet. Zum Schluss begeht er einen Mord, um an einen neuen Mercedes zu kommen. „Er fuhr weiter, immer weiter, ohne Ziel. Er war dabei, niemals haltzumachen.“¹⁵⁹

Die heute vorherrschenden Formen der Mobilität sind erst ein Jahrhundert alt und haben doch den Globus verändert. Der erste „global march“, die Ausbreitung der Menschheit vom Herzen Afrikas bis nach Neuseeland, hat vielleicht 200.000 Jahre gedauert. Heute dauert ein Flug weniger als 20 Stunden. Und blieben die Menschen in europäischen Dörfern und Kleinstädten im 19. Jahrhundert meist ihr ganzes Leben in einem Umkreis ihres Ortes, den sie zu Fuß oder mit dem Ochsenkarren zurücklegen konnten, so scheint heute die ganze Menschheit unterwegs zu sein. Allein die indische Eisenbahngesellschaft verkauft jedes Jahr 4,5 Milliarden Fahrkarten.¹⁶⁰

Dank Globalisierung und internationaler Autowerbung breitet sich die Auto-Mobilität rund um den Globus rasch aus. „Die Angst vor Chinas Auto-Aufrüstung“ lautete im August 2002 eine Überschrift in der Süddeutschen Zeitung. In dem Beitrag wird berichtet, dass jedes Jahr zusätzlich eine Million PKWs in China unterwegs sind, Mitte 2002 waren es etwa 9,7 Millionen.

Das war nur ein kleiner Anteil an den 829 Millionen Kraftfahrzeugen, die nach Berechnungen der Autoindustrie weltweit auf den Straßen fahren. Nicht nur global, sondern in China selbst verheißt dies nichts Gutes, denn der zunehmende Verkehr stellt das Land vor schier unlösbare Probleme. Diese Form der Mobilität hat ihren Preis, im Jahre 2001 zahlten ihn 100.600 Verkehrsteilnehmer in China mit ihrem Leben.¹⁶¹

Nur sieben von tausend Einwohnern Chinas besitzen bisher ein Auto. Was passiert aber, wenn China die deutsche Rate von 540 PKWs je tausend Einwohnern erreicht? Und wer wollte den Chinesen verwehren, was andere Bewohner der Erde sich leisten? Es gibt bei Umweltexperten große Sorgen, was passiert, wenn China einen Autoboom erlebt, aber die internationale Autoindustrie baut eine Fabrik nach der anderen in China. Groß im Geschäft ist der Volkswagen-Konzern, allerdings ohne sein Sparmodell Lupo, denn dafür gibt es angeblich in China keinen Markt.¹⁶² Energiesparen scheint nicht angesagt. Die chinesische Regierung hofft darauf, dass nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO die Wirtschaft und auch der Autoverkauf boomen werden. Bereits 2010 sollen sechs Millionen Autos im Jahr verkauft werden, Tendenz stark steigend.¹⁶³ Prognosen besagen, dass weltweit jedes Jahr 50 Millionen Autos hinzukommen, im Jahre 2030 soll der Bestand auf 2,3 Milliarden Autos gewachsen sein.¹⁶⁴ Die „freie Fahrt für freie Bürger“, die hierzulande von einem Automobilclub propagiert wird, entwickelt sich global zu einem Alptraum, sowohl was die Verkehrsverhältnisse als auch was die Umwelt betrifft.

Die Internationale Automobilausstellung 2001 in Frankfurt stand trotzdem unter dem Motto „Faszination Auto“. Karl-Heinz Büschemann konstatierte aus Anlass der Messe allerdings in einem Kommentar eine Unfähigkeit der Branche, sich mit den Zukunftsfragen zu beschäftigen: „Die Autohersteller, die ganze Stäbe mit der Frage befassen, wie ein Motor zu klingen und wie eine Limousine zu riechen hat, wirken bei den wahren Zukunftsfragen seltsam ideenlos und matt. Nach wie vor bieten sie keine Lösungen für die Frage, wie der Verkehr in Fluss und die Umwelt global intakt bleiben kann.“¹⁶⁵

Kein Industriezweig ist so groß wie die Autoindustrie und zugleich so phantasielos, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht. Zwar haben einzelne Autohersteller ein 3-Liter-Auto ins Programm aufgenommen, aber das hat nur den Platz eines hässlichen Entleins in einer Flotte von energiefressenden Limousinen. Auch viele Regierungen setzen weiter auf die Autoindustrie als Wachstumsmotor, und zwar egal, wie groß die Staus und wie beängstigend die Gesundheitsschäden durch den Autoverkehr sind. Die Propheten der heutigen Globalisierung haben auf diese Probleme keine Antwort, ein Grund mehr, nach den Ursachen der Mobilitäts-Krise und nach Alternativen zu suchen.

Es gibt Alternativen zum „Leben auf der Überholspur“, zu einer Mobilität, die mit Bewegungsmangel einhergeht. Mobilität muss kein Selbstzweck sein oder dem Ziel dienen, sich dem Rausch der Geschwindigkeit hinzugeben. Mobilität dient dem Ziel eines erfüllten Lebens oder sollte dies zumindest tun. Begrenzt wird sie durch die Ressourcen, die verbraucht werden können, ohne die Mitmenschen, zukünftige Generationen und die ganze Schöpfung zu schädigen. Eine solche verantwortbare Mobilität bedeutet gemessen an der tatsächlichen Mobilität vieler Menschen in der westlichen Welt eine Einschränkung, aber sie liefert auch etwas, was immer kostbarer wird, Zeit.

Nicht selten ist eine Fahrt eine Flucht vor den Alltagsproblemen und -enttäuschungen. Von daher spricht vieles dafür, sich mit diesen Problemen auseinander zu setzen, statt sich ins Auto zu setzen. Da dies keine Schwierigkeit einiger weniger Menschen, sondern in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist, muss nach den sozialen Ursachen geforscht werden. Der Sinn des Lebens ist nicht hinter dem Steuerrad zu finden, ebenso wenig entgangene Zuwendung und Kommunikation. Auch gegen Mobbing im Betrieb hilft es wenig, mit dem Auto durch die Landschaft zu rasen, dies kann sogar gefährlich für den Fahrer und andere Verkehrsteilnehmer sein. Aggressives Fahren und leichtsinniges Überholen bei hoher Geschwindigkeit gehören zu den Hauptursachen von Verkehrsunfällen. „Er fuhr weiter, immer weiter, ohne Ziel“ heißt es in dem Roman von Nkem Nwankwo. Das gilt nicht nur für den Autofahrer im Roman, und nicht nur in diesem Fall zeigt sich deutlich, dass dieses ziellose, perspektivlose Fahren ein fatales Ende haben kann. Deshalb sind die Suche nach Sinn im Leben, nach einem anderen Arbeits- und Lebensstil und nach einem erfüllten Leben ohne den Rausch der Geschwindigkeit die Grundvoraussetzungen dafür, zu einem anderen Mobilitätsverhalten zu kommen.

In dem „Studienpapier Perspektiven zukunftsfähiger Mobilität“, das aus einem ökumenischen Seminar in der Evangelischen Akademie Bad Boll entstand, ist zu den Folgen einer Politik des Vorrangs der individuellen motorisierten Verkehrspolitik nachzulesen: „Diese Politik ermöglichte eine Konsumgesellschaft, die ohne motorisierten Transport durch Autos, LKWs und Flugzeuge so nicht durchsetzbar geworden wäre. Konsum und motorisierter Transport wurden denn auch als ‚Motor‘ moderner Volkswirtschaften gepriesen. Dennoch erkennen immer mehr Menschen die negativen Folgen dieser fehlgeschlagenen ‚Entwicklungspolitik‘. Sie nehmen den Verlust von Lebensqualität wahr, Stress, Nervosität, erleiden beständige Lärm- und Geruchsbelästigung, werden mit vielerlei Gesundheitsstörungen und Krankheiten konfrontiert....“

Aufgeführt wird auch, dass weltweit jedes Jahr 700.000 Verkehrstote und 10 Millionen bei Verkehrsunfällen Verletzte zu beklagen sind. Die Alternative wird so beschrieben: „Wir brauchen heute Mobilität, Flexibilität und Kre-

aktivität im Denken und im Handeln. Zukunftsfähige Mobilität ist nicht allein eine Sache von Planung und Effizienz. Sie setzt einen Lebensstil voraus, in dem Werte wie Liebe, Teilen, Solidarität gegenüber der gesamten Schöpfung Gottes menschliches Handeln bestimmen. Träume einer Unabhängigkeit von Raum und Zeit, von endloser Vermehrung materieller Güter werden beim genauen Hinsehen zu Alpträumen. Ein zulässiges Maß kann nur gefunden werden, wenn wir unserer Verbundenheit mit dem ganzen geschaffenen Leben durch die göttliche Gegenwart des Heiligen Geistes gewahr werden.“¹⁶⁶

Mobilität kann so auch in einem neuen Sinne verstanden werden, nämlich als Bereitschaft, das alte Leben aufzugeben und sich auf neue Wege zu machen. Wäre, wie die Bibel überliefert, Abraham nicht aus seiner Heimat aufgebrochen und nach Kanaan gewandert, hätte die Geschichte des Volkes Israel keinen Anfang genommen. Berühmt ist der Exodus, der Aufbruch aus Ägypten, der Anfang einer 40-jährigen Wüstenwanderung, wie in der Erinnerung erzählt wird.¹⁶⁷ Der Prophet Jona wurde von Gott beauftragt, in die assyrische Hauptstadt Ninive zu reisen und die Menschen dort vor Gottes Zorn zu warnen. Jona nahm nicht ohne Grund an, ein Prophet mit einer solchen Botschaft werde in Ninive nicht gern gehört werden. Er versuchte, vor Gott und vor seiner Botschaft zu fliehen und schiffte sich nach Tarsis ein, ans Ende der damals bekannten Welt. Aber die Flucht endete im Bauch eines riesigen Fisches und Jona wurde wieder an Land gespült und macht sich schließlich doch auf den Weg nach Ninive. Die Mobilität als Flucht war gescheitert, während die Reise nach Ninive zum Erfolg wurde und die Stadt rettete.¹⁶⁸

Es gibt in der Bibel viele Beispiele des Aufbruchs, so der Entschluss von Fischern am See Genesareth, alles stehen und liegen zu lassen und Jesus nachzufolgen. Besonders bedeutsam für die Entstehung des Christentums war das Pfingstwunder, wo Menschen sich entschlossen, ein ganz neues Leben der Nachfolge zu beginnen. Ohne die beschwerlichen Missionsreisen des Paulus wären die Christus-Anhänger vielleicht eine kleine Sekte geblieben. Die längsten Wege, die im mitteleuropäischen Europa zurückgelegt wurden, waren die Pilgerwege. Eine solche Mobilität ist nicht das ruhelose hin- und herfahren, sondern ein Aufbruch zu neuen Ufern.¹⁶⁹ Eine andere Globalisierung, ein anderes Leben sind Grund genug zu einem solchen Aufbruch. Fulbert Steffensky schreibt über die Mobilität in der Bibel: „Biblische Geschichten sind fast immer Veränderungsgeschichten. Menschen werden dazu gebracht, Heimaten zu verlassen, Lebensweisen zu verändern, Eingewöhnungen zu durchbrechen, Rollen und Berufe aufzugeben. Es werden Mobilitätsgeschichten erzählt; Geschichten gegen Fatalismus und Lebensstarre... die Menschen jenes Glaubens sind keine Easy Rider, die daherjagen des Jagens wegen. Ihre Bewegung hat ein Ziel. In das Land ohne Knechtschaft soll das Volk ziehen. In die größere Freiheit und Eindeutigkeit soll der ziehen, der

Vater und Mutter verlässt. Die den Glaubende zugemutete Mobilität ist Transzendenz, ist Hinüberschreiten in größere Lebensklarheit und in eine Heimat, in der noch niemand war. In dieser Mobilität ist die Reise selber noch nicht das Ziel, es ist der Weg zum Ziel. Also nicht die pure Veränderung und der Aufbruch werden gelobt, sondern die Sehnsucht richtet sich auf das Ankommen im anderen Land, in der anderen Heimat.“¹⁷⁰

Eng mit der Sinnfrage, der tiefen Frage nach dem Woher und Wohin, verbunden ist der Nimbus des Autos in unserer Gesellschaft, der vor allem durch die Werbung für Autos und die Berichterstattung über Autos in den Medien propagiert wird. Freiheit und Glück, Unabhängigkeit und die Liebe einer schönen Frau – alles scheint mit dem Kauf eines Autos verbunden zu sein, und je größer und teurer ein Auto ist, desto größer auch die Versprechungen. Die Autowerbung konkurriert längst mit den Kirchen um die Frage, wer Heil und Sinn im Leben anbieten kann, und die blitzenden Karossen auf Auto-Salons haben das kleine goldene Kalb in der Wüste Sinai längst deklassiert.

Der VW-Konzern hat eine „Autostadt“ in Wolfsburg gebaut, wo die Welt des Autos präsentiert und das eigene Auto abgeholt werden kann. Der Konzern hat 850 Millionen DM in eine „Erlebniswelt“ von 25 Hektar investiert. Sechs Markenpavillons und 69 Inszenierungen einschließlich Crashtests stehen für täglich etwa 6.000 Besucher bereit. Auch Restaurants und Cafés warten auf die Auto-Liebhaber. Die „Autostadt“, so ihr Architekt Gunter Henn, ist „ein Ort, wo Menschen ihre Sehnsüchte ausleben können“.¹⁷¹ Wenn das stimmt, sagt dies viel über die Sehnsüchte in unserer Gesellschaft. Das Auto sei ein „Kultobjekt“, sagt der Architekt, „damit sind Werte und Emotionen verbunden, manchmal sogar ein Stück Sinngebung“. Damit das so bleibt, gibt es in der „Autostadt“ auch eine „Kinderwelt“, wo schon die Zweijährigen lernen, dass Mobilität mit dem Auto erfolgt, und natürlich möglichst mit einem Auto aus Wolfsburg. Auch Kindergeburtstage werden rund um das Auto gestaltet. Die Investitionen sollen sich auszahlen, an 364 Tagen im Jahr, nur am 24. Dezember ist geschlossen, ein letzter Tag, an dem das Kind im Stall in Bethlehem ohne Konkurrenz durch die Glitzerwelt ist. Deren Architekt hat verkündet, die Kirche hätte als Sinnstifter abgedankt, die großen Firmen mit ihrer Markenwelt seien an ihre Stelle getreten.¹⁷²

Da kann der Autokonzern mit dem Stern nicht nachstehen und hat in Berlin das größte Autohaus der Welt eröffnet, ein gläserner Tempel mit Formel-Eins-Simulator, Restaurant, Kletterwand und Verkehrskindergarten – und über 300 Mercedes-Modellen mit 40 Verkäufern. Die erhalten nicht einmal 500 Euro als monatliches Fixum (Stand Januar 2002), der Rest des Einkommens ist provisionsabhängig, freie Marktwirtschaft eben. Wer mehrere Wo-

chen kein Auto verkauft, hat ein Problem, aber solche Verkäufer haben in diesem Konsumtempel eben keinen Platz. Als der Konzernchef Schrempp das Haus eröffnete sagte er unmissverständlich seinen Mitarbeitern, worum es geht: „Da vorne steht die Kasse.“ So drastisch geht man mit den potentiellen Kunden nicht um, hier ist Gefühl gefragt. „Das Haus ist Emotion pur“, hat der Pressechef verkündet, und der Leiter der Niederlassung weiß: „Für viele ist der Kauf eines Mercedes eine Partnerschaft fürs Leben.“¹⁷³ Bei der Konkurrenz, in der „Autostadt“ in Wolfsburg, wird den Kunden der Wunsch mit auf den Weg gegeben: „Viel Spaß mit ihrem neuen Familienmitglied.“¹⁷⁴

International spricht man inzwischen in Fachkreisen von „Carchitecture“, von einer Architektur, die dem Auto Tempel baut. Als in Leipzig das neue Porsche-Werk eröffnet wurde, war in einem Zeitungsbericht von einem „Wahll der Auto-Anbetung“ die Rede. Für das Kundenzentrum wählen die Architekten die Form einer Kanzel.¹⁷⁵ Für die „einzig wahre Reliquie unserer Zeit“ wurde ein hübscher Schrein gebaut. Im Bericht ist auch von „Tempel“ und „Kathedrale“ die Rede. Die Kirchen tun also gut daran, sich mit der Gegen-Religion der Autobauer näher zu befassen. Dabei sind auch die neuen „Religionsgemeinschaften“ im Auge zu behalten, also die Interessenverbände derer, die „freie Fahrt für freie Bürger“ fordern und die einen großen Einfluss auf die Verkehrspolitik haben. Dazu gehört vor allem der ADAC, mit Kampagnen gegen das „Folterinstrument Ökosteuer“ oder generelle Tempobegrenzungen auf Autobahnen. Mit 14 Millionen Mitgliedern ist der ADAC politisch eine sehr viel mächtigere Gruppierung als jene Vereinigungen, die sich für eine nachhaltige Verkehrspolitik einsetzen. Außerdem kann der ADAC in vielen Fragen auf die Unterstützung von Industrieverbänden rechnen.¹⁷⁶

Die dramatisch gestiegene Mobilität hängt auch mit ganz praktischen Veränderungen im Arbeits- und Familienleben zusammen. So wird von Arbeitslosen ganz selbstverständlich erwartet, dass sie mobil sind, also bereit sind, jeden Morgen und Abend 50 oder 100 Kilometer zum Arbeitsplatz und zurück zu fahren. Wer Karriere machen will, der muss bereit sein, von heute auf morgen eine Tätigkeit 500 oder 600 Kilometer von seinem Heimort entfernt aufzunehmen. Wenn die Familie nicht mit umziehen kann, dann heißt es in der Regel, jedes Wochenende mit dem Auto nach Hause und zurück zum Arbeitsort zu fahren. Viele Arbeitgeber erwarten zudem ganz selbstverständlich, dass ein Beschäftigter einen Führerschein hat und beruflich quer und quer durch die Republik unterwegs ist. Die Arbeitgeber, die sich auf das Argument einlassen würden, auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln sei die geforderte Mobilität zu erreichen, dürften sehr rar sein. Alle anderen werden darauf verweisen, dass es viel länger dauert, mit Bus und Bahn unterwegs zu sein – und angesichts des Angebotes an öffentlichen Verkehrsmitteln außerhalb der Ballungsräume hätten sie so unrecht nicht.

Große Auswirkungen auf Mobilität und Autodichte hat auch die Veränderung der Familienstrukturen. Singles sind meist mehr unterwegs als Familien, und die meisten von ihnen leisten sich ein eigenes Auto. Demgegenüber kommen viele Familien mit einem Auto aus. Allerdings, der Trend zum Zweit- und Drittauto von Kleinfamilien relativiert diesen Unterschied zwischen Singles und Familien. Demgegenüber leisten Wohnprojekte, die mit wenigen Autos für relativ viele Personen auskommen, einen Beitrag zur Reduzierung der Autodichte und des Autoverkehrs. Auch die Car-Sharing-Modelle sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Sie haben auch den Vorteil, dass der energie- und ressourcenaufwendige Produktionsprozess von Autos zumindest um einige Exemplare vermindert wird.

Es gibt praktikable und bewährte Alternativen zum Autoverkehr, die gefördert werden müssen. Dabei lässt sich – der globale Informationsaustausch macht es möglich – von den Erfahrungen anderer Länder lernen. Der Stadtstaat Singapur hat es geschafft, ein so schnelles, sauberes, zuverlässiges und sicheres U-Bahn-System zu schaffen, dass es keine sachlichen Gründe für die Einwohner mehr gibt, mit dem Auto ins Büro oder zum Einkaufen zu fahren. Wer dennoch das Auto nimmt, zahlt dafür viel Geld.¹⁷⁷ Attraktive öffentliche Verkehrssysteme haben auch Städte aufgebaut, die nicht über den gleichen Perfektionismus verfügen wie die Regierenden und ihre Untertanen in Singapur. Selbst in wirtschaftlich ärmeren Ländern gibt es überzeugende Beispiele. Als besonders erfolgreich gilt in diesem Zusammenhang Curitiba in Brasilien, wo ein weitsichtiger Bürgermeister ein preiswertes und sehr zuverlässiges Bussystem vorgeschlagen und durchgesetzt hat, das es den Einwohnern ermöglicht, von allen Stadtvierteln aus rasch in andere Teile der Stadt zu gelangen. Alle 400 Meter gibt es eine Bushaltestelle, und das Bussystem gilt als das schnellste und billigste in Brasilien. Für Fahrradfahrer wurden viele neue Wege gebaut. Deshalb ist hier niemand auf ein Auto angewiesen, ganz anders als in den meisten Millionenstädten im Süden der Welt, wo nur rudimentäre öffentliche Verkehrssysteme existieren. 14 Parks und zahlreiche öffentliche Gärten haben die Lebensqualität in Curitiba weiter erhöht. Es gab also Gründe genug, Bürgermeister Jaime Lerner 1990 mit dem Umweltpreis der Vereinten Nationen auszuzeichnen.¹⁷⁸

In Deutschland und den westeuropäischen Nachbarstaaten ist das öffentliche Verkehrssystem hingegen dabei, an Qualität und Quantität zu verlieren. Ein Grund ist die allmähliche Verarmung der Kommunen und Regionen, die immer weniger Mittel haben, um die öffentlichen Verkehrssysteme auszubauen und zu subventionieren. Gefährlicher wird diese Situation noch dadurch, dass auch der öffentliche Nah- und Fernverkehr privatisiert und liberalisiert wird. Entsprechend dem Mythos, dass Privatunternehmen stets leistungsfähiger sind als öffentliche Unternehmen, werden Bahn-,

Bus- und U-Bahngesellschaften privatisiert und sollen möglichst Gewinn erzielen.

Damit die globale Autoeuphorie gedämpft werden kann, ist es außerdem erforderlich, in der Gesellschaft intensiver zu diskutieren, welchen Preis diese Form der Mobilität hat. Dabei können die Kirchen eine Vorreiterrolle übernehmen. Das wird ihnen nicht leicht fallen, denn Auto-Mobilität war für die hiesigen Kirchen bisher eher eine Selbstverständlichkeit als ein Problem. Dazu ist in einer Veröffentlichung des Ökumenischen Rates der Kirchen zu lesen: „Lange Zeit war Transport keine Frage, mit der die Kirchen sich befasst haben. Christinnen und Christen waren gern bereit, die neuen Technologien zu nutzen. Erst als die negativen Auswirkungen der wachsenden Mobilität offenkundiger wurden, hat man begonnen, kritische Fragen zu stellen.“¹⁷⁹

Lange vergessen ist, dass Jesus lange Strecken zu Fuß ging und sein Ritt auf einem Esel so bemerkenswert war, dass er von den Evangelisten überliefert wurde. Auch die Pilger des Mittelalters waren Hunderte von Kilometern zu Fuß unterwegs. Heute hingegen gehört es für viele Pastoren, Pastorinnen und andere kirchliche Beschäftigte zur Selbstverständlichkeit, per Auto zum Besuch eines Gemeindeglieders oder zum Kirchenkreis- oder Dekanatsgebäude zu fahren. Es gibt sie, die Geistlichen und Gemeindegliedern, die bei Wind und Wetter mit dem Fahrrad unterwegs sind, aber überzeugend als Vorreiter eines neuen Mobilitäts-Konzepts sind die Kirchen bisher dennoch nicht. Es gibt etwa 100.000 Autos in den Fuhrparks der evangelischen Kirchen in Deutschland und der diakonischen Einrichtungen. Sie verbrauchen schätzungsweise 100 Millionen Liter Kraftstoff¹⁸⁰. Diese Zahlen zeigen, wie groß das Einsparpotenzial im kirchlichen Bereich ist, sei es durch energiesparende Fahrzeuge, sei es durch den Ersatz des Autofahrens durch andere Fortbewegungsmittel.

Christinnen und Christen müssen zum Umdenken und Umlenken bewegt werden und gleichzeitig gilt es, Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen. Dabei geht es sowohl um eine Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Vorstellungen von Mobilität, wie sie zum Beispiel im Auto-Kult zum Ausdruck kommen¹⁸¹, als auch um konkrete Forderungen zu Veränderung der Verkehrspolitik. Wenn wir das Ziel der Bewahrung der Schöpfung ernst nehmen, ist eine Einschränkung des Autoverkehrs nicht zu vermeiden, und dies betrifft sowohl die Gemeinden, kirchlichen Einrichtungen und Werke als auch die private Mobilität der Christinnen und Christen. Eine Selbstverpflichtung der kirchlichen Beschäftigten, zumindest alle kürzeren Strecken zu Fuß oder per Fahrrad zurückzulegen, wäre ein erster Schritt. Ebenso könnten die Gottesdienstbesucher dazu ermutigt werden, per Fahrrad zu kommen. Soweit die Gemeinde noch Autos benötigt und kauft, sollte auf einen minimalen Kraftstoffverbrauch geachtet werden. Viele kirchliche Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereits dazu übergegangen, längere Strecken in der Regel mit der Bahn und nicht mit dem PKW zurückzulegen. Solche Konzepte können aber noch ausgebaut werden.

Auch in der Zusammenarbeit der Missionswerke und kirchlichen Entwicklungseinrichtungen mit Partnern in Übersee sollte thematisiert werden, wie Mobilität am Sinnvollsten erreicht werden kann. Leider ist für viele Verantwortliche in kirchlichen Entwicklungsprogrammen in Übersee der Luxusgeländewagen „Pajero“ immer noch das Ziel vieler Träume und der Gegenstand von Anträgen an fördernde Stellen. Hier besteht ein Dialogbedarf, wobei die Gesprächspartner in Deutschland nicht sonderlich überzeugend sind, wenn der Besucher aus Übersee feststellt, dass sie zwar gegen den so sehr gewünschten Geländewagen in Tansania wettern, aber anschließend in ihrem luxuriösen BMW davonfahren.

Auf der Grundlage eines eigenen praktischen Engagements für Alternativen zum Auto als Schritt zur Bewahrung der Schöpfung können die Kirchen und ihre Mitglieder sich dann um so glaubwürdiger an der öffentlichen Diskussion darüber beteiligen, wie Mobilität erreicht werden kann, ohne immer neue Autostaus zu produzieren. Dabei geht es einerseits um politische Schritte, andererseits aber um grundsätzliche Fragen an die wachsende Mobilität und die Art und Weise, wie diese erreicht wird. Vielleicht war der Kanton Gaubünden doch nicht so hinterwäldlerisch, wie er vielen erschien, als er bis 1927 verhinderte, dass Autos auf seinen Straßen fuhren. Einer der vehementen Kritiker des Autoverkehrs war damals Pfarrer Leonhard Ragaz, der 1925 schrieb: „Nun kann man sich nicht leicht etwas Unmenschlicheres denken als das Automobil in seiner jetzigen Verwendung. Es bedeutet die vollendete Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Menschen, seiner Gesundheit, seinen Nerven, seiner Sicherheit, ja seinem Leben, um von allem Ästhetischen zu schweigen; es ist die verkörperte Brutalität des Maschinenzeitalters.“¹⁸²

Das Fahrrad als Alternative

Ein Verkehrsmittel der Zukunft ist das Fahrrad, und immerhin sind im Jahre 2000 weltweit etwa 100 Millionen Fahrräder produziert worden, davon gut die Hälfte in China. Dass das Fahrrad vielseitig einsetzbar ist, wird in der kenianischen Provinzstadt Busia an der Grenze zu Uganda bewiesen. Dort verdienen 4.200 Einwohner ihren Lebensunterhalt, indem sie mit Fahrradta-

xis Menschen und Waren befördern. Die Radfahrer sind in Selbsthilfevereinen organisiert und verdienen an guten Tagen drei Euro am Tag. Das ist kein fürstliches Salär, aber da die Lebensmittelpreise in der Stadt niedrig sind, ist der Job für junge Leute interessant. Zu einem festen Preis fahren sie Kunden und Waren kreuz und quer durch die Stadt. Die Selbsthilfevereine sorgen dafür, dass alles mit rechten Dingen zugeht, und so sind die Radtaxis sehr beliebt. Diese Form der Mobilität hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass sie in Nachbarorten und jenseits der Grenze in Uganda übernommen wird.¹⁸³

Die Welthauptstadt der Fahrrad-Rikschas ist aber zweifellos Dhaka, die Hauptstadt von Bangladesch. 200.000 Fahrrad-Taxis gibt es in der Stadt und doppelt so viele Fahrer, die im Schichtbetrieb arbeiten. Mehrere Millionen Fahrgäste und viele Tonnen Fracht werden jeden Tag ans Ziel gebracht, schnell, umweltfreundlich und preiswert. Allerdings, der preiswerte Transport hat die Wirkung, dass die Fahrer und ihre Familien nur ein kümmerliches Dasein fristen. Und die Zukunft ist ungewiss. Denn in immer mehr asiatischen Städten gehen die Behörden gegen die Rikschas vor. In Kalkutta werden sie von Tagelöhnern, die von den Behörden angeheuert werden, in Stücke gehauen. In der indonesischen Hauptstadt gibt es Rikscha-Verbot, und die Behörden versenken in spektakulären Aktionen Tausende dieser Gefährte im Meer.

Mit den Rikschas wird nicht nur die Existenz der Besitzer zerstört, sondern auch ein Stück asiatischer Kultur. Walter Keller und Tobias Opitz schreiben hierzu: „Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen für Hunderttausende und der ökologischen Mehrbelastung der asiatischen Metropolen durch immer mehr Motortaxis wird mit der Verdrängung dieses archaischen asiatischen Transportmittels auch ein Stück lebendiger Kultur vernichtet. Kunst an den Fahrrad-Rikschas ist die Kunst der Armen und Unterdrückten, ist Spiegelbild der Geschichte. So gehören die Rikschas in Bangladesch zu den buntesten der Welt.“¹⁸⁴ Die Fahrrad-Rikschas stören die Vorstellungen der Regierenden von modernen Städten und – was vielleicht noch mehr zählt – sie stören den Autoverkehr. Dafür tauchen die ersten High-Tech-Rikschas in europäischen Metropolen auf und transportieren vor allem Touristen.

In westlichen Länder erlebt das Fahrrad eine neue Blüte, wenn die Kommunen den Radfahrern gute Möglichkeiten bieten. So fährt ein Drittel der Einwohner von Kopenhagen mit dem Fahrrad zur Arbeit.¹⁸⁵ In den fahrradfreundlichen Niederlanden werden 27 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt, in Deutschland nicht einmal 12 Prozent. Dabei ist die Hälfte aller Autofahrten kürzer als fünf Kilometer, eine Strecke, die auch Ungeübte gut mit dem Fahrrad zurücklegen können. Ein Beispiel dafür, dass sich dies ändern lässt ist, Troisdorf in Nordrhein-Westfalen, wo in den 90er Jahren

systematisch eine „fahrradfreundliche Stadt“ entstanden ist. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wurden vorher nur fünf Prozent aller Wege zwischen fünf und zehn Kilometern mit dem Fahrrad zurückgelegt, so sind es inzwischen 16 Prozent.¹⁸⁶

Zu den kirchlichen Initiativen zur Förderung des Fahrradverkehrs gehören Brot für die Welt-Aktionen „Bike & Help“, zum Beispiel zum Kirchentag 2000, bei denen längere Strecken gefahren und für jeden Kilometer Sponsoren gesucht werden, mit deren Hilfe Projekte im Süden der Welt gefördert werden. Es gibt viele weitere positive Anzeichen für eine Renaissance des Fahrrads auch in kirchlichen Kreisen. So kritisiert der Nordelbische Umweltpastor Thomas Schaack die Folgen des Autoverkehrs und fordert: „Auf die Fahrräder!“ Die Nordelbische Synode hat bereits 1989 erklärt: „Der bisherige Vorrang des Autos in der Verkehrspolitik ist abzubauen.“¹⁸⁷

Bahn- und Busverkehr

Die Deutsche Bahn AG ist ein trauriges Beispiel dafür, wie man ein Unternehmen auf den Ruin zusteuern kann bei dem Versuch, es „börsenfähig“ zu machen. Statt das Bahnsystem auszubauen und zu einer attraktiven Alternative zum Auto zu machen, werden immer wieder Strecken still gelegt, Bahnhöfe verkauft, Serviceleistungen eingeschränkt und Zugverbindungen gestrichen. Die Bahn-Politik hat durchaus ihre Logik. Wenn Gewinn erzielt werden soll, ist es einleuchtend, sich von allen Geschäftszweigen und Aktivitäten zurückzuziehen, die Verluste bringen. Zurück bleibt dann ein nationales Netz von Hochgeschwindigkeitsstrecken mit einigen Zubringerlinien. Sonst werden nur noch Strecken betrieben, für die es staatliche Subventionen gibt. Während das Straßennetz in Deutschland seit 1950 um 250.000 Kilometer erweitert wurde, schrumpfte das Schienennetz um 15.000 Kilometer.¹⁸⁸

Was betriebswirtschaftlich noch Sinn machen kann (auch das wird von Kritikern des Bahnmanagements bestritten), wirkt sich volkswirtschaftlich und ökologisch verheerend aus. Je geringer das Angebot und je schlechter der Service sind, desto weniger Reisende wird man überzeugen, mit der Bahn statt mit dem Auto zu fahren – und desto stärker wird das Angebot dann wiederum eingeschränkt, weil angeblich niemand mehr mit der Bahn fahren will. Die Zahl der Beschäftigten der Bahn wurde von 500.000 im Jahre 1990 auf etwa 225.000 vermindert, Tendenz weiter sinkend. Besonders in den neuen Bundesländern

mit ohnehin hohen Arbeitslosenzahlen und wenigen Berufsperspektiven für junge Leute, hat diese Kürzung sehr negative Auswirkungen gehabt.

Die Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG versuchen immer wieder, die Verkehrszahlen schön zu reden und auf Erfolge hinzuweisen, die es auch gibt, zum Beispiel bei der Erneuerung von großen Bahnhöfen (während viele kleine Bahnhöfe allerdings in einem jämmerlichen Zustand sind und Tausende Bahnhöfe verkauft werden sollen). Die Bahn macht es vielen ihrer Freunde wie der Initiative „Pro Bahn“ schwer, diese Möglichkeit, ohne großen ökologischen Schaden mobil zu sein, zu propagieren. Bundestagsabgeordnete und Bürger haben sich zu einer Initiative „Bürgerbahn statt Börsenwahn“ zusammengeschlossen, um dazu beizutragen, dass die Bahn eine neue Richtung nimmt.¹⁸⁹ Die Möglichkeit, mit der Bahn zu fahren, gehöre wie Gesundheit und Altersversorgung zur Grundversorgung. Bei einer neuen Verkehrspolitik gehe es um die „Vorsorge für diejenigen, die sich heute oder künftig kein Auto leisten können. Und für die, die einen Beitrag zum Klimaschutz bringen wollen“.¹⁹⁰

Ohne das Problem öffentlich zu debattieren, dass ein Bahnbetrieb sich eben nicht als „profit centre“ betreiben lässt, sondern dies ein Angebot für alle ist, preiswert und umweltfreundlich ans Ziel zu kommen, selbst wenn dafür beachtliche Steuergelder aufgewendet werden müssen, fährt die Bahn aufs Abstellgleis. Erforderlich wäre ein Eingeständnis, dass die Politik der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche mindestens bei der Bahn ohne Perspektive ist. Der Weg an die Börse ist ein Weg weg von der Wahrnehmung einer Verantwortung für die ganze Gesellschaft. Die Perspektivlosigkeit der gegenwärtigen Bahnpolitik lässt sich exemplarisch an der Einführung eines neuen Tarifsystems Ende 2002 zeigen. Statt die Angebote für die Bahncard-Besitzer auszuweiten und damit ein Erfolgsmodell zu pflegen, wird das Angebot für sie komplizierter und lohnt sich nur noch, wenn sie Tage oder Wochen vorher wissen, mit welchem Zug sie fahren wollen. Ein Hauptziel dieser Tarifstruktur ist es, leere Plätze in den verkehrsschwachen Zeiten in den Zügen zu füllen – nicht aber etwa, den Kunden zu einem günstigen Preis eine Reise zu dem Zeitpunkt anzubieten, zu dem sie reisen möchten und ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Pläne auch kurzfristig zu ändern. Dazu ist das ganze System so kompliziert, dass es in einer Zeitungsüberschrift zutreffend hieß: „Stammkunden der Bahn blicken beim neuen Preissystem nicht durch“.¹⁹¹ Der krampfhafteste Versuch, ein betriebswirtschaftlich für die Bahn vielleicht optimales System („alle Kunden richten sich bitte schön danach, wann wir gerade Plätze in einem Zug frei haben, und wenn sie das nicht wollen, müssen sie mehr bezahlen“) als Verbesserung darzustellen, ist bisher fehlgeschlagen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie eine Orientierung an Gewinnzielen in die Sackgasse führt. Die Einstellung der beliebten Interregios durch die Deutsche Bahn ist ein weiteres Beispiel dafür.

Das haben als erste die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn festgestellt. Bei einer Befragung 2001 bescheinigten nur 20 Prozent von ihnen der Bahn, „alles zu tun, um die Kundenwünsche zu erfüllen“. Gerade noch 50 Prozent der Beschäftigten gaben an, gern bei der Bahn zu arbeiten, 1998 waren es immerhin noch 60 Prozent gewesen. Zur Unzufriedenheit trägt offenbar bei, dass die Aufteilung der Bahn in mehrere Gesellschaften zu einem „Chaos“ geführt hat, so die „Süddeutsche Zeitung“ nach dem Studium von internen Vorstandspapieren.¹⁹² Der Versuch, die Bahn zu kommerzialisieren, statt sie als ein solide und effektiv arbeitendes öffentliches Unternehmen auszubauen, hat mit einem Desaster geendet. Gerade deshalb ist es erforderlich, das Modell eines Bahnbetriebes zu propagieren, das sich nicht irgendwelchen Gewinnerwartungen hingibt, sondern den Dienst an der Gesellschaft in den Mittelpunkt der Bemühungen stellt.

In England, wo der Prozess der Kommerzialisierung und Privatisierung des Bahnbetriebs schon länger betrieben wird, sind die Folgen noch negativer als bei uns. Ein Zeitungsbeitrag über die Krise der britischen Bahn hat die Unterüberschrift: „Weil die Privatisierung der britischen Bahn zum Desaster geriet, trösten die Behörden entnervte Fahrgäste mit frischen Blumen am Bahnsteig.“¹⁹³ British Rail wurde bei der Privatisierung in 30 größere und zahlreiche kleine Unternehmen aufgespalten, und nun trägt im Zweifelsfall niemand mehr irgendeine Verantwortung. Das Schienen- und Signalsystem ist mittlerweile so marode, dass es in den letzten Jahren eine größere Zahl von Unfällen gegeben hat, nicht selten mit tödlichen Folgen für Fahrgäste. Die Betriebsgesellschaft für das Schienennetz Railtrack musste inzwischen Konkurs anmelden, und die Steuerzahlen müssen die Kosten für die Sanierung des heruntergekommenen Netzes tragen, vorerst durch Staatsgarantien für Schulden und Löhne. Demgegenüber arbeitet die nicht privatisierte Eisenbahngesellschaft der Schweiz mit großem Erfolg und hat es geschafft, die Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu weit mehr Bahnfahrten zu animieren als die Deutsche Bahn. Jeder Schweizer Bürger legt im Jahr 1.850 Kilometer mit der Eisenbahn zurück, jeder Deutsche hingegen 891, also nicht einmal die Hälfte.¹⁹⁴ Wenn im Zeitalter der Globalisierung immer häufiger internationale Vergleiche angestellt werden, sollte dies auch und vor allem unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung geschehen.

Man muss vielleicht doch von fundamentalistischen Vorstellungen bei denen sprechen, die trotz aller gegenteiligen Beweise überzeugt sind, Liberalisierung und Privatisierung sei immer besser als ein öffentlicher Betrieb in Bereichen wie der Bahn, der Wasserversorgung etc. Um so wichtiger ist es, die negativen Auswirkungen einer solchen Politik konkret zu belegen und Alternativen zu entwickeln. Das würde den Rahmen dieser Studie sprengen, aber vielleicht ist auch so am Beispiel des Bahnverkehrs deutlich geworden,

wie eine verfehlte Ideologie fatale Folgen hat und warum es notwendig ist, sich kritisch mit dieser Ideologie und ihren Konsequenzen auseinanderzusetzen. Hier ist wiederum der große Vorteil der heutigen weltweiten Verbindungen, dass Erfahrungen und Einsichten aus verschiedenen Regionen der Welt zusammenkommen können. Bei solchem Austausch wird auch deutlich, dass es bestimmte Bereiche gibt, wo private Unternehmen gute Leistungen im Bahnbereich erbringen, dass dafür aber eine sehr differenzierte Steuerungs- politik des Staates durch Gesetze, Bestimmungen und Verträge erforderlich ist. Ansonsten gilt, dass der öffentliche Dienst, der Dienst an der Öffentlichkeit, viele Vorteile gegenüber einem Ansatz hat, der den Bahnbetrieb so gestalten will, dass ein möglichst hoher Gewinn entsteht.

Die Nahverkehrssysteme in deutschen Großstädten sind auch im internationalen Vergleich vorbildlich, aber das bleibt eventuell nicht so. Zum einen fehlen den Kommunen die Gelder, um neue U-Bahnen oder Straßenbahnlinien zu finanzieren. Zum anderen droht eine Zerschlagung des Systems durch die von der EU verordnete sogenannte „Liberalisierung“. Um der Idee des Wettbewerbs auch hier zum Durchbruch zu verhelfen, sollen in Zukunft alle Strecken europaweit ausgeschrieben und an den preisgünstigsten Anbieter vergeben werden. Da die Kosten für Busse und Treibstoff für alle Anbieter weitgehend identisch sind und die jetzigen Träger des Nahverkehrs in der Regel relativ effizient arbeiten, bleibt nur eine substantielle Einsparungsmöglichkeit: die Löhne und Gehälter der Beschäftigten. Wie bereits in der Baubranche werden auch im öffentlichen Nahverkehr das Lohnniveau und die Sozialleistungen reduziert. Dies deutet sich bereits an, und mit schlechter bezahlten und wenig motivierten Beschäftigten lässt sich kein attraktiver Nahverkehr aufbauen.

Deshalb gilt es, das Gehaltsniveau und die Sozialleistungen der Beschäftigten von Verkehrsbetrieben entsprechend der lokal gültigen Tarifverträge für alle Anbieter verbindlich zu machen, sonst ist ein Lohndumping geradezu unvermeidlich. Was es dann noch für einen Sinn macht, dass sich ein Unternehmen in einer mehrere Tausend Kilometer entfernten Stadt um den Auftrag bemüht, Buslinien zu betreiben, bleibt abzuwarten. Nicht der Glaube an die Segnungen einer Liberalisierung wird den öffentlichen Nahverkehr voranbringen, sondern ein effizientes, soziales und ökologisch verantwortungsbewusstes lokales Verkehrsunternehmen, das im öffentlichen Besitz ist und dessen Aktivitäten deshalb einer politischen Kontrolle unterliegen (selbst wenn diese Möglichkeiten bisher viel zu wenig genutzt werden). Konzepte und Beispiele für attraktive Nahverkehrsangebote in Deutschland sind in der Studie „Strategien für die Mobilität der Zukunft“ von Hans-Böckler-Stiftung und Deutschem Gewerkschaftsbund ausführlich dargestellt.¹⁹⁵ Private Anbieter sollten eine Chance haben, aber nur dann, wenn sie ihren Wettbe-

werbsvorteil nicht mit schlechteren Arbeits- und Lohnbedingungen ihrer Beschäftigten erzielen. Ziel muss es in jedem Fall sein, dass die privaten Anbieter das Angebot ausweiten und sich nicht nur die „Rosinen herauspicken“.

Luftverkehr

„Die Bundesregierung sollte im Sinne einer erhöhten Verbraucherinformation vorschreiben, dass – analog zur Praxis bei der Zigarettenverpackung – die Klimawirkung des jeweiligen Fluges auf jedem Flugticket ausgewiesen wird.“ Dies ist keine Forderung radikaler Gegner des Luftverkehrs, sondern steht als Empfehlung im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“.¹⁹⁶

Bis 2025 wird sich der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids durch den Flugverkehr gegenüber 1992 verdreifacht haben. Auf keinem anderen Gebiet wächst der Kohlendioxid-Ausstoß so rasch wie durch die Luftfahrt.¹⁹⁷ Die dramatisch wachsende Zahl von Flugreisen wirkt sich ökologisch verheerend aus.¹⁹⁸ Eine Reduzierung der Zahl der Flüge ist dringend erforderlich, aber der Trend geht in die entgegengesetzte Richtung. Weniger Mobilität kann ein Mehr an Lebensqualität bedeuten. Der Beitrag in der Ausgabe vom 30. Juni 2001 der Wirtschaftszeitschrift Economist trägt den Titel „Britain goes to the air“. Er beschreibt und analysiert, wie die Angebote von Billig-Fluggesellschaften sich in Großbritannien auswirken. Der Zeitschriftenbeitrag enthält kein Wort zu ökologischen Fragen, und dennoch ist er im Blick auf Ökologie und Mobilität erhellend. Es wird festgestellt: „Die Zahl der Flugreisenden in und von Großbritannien aus hat sich in den letzten fünf Jahren um fast 40 Prozent erhöht, und das wirklich spektakuläre Wachstum stammt von den Billig-Fluggesellschaften, die im letzten Jahr 20 Millionen Passagiere befördert haben.“ Präzise analysiert die Zeitschrift den Grund für den wachsenden Flugverkehr: „Im Luftverkehr ist die Nachfrage sehr elastisch. Wenn man die Preise senkt, steigen die Verkäufe stark an. Die Billig-Fluggesellschaften sind nicht nur billiger als die großen etablierten Fluggesellschaften, sondern auch billiger als die Bahn.“

Ein Beitrag zur Reduzierung der Kosten sind Buchungen über das Internet. Die Gesellschaft EasyJet verkauft mittlerweile 90 Prozent ihrer Flugtickets über das Internet und hat die Erfahrung gemacht, dass ältere Leute ohne Internet-Anschluss jüngere Verwandte mobilisieren, um an ein billiges Ti-

cket zu kommen. Im Economist-Bertrag wird zu den Konsequenzen festgestellt: „Die Billig-Fluggesellschaften haben nicht nur die Preise für Flüge nach unten gedrückt. Sie haben auch die Art und Weise verändert, in der die Menschen in Großbritannien leben, Urlaub machen und arbeiten... Erholungsreisen haben sich ebenfalls (so wie Geschäftsreisen) verändert. Bis vor kurzem fuhren die meisten Leute ein oder zwei Mal im Jahr nach Florida oder in den Süden Spaniens. Jetzt besteigt eine wachsende Zahl von Leuten mehrfach im Jahr ein Flugzeug. Das ist keine teure Sache mehr.“ Erwähnt wird im Economist ein Geschäftsreisender, der an jedem Morgen in London-Luton ins Flugzeug steigt, um nach Glasgow zu fliegen und abends nach Hause zurückkehrt. „Long-distance commuters“ wird die neue Spezies genannt, die nicht mehr mit der U-Bahn, sondern mit dem Jet zur Arbeit fährt.

Die ökologischen Auswirkungen des Flugverkehrs sind verheerend. Wenn es stimmt, dass niedrige Flugpreise die Zahl der Fluggäste sprunghaft ansteigen lässt, und diese These ist gut belegt, dann sind steigende Flugpreise offenbar ein wirksames Mittel, um den Flugverkehr zu beschränken. Aber dieses Instrument ist politisch nur schwer durchsetzbar. In einer Zeit, in der fast alle Tabus in unserer Gesellschaft gefallen sind, gehört die Diskussion darüber, ob mehrere Urlaubsflüge im Jahr wirklich vertretbar sind, zu den letzten Tabus. Und doch führt kein Weg an einer Reduzierung des Flugverkehrs vorbei. Gegenwärtig geht der Trend aber in die entgegengesetzte Richtung, denn in den letzten 20 Jahren sind die Flugpreise real (also unter Abrechnung der Inflationsrate) um 70 Prozent gesunken.¹⁹⁹ Das ging auch zu Lasten der Beschäftigten. Die Billig-Fluglinien arbeiten meist ohne Tarifverträge, zahlen geringere Gehälter und setzten längere Flugzeiten der Piloten und Arbeitszeiten der übrigen Beschäftigten durch.

Der Trend zum Wachstum des Flugverkehrs ist ungebremst. Positiv zu bewerten ist das kirchliche Engagement gegen einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens zu Lasten der Anwohner. So sprach sich der EKD-Umweltbeauftragte Hans Diefenbacher gegen eine Erweiterung des Flughafens und für eine Verteuerung von Flugreisen aus.²⁰⁰ Wenn Fliegen teurer wird, dann schädigt man vor allem die „kleinen Leute“, denn die Reichen werden sich auch dann einen Flug leisten, wenn er einige Hundert Mark teurer ist, lautet eine Argument für die Beibehaltung des Status quo. Auf Argumente statt auf die abschreckende Wirkung höherer Preise zu vertrauen, bringt nach Ansicht mancher Kritiker des gegenwärtigen Luftverkehrssystems aber auch nichts. „Aufrufe wie ‚Die Menschen sollen nicht so oft in den Urlaub reisen‘ brächten nichts“ zitiert die „tageszeitung“ die Herausgeber eines Leitfadens von DGB und Hans-Böckler-Stiftung zu „Strategien für eine Mobilität der Zukunft“.²⁰¹

Die Aufforderung zur Reduzierung der Zahl der Urlaubs- und Geschäftsflüge ist meines Erachtens aber neben Maßnahmen zur Verteuerung des Flugverkehrs ein wichtiger Schritt eines verantwortlichen Umgangs mit der Schöpfung. Da der Flugverkehr die Umwelt stark schädigt, können Christinnen und Christen nichts anderes tun, als öffentlich zu einer Reduzierung der Zahl der Flugreisen aufzufordern, selbst wenn dies nicht populär sein mag. Schon eine Beschränkung auf einen Flug pro Jahr wäre für viele ein kleiner Schritt, auch wenn wir wissen, dass die Umsetzung dieser Beschränkung zum ökologischen Kollaps führen würde, wenn alle sechs Milliarden Menschen nach dieser Devise handeln würden. Aber in einem reichen Land wie Deutschland wäre die Durchsetzung eines solchen Konzepts schon ein gewisser Erfolg. Zu bedenken ist allerdings, was Manfred Treber von der Umweltorganisation Germanwatch im Blick auf den steigenden Flugverkehr feststellte, nämlich dass ein oder zwei Flüge im Jahr mehr Kohlendioxid-Ausstoß verursacht als ein Autofahrer im ganzen Jahr: „Fliegen ist der größte Umwelt-Frevel, der nicht strafbar ist.“²⁰²

Wer das Tabu des Fluges in den Urlaub anspricht, der legt sich nicht allein mit den Urlaubern an, sondern vor allem mit einem der größten Wirtschaftszweige der Welt. 1998 löste der internationale Tourismus mit Einnahmen von 504 Milliarden US-Dollar die Automobilbranche als größte Exportindustrie ab. Der Ferntourismus, der fast ausschließlich per Flugzeug durchgeführt wird, wuchs von 1985 bis 1996 um 73 Prozent, Tendenz weiter steigend.²⁰³ Allein aus der Bundesrepublik reisten im Jahre 2000 etwa 6,6 Millionen Menschen in ein Land der Dritten Welt, eine Million mehr als im Vorjahr.²⁰⁴ Es gibt also auch größere Gruppen im Süden der Welt, die ein Interesse an der Beibehaltung und Ausweitung des Ferntourismus haben. Allerdings ist der Anteil derer, die davon profitieren, dass Touristen in einem abgeschlossenen Feriendorf Urlaub machen, im Lande selbst gering. Auch hat der Tourismus eine ganze Reihe von negativen ökologischen und sozialen Folgen in der jeweiligen Region. Es lässt sich also nicht pauschal sagen, „die“ Dritte Welt profitiere vom Ferntourismus. Dennoch birgt die Forderung nach einer Verminderung des Flugverkehrs auch dort Konfliktstoff.

Die Reduzierung des Treibstoffverbrauchs der einzelnen Flugzeuge ist sinnvoll. Aber mit dem geringeren Verbrauch darüber hinwegzutäuschen, dass es keine kurzfristigen technischen Lösungen für die äußerst negativen ökologischen Folgen des Luftverkehrs gibt, wäre sträflich leichtfertig. Dass die Lufthansa treibstoffsparende moderne Jets fliegt und sich innerbetrieblich für Jobticket, CarPool, Fahrgemeinschaften und Fahrradfahren einsetzt, ist ein Beitrag zur Bewahrung der Umwelt. Aber dem stehen die enormen Umweltbelastungen gegenüber, die durch den weiter wachsenden Flugbetrieb entstehen.²⁰⁵

Schließlich ist auch der Versuch, bei Pauschalreisen auf den Malediven oder in Zentralamerika ökologische Standards einzuhalten, begrüßenswert. Wenn aber für solche Reise Labels mit „Öko“ oder „Alternativ“ in Anspruch genommen werden, ist das nur noch peinlich, denn die Umweltbelastung durch einen Langstreckenflug ist um ein Vielfaches höher als jede Einsparung durch eine Solaranlage auf dem Dach. Ohne Solaranlage wäre die Umweltbilanz noch schlechter, aber wenn diese kleine Maßnahme dazu missbraucht wird, den Reisenden ein „gutes Gewissen“ zu schaffen, ist der Schaden größer als der Nutzen. Den ökologisch wertvollen Urlaub am anderen Ende der Welt gibt es nicht. Ein Reiseveranstalter, Colibri Reisen, versucht dieses Problem dadurch zu lösen, dass im Katalog nicht nur die Kohlendioxid-Belastung je Passagier und Flugreise aufgeführt wird, sondern auch pro Kunden, der in ein europäisches Land fliegt, 100 Bäume gepflanzt werden, pro Reisenden nach Afrika, Asien oder Amerika 250 Bäume.²⁰⁶ Das ist immerhin mehr, als die meisten anderen Reiseveranstalter leisten, auch wenn es das Problem nicht grundlegend löst. Ein anderer Reiseveranstalter, Oase-Reisen, geht einen Schritt weiter und bietet Reisen nach Tunesien per Bahn und Schiff an.²⁰⁷ So kommt man ohne Flugzeug sogar in die Wüste. Andere Veranstalter haben Bahn- und Schiffsreisen zu Mittelmeerinseln wie Mallorca im Programm. Es gibt also Alternativen zum Last-Minute-Billigangebot auf dem Flughafen. Wie bei anderen Schritten zu einem Leben in Einklang mit der Natur kommt es auch hier darauf an, ein eigenes glaubwürdiges Verhalten mit einem politischen Engagement für Veränderungen zu verbinden.

Selbstverständlich hat eine solche Analyse gravierende Konsequenzen für Kirchen, Kirchengemeinden und kirchennahe Einrichtungen und Unternehmen. Dafür ein Beispiel. Es ist zu begrüßen, dass viele Hundert Gemeinden und Kirchenkreise inzwischen partnerschaftliche Beziehungen nach Tansania, Papua-Neuguinea und Peru unterhalten. Ein wichtiger Teil der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Kirchenkreisen in Übersee sind gegenseitige Besuche. Dank gesunkener Flugpreise ist es für viele Gemeinden schon eine Tradition, alle zwei oder drei Jahre die Partner in Übersee mit einer Delegation zu besuchen oder Gäste aus Übersee einzuladen. Eine Möglichkeit, die ökologischen Schäden durch solche Reisen in Grenzen zu halten, besteht darin, die gegenseitigen Besuche beizubehalten, weniger zu fliegen und trotzdem mehr Ökumene zu praktizieren: Die Reisen finden seltener statt, es reisen kleinere Delegationen, und die Besuche werden zeitlich ausgedehnt. So wird eine günstigere Umweltbilanz erreicht, und es besteht zugleich die Möglichkeit, die Partner intensiver kennen zu lernen und stärker am gegenseitigen Alltagsleben teilzuhaben als bei Kurzbesuchen. Viel wäre schon gewonnen, wenn in die Leitfäden für Partnerschaftsbeziehungen und -reisen die Frage der ökologischen Belastung durch die Flugreisen aufgenommen beziehungsweise ausführlicher thematisiert werden würde.

Ein weiteres Beispiel: Kirchenzeitungen bieten häufig Leserreisen an, sehr oft sind das aber Angebote, die mit Flügen verbunden sind. Gerade durch Angebote mit der Bahn oder dem Bus können die Zeitungen Zeichen setzen und zu einem umweltbewussten Reisen animieren. Dies hat dann selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Reisetage von kirchlichen Zeitungen und Zeitschriften. Wo findet sich heute in Berichten über einen Urlaub auf Bali der Hinweis auf die Umweltbelastung durch den langen Flug von Europa nach Indonesien. Zwar ist dies nicht nur ein Problem in kirchlichen Publikationen, aber hier besteht ein Anspruch, der es erforderlich macht, sich für die Bewahrung von Gottes Schöpfung einzusetzen. Der gleiche Maßstab gilt für Reiseveranstalter die mit Stichworten wie „biblisch“ oder „ökumenisch“ firmieren. Gottes schöne Schöpfung in der Antarktis von einem Kreuzfahrtschiff aus zu bewundern und dafür nach Südamerika zu fliegen, eröffnet zweifellos neue Einblicke, aber von der Einsicht in die Bedrohung unserer Erde zeugt ein solches Angebot nicht, ebenso wenig die Teilnahme an einer solchen Reise. Es wäre zu fragen, ob eine Reise in den Harz oder Schwarzwald die Menschen nicht auch überzeugen kann, wie schön und bewahrenswert Gottes Schöpfung ist.

Gibt es auch einen persönlichen Gewinn durch den Verzicht auf häufige Flugreisen? Zunächst einmal gewinnt man bei Reisen in die nähere Umgebung im Vergleich zu langen Flügen etwas für seine Gesundheit, denn die Belastungen eines langen Fluges in großer Enge haben mehr als einmal zu schweren gesundheitlichen Schäden geführt. Aber, das sei zugegeben, der Flug nach Mallorca dauert kaum mehr als zwei Stunden, es gibt keine körperlichen Probleme mit der Zeitumstellung und gesundheitliche Risiken wie in den Tropen sind auch nicht zu erwarten. Die bei vielen Besserverdienenden und sich besser Dünkenden verpönte Reise auf die Balearen schneidet unter Umweltgesichtspunkten allemal besser ab als die Kulturreise zu den Stätten der Inkas. Aber ob eine Reise in eines der Touristenzentren von Mallorca erholsamer ist als ein Aufenthalt in einem Ostseebad an der mecklenburgischen Küste oder im Bayerischen Wald, ist zumindest noch zu diskutieren.

Die wirklich positive Entwicklung aber ist, dass mittlerweile zahllose interessante Urlaubsangebote in Deutschland und den Nachbarländern gemacht werden. Diese Reiseziele profitieren davon, dass es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die in der Natur und mit der Natur Urlaub machen wollen. Kanu-Touren und Rundreisen mit dem Fahrrad sind hier ebenso zu nennen wie vielseitige Angebote von Jugendherbergen und kirchlichen Heimvolkshochschulen und Akademien. Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich Christinnen und Christen vor jedem Urlaub fragen würden: Muss es eine Flugreise sein oder gibt es auch Programme, die mich interessieren und mir eine Erholung ermöglichen und die per Bahn oder Bus erreichbar

sind. Unter diesem Gesichtspunkt würde es zum Beispiel lohnen, die zahlreichen Angebote kirchlicher Einrichtungen und kirchennaher Reiseveranstalter in Deutschland und den Nachbarländern besser bekannt zu machen.

Ein Ziel einer verantwortlichen Verkehrspolitik müsste sich kurzfristig erreichen lassen: der Ersatz des innerdeutschen Flugverkehrs durch den Bahnverkehr, zumal es hierfür bis hin zu Fluggesellschaften zahlreiche Verbündete gibt. Diese kurzen Flüge sind für die Airlines nicht attraktiv und zudem ökologisch besonders belastend, weil ein weit überproportionaler Anteil des Treibstoffverbrauchs bei Start und Landung entsteht. Ein Ersatz des innerdeutschen Flugverkehrs durch die Bahn würde allerdings erhebliche Investitionen erfordern, Investitionen, die sich sehr positiv auf die Ökobilanz des Reisens auswirken würden und zudem eine starke Entlastung für die Anwohner von Flughäfen bringen würden. Vielleicht sind diese Anwohner die ersten, die merken werden, wie viel mehr an Lebensqualität ein weniger an Flugreisen bedeutet.

Waren unterwegs

Die negativen ökologischen Auswirkungen der gegenwärtigen Globalisierung sind nicht zu bestreiten. Allein schon der Tatbestand, dass riesige Warenmengen um kleiner Kostenvorteile willen oder um jederzeit überall verfügbar zu sein, wie zum Beispiel Früchte, kreuz und quer über den Globus transportiert werden (oft per Flugzeug), wirkt sich äußerst negativ aus. Auch führen Homeshopping und andere Formen des E-Commerce nicht zu weniger, sondern eher zu mehr Verkehr. Zwar entfallen einige Fahrten zu Einkaufszentren, dafür nimmt der Lieferverkehr sprunghaft zu. Dirk Zumkeller vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe sieht schlechte Zeiten voraus: „Wenn die Kunden nicht mehr ihre Wege zum wöchentlichen Großeinkauf bündeln, sondern die Produkte einzeln ausgeliefert bekommen, wäre das ein Horrorszenario.“²⁰⁸ Dabei spielt eine Rolle, dass im Rahmen der Privatisierung die Post längst viele Konkurrenten bei der Auslieferung von Paketen und anderen Sendungen bekommen hat, so dass eine größere Zahl von Fahrzeugen unterschiedlicher Firmen durch die Stadtteile fahren und die einzelnen Waren ausliefern.

Auch der Güterfernverkehr nimmt rasch zu. In Deutschland wird nach Prognosen des Verkehrsministeriums dieser Verkehr von 2000 bis 2015 um 63,9 Prozent wachsen.²⁰⁹ Während in Industriestaaten wie Deutschland der

Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt werden konnte, also mehr Wachstum nicht zu mehr Energieverbrauch führt, ist es bei den Verkehrsleistungen genau umgekehrt. Zwischen 1991 und 1999 stieg das Bruttoinlandsprodukt um real 11,7 Prozent, der Güterverkehr (in Tonnenkilometern) hingegen um 23,5 Prozent. Der Anstieg des Straßengüterverkehrs betrug sogar 38,5 Prozent, während der Eisenbahntransport um 9,7 Prozent zurückging.²¹⁰ Die Zunahme des Güterfernverkehrs hängt unter anderem mit der wachsenden internationalen Arbeitsteilung und der Erweiterung der Wirtschaftsräume und dem Wirtschaftswachstum zusammen. Dabei steigt der Anteil der Waren, für deren Endpreis die Transportkosten nur gering ins Gewicht fallen, zum Beispiel Computer-Chips. Für diese Güter kommt es nicht so sehr darauf an, einen besonders preiswerten Transportweg zu finden, wie dies zum Beispiel bei Eisenerz der Fall ist, das oft auf den kostengünstigen Binnenschiffen befördert wird. Wichtiger wird hingegen, in kürzester Zeit das Ziel zu erreichen, damit die „just in time“-Produktion nicht unterbrochen wird. Dies erklärt zum Teil, warum der LKW-Transport sich so stark gegen die konkurrierenden Systeme Bahn und Binnenschiff durchsetzen konnte. Bei transkontinentalen Transporten gewinnt aus eben diesem Grund der Lufttransport ständig an Bedeutung.

Im Rahmen der Globalisierung wächst auch der Transport von Halbfertigprodukten von einer Fabrik in eine andere Fabrik, die auf einem anderen Kontinent liegt. Gleichzeitig sinken die Transportkosten unter dem internationalen Konkurrenzdruck (sowie Rationalisierungen und neue Techniken). In Deutschland sind sie vor allem auf Grund der EU-Liberalisierungen seit 1994 um 45 Prozent gefallen.²¹¹ Dies geht auf Kosten der Beschäftigten, vor allem der LKW-Fahrer. Im Preiskrieg der Speditionen stellen die Fahrer fest: „Wir sind die Deppen Europas“ und: „Wer sich an die Fahrzeitbeschränkungen hält, kommt zu spät. Wer zu spät kommt, verliert den Job.“²¹² Eine Umfrage ergab, dass mehr als ein Drittel der deutschen Fernfahrer länger als 50 Stunden pro Woche hinter dem Lenkrad sitzen. Hinzu kommen Wartezeiten beim Be- und Entladen und dies bei einem Stundenlohn zwischen fünf und zehn Euro.²¹³ Die weiter wachsende Konkurrenz nach der EU-Erweiterung und die Bestrebungen der EU-Kommission, das Wochenendfahrverbot aufzuheben, verheißen nichts Gutes. Das 2003 eingeführte deutsche Mautsystem auf Autobahnen wird dazu führen, dass noch mehr Schwerlastwagen auf Landstraßen ausweichen, mit noch mehr Stress für die Fahrer. Die „Kapitäne der Landstraße sind Europas moderne Sklaven“, stand bereits 1998 auf den Flugblättern von Fernfahrern, die gegen katastrophale Arbeitsbedingungen protestierten.²¹⁴ Geholfen hat es nicht viel, sie sind weiter Opfer eines gnadenlosen Konkurrenzkampfes. Dafür preisen Befürworter der Liberalisierungen, dass die Transportkosten ständig sinken würden, ein Beweis für die Segnungen des freien Marktes.

Der Transport von Gütern über große und kleine Distanzen hat ein Ausmaß erreicht, das nicht zukunftsfähig ist. Diese Transporte einzuschränken, ist unverzichtbar. Die Lebensqualität der Menschen wird dadurch nicht nennenswert eingeschränkt, sondern auf vielen Gebieten verbessert. Die Äpfel aus Neuseeland und die Steaks aus Argentinien gehören ganz selbstverständlich zum Sortiment kleinerer Supermärkte. Die Welt ist in den Regalen versammelt. So bietet sich die Möglichkeit, auch im hiesigen Winter Erdbeeren zu essen und Schnittblumen aus Afrika zu verschenken. Immer mehr Menschen erkennen allerdings einen Zusammenhang zwischen dem Transport dieser Waren über Tausende von Kilometern und den Meldungen über die globale Klimakatastrophe. Deshalb gibt es eine wachsende Zahl von Konsumentinnen und Konsumenten, die beim Einkauf auf die Herkunftsangaben von Waren achten und zum Beispiel keine Äpfel mehr in ihren Warenkorb legen, sie Tausende von Kilometern zurückgelegt haben.

Es gibt in dieser Hinsicht allerdings einen Grenzbereich, nämlich die fair produzierten Lebensmittel wie Bananen aus Zentralamerika und die umwelt- und sozialverträglich hergestellten Blumen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die mit dem Blumen-Siegel (Flower Label) gekennzeichnet sind. Auch diese Waren werden mit Kühlschiffen nach Europa gebracht oder eingeflogen, beides unter hohem Energieaufwand. In dieser Hinsicht sind zwei Haltungen vertretbar: der völlige Verzicht auf diese Waren oder die Überzeugung, wenn schon Blumen oder Bananen aus Übersee, dann fair produzierte und gehandelte.²¹⁵ „Blumen aus menschen- und umweltfreundlicher Produktion“ sind in Deutschland mittlerweile in deutlich über 600 Geschäfte im Angebot.²¹⁶

Es ist nicht zu erwarten, dass in absehbarer Zeit der Transport von Waren über lange Distanzen drastisch eingeschränkt wird. Wichtig ist es aber, sehr viel stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, dass diese Transporte ein Problem sind und dass es sinnvoll und notwendig ist, dies beim eigenen Einkaufsverhalten zu beachten. Zu berücksichtigen ist auch, dass umweltbewusste Unternehmen die Möglichkeit haben, ihre Ökobilanz beim Transport von Waren deutlich zu verbessern. Im weltweiten Handel hilft es, wenn Waren auf Containerschiffen an ihr Ziel gelangen und nicht an Bord von Flugzeugen. Dies hat zum Beispiel der Otto Versand beim Import von Waren aus Ostasien und anderen Teilen der Welt vorgemacht.²¹⁷

Dies ist allerdings ein Verhalten gegen den Trend. Remo Brunschwiler, Mitglied der Konzernleitung des internationalen Logistikkonzerns Danzas, hat diesen Prozess vor einiger Zeit in der „Neuen Zürcher Zeitung“ so beschrieben: „Die Globalisierung ist zur bestimmenden Kraft der Wirtschaft geworden. Die internationalen Handelsströme sind enorm angeschwollen, Unternehmen sind heute mit Konkurrenten aus der ganzen Welt konfrontiert,

und der Faktor Zeit entscheidet vermehrt über den Geschäftserfolg. Diese Entwicklung stellt enorme Anforderungen an die Logistik, die dafür zu sorgen hat, dass die richtige Ware zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort verfügbar ist. Es ist wohl nicht vermessen zu behaupten, dass das heutige Ausmaß der Globalisierung nur dank ausgeklügelter Logistiklösungen erreicht werden konnte... Mit E-Commerce lassen sich Geschäfte rund um den Erdball in Lichtgeschwindigkeit abwickeln. Um diesem Tempo auch nur annähernd folgen zu können, muss Logistik möglichst ungehindert funktionieren... Es versteht sich von selbst, dass die Luftfracht um so mehr an Bedeutung gewinnt, je wichtiger der Faktor Zeit für Firmen wird... Die Senkung der Frachtraten (im Luftverkehr), die seit längerem zu beobachten ist, dürfte sich damit fortsetzen, zum Vorteil der gesamten Wirtschaft.“²¹⁸

Dass es in der Logistikbranche zur internationalen Konzentration kommt, weil große Konzerne beziehungsweise Allianzen kleinerer Unternehmen über Landesgrenzen hinweg die globalen Logistikanforderungen besser erfüllen, kann nicht überraschen. Die Äpfel aus Neuseeland, so wird deutlich, sind nur ein kleines, aber gut sichtbares Beispiel dafür, wie die Integration lokaler und nationaler Märkte in einen globalen „Supermarkt“ sich auf Verkehr und Ökologie auswirkt. Um dieser Probleme Herr zu werden, reicht es nicht aus, das individuelle Konsumverhalten zu verändern, es ist ein Engagement für Strukturveränderungen erforderlich. Sie werden nur gegen den Widerstand mächtiger Konzerne und Interessenverbände durchzusetzen sein, und dies erfordert es, dass die Kirchen sich in der Gesellschaft Bündnispartner suchen.

Eine schon häufig geforderte Maßnahme ist die Einführung einer Besteuerung auf Flugbenzin. Es ist weder einleuchtend noch ökologisch zu rechtfertigen, dass ein Mopedfahrer ganz selbstverständlich Steuer auf seinen Treibstoff zahlt, ein Luftfahrtunternehmen aber seine Jets ohne eine Steuer auf das Flugbenzin Richtung Rio de Janeiro oder Tokio starten lassen kann. Ein Vorwand, diese Steuer nicht einzuführen, ist die Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung. Dass die EU-Bürokratie es rasch geschafft hat, das Aussehen von Äpfeln zu normieren und zu klassifizieren, aber es auch in Jahrzehnten nicht geschafft hat, die ökologisch gebotene Besteuerung von Flugbenzin im EU-Raum einzuführen, ist bemerkenswert und wohl nicht ohne Hinweis auf den Einfluss mächtiger Wirtschaftsverbände zu erklären.

Eine Förderung des Bahntransports von Gütern in Konkurrenz zum Transport auf LKWs über lange Strecken ist eine Forderung vieler Umweltverbände, wird bisher aber nur sehr halbherzig umgesetzt. Auf diesem Gebiet hat die Bahn immer mehr Marktanteile verloren, mit der Konsequenz, dass immer mehr Güter mit LKWs transportiert werden. Dass das Bahnmanagement jetzt die eigenen Angebote weiter reduziert und Frachtzentren schließt,

ist als Kapitulation vor den Misständen zu werten. Dabei ist seit langem bekannt, dass die Bahn durch die politischen Rahmenbedingungen so große Wettbewerbsnachteile hat, dass sie gegenüber dem Fernlastverkehr praktisch chancenlos ist. Übrigens war die Verlagerung des Frachtverkehrs auf die Schiene eine der relativ wenigen Erfolgsgeschichten der DDR-Führung.

Um finanziell zurecht zu kommen, erhöht die Bahn ihre Frachttarife und verliert damit weitere Kunden. Dafür ein Beispiel. Der Otto-Versand gehört hierzulande zu den umweltbewusstesten Großunternehmen und versucht deshalb, einen möglichst großen Teil der Transporte innerhalb Deutschlands auf Schiff und Bahn zu verlagern. Im Bericht 2000 zur Nachhaltigkeit der Aktivitäten des Konzerns wird festgestellt: „Weniger erfolgreich war die Verlagerung auf die Schiene. Da die Bahn ihre Preise um 60 Prozent erhöhte, stieg der Otto-Versand in der zweiten Jahreshälfte wieder auf LKW-Transport um.“²¹⁹ Das Management hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, doch noch den Gütertransport verstärkt auf die Bahn zu verlagern, aber dies hat auch bei einem Großunternehmen betriebswirtschaftliche Grenzen. Um die Fehlentwicklungen im Güterverkehr zu stoppen, ist die Verteuerung der Transportkosten durch Straßenverkehrsabgaben und eine höhere Ökosteuer erforderlich. Nur so lässt sich verhindern, dass weiterhin viele Güter auf dem Weg vom Rohstoff zum fertigen Produkt mehrfach kreuz und quer durch Deutschland und Europa transportiert werden.

Die Kirchen müssten sich sehr viel intensiver für solche Regulierungsmaßnahmen engagieren, die es ermöglichen können, dem Trend zu einem immer schnelleren Transport von immer mehr Waren über immer größere Distanzen zumindest etwas entgegenzuwirken. Individuelles Konsumverhalten und ein massives kirchliches Engagement für die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen können einander also ergänzen. Für die Konsumentinnen und Konsumenten würden solche Veränderungen keine signifikanten Einschränkungen bedeuten. Zwar würden im Winter importierte Erdbeeren durch die Erhöhung der Transportkosten teurer, aber selbst ein höherer Preis würde die tatsächlichen Kosten (einschließlich der ökologischen Kosten) kaum abdecken. Die Umstellung von Transporten von LKWs auf den Schienenverkehr würde keine Probleme bringen, vorausgesetzt, die Bahn würde diese Umstellung gezielt betreiben und die dafür erforderliche politische und finanzielle Unterstützung erhalten. Eine direkte Entlastung würden die Menschen spüren, die in der Nähe von Autobahnen und Fernstraßen wohnen und weniger Lärm und Abgase als Verbesserung ihrer Lebensqualität und als Schritt auf dem Weg zu mehr Gesundheit wahrnehmen würden.

Eine solche Umstellung des Logistiksystems braucht Zeit, aber je länger damit gewartet wird, diesen Prozess in Gang zu bringen, desto schwieriger ist

es, unter anderem, weil immer mehr Arbeitsplätze im LKW-Transportsystem entstehen, während die Bahn ihr Gütertransportsystem immer stärker einschränkt, etwa durch die Schließung von Verladestellen. Durch einen ökologisch verantwortbaren Transport der Güter entstünden dagegen zahlreiche neue Arbeitsplätze.

Schritte zu einer anderen Globalisierung

1 Der Ausbau der Verkehrssysteme war eine wichtige Grundlage für die Entstehung des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses. Vor allem angesichts der bedrohlichen ökologischen Folgen von Auto- und Luftverkehr muss nach anderen Formen der Mobilität und nach Möglichkeiten zur Begrenzung jener Formen der Mobilität gesucht werden, die Schaden anrichten.

2 Ein wichtiger Schritt dazu ist eine öffentliche Auseinandersetzung mit jenen ökonomischen und gesellschaftlichen Kräften, die Auto-Mobilität zu einer neuen Religion mit eigenen Tempeln und Heilsversprechungen gemacht haben. In diesen Auseinandersetzungen kommt den Kirchen eine wichtige Rolle zu. In dieser Frage ist eine intensive weltweite ökumenische Zusammenarbeit erforderlich.

3 Die Kirchen und die weltweite ökumenische Bewegung müssen Fragen der Mobilität stärker zum Thema machen, wobei theologische, ökologische, ökonomische und soziale Fragen in eine Gesamtanalyse und in ein Konzept für nachhaltige Formen der Mobilität einbezogen werden sollten. Daraus lassen sich dann überzeugende Konsequenzen für das Mobilitätsverhalten der einzelnen Christinnen und Christen, der Kirchen und der ökumenischen Organisationen gewinnen. Auf dieser Grundlage ist ein glaubwürdiges Engagement in der Gesellschaft möglich.

4 Der Autoverkehr ist mit den tatsächlich entstehenden Kosten im Verkehrs-, Gesundheits- und Umweltbereich zu belasten, was in einem Land wie Deutschland vor allem durch eine deutliche Erhöhung der Ökosteuer möglich ist. Dafür ist eine entschlossene Auseinandersetzung mit

den Interessenverbänden erforderlich, die den Autoverkehr noch stärker ausweiten und vor Einschränkungen bewahren wollen.

5 Die Alternativen zum Autoverkehr sind sowohl bei uns als auch im Süden der Welt zu fördern. Dies sind insbesondere der öffentliche Nahverkehr, der Bahnverkehr und der Fahrradverkehr. Für alle drei Bereiche gibt es Konzepte, die aber oft an den fehlenden Finanzmitteln scheitern. Viele Kommunen in unterschiedlichen Teilen der Welt, zum Beispiel Curitiba in Brasilien, haben aber gezeigt, dass es möglich ist, die Alternativen zum Autofahren so attraktiv zu machen, dass viele Strecken jetzt mit dem Bus oder dem Fahrrad zurückgelegt werden.

6 Um in der Gesellschaft überzeugend zu sein, müssen die Kirchen selbst neue Konzepte der Mobilität umsetzen, vor allem die verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern. In Deutschland gibt es hierfür eine Reihe von Initiativen, die aber eine breitere Unterstützung benötigen. Auf weltweiter Ebene hat sich der Ökumenische Rat der Kirchen im Rahmen seines Engagements für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung mit Fragen der Mobilität beschäftigt und Vorschläge entwickelt, die aber von den Kirchen bisher noch zu wenig diskutiert und übernommen werden.

7 Die Bahnangebote bei uns, aber auch in vielen Ländern im Süden der Welt müssen deutlich attraktiver werden, um mehr Menschen zu bewegen, dieses Verkehrsmittel statt das eigene Auto zu nutzen. Dafür sind größere Investitionen erforderlich. Es müssen aber auch Konzepte der Kommerzialisierung und Privatisierung des Bahnangebots überprüft werden. Das Interesse, Gewinne zu erzielen, muss nicht mit dem sozialen Ziel übereinstimmen, möglichst viele Menschen dazu zu bewegen, mit der Bahn zu fahren.

8 Der Luftverkehr ist eine der größten ökologischen Bedrohungen unseres Planeten. Deshalb sind rasch Schritte erforderlich, um den Trend zu immer mehr Flugreisen umzukehren. Dafür sind konkrete Maßnahmen wie die Besteuerung des Flugbenzins erforderlich, aber auch ein Umdenken in der Gesellschaft. Christinnen und Christen haben von ihrem Verständnis der Schöpfung her gute Gründe, durch das eigene Verhalten und in der gesellschaftlichen Debatte Zeichen zu setzen. Dazu gehört es zum Beispiel, die Angebote kirchlicher oder kirchennaher Reiseveranstalter zu überdenken, ebenso zum Beispiel Leserreisen von kirchlichen Zeitungen und Zeitschriften. Aber auch der Verzicht einzelner Christinnen und Christen auf Flugreisen ist ein Schritt auf dem Wege, ein Überleben dieser Erde zu ermöglichen.

9 Der Transport von Gütern auf dem Luftweg muss stärker in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dazu gehört es, dass bewusst gemacht wird, wie viele Waren des täglichen Bedarfs auf dem Luftweg nach Deutschland kommen.

10 Die Tendenz, immer mehr Güter zu transportieren, um global an verschiedenen Orten zu produzieren und die eigenen Waren zu vermarkten, hat zu einer raschen Zunahme des Frachtverkehrs geführt. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen die Transportkosten dadurch erhöht werden, dass – wie beim Autoverkehr ebenfalls vorgeschlagen – die tatsächlichen Kosten im Verkehrs-, Gesundheits- und Umweltbereich bezahlt werden müssen. Um dies zu erreichen, sind in vielen Fällen internationale Übereinkommen erforderlich, weil sonst die Unternehmen eines Landes, zum Beispiel die Spediteure, sehr viel stärker betroffen sind und unter Umständen vom Markt verdrängt werden.

11 Viele Kosteneinsparungen im Verkehrsbereich sind in den letzten Jahren zu Lasten der Beschäftigten erreicht worden, sei es durch den Abbau von Arbeitsplätzen, sei es durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Fernfahrer sind ein krasses Beispiel dafür, ein weiteres Beispiel sind die Seeleute. Ein globaler Verkehr braucht auch globale oder zumindest regionale Lösungen zum Schutz der Beschäftigten vor Lohnsenkungen und/oder vor Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Auf diesem Gebiet können Gewerkschaften und Kirchen eng zusammenarbeiten.

12 Weniger Mobilität, vor allem weniger Personen- und Warenbewegungen kreuz und quer durch die Kontinente und zwischen den Kontinenten, ist nicht nur ökologisch geboten, sondern eröffnet auch Chancen zu einem Leben mit mehr Zeit und einem Wirtschaften, das dem Ziel dient, ein Leben ohne Mangel für alle zu ermöglichen.

Gesundheit

„Einiges in diesen Sendungen ist nutzlos. Es ist nichts. Milch, Zucker oder was sie sonst nehmen, wenn sie Placebos machen. Und gefärbtes Wasser oder Öl in den Ampullen... Da kommt eine Nachtschicht, die stellt das Zeug her und beschriftet und verpackt es. Dann wird es zum Flughafen gebracht.“ ,Warum?“, fragte Brunetti, und als er sah, dass Sandi die Frage noch nicht verstand, fügte er hinzu: ,Warum Placebos und keine richtigen Medikamente?“, Dieses Mittel gegen Bluthochdruck – besonders das – ist sehr teuer. Die Rohstoffe oder Chemikalien, oder was man dazu braucht. Auch einige von den Sachen gegen Diabetes, glaube ich wenigstens. Da machen sie eben Placebos, um Kosten zu sparen.“²²⁰ Kommissar Brunetti, die Hauptperson in Donna Leons Krimi „In Sachen Signora Brunetti“, ist einem Fall von Medikamentenbetrug auf die Spur gekommen. Von Norditalien aus werden gefälschte Medikamente oder Arzneimittel mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum in den Süden der Welt verkauft. Der Werkmeister der Fabrik erklärt dem Kommissar, wie das Geschäft läuft, ein mörderisches Geschäft, denkt man an die Empfänger der Medikamente, schließlich auch ein mörderisches Geschäft in Italien selbst. Bei der Durchsichtung der Fabrik fand die Polizei unter anderem drei Kisten mit Plastikfläschchen, die als Hustensaft deklariert waren, und es heißt dann im Roman: „Doch bei der Analyse zeigte sich, dass sie ein Gemisch aus Zucker, Wasser und Frostschutzmittel enthielten, ein Gebräu, das jeden, der sie einnahm, krank machen oder gar töten konnte.“²²¹

Der Kriminalroman hat viel mit der Realität zu tun, auch in der Hinsicht, dass Italien tatsächlich eines der Länder ist, wo in großem Stil gefälschte Medikamente produziert werden. Abgesetzt werden die Produkte vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika, wo importierte Arzneimittel nur in Einzelfällen geprüft werden. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass sieben bis zehn Prozent aller Medikamente, die weltweit verkauft werden, gefälscht sind. Die harmlosesten Fälschungen sind zugleich auch die seltensten. In diesen Fällen wird nicht nur die Verpackung des Originalmedikaments gefälscht (manchmal sogar mit Hologramm), sondern auch die Tabletten selbst mit der richtigen Zusammensetzung der Wirkstoffe. Aber so viel Mühe machen sich die meisten Fälscher nicht. In manchen Fällen enthalten die imitierten Medikamente zwar noch die auf der Packung angegebenen Wirkstoffe, die Mengen aber sind geringer oder völlig falsch berechnet worden.

Die meisten Akteure dieses kriminellen Geschäftes liefern Backpulver in Tablettenform oder Leitungswasser als Augentropfen. Es gibt sogar zahlreiche Fälle, in denen gesundheitsgefährdende oder giftige Substanzen zu an-

geblichen Markenmedikamenten verarbeitet werden. Es ist in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen, dass die Fälschungen zum Tod zahlreicher Menschen geführt haben. So sind 1990 in Nigeria 100 Kinder an einem gefälschten Hustensaft gestorben, der ein giftiges Lösungsmittel enthielt. Im folgenden Jahr wurde bekannt, dass große Mengen gefälschter Brandsalbe in Mexiko Sägemehl enthielten. Wie viele Menschen hierdurch zu Schaden kamen, ließ sich nicht mehr feststellen. 1996 starben mindestens 59 Kinder in Haiti nach der Einnahme von gefälschtem Fiebersirup. Im Jahre 2000 starben in Kambodscha mindestens 30 Menschen an gefälschten Anti-Malaria-Mitteln. Oft werden die tödlichen Folgen der gefälschten Medikamente nicht erkannt, weil angenommen wird, der Patient sei trotz der Einnahme eines wirksamen Mittels gestorben. Außerdem tragen die Fälschungen zur Verbreitung von Infektionskrankheiten bei, weil sie nur vermeintlich Schutz gegen eine Erkrankung bieten und Kranken keine Heilung ermöglichen. Weit verbreitet sind inzwischen gefälschte Aids-Medikamente, weil bei diesen teuren Arzneimitteln die Gewinnspanne für Fälscher besonders groß ist.

Die Weltgesundheitsorganisation hat für die Zeit zwischen 1982 und 1999 insgesamt 770 Arzneimittelfälschungen dokumentiert. Die angesehene Zeitschrift „British Medical Journal“ gab einem Beitrag über eine Studie zu diesem Thema die Überschrift „Mord durch gefälschte Medikamente“. Aus der Studie geht zum Beispiel hervor, dass Stichproben ergaben, dass 60 Prozent von 133 geprüften Medikamentenhändlern in Kambodscha gefälschte wirkungslose Malariatabletten verkauften.²²² Selbst in Apotheken auf den Philippinen wurde Mitte der 90er Jahre festgestellt, dass acht Prozent der untersuchten 1.359 Medikamente gefälscht waren.²²³

Der globale Markt hat auch den Kriminellen neue Möglichkeiten eröffnet. Staatliche Einkaufsstellen, die es zum Beispiel in Tansania gibt und die wenigstens vom Grundsatz her in der Lage sind, den Ursprung und die Qualität der Importe zu überprüfen, werden zunehmend ersetzt durch den offenen Markt, der es ermöglicht, auf einer Vielzahl von Wegen Medikamente zu importieren und durch Kleinhändler selbst auf Märkten von abgelegenen Kleinstädten anzubieten. Die Liberalisierung des Arzneimittelbereichs hat also den Fälschern das Geschäft sehr erleichtert. Auch der Internet-Handel mit Medikamenten schafft neue Gefahren, wenn Lieferanten nicht den strengen Bestimmungen für Apotheken unterworfen sind. Deshalb ist zu fürchten, dass die Zahl der gefälschten Medikamente zunehmen wird. Wie global dieses Geschäft ist, zeigt sich bereits 1989 bei der Aufdeckung der Verbreitung von Fälschungen des Medikaments Zantec in Großbritannien und den Niederlanden. Das imitierte Mittel enthielt zwar den angegebenen Wirkstoff gegen Magengeschwüre, allerdings in stark schwankender Konzentration. Verkauft wurden die Fälschungen von einem niederländischen Pharmagroßhändler, der sie seinerseits

über einem Medikamentenmakler in der Schweiz bezogen hatte. Der gab an, die Tabletten von einem griechischen Händler erworben zu haben. Tatsächlich hatten griechische Verbrecher die Arzneimittel gefälscht und zwar mit Rohstoffen aus der Türkei oder Singapur.²²⁴ Hintergrund dieses Verbrechens war, dass immer mehr Pharmahändler ihre Ware aus unterschiedlichsten Ländern beziehen, weil die Pharma-Unternehmen die gleichen Produkte zu sehr unterschiedlichen Preisen in den einzelnen europäischen Ländern anbieten. Die Parallel-Importe, also die Importe ohne Einschaltung des Pharmaunternehmens, das die Medikamente produziert, lohnen sich also für Pharmahändler, bergen wie in diesem Fall auch Risiken.

Im Süden der Welt wirkt sich vor allem aus, dass viele verarmte Familien sich die teuren Medikamente, die in Krankenhäusern und Apotheken verkauft werden, nicht leisten können und deshalb zu dem greifen, was billig auf den Märkten angeboten wird. Je höher der Preis importierter Medikamente ist, desto lohnender ist das Geschäft für die Verbrecher und desto größer ist die Gefahr, dass arme Familien zu ihren Opfern werden.

Nach Schätzungen des internationalen Verbandes der Arzneimittelhersteller hat das Geschäft mit den gefälschten Medikamenten ein Volumen von über 25 Milliarden Euro im Jahr erreicht.²²⁵ Es sind durchaus nicht nur finstere Hinterhof-Werkstätten, in denen gefälscht wird, sondern es gibt – wie im Krimi von Dona Leon – auch Firmen, die tagsüber wirksame Medikamente produzieren und nachts die sehr viel billigeren Backpulver-Tabletten für den Export in Länder, wo Kontrollen fehlen und gute Geschäfte mit den gefälschten Medikamenten zu machen sind. Manchmal werden die Dokumente über die Qualitätskontrolle gleich mit gefälscht, so dass niemand auf den Verdacht kommen kann, dass die Vitaminpillen tatsächlich nur gefärbten Zement enthalten. Auch Hilfsgüter bestehen manchmal aus Fälschungen. So wurden bei einer Meningitis-Epidemie im Niger bereits 60.000 Menschen geimpft, bis man feststellte, dass die Ampullen, die vor einer Gehirnhautkrankheit bewahren sollten, nur Wasser enthielten.²²⁶

Die pharmazeutische Industrie erleidet durch die Fälschungen große Einnahmeeinbußen. Die Unternehmen haben aber gezögert, die Fälschungen zu sehr zum Thema zu machen, um das Vertrauen in die eigenen Medikamente nicht zu gefährden.²²⁷ In einem Beitrag von Markus Balsler zu den Medikamentenfälschungen heißt es hierzu: „Zwar beklagt die Pharmaindustrie Milliarden Schäden. Doch sie tut sich schwer, die illegale Konkurrenz zu bekämpfen. Viele Unternehmen wollen nicht, dass Fälschungen eigener Produkte bekannt werden – aus Angst, ihr Umsatz könne einbrechen. Nur wenige... gehen gegen skrupellose Fälscherbanden auch gerichtlich vor. Dass Plagiate ohne Warnung an Gesundheitsbehörden weiterverkauft werden, neh-

men Konzerne dabei in Kauf.“²²⁸ Inzwischen wird das Problem der Fälschungen offen benannt, und die deutsche Pharmaindustrie engagiert sich in einem „German Pharma Health Fund“, der unter anderem die Qualitätskontrolle in Ländern des Südens finanziell unterstützt.²²⁹ So wurde ein Minilabor entwickelt, mit dem die Echtheit einer breiten Palette von wichtigen Medikamenten relativ einfach überprüft werden kann.

Es gibt weitere wirksame Instrumente gegen die todbringenden Fälschungen. So bemüht sich das Unternehmen „Reconnaissance International“ um eine Aufklärung solcher krimineller Aktivitäten, um Informationsarbeit und gemeinsam mit Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation um Konzepte, die Fälschungen erschweren, die Überprüfung von Medikamentenlieferungen auch in ärmeren Ländern erleichtern und die strafrechtliche Verfolgung der Täter forcieren.²³⁰ Es gibt daneben aber auch andere Konzepte von Medizin und der Verbreitung von Medikamenten, die die Risiken vermindern. Das wird in den weiteren Abschnitten dieses Kapitels deutlich.

Gerade am Beispiel der Medikamente wird deutlich, wie sich das Gesundheitswesen durch die immer stärkere Kommerzialisierung in aller Welt gravierend verändert. Nicht nur bei den Medikamenten bekommt das Gewinnmotiv eine immer größere Bedeutung. Die Pharmaindustrie gehört weltweit zu den profitabelsten Wirtschaftszweigen. So gehen Bürger und einige staatliche Stellen in den USA wegen exzessiver Gewinne juristisch gegen große Pharmaunternehmen vor.²³¹ Die Unternehmen behaupten, sie bräuchten so hohe Gewinne, um ihre Forschung zu finanzieren, die allen zugute komme. Allerdings hat die Orientierung an hohen Gewinnspannen große Konsequenzen für diese Forschungen selbst, denn es werden nur jene Vorhaben forciert, die in Zukunft hohe Gewinne erwarten lassen. Die Manager und Aktionäre der Pharmaunternehmen verstehen sich nicht als barmherzige Samariter, aber muss man deshalb darauf verzichten, die Akteure des Medikamentengeschäftes an biblischen Maßstäben zu messen?

In diesem Kapitel soll am Beispiel von Pharmaproduktion und -handel in knapper Form untersucht werden, wie sich die Kommerzialisierung auswirkt, vor allem, wie sie sich auf die Armen der Welt auswirkt. Dabei wird deutlich, dass gravierende Veränderungen notwendig sind, damit der medizinische Fortschritt denen zugute kommt, die keine Chance auf einem Markt haben, der sich an der Kaufkraft der Kunden ausrichtet. Ähnliche Entwicklungen ließen sich zum Beispiel auch im Krankenhausbereich zeigen. Es sind viele Reformschritte zu Gunsten der Armen erforderlich. Erforderlich ist aber auch eine Rückbesinnung auf ein Verständnis von Gesundheit, dass Heil und Heilung in einem engen Zusammenhang sieht. Das Evangelische Missionswerk hat hierzu in der Reihe Weltmission heute den Band „Heilung

in Mission und Ökumene – Impulse zum interkulturellen Dialog über Heilung und ihre kirchliche Praxis“ herausgegeben.²³² Erfreulich ist, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, ein solches Verständnis von Heilung zur Grundlage des Handelns zu machen. Nachfolgend werden einige davon auf dem Gebiet der Medikamentenversorgung dargestellt.

Der Medikamenten-Markt und die Gesundheitspolitik

Der Medikamentenmarkt hat seine eigenen Regeln. Die Pharmaunternehmen bieten ihre Medikamente in einzelnen Ländern zu sehr unterschiedlichen Preisen an, wobei die Konkurrenzsituation auf dem jeweiligen Markt eine Rolle spielt, aber auch die Einschätzung, welcher Preis gerade noch durchsetzbar ist. So wirken sich die Preisregulierungen in den europäischen Ländern offenbar positiv auf die Preise der Arzneimittel aus. In der Wirtschaftszeitschrift *Economist* war im Mai 2002 zu lesen: „Die meisten europäischen Regierungen übernehmen zumindest einen Teil der Medikamentenrechnungen ihrer Bürger und setzen eine Reihe von Maßnahmen ein, um die Kosten zu begrenzen, darunter Preiskontrollen. Als Ergebnis sind viele Medikamente in Teilen der Europäischen Union billiger als in den Vereinigten Staaten, wo die Marktkräfte eine größere Rolle bei der Preisbildung spielen. Pfizer, ein amerikanisches Pharmaunternehmen, schätzt, dass die Europäer im Durchschnitt nur zwei Fünftel dessen für seine Medikamente zahlen, was amerikanische Verbraucher ausgeben müssen.“²³³ Unter diesen Umständen können die Europäer nur hoffen, dass ihnen der freie Markt im Medikamentenbereich, wie er in den USA herrscht, noch lange erspart bleibt, denn dann wäre das Gesundheitswesen endgültig nicht mehr zu finanzieren. Das bedeutet nun keineswegs, dass die europäische Pharmaindustrie darbt. Bert Ehgartner und Kurt Langbein, die Autoren des Buches „Das Medizinkartell“ kommen zu einem ganz anderen Ergebnis: „Geheime Preisabsprachen, gekaufte Ärzte, falsche Diagnosen. Die Gesundheitsindustrie ist ein undurchschaubares Geflecht, in dem sich Profitgier und Größenwahn ungestört austoben.“²³⁴

Es ist keineswegs so, dass die Medikamentenpreise in armen Ländern durchgehend niedriger sind als in Industriestaaten. So ergab Ende der 90er Jahre ein Preisvergleich von 13 wichtigen Präparaten, dass sie in Kanada 277 Dollar kosteten, in Tansania aber 499 Dollar.²³⁵ Dass die Medikamente so

teuer sind, hat nicht nur den Effekt, dass viele Patienten sich die Medikamente überhaupt nicht leisten können, sondern viele andere die Therapie abbrechen müssen. Das hat zur Folge, dass Resistenzen entstehen, weil die überlebenden Erreger „lernen“ mit dem unzureichend eingesetzten Wirkstoff zu leben. Dafür ist Tuberkulose ein Beispiel. Zwar kostete eine sechsmonatige Therapie mit einem wirksamen Medikament nur umgerechnet 10 Euro, aber viele Patienten können sich auch diesen Betrag nicht leisten und beenden die Therapie vorzeitig, so dass die Resistenz des TB-Erregers gegen das Medikament ständig zunimmt.²³⁶ Das birgt Risiken für die ganze Menschheit, ein Beispiel dafür, wie lokale Verarmung und Verelendung globale Auswirkungen haben. Es gibt auf diesem Gebiet große Erwartungen an die Religionsgemeinschaften, so vom Leiter der Tuberkulose-Abteilung der WHO, der erklärte: „Religiöse Führer müssen ihren Status nutzen, um die Ungleichheiten bei der Gesundheitsversorgung armer Menschen zu benennen. Es gibt eine erfolgreiche Behandlungsmöglichkeit von Tuberkulose, aber sie wird nicht in vollem Umfang eingesetzt. Tuberkulose ist deshalb nicht länger eine medizinische Epidemie, es ist eine Epidemie der Ungerechtigkeit.“²³⁷

Nicht nur die Patienten stehen angesichts geringer Einkünfte und hoher Arzneimittelpreise vor fast unlösbaren Problemen. Die Apothekerin Ingrid Hechler-Bellinger hat dies beim Aufbau einer Krankenhausapotheke in Uganda erlebt, wo die Mittel nie reichten, um größere Vorräte an Medikamenten vorzuhalten: „Die Medikamentenbeschaffung war stets ein Spagat zwischen Vorratshaltung zur Vermeidung von Versorgungsengpässen und Geldmangel.“²³⁸ Eine Hilfe war die Belieferung durch eine kirchliche Großhandelsstelle, aber das Grundproblem bleibt bestehen, dass das Geld zur Bezahlung teurer Medikamente fehlt.

Ein gewichtiger Kostenfaktor für Medikamente sind die hohen Marketing- und Werbekosten. Das überrascht zunächst, wenden die Hersteller sich bei den meisten ihrer Produkte doch in der Regel nicht an breite Konsumentenkreise, sondern an Fachärzte und Kliniken. Trotzdem rechnet man damit, dass etwa ein Drittel der Umsatzerlöse in Marketing und Vertrieb fließen.²³⁹ Ein gewichtiger Bereich sind die „Aufwandsentschädigungen“ für Ärzte, die neu zugelassene Medikamente darauf prüfen, welche Wirkungen und Nebenwirkungen im alltäglichen Gebrauch entstehen. Solche Untersuchungen sind sinnvoll und notwendig, aber die Honorierung ist oft hoch, um die Ärzte auf diese Weise dafür zu gewinnen, das neue Medikament zu verschreiben und es so auf dem Markt einzuführen. Ein wichtiges Marketinginstrument sind Fortbildungsveranstaltungen und Kongresse, die mittlerweile oft in attraktiven ausländischen Orten durchgeführt werden. Bei einer Untersuchung in den Niederlanden wurde festgestellt, dass Zuschüsse der Pharmaindustrie von 4.000 Euro und mehr pro teilnehmendem Arzt durchaus keine Ausnahme sind.²⁴⁰

In den hohen Kosten sind auch die stattlichen Honorare für Referentinnen und Referenten enthalten, die dann selbstverständlich nicht ganz unbefangen sind, wenn es um Medikamente des Unternehmens geht, das die Veranstaltung ermöglicht. Gerd Glaeske, Arzneimittelexperte an der Universität Bremen, stellte in diesem Zusammenhang fest: „Man kann nicht davon ausgehen, dass man von einem von einer Firma gut bezahlten Referenten objektive Informationen bekommt.“²⁴¹ Dass diese Form der Vermischung von Marketinginteressen und Fortbildung durchaus zweifelhafte Ergebnisse zeitigt, kann nicht überraschen. Die 10.000 Euro Werbeaufwendungen aller Art pro Arzt im Jahr durch die Pharmaindustrie²⁴² tragen vor allem zu hohen Arzneimittelpreisen bei, einen positiven Effekt haben sie nur selten. Die Reisen im Orientexpress, mit denen Bayer bei mindestens 25 Verordnungen eines Medikaments Ärzte gewinnen wollte und gewann, die wertvollen Uhren und die exquisiten Einladungen in Luxusrestaurants²⁴³ müssen selbstverständlich finanziert werden, nicht verwunderlich also, dass die Arzneimittelpreise hierzulande hoch sind.

Auch die medizinischen Zeitschriften werden systematisch dafür eingesetzt, Ärzte für die eigenen Produkte zu gewinnen, wobei Anzeigen nur eines von einer ganzen Reihe von Instrumenten zur Erreichung dieses Ziels sind. Eine wichtige Maßnahme aus der Sicht von Pharmaunternehmen ist die Verhinderung von Beiträgen, die den eigenen Absatz vermindern könnten. So verhinderte eine Pharmafirma in den USA jahrelang die Veröffentlichung einer Studie der Universität von Kalifornien, aus der hervorgeht, dass die Nachahmemedikamente genauso wirksam sind wie das teure Originalpräparat des Unternehmens. In einem gemeinsamen Editorial wehrten sich die Chefredakteure verschiedener hochangesehener wissenschaftlicher Zeitschriften in Großbritannien und den USA im Herbst 2001 dagegen, dass ihnen immer mehr angeblich unabhängige Studienergebnisse zur Veröffentlichung angeboten werden, die tatsächlich von einzelnen Pharmaunternehmen finanziert werden und die von diesen gewünschten Ergebnisse erbringen.²⁴⁴ Zwar leben diese Zeitschriften zu einem erheblichen Teil von den Anzeigen der Pharmaunternehmen, aber sie fürchten nicht ohne Grund, die eigene Glaubwürdigkeit bei der Leserschaft zu verlieren, wenn immer mehr getarnte Gefälligkeitsgutachten als Ergebnisse einer unabhängigen wissenschaftlichen Forschung ausgegeben werden. In Deutschland sieht die Situation eher noch trüber aus, ein beunruhigender Tatbestand, wenn man bedenkt, dass die Zeitschriften eigentlich der Fortbildung der Ärztinnen und Ärzte dienen sollten. Dass viele der Fortbildungszeitschriften kostenlos an die Ärzteschaft verschickt werden und damit ganz von Anzeigen leben, macht die Situation nicht besser. Die renommierten angelsächsischen Zeitschriften verlangen von ihren Autoren jetzt, dass sie alle finanziellen Verbindungen zu Pharmaunternehmen offenlegen, bevor ein Beitrag veröffentlicht wird.

Im Süden der Welt werden Medikamente mit ähnlichen Methoden vermarktet. Zwar ist hier das Absatzpotenzial insgesamt geringer, aber in vielen Ländern besteht ein Ärztemangel, so dass die Ärzte in Praxen und Krankenhäusern eine große Zahl von Patienten behandeln und Medikamente verschreiben. Deshalb lohnen sich der Einsatz von Pharmavertretern und die Verteilung finanzieller Vergünstigungen an Ärzte auch hier. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat ethische Kriterien für die Arzneimittelwerbung herausgegeben, in der es auch um das Verhalten von Ärztebesuchern geht. Darin wird zum Beispiel gefordert, dass die Entlohnung der Ärztebesucher nicht direkt auf der Basis ihres Verkaufsvolumens erfolgen sollte, „um übermäßige verkaufsfördernde Aktivitäten zu vermeiden“.²⁴⁵

Die BUKO-Pharmakampagne und Institutionen wie das Deutsche Institut für Ärztliche Mission (DIFÄM) setzen sich dafür ein, dass nicht weiterhin sinnlose Medikamente durch geschickte Marketingbemühungen in den armen Ländern des Südens verkauft werden. Diese Frage spielt auch im „Dialogprogramm Kirche und Pharmaindustrie“ eine wichtige Rolle, und es konnte erreicht werden, dass deutsche Pharmaunternehmen einzelne Produkte nicht mehr in armen Ländern verkaufen. Der Dialog wird seit Anfang der 90er Jahre geführt und hat es ermöglicht, mit den Unternehmen über Themen wie die Preisgestaltung in armen Ländern ins Gespräch zu kommen. Ein solches Engagement der deutschen Kirchen wird von den Partnern im Süden erwartet. Meine Einschätzung ist, dass im Verhältnis zur Pharmaindustrie sowohl Konfrontation als auch Dialog erforderlich sind, wobei unterschiedliche Akteure diese Aufgaben übernehmen. Gruppen und Initiativen, die in der BUKO-Pharma-Kampagne mitarbeiten, machen Missstände und Probleme öffentlich und greifen dabei auch deutsche Pharmaunternehmen im Blick auf ihre Aktivitäten im Süden der Welt an.²⁴⁶ Solche Informations- und Kampagnenarbeit bleibt schon deshalb nicht ohne Wirkung, weil die Hersteller von Medikamenten vom Vertrauen der Öffentlichkeit und besonders der Ärzte und Patienten leben. Konfrontation eröffnet also durchaus die Möglichkeit, messbare Erfolge zu erzielen, zum Beispiel durch die Senkung von Medikamentenpreisen in armen Ländern oder durch die Einstellung des Verkaufs unsinniger Produkte.

In der Regel wird sich aus diesen Schritten der Konfrontation kein Dialog entwickeln. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Kirchen mit dem GKKE-Dialogprogramm ein Instrument geschaffen haben, in ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Industrie einzutreten. Das ist angesichts der Globalisierung notwendiger, aber auch schwieriger geworden, weil mit örtlichen Unternehmen sehr viel leichter das Gespräch zu suchen und zu finden ist als mit den Verantwortlichen weltweit agierender und weit verzweigter Konzerne.²⁴⁷ Das Dialogprogramm profitiert nach meiner Einschätzung vom Vorhandensein von Akti-

onsgruppen und Initiativen, die zur Konfrontation bereit sind. Ohne die Möglichkeit, zum Gegenstand von Kampagnen zu werden, wäre die Bereitschaft der Pharmaindustrie zum Gespräch mit den Kirchen vermutlich eher kleiner als größer. Auf dem Weg zu einer Globalisierung braucht man also beides, die öffentliche Auseinandersetzung mit der Pharmaindustrie und das vertrauensvolle Gespräch in kleiner Runde. Ziel muss es in beiden Fällen sein, der Verantwortung für die Menschen im Süden der Welt nachzukommen, die sich bisher keine Medikamente leisten können, und auch dazu beitragen, dass die übrige Weltbevölkerung mit bezahlbaren Medikamenten versorgt wird.

Ein Beispiel für die Erfolge eines solchen Konzeptes der öffentlichen Angriffe und des Dialogs: Die BUKO-Pharma-Kampagne warf den Pharmaunternehmen vor, zahlreiche Medikamente in die Dritte Welt zu liefern, die dort völlig sinnlos seien. Beim Dialog der Kirchen mit der Pharma-Industrie wurde dieses Thema aufgegriffen, und das Deutsche Institut für Ärztliche Mission wurde beauftragt festzustellen, in welchem Umfang solche Medikamente aus dem Export in den Süden herausgenommen wurden. Das Ergebnis war, dass 136 Medikamente nun nicht mehr gegen wertvolle Devisen in die armen Länder verkauft werden. Das DIFÄM schreibt dazu in seinem Jahresbericht 2001: „All diesen Bemühungen messen wir eine große Bedeutung bei. Endlich muss es doch möglich werden, dass von der international sehr bedeutenden Industrie eine Vorbildfunktion beim Einsatz wichtiger Medikamente ausgeht. Aber der Weg vor uns wird noch lang sein.“²⁴⁸

Solche Initiativen bedürfen allerdings einer breiten kirchlichen Unterstützung. Deshalb ist es bedauerlich, dass der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seiner Stellungnahme zum Thema „Solidarität und Wettbewerb – Für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ vom Oktober 2002 die Pharmaindustrie nicht explizit nennt und man nur vermuten kann, dass sie bei dem folgenden Satz mit gemeint sein könnte: „Mächtige Interessenverbände, insbesondere auf der Anbieterseite des Gesundheitswesens, spielen in der Reformdiskussion eine wichtige und nicht immer konstruktive Rolle.“²⁴⁹ Die Stellungnahme enthält viele Vorschläge, um Kosten im Gesundheitswesen zu senken und die Qualität zu erhöhen. Ausgeklammert bleibt dabei weitestgehend der Pharmabereich, der nur in einigen Vorschlägen eventuell auch gemeint sein könnte. So lässt sich die Debatte mit einem „mächtigen Interessenverband“ nicht führen, die auch und gerade im Interesse der Menschen im Süden der Welt intensiviert und entschlossen geführt werden muss.

Die Patentrechte und das Recht auf Gesundheit

Das Interesse der Pharmaunternehmen, unter großem Finanzaufwand entwickelte Medikamente möglichst lange Zeit exklusiv zu produzieren und zu verkaufen, ist verständlich. Ebenso verständlich ist aber die Erwartung von Patienten, bezahlbare Medikamente zu bekommen. In den letzten Jahren haben die Pharmaunternehmen ihre Interessen einseitig durchsetzen können. Im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO wurde im Rahmen des Abkommens über „Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights“ (TRIPS) ein Patentschutz von 20 Jahren vereinbart, während vorher viele Länder überhaupt keine Patente auf Medikamente anerkannten oder den Schutz auf wenige Jahre beschränkten. In diesem Zusammenhang muss man sich bewusst machen, dass auch in westlichen Ländern der Patentschutz auf Medikamente erst in den letzten Jahrzehnten eingeführt wurde, in Deutschland erst 1968 und in der Schweiz sogar erst seit 1978.²⁵⁰

Für sich selbst nehmen die wohlhabenden Länder durchaus in Anspruch, das Patentrecht auf Medikamente zu missachten, wenn dies notwendig erscheint. So hat Kanada nach den Milzbrandanschlägen in den USA eine Firma beauftragt, eine Million Dosen eines Gegenmittels zu produzieren, obwohl dieses Unternehmen bekanntermaßen damit einen Verstoß gegen das Patentrecht verübte. Geschädigt wurde in diesem Falle der Bayer-Konzern.²⁵¹ Ein Notstand lag nicht vor, denn es hatte keinen Anschlag in Kanada gegeben, und Bayer hätte das Medikament liefern können, allerdings zu einem höheren Preis. Die US-Regierung setzte Bayer zur gleichen Zeit so unter Druck, dass das Unternehmen das Mittel gegen Milzbrand etwa zum halben Preis lieferte. Bayer stimmte angesichts der Drohung zu, dass sonst eine US-Firma beauftragt würde, unter Verletzung des Patentrechtes kopierte Medikamente herzustellen.²⁵²

Ein „nationaler Notstand“ rechtfertigt solche Schritte, war die US-Auffassung, aber wenn arme Länder ähnliche Maßstäbe anlegen und eine Zwangslizensierung vornehmen, müssen sie mit Konflikten mit den großen Pharmaunternehmen und einflussreichen westlichen Regierungen rechnen. Dabei lässt das GATS-Abkommen solche Maßnahmen zu, wenn die öffentliche Gesundheit eines Landes gefährdet ist. Aber auf dem globalen Pharmamarkt sind einige gleicher als andere, und so macht es weiterhin einen Unterschied, ob die USA bereits in mehreren Fällen eine Zwangslizensierung vorgenommen haben oder ein armes Land dies versucht.²⁵³ So versucht die US-Regierung im Rahmen der Verhandlungen über eine amerikanische Freihandelszone die latein-

amerikanischen Regierungen dazu zu veranlassen, ein Patentrecht für Medikamente anzuerkennen, dass noch über die WTO-Regelungen hinausgeht.²⁵⁴

Die Effekte des Patentrechts hat der Journalist Karl-Albrecht Immel in einer Veröffentlichung der „Welthungerhilfe“ dargestellt: „... die großen Pharmakonzerne verhindern mit aller Macht, dass ihre Medikamente billiger werden oder die Entwicklungsländer selbst preisgünstige Präparate herstellen. So sterben jährlich etwa 2 Millionen Kinder an Lungenentzündung – fast alle in der Dritten Welt. Zunehmend betroffen sind zum Beispiel Kinder in Kenia. Dort gibt es ein ideales Mittel gegen Lungenentzündung: das Antibiotikum Azithrocyin der amerikanischen Firma Pfizer. Leider kostet dieses Mittel in Kenia mehr als etwa in Norwegen, obwohl ein durchschnittlicher Norweger 100 mal so viel für Arzneimittel ausgeben kann wie ein Kenianer. Das Medikament steht unter weltweitem Patentschutz. Der Hersteller hat also keine Konkurrenz und kann selbst bestimmen, wo er sein Medikament zu welchem Preis verkaufen will.“²⁵⁵

In Ländern wie Indien werden bisher in großem Umfang Medikamente hergestellt, die die gleichen Wirkstoffe wie entsprechender Pharmaka großer Konzerne enthalten, aber sehr viel preiswerter sind. Die indische Pharmaindustrie ist mit patentfreien Medikamenten sowohl national als auch auf dem internationalen Markt sehr erfolgreich. Zur indischen Arzneimittelindustrie gehören 20.000 Betriebe, die eine halbe Million Menschen beschäftigen. Indien exportiert heute mehr Pharmaprodukte als es importiert, ein einzigartiger Erfolg für ein Land des Südens.²⁵⁶ Die niedrigen Preise der lokalen Anbieter haben auch die globalen Pharmakonzerne veranlasst, ihre Medikamente in Indien preiswert anzubieten. So kostet das Antirheumatikum Voltaren in Argentinien 118 Dollar, in Indien aber nur 2 Dollar.²⁵⁷ Lokal produzierte Aids-Medikamente kosten in Indien nur einen Bruchteil dessen, was die internationalen Pharmaunternehmen für ihre Produkte verlangen. Als WTO-Mitglied ist jetzt auch Indien gezwungen, die Patente auf Medikamente anzuerkennen und schrittweise im eigenen Land durchzusetzen.

Vor allem die USA üben massiven Druck aus und drohen mit Handelsanktionen, keine leere Drohung, denn Länder wie Indonesien und Thailand wurden mit diesen Methoden schon gezwungen, das TRIPS-Abkommen anzuwenden.²⁵⁸ Das hat Auswirkungen auf die lokale Medikamentenproduktion, auf den Import preiswerter Nachahmerprodukte und auch auf die Anwendung des Mittels einer Zwangslizensierung angesichts des nationalen Gesundheitsnotstands durch Aids. Der Leiter der thailändischen Behörde für Infektionskrankheiten, Somong Rukphao, begründete diesen Schritt angesichts der US-Pressionen so: „Wir müssen an das Leben aller 62 Millionen Thais denken, nicht nur an das der eine Million mit Aids Infizierten.“

Ein Viertel aller thailändischen Exporte geht in die USA. Ein kleines Zugeständnis konnten die Thailänder erreichen. Ein Aids-Präparat kann jetzt mit einem Preisnachlass von 25 Prozent importiert werden, aber damit sind die Preise immer noch weit höher als bei einer lizenzfreien Produktion.²⁵⁹ Thailand hat jetzt ein Patentrecht, das strikter ist als von der WTO vorgeschrieben.²⁶⁰

Die US-Pharmaindustrie ist intensiv und aktiv damit befasst, unter Einbeziehung staatlicher Stellen in den USA rund um den Globus eine strikte Anwendung des Patentrechts durchzusetzen. Der mächtigste „global player“ auf diesem Gebiet ist die Vereinigung „Pharmaceutical Research and Manufacturers of America“. Sie setzte von 1997 bis 1999 insgesamt 236 Millionen US-Dollar ein, um im amerikanischen Kongress, bei der Regierung und staatlichen Stellen Lobbyarbeit für ihre Interessen zu betreiben. Hinzu kamen 14 Millionen Dollar als Wahlkampfunterstützung für Kandidaten vor allem der regierenden Republikanischen Partei.²⁶¹ Die Organisation hat angesichts breiter internationaler Proteste die ärmsten Entwicklungsländer in gewissem Umfang aus ihren Pressionsversuchen ausgenommen. Statt dessen wird jetzt unter Einschaltung der US-Regierung massiver Druck auf jene Länder im Süden der Welt ausgeübt, die selbst Medikamente herstellen und deshalb unter Umgehung des Patentrechts preiswerte Arzneimittel herstellen. Sie sollen daran gehindert werden, diese Medikamente weiter auf dem heimischen oder dem internationalen Markt anzubieten. Wo immer dies gelingt, bleiben nur die teuren Medikamente der westlichen Pharmaunternehmen auf dem Markt. Dann kann „großzügig“ auf einen Druck auf die ärmsten Länder verzichtet werden, keine patentfreien Medikamente zu importieren, denn sie haben gar keine Möglichkeit mehr dazu. Eine Lockerung der WTO-Importrestriktionen für solche Medikamente würde ihnen also nicht mehr helfen.²⁶² Angesichts solcher Entwicklungen fragte die Entwicklungsorganisation Oxfam in einer Überschrift: „Das Recht auf Medizin oder das Recht auf Profite mit der Medizin?“²⁶³

Der Effekt der Anwendung des Patentrechts auf Arzneimittel in Indien wird sein, dass die nationale Pharmaindustrie Schaden nimmt, Arbeitsplätze vernichtet werden und die Preise steigen.²⁶⁴ Der Direktor des indischen Aids-Forschungs- und Kontrollzentrums ARCON formuliert die Kritik an den Patentrechtsvereinbarungen der WTO so: „WTO/TRIPS stehen für eine Rekolonialisierung der wirtschaftlich schwachen Länder. Das Patentrecht ist ein Hindernis im Kampf gegen die Aids-Epidemie. Die wirtschaftlichen Spielregeln tragen einen Teil der Schuld daran, wenn heute Leute sterben.“²⁶⁵ Die Pharmakonzerne können auch insofern erleichtert sein, als Indien in Zukunft als Lieferland für patentfreie Medikamente ausfällt.

Besonders umstritten ist die Preisgestaltung für Aids-Medikamente in armen Ländern mit einem hohen Anteil von Menschen, die an Aids erkrankt sind oder sich infiziert haben. Es gibt bisher keine Medikamente zur Heilung der Krankheit, aber Möglichkeiten, den Verlauf der Krankheit zu beeinflussen und ein längeres Leben zu ermöglichen. Allerdings kosten die Medikamente für eine solche Therapie 10.000 Euro im Jahr, unerschwinglich für die allermeisten Menschen in armen Ländern. Wie groß die Preisunterschiede sein können, zeigte sich 2000 an einem Preisvergleich eines Markenprodukts gegen Meningitis, einer Krankheit, die oft in Verbindung mit Aids auftritt. In Thailand, wo Patente auf Arzneimittel nicht anerkannt wurden und preiswerte Alternativen auf dem Markt waren, kostete das Medikament 0,30 Dollar, in Kenia, einem Land mit Patentschutz dagegen 18 Dollar.²⁶⁶

Oxfam hat sich im Juli 2002 in einer Studie mit dem Preis eines Markenmedikaments beschäftigt, das das Leben von Aids-Patienten verlängern kann. Im Rahmen eines Programms der UN-Organisation für den Kampf gegen Aids wurde der Preis des Medikaments in Uganda vermindert, aber er war immer noch so hoch, dass kaum ein Erkrankter sich das Medikament leisten konnte. Der Preis fiel erst drastisch, nachdem die ugandische Regierung beschlossen hatte, ein Konkurrenzmedikament ohne Patent zuzulassen. Allerdings, selbst dann war das Medikament für die meisten Patienten immer noch zu teuer. Die Zahl der Erkrankten, die das Mittel jetzt nutzten, verdreifachte sich zwar, aber nur auf 3.000²⁶⁷, das heißt der weitaus größte Teil der Patienten bleibt weiter ausgeschlossen. Selbst bei der Umgehung von Patenten und auch angesichts einer großen Bereitschaft der Betroffenen, einen erheblichen Teil ihres Geldes für die Behandlung einzusetzen, stößt das marktwirtschaftliche System hier an seine Grenzen. Die Aids-Patienten sind schlicht arm und durch die Krankheit noch weiter verarmt, und wo das Geld zum Kauf lebensbewahrender Medikamente fehlt, da nützt auch eine Verbilligung der Medikamentenpreise wenig. Vielversprechender sind deshalb Bemühungen wie in Brasilien, patentfrei hergestellte preiswerte Medikamente kostenlos an Aids-Patienten abzugeben. In Brasilien soll sich daraufhin die Zahl der Aids-Toten halbiert haben.²⁶⁸

Deshalb fordern die Regierungen im Süden, dass die Medikamente ihnen sehr viel preiswerter zur Verfügung gestellt werden, eine Forderung, die auch von Kirchen und vielen anderen Gruppen im Norden unterstützt wird. Sie konnten einen so großen Druck ausüben, dass die Pharmakonzerne zustimmten, die Preise der Aids-Medikamente in Ländern wie Südafrika drastisch zu senken.²⁶⁹ In Südafrika reichten internationale Unternehmen eine Klage ein, weil das Land ein Gesetz verabschiedet hatte, dass es ermöglicht, Aids-Medikamente preiswert im Land selbst herzustellen oder aus Indien zu importieren, wo Medikamente bisher patentfrei produziert werden. Dieses Vorgehen

der Industrie veranlasste überall auf der Welt Pharmakampagnen und Solidaritätsgruppen zum Protest.

Was dann geschah, hat Susanne Bittorf in einem Zeitungsbeitrag so beschrieben: „Die Öffentlichkeit und Politiker in aller Welt standen hinter Südafrika und empörten sich über die globale Apartheid im Gesundheitswesen. Wie konnten die reichen Medikamentenhersteller über Patentrechte streiten angesichts von fast fünf Millionen Aids-Kranken in Südafrika? Wie sollten Medikamente helfen, wenn keiner sie bezahlen kann? Für die Pharmaindustrie zeichnete sich ein PR-Desaster ab. Ihr blieb nur, die Klage zurückzuziehen.“²⁷⁰ In der internationalen Presse war von einem „Vietnam“ der Pharmaindustrie die Rede.

Als Problem erweist sich, dass kriminelle Banden Aids-Medikamente, die verbilligt in arme Länder geliefert werden, unter ihre Kontrolle bringen, in westliche Länder zurücktransportieren und dort zu hohen Preisen verkaufen. Das Pharmaunternehmen Glaxo Smith Kline liefert ein Aids-Medikament zu einem Zehntel des europäischen Preises in Länder wie Senegal und die Elfenbeinküste, stellte aber schon mehrfach fest, dass die gelieferten Medikamente wieder auf dem europäischen Pharmamarkt auftauchen. So entdeckten belgische Zollbeamte im Sommer 2002 Medikamente im Wert von 18 Millionen Euro, die nach Afrika gebracht, aber statt dort Kranken zu helfen in die Niederlande umgeleitet werden sollten. Die EU versucht nun, die Reimporte dieser verbilligten Medikamente durch eine einheitliche Kennzeichnung der Verpackungen zu verhindern.²⁷¹ Das „Aktionsbündnis gegen Aids“, in dem in Deutschland mehr als 30 kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen zusammenarbeiten, hat eine weitergehende Forderung: „Wenn die Tabletten mit den gleichen Wirkstoffen in anderer Farbe und Form produziert und anders verpackt werden, können sie auf legalem Wege in Europa und Amerika nicht mehr vertrieben werden.“²⁷²

Auch im erwähnten Dialog zwischen der „Gemeinsamer Konferenz Kirche und Entwicklung“ und dem „Verband Forschender Arzneimittelhersteller“ ist die Behandlung von Aids-Kranken ein Thema. In einem gemeinsamen Papier vom Mai 2002 wird festgestellt: „Kirchen und forschende Arzneimittelhersteller sind überzeugt, dass der gemeinsame Dialog über diesen Fragenkomplex neue Grundlagen für wirksame Maßnahmen gegen die HIV/AIDS-Pandemie schaffen wird. Es ist unverkennbar, dass alle Beteiligten größere Anstrengungen unternehmen müssen, um der zerstörerischen Krankheit zu begegnen. Die forschenden Arzneimittelhersteller unterstützen das Prinzip differenzierter Preisbildung für Medikament zu Behandlung von HIV/AIDS.“²⁷³

Ein Element einer anderen Globalisierung besteht darin, das Patentrecht für Medikamente grundlegend zu reformieren. Einmal muss durchgesetzt werden, dass arme Länder weiterhin Ausnahmeregelungen treffen können, ohne den Pressionen westlicher Pharmaunternehmen und Regierungen ausgesetzt zu sein. Außerdem ist es notwendig, die Zeit zu reduzieren, die ein Patent wirksam ist. Die in der WTO festgelegten 20 Jahren Patentschutz müssen drastisch reduziert werden und Nachahmerprodukte müssen zumindest in ärmeren Ländern zugelassen bleiben. Auch muss grundlegend neu diskutiert werden, ob es mit dem Menschenrecht auf Gesundheit vereinbar ist, lebensrettende Medikamente durch den Patentschutz so teuer zu machen, dass viele Kranke in wirtschaftlich armen Ländern sie nicht kaufen können. Zumindest müsste mit der Erteilung des Patents die Verpflichtung verbunden werden, die Medikamente in armen Ländern verbilligt zu verkaufen.

Die Auseinandersetzung mit dem von der WTO betriebenen Patentrecht durch Organisationen wie attac und medico international²⁷⁴ ist im Interesse der Kranken in armen Ländern dringend erforderlich, es zeigt sich aber auch, dass selbst in einem reichen Land wie Deutschland die hohen Medikamentenpreise kaum noch zu bezahlen sind. Das wird nicht nur von Kritikern des kommerzialisierten Gesundheitsbereichs hervorgehoben, sondern auch von Jürgen Bauch, dem Arzneiexperten der Kassenärztlichen Vereinigung festgestellt. „Völlig hemmungslos“ betrieben die Konzerne eine Kostenexplosion, wird er in der Presse zitiert: „Bei Innovationen herrschen bisweilen Phantasiepreise.“²⁷⁵ Die Probleme sind also global ähnlich, wenn auch mit einem unterschiedlichen Grad von Dramatik. Das vergrößert die Chancen, ein breites Bündnis zu schaffen, um die Medikamentenpreise auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Dazu gehört die Einsicht, dass ein Marktmechanismus nicht funktionieren kann, wenn ein Unternehmen ein exklusives Patent für 20 Jahre hat und preiswerte Konkurrenten mit der Keule des Patentrechts international vom Markt verdrängt werden.

Es gibt Bemühungen von Pharmaunternehmen, das Image der skrupellosen Gewinnemacher loszuwerden. So arbeitet zum Beispiel das Schweizer Unternehmen Novartis AG im „Global Compact“ der Vereinten Nationen mit, eine Initiative, die von UN-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen wurde, um unter Beteiligung von verantwortungsbewussten Unternehmen eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Novartis AG (hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von Ciba-Geigy und Sandoz) sucht bewusst das Gespräch zu gesellschaftlichen Kräften wie amnesty international und den Kirchen. Dazu Klaus M. Leisinger, der Direktor der Novartis Stiftung: „... wir brauchen eine gesellschaftliche Lizenz, um erfolgreich arbeiten zu können, und um diese zu erhalten, müssen wir mit den wesentlichen gesellschaftlichen Akteuren über deren Vorstellung von der Qualität unseres

Arbeitens reden.“²⁷⁶ Das Unternehmen verweist außerdem darauf, dass es in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation weltweit kostenlos ein Lepramedikament zur Verfügung stellt und für ein Malariamittel in ärmeren Ländern nur den Selbstkostenpreis fordert. Solche Initiativen können nur begrüßt und zur Nachahmung empfohlen werden. Gleichzeitig bleibt aber die Notwendigkeit, grundlegende Veränderungen des globalen Systems des Geschäfts mit Medikamenten durchzusetzen.

Für die Länder des Südens würde die Änderung des internationalen Patentrechts die Chance eröffnen, eigenständige Medikamentenproduktionen aufzubauen, so wie dies zum Beispiel Indien bereits mit Erfolg getan hat. So werden Arbeitsplätze geschaffen, niedrige Medikamentenpreise erreicht und lokale Arzneimittelforschungen in Gang gebracht. Auf weitere Alternativen wird in den nächsten Abschnitten eingegangen, angefangen bei der Frage, wie die Forschung so umgestaltet werden kann, dass sie stärker als bisher den Interessen der Patienten und vor allem der armen Patienten dient.

Forschung, wo Gewinne zu erwarten sind

Die Forschungsinvestitionen der großen Pharmaunternehmen werden daran ausgerichtet, dass das einmal entwickelte Medikament auch Gewinne abwirft. Das erwarten die Aktionäre, und daran wird das Management gemessen. Die Entscheidungen zur Erforschung eines neuen Medikaments sind um so schwieriger, als es um mehrere Hundert Millionen Euro gehen kann, die eingesetzt werden müssen, bis das Produkt auf den Markt kommt. Die großen Pharmakonzerne investieren solche Summen dann, wenn zu erwarten ist, dass das Medikament für einen Jahresumsatz von einer Milliarde Euro gut ist. Ein Kenner des Medikamentenmarktes geht davon aus, dass viele neu entwickelte Arzneimittel zwar in klinischen Erprobungen ihre Wirksamkeit nachweisen, dass sie aber trotzdem niemals auf den Markt kommen, weil die Unternehmen berechnet haben, dass sie es nicht schaffen werden, eine Milliarde Dollar Umsatz im Jahr zu erwirtschaften.²⁷⁷

Der Nachteil für die Menschen im Süden der Welt ist, dass es nicht genügend kaufkräftige Menschen gibt, die eine solche Umsatzerwartung rechtfertigen würden. Also werden kaum neue Medikamente für tropische Krankheiten

entwickelt, jedenfalls nicht für solche, die vor allem Einheimische treffen wie die Schlafkrankheit. Als die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ im Frühjahr 2001 die 20 führenden Pharmakonzerne nach ihren aktuellen Aktivitäten im Bereich der Arzneimittelentwicklung befragte, wurde deutlich, dass es Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der vernachlässigten Krankheiten in tropischen Ländern gibt, dass aber in den letzten fünf Jahren kein einziges neues Medikament auf den Markt gebracht wurde.²⁷⁸ Für die Erforschung von Mitteln gegen jene Krankheiten, die 90 Prozent aller Krankheitsfälle ausmachen, werden nur 10 Prozent der Forschungsmittel aufgewendet.²⁷⁹

Ebenso genießen in den Tropen weit verbreitete Krankheiten in der staatlichen Forschungsförderung in der westlichen Welt keine hohe Priorität. Dabei leiden in Schwarzafrika 500.000 Menschen unter der Schlafkrankheit und 60 Millionen Menschen sind von ihr bedroht. 1990 kam ein Medikament gegen die Schlafkrankheit auf den Markt, zur Freude vieler Ärzte und ihrer Patienten in Afrika. Aber die Freude währte nicht lange, denn das Medikament war so teuer, dass es sich kaum jemand leisten konnte. Daraufhin stoppte das Pharmaunternehmen die Produktion, weil sie nicht profitabel genug war. Der Markt als Lenker des Geschehens zum Wohle aller Menschen hatte seine Bewährungsprobe nicht bestanden. Dass die Sache dennoch gut endete, lag an dem Druck, den die WHO und die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ auf das Pharmaunternehmen ausübten. Es erklärte sich bereit, die Produktion des Medikaments erneut aufzunehmen und es mindestens fünf Jahre lang anzubieten.²⁸⁰

Aber der Trend weg von einer Forschung für die Armen ist unübersehbar. In den letzten 25 Jahren waren unter den knapp 1.400 neu zugelassenen Medikamenten nur 15 Medikamente gegen Tropenkrankheiten und Tuberkulose, obwohl sie für 12 Prozent der weltweiten Krankheitslast verantwortlich sind. Demgegenüber wurden 179 neue Medikamente gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen entwickelt. Der Anteil dieser Krankheiten beträgt elf Prozent der globalen Krankheitslast, aber viele der Patienten leben in reichen Ländern, und das erklärt den hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwand.²⁸¹ 80 Prozent ihrer Medikamente setzen die Pharmakonzerne in Nordamerika, Europa und Japan ab, 20 Prozent in der übrigen Welt.²⁸²

Solange die Kaufkraft der Armen und die Gesundheitsetats tropischer Staaten sich nicht grundlegend erhöhen, ist eine Änderung der Forschungsschwerpunkte der Pharmaunternehmen nicht zu erwarten. Schwerer verständlich ist auf den ersten Blick, warum staatliche Forschungseinrichtungen in den Industriestaaten diese Defizite nicht ausgleichen und besonders intensiv nach Wirkstoffen gegen tropische Krankheiten forschen. In staatlichen Einrichtungen wird vorwiegend Grundlagenforschung betrieben, aber angesichts der staatlichen Finanzprobleme sind die staatlichen und staatlich geförderten Forschungsein-

richtungen auf zusätzliche Mittel aus der Industrie angewiesen, und die fließen vor allem für die Erforschung von Wirkstoffen, mit denen sich später Medikamente mit einem großen Marktpotenzial herstellen lassen. Außerdem sind die Grundlagenforschungs-Einrichtungen darauf angewiesen, dass sich später ein Produzent findet, der aus den Wirkstoffen ein Medikament entwickelt und vermarktet. Schließlich gibt es die politische Erwartung an die Forscherinnen und Forscher, anwendungsorientiert zu arbeiten, also auf den Gebieten tätig zu werden, die die heimische Pharmaindustrie und damit den eigenen Wirtschaftsstandort fördern. Diese Abhängigkeit kann auch für die Patienten in reichen Ländern Nachteile haben, denn welches Pharmaunternehmen unterstützt schon Forschungen, die zum Ziel haben, den Medikamenteneinsatz zu vermindern, um die Nebenwirkungen zu reduzieren.²⁸³ Dabei wäre eine solche Forschung schon deshalb geboten, weil allein in Deutschland jedes Jahr 25.000 Menschen an unerwünschten Arzneimittelnebenwirkungen sterben und 210.000 schwer wiegende Schäden erleiden.²⁸⁴ Die von Interessen und Geldern der Industrie unabhängige Forschung zu Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten muss also dringend gestärkt werden.

Oft unterschätzt wird die Bedeutung staatlicher Einrichtungen und Forschungsgelder für den medizinischen Fortschritt. Das sehr angesehene „Massachusetts Institute of Technology“ (MIT) hat 1995 eine Studie zur Medikamentenforschung veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass elf von vierzehn vielversprechenden neuen Medikamenten von US-Pharmakonzernen aus staatlich geförderten Forschungsprojekten hervorgegangen sind.²⁸⁵ Die Gewinne fließen vollständig in die Kassen der Industrie. Dies zeigt zum einen, dass die These, dass hohe Gewinne die Grundlage für Forschungsarbeiten bilden, zumindest relativiert werden muss. Zum anderen wird deutlich, wie eine staatliche Forschungsförderung darauf reduziert werden kann, den eigenen Forschungsaufwand global tätigen Unternehmen zu vermindern, ohne dass die Steuerzahler davon profitieren.

Es ist ein politischer Wille und ein politisches Engagement in der Forschungspolitik erforderlich, damit endlich neue Medikamente gegen die vernachlässigten Krankheiten in tropischen Regionen entwickelt werden. Dies erfordert politische Konzepte, die über den Tag hinaus reichen und berücksichtigen, dass der Weltfrieden und die wirtschaftliche Zukunft dieser Erde ganz entscheidend davon abhängen, dass das Elend in vielen Regionen im Süden der Welt beseitigt wird. Öffentliche Forschungsförderung muss sich ganz bewusst auf Bereiche der pharmazeutischen Forschung konzentrieren, an denen bisher kein kommerzielles Interesse besteht, die aber für arme Länder von existenzieller Bedeutung sind. Weil keine kurzfristigen Gewinnerwartungen mit dieser Forschung verbunden sind und damit keine Notwen-

digkeit besteht, Ergebnisse geheim zu halten, bestehen auch mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen im Süden der Welt.

Die Stärkung von Forschungskapazitäten im Süden ist ein Ziel im Rahmen neuer globaler Konzepte im medizinischen Bereich. Bei der finanziellen Förderung solcher Konzepte können auch Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Stiftungen eine wichtige Rolle übernehmen. Der Schwerpunkt der Forschungen sollte auf den Krankheiten liegen, die in diesen Ländern weit verbreitet sind. Das klingt selbstverständlich, aber im Rahmen des globalen Pharmamarktes gibt es gänzlich andere Tendenzen. Die international tätigen Pharmaunternehmen müssen nämlich sehr viel Zeit und Geld dafür aufwenden, die Wirksamkeit ihrer Medikamente empirisch nachzuweisen und dabei auch festzustellen, welche Nebenwirkungen die neuen Präparate haben. Für solche Versuche Tausende von Patienten zu finden, kann länger dauern. Jedenfalls ist das in der westlichen Welt so. Deshalb ist vor allem in Asien eine größere Zahl von kommerziell arbeitenden Forschungseinrichtungen entstanden, die es im Auftrag internationaler Pharmaunternehmen übernehmen, Ärzte und Patienten zu finden, die bereit sind, die Medikamente zu erproben, und die dann die Ergebnisse zusammenstellen und auswerten.

Diese Globalisierung der Arzneimittelerprobung wirft neue Fragen auf. Ist es ethisch vertretbar, Medikamente mit Menschen zu erproben, die sich später diese Erzeugnisse der westlichen Pharmaindustrie nicht leisten können? Wie kann sichergestellt werden, dass Patienten wirklich frei entscheiden, an dem Versuch teilzunehmen, wenn der Arzt ein großes materielles Interesse hat, möglichst viele Patienten vorweisen zu können und die Patienten gar nicht wissen, was solche Erprobungen sind und mit welchen Risiken sie verbunden sind? Die Tatsache, dass in ärmeren asiatischen Regionen so rasch so viele Kranke bereit sind, an den Erprobungen mitzuwirken, lässt Zweifel aufkommen, ob alle wissen, was sie tun. Es gibt durchaus gefährliche Erprobungen. Ein US-Pharmaunternehmen erhielt in den USA nicht die Genehmigung, klinische Versuche durchzuführen, bei denen HIV-positiven Männern Blut mit Malaria Parasiten gespritzt wurde, um dann ein Medikament auszuprobieren. Daraufhin wurde die Erprobung in China durchgeführt.²⁸⁶ Bei einer Erprobung eines Medikaments wurde mit Unterstützung der US-Regierung in Thailand geprüft, ob ein Medikament helfen kann, das Risiko der Übertragung des HIV-Virus von der Mutter auf ihr ungeborenes Kind zu verhindern. Das Ziel ist wichtig, zweifelhaft aber ist die Methode, einem Teil der Frauen statt des hoffentlich wirksamen Medikaments Placebos zu geben. Wenn eine gute Aussicht bestand, mit dem Medikament die Übertragung des tödlichen Virus zu stoppen, war es ethisch nicht vertretbar, einen Teil der Frauen um der Forschung willen „ihrem Schicksal zu überlassen“, dazu noch in der Hoffnung getäuscht, ein Medikament würde ihnen helfen. Ein solcher

Versuch wäre vermutlich in einem westlichen Land gar nicht erst beantragt worden, weil das unethische Verhalten einen Skandal ausgelöst hätte.

Es muss durchgesetzt werden, dass die Patienten auf angemessene Weise über die Erprobung informiert werden, an der sie teilnehmen sollen, einschließlich der Aufklärung über mögliche Risiken. Ebenso ist sicherzustellen, dass sie auch nach dem Ende der Erprobung weiter optimal behandelt werden. Auf diesem Gebiet gibt es erfreulicherweise eine positive Entwicklung. Bei einer internationalen Konferenz wurde im Jahre 2000 eine „Erklärung von Helsinki“ verabschiedet, in der verbindliche Regeln für die Erprobung von Medikamenten verabschiedet wurden, die es nun auch in ärmeren Ländern durchzusetzen gilt. Dabei kann auch auf die Unterstützung verantwortungsbewusster Pharmaunternehmen gerechnet werden. Schwieriger ist zu erreichen, dass die erprobten Medikamente dann auch tatsächlich in dem Land im Kampf gegen Krankheiten zur Verfügung stehen, in dem sie klinisch erprobt wurden.

Das politische Druck etwas bewirken kann, zeigt sich zum Beispiel darin, dass die EU jetzt ein Programm zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose begonnen hat, in dem die Erforschung von Medikamenten einen Schwerpunkt bildet. 200 Millionen Euro sollen zur Verfügung stehen, um diese Forschungsarbeiten in Afrika zu den drei Krankheiten zu fördern und Medikamente zu entwickeln. Das Geld wird zwar nur für die Entwicklung einiger weniger Medikamente reichen, aber damit ist wenigstens ein Anfang gemacht.²⁸⁷ Bedauerlich ist, dass vernachlässigte Krankheiten wie die Schlafkrankheit auch in diesem Programm unberücksichtigt bleiben.²⁸⁸ Trotzdem zeigt dieses Beispiel, dass die öffentliche Debatte über Medikamente gegen wichtige Krankheiten im Süden der Welt eine Wirkung hat. Lobby- und Aufklärungsarbeit im Norden können helfen, die Nachteile des gegenwärtigen Medikamentenmarktes für ärmere Länder etwas zu vermindern, und das kann für viele Menschen ein Überleben bedeuten.

Die Liste unentbehrlicher Arzneimittel

International werden Zehntausende Medikamente angeboten. Deshalb beauftragte die Weltgesundheitsorganisation WHO vor drei Jahrzehnten eine Expertenkommission, um zu prüfen, welche Arzneistoffe für die Behandlung der am meisten verbreiteten Krankheiten geeignet seien. 1975 stellte der damalige WHO-Generalsekretär Hafdan Mahler fest: „Es besteht die dringende Notwendigkeit, dass die unentbehrlichen Medikamente zu verträglichen Preisen zur Verfügung stehen.“²⁸⁹ 1977 wurde von der WHO eine erste Modell-Liste unentbehrlicher Medikamente veröffentlicht, die 208 Wirkstoffe enthielt. Auf der Grundlage der immer wieder aktualisierten WHO-Liste (heute mit 325 Wirkstoffen) haben inzwischen mehr als 150 Länder eigene nationale Listen veröffentlicht. Sie dienen in ärmeren Ländern als Grundlage für den Import von den Medikamenten, die diese Wirkstoffe enthalten und preiswert sind, und verhindern, dass wertvolle Devisen für den Kauf überflüssiger oder überteuerter Mittel aufgewendet werden.²⁹⁰

Die Pharmaindustrie war zunächst gegenüber diesem Versuch, die Kosten für den Medikamentenkauf zu reduzieren, sehr negativ eingestellt, akzeptiert die Listen aber inzwischen – jedoch nur als Mittel, um die Ärmsten zu versorgen, die mangels Kaufkraft ohnehin keine potentiellen Kunden der Pharmaunternehmen sind. Demgegenüber wird sie für den nationalen und internationalen Arzneimittelmarkt weiterhin abgelehnt. Deutschland gehört nicht zufällig zu den Ländern ohne eine Liste unentbehrlicher Arzneimittel, denn die Pharmalobby ist hier besonders einflussreich. Sie konnte sogar die abgemilderte Form einer solchen Liste, eine sogenannte „Positivliste“, bisher verhindern. Unvergessen ist der 60. Geburtstag des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Hans-Rüdiger Vogel. Als besonderes Geschenk überreichte damals, Mitte der 90er Jahre, Baldur Wagner, mit herzlichen Grüßen von Minister Horst Seehofer einen Plastiksack mit den geschredderten Überresten der Positivliste als Geburtstagsgeschenk.²⁹¹

Mit dieser Kapitulation war der Versuch gescheitert, mit einer Liste medizinisch wirksamer und wirtschaftlicher Medikamente die Kostenexplosion der Medikamente in Deutschland zu stoppen. Die Krankenkassen geben jedes Jahr fast 20 Milliarden für Arzneimittel aus, hinzu kommen die Ausgaben der Patienten selbst. Wer sich mit dieser Branche anlegt, muss mit massivem Druck rechnen. So bleibt abzuwarten, ob die jetzige Regierung es schafft, eine Positivliste durchzusetzen. Allerdings sind die hohen Arznei-

mittelpreise schlicht nicht mehr von den Krankenkassen zu bezahlen – so unähnlich sind die deutschen Probleme strukturell nicht von den Problemen eines Landes wie Mali oder Kenia, nur eben auf einem höheren Niveau.

Albert Petersen, der sich im DIFÄM primär mit Fragen der Medikamentenversorgung im Süden der Welt befasst, stellte in einem Arbeitspapier fest: „Die Kosten für Arzneimittel werden auch in Deutschland zunehmend zu einem ernstem Problem. Eine kritische öffentliche Diskussion über den Nutzen mancher Präparate ist deshalb angebracht.“²⁹² Außerdem geht er in seinem Papier auf die „Compliance“ von Pharmaindustrie, Ärzten und Apothekern ein, die sich zum Beispiel bei der Finanzierung von Fortbildungsveranstaltungen durch die Industrie zeige, während kritische Informationen, wie sie zum Beispiel von der WHO kommen, kaum bekannt werden.²⁹³ In vielen europäischen Ländern von Griechenland bis Schweden gibt es inzwischen Listen unentbehrlicher Arzneimittel, und vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Medikamente in Deutschland so unbezahlbar geworden sein werden, dass auch hier die Einsicht sich durchsetzt, dass solche Listen einen Sinn machen, um die Ausgaben für Medikamente zu begrenzen.

In den Ländern des Südens haben die Listen der unentbehrlichen Arzneimittel positive Wirkungen, weil wenige überflüssige Medikamente importiert werden. Allerdings wirkt sich in den letzten Jahren negativ aus, dass die erwähnte Politik der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens zum Ergebnis hat, dass die Armen die Medikamente nicht mehr kostenlos erhalten und für viele selbst geringe Arzneimittelkosten nicht zu finanzieren sind. Diana Smith hat als verantwortliche Redakteurin der ökumenischen Gesundheitszeitschrift „Contact“ diese Gefahren bereits 1998 so beschrieben: „Weltweit in über 120 Ländern wendet man das Essential-Drugs-Konzept an. Aber wenn die Ziele, die damit verfolgt werden, auch tatsächlich umgesetzt werden sollen, erfordert dies den Einsatz der Regierung und strenge Kontrollen ebenso wie regulierende Maßnahmen der Pharmaindustrie gegenüber. Wenn sich aber die Regierung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens immer mehr zurückzieht und sich der Markt immer mehr öffnet für ausländische Investitionen, wird die Umsetzung einer Essential-Drug-Politik noch schwieriger.“²⁹⁴

Ein weiteres Problem entsteht dadurch, dass Pharmaunternehmen mit einem – gemessen an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Länder – hohen Werbeaufwand auch entbehrliche Medikamente auf den Märkten durchboxen. Deshalb spricht viel dafür, die unentbehrlichen Medikamente zentral einzukaufen, damit Preisnachlässe zu erreichen und außerdem dem Kauf von überflüssigen Medikamenten einen Riegel vorzuschieben. Dies geschieht zum Beispiel in Thailand und hat zu einer 25prozentigen Verminderung der Arzneimittelpreise für die Krankenhäuser geführt.²⁹⁵ Der Marktmacht der

großen Pharmakonzerne ist das einzelne Krankenhaus oder die einzelne Gesundheitsstation hilflos ausgeliefert. Man mag auch das noch einen freien Markt nennen, aber den Patienten ist mehr geholfen, wenn Medikamente zentral beschafft und dann allerdings auch effizient verteilt werden.

Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Liste unentbehrlicher Arzneimittel erinnerte die Generaldirektorin der WHO, Gro Harlem Brundtland, im Oktober 2002 daran, dass dies nicht nur ein technisches Konzept ist, sondern dahinter auch ein Verständnis von Gesundheit steht: „Lebenswichtige Medikamente sind keine gewöhnlichen Waren. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Regierungen und internationale Organisationen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass dieses Recht in zunehmendem Maße auch tatsächlich in Anspruch genommen werden kann.“²⁹⁶ Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Liste der unentbehrlichen Medikamente.

Arzneimittelspenden in der Diskussion

Eine preiswerte Form der Überwindung von Engpässen in armen Ländern scheinen Arzneimittelspenden zu sein. Im Zeitalter globaler Kommunikation, günstiger Transportmöglichkeiten und großer Medikamentenrestbestände in Europa und Nordamerika haben solche Spendenaktionen ein großes Ausmaß angenommen. Allerdings werden von Einzelpersonen, Apotheken und pharmazeutischen Unternehmen oft große Mengen ungeeigneter Medikamente zur Verfügung gestellt. Nicht selten scheidet die Verwendung schon daran, dass die Beschriftung der Medikamente und die Beipackzettel vor Ort niemand lesen kann. In anderen Fällen sind die Medikamente in dem Land gar nicht verwendbar. Die berüchtigten Lieferungen von Appetitzüglern in Hungerregionen sind nur ein besonders makabres Beispiel. Allein in Bosnien-Herzegowina kamen 17.000 Tonnen (!) nicht verwendungsfähiger Arzneimittelspenden an.²⁹⁷ Die ordnungsgemäße Entsorgung kostete etwa 34 Millionen Dollar. In Ostafrika hat eine Umfrage ergeben, dass mehr als die Hälfte der gelieferten Medikamente nicht dem lokalen Bedarf entsprachen. Der Skandal solcher Lieferungen besteht darin, dass für die Entsorgung nicht mehr benötigter Arzneimittel auch noch Spendenquittungen ausgestellt werden, die Steuerlast der betreffenden Unternehmen also vermindert wird.

Die Missstände auf diesem Gebiet hat das „Deutsche Institut für ärztliche Mission“ veranlasst, einen „Leitfaden für Arzneimittelspenden“ zu erarbeiten und gemeinsam mit anderen Organisation zu verbreiten. Der Leitfaden wird von den Dachverbänden des pharmazeutischen Großhandels und der Apothekerschaft, Hilfsorganisationen und kirchliche Werke zur Grundlage für die Zusammenstellung von Medikamenten für Länder des Südens genutzt. Der „Verband Forschender Arzneimittelhersteller“ fordert, Arzneimittelspenden ausschließlich nach den Maßstäben des Leitfadens zur Verfügung zu stellen. In dem Leitfaden wird zum Beispiel erläutert, dass erst einmal festgestellt werden muss, ob eine lokale Beschaffung der Medikamente nicht sinnvoller und preiswerter ist. Es muss auch geklärt werden, ob die erbetenen Medikamente auf der Nationalen Arzneiliste stehen, ob sie also zu den anerkannten unentbehrlichen Medikamenten gehören. Wenn aus dem Ausland geliefert werden soll, nennt der Leitfaden eine ganze Reihe wichtiger Gesichtspunkte zu Auswahl, Haltbarkeit, Verpackung etc. und macht so deutlich, dass Arzneimittellieferungen ein sehr komplizierter Vorgang sind, der neben guten Absichten ein profundes Fachwissen erfordert.²⁹⁸ Ohne solche Kenntnisse Medikamente nach Tansania zu senden, ist deshalb oft kein Beitrag zu einer globalen Solidarität, sondern ohne Nutzen, wenn nicht sogar schädlich. Ein sinnvoller Beitrag besteht darin, die erfahrenen Werke zu unterstützen, die medizinische Hilfe leisten, die lokale Medikamentenproduktion fördern und im Falle von Arzneimittellieferungen genau prüfen, was benötigt wird und wie es vor Ort an die richtigen Empfänger gelangt.

Medikamentenproduktion vor Ort

Das „Deutsche Institut für Ärztliche Mission“ in Tübingen verfügt über große Erfahrungen, Gesundheitseinrichtungen im Süden der Welt bei der Herstellung von einfachen Medikamenten zu helfen und damit die Abhängigkeit vom Import teurer Medikamente zu vermindern. So konnte die Apotheke der Universitätsklinik von Port-au-Prince in Haiti dabei unterstützt werden, Infusionslösungen, Augentropfen, Salben und Desinfektionsmittel selbst herzustellen. Damit werden Kosten gespart, vor allem aber wird eine zuverlässige Versorgung ermöglicht.²⁹⁹

In Tansania unterstützt das DIFÄM zehn Krankenhäuser dabei, einfache Arzneimittel selbst herzustellen. Wichtig ist die intensive Schulung und Begleitung in der Startphase. Im Rahmen von vierwöchigen Kursen lernen die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 13 Arzneimittel aus Grundbestandteilen selbständig herzustellen. Ausgewählt wurden Arzneimittel, die sich einfach und kostengünstig herstellen lassen, zum Beispiel Ultraschall-Kontaktgel. Das DIFÄM berät und unterstützt die Krankenhäuser auch bei der Beschaffung von Grundbestandteilen für die Medikamente, damit sie unabhängig von teuren und unzuverlässigen Einkäufen der fertigen Medikamente werden. Gerade angesichts der finanziellen Probleme kirchlicher Krankenhäuser in Tansania als Folge zurückgehender staatlicher Unterstützung und geringer Zahlungsfähigkeit der Patienten sind solche Kosteneinsparungen sehr willkommen.³⁰⁰

Zu den Erfolgen der DIFÄM-Arzneimittelhilfe gehört die Unterstützung beim Aufbau einer Medikamentenproduktion in Nordkorea. Mit Finanzmitteln der Katastrophenhilfe des Diakonischen Werkes der EKD wurde eine Fabrik in Pyöngyang in die Lage versetzt, die gelieferten pharmazeutischen Rohstoffe zu Medikamenten zu verarbeiten. Bereitgestellt wurden auch Geräte zur Produktion sowie Beratung und Fortbildung der Beschäftigten. Die Medikamente werden über UNICEF an die Krankenhäuser in Nordkorea geliefert. So wird es möglich, unter einfachen Bedingungen eine Produktion aufzubauen, die internationalen Standards entspricht und die eine preiswerte Versorgung der verarmten Bevölkerung erlaubt.³⁰¹

Heilpflanzen als preiswerte Alternative

„*Artemisia annua*“ ist ein Name der Hoffnung. Jährlich sterben weltweit 2,5 Millionen Menschen an Malaria. Der deutsche Arzt Dr. Markus Müller und der Pharmazeut Dr. Hans-Martin Hirt haben wissenschaftlich nachgewiesen, dass sich aus der im Kongo wild wachsenden Pflanze *Artemisia annua* ein wirksames und dabei sehr preiswertes Mittel gegen Malaria gewinnen lässt. Dies ist um so wichtiger, als inzwischen ein hoher Resistenzgrad gegenüber den herkömmlichen Mitteln der pharmazeutischen Industrie besteht. Das neue Mittel wurde in Zusammenarbeit der deutschen Organisation „Christliche Fachkräfte International“ und dem „Deutschen Institut für Ärzt-

liche Mission“ untersucht und neben dem Kongo in einigen weiteren afrikanischen Ländern erprobt. Das Mittel hat sich als äußerst wirksam erwiesen und soll jetzt weltweit als preiswertes Medikament eingeführt werden. Es ist ausgebildeten Gesundheitshelfern möglich, die Pflanze im Garten anzubauen und daraus selbst das Medikament zu gewinnen. Die Kosten sind also minimal, und zudem besteht keine Abhängigkeit von der oft unsicheren Versorgung aus der Hauptstadt oder dem Ausland.

Allerdings, ob Zufall oder nicht, auch ein großer Pharmakonzern hat jetzt ein neues Medikament auf den Markt gebracht, das den gleichen Wirkstoff enthält wie die Artemisia-Pflanze. Es gibt große Preisunterschiede, denn das pflanzliche Heilmittel wird aus der kostenlosen kongolesischen Pflanze gewonnen, während der Pharmakonzern seine üblichen Kosten in Rechnung stellt, einschließlich eines großen Werbeetats. Nicht zuletzt wegen dieses Werbeetats wird gefürchtet, dass der Konzern sein teures Produkt auf dem globalen Pharmamarkt durchsetzen wird, ein Produkt, das sich die Armen allerdings nicht leisten können.³⁰²

Dies ist kein Einzelfall. Einerseits wächst das Interesse an Heilpflanzen, und ihre Wirksamkeit wird wissenschaftlich geprüft und nachgewiesen, andererseits versuchen die großen Pharmakonzerne, sich das Wissen anzueignen und durch Patente zu sichern. Die Patentierung dessen, was indigene Völker seit Jahrtausenden wissen, durch pharmazeutische Unternehmen im Westen hat immer wieder zu juristischen Auseinandersetzungen geführt. Die Patentämter sind schon mehrfach zu Schauplätzen der Auseinandersetzung zwischen den Vertretern indigener Völker und Pharmaunternehmen geworden. Das war zum Beispiel im Mai 2000 vor dem Europäischen Patentamt in München der Fall, wo es um die Rechte am indischen Neembaum ging. Der Neembaum ist seit Jahrtausenden die Quelle zahlreicher Heilmittel der indischen Ayurveda-Medizin. In den letzten Jahren haben sich internationale Pharmakonzerne die Patente für verschiedene Arzneimittel auf Neem-Basis gesichert, zum Beispiel ein Verhütungsmittel. Im Mai 2000 ging es um ein gemeinsames Patent des US-Unternehmens W. R. Grace und des US-Landwirtschaftsministeriums für ein Verfahren zur Bekämpfung von Pilzen mit einem Neemöl-Extrakt.

In einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ über den Prozess heißt es, „der Vertreter des amerikanischen Chemie-Großkonzerns schweigt während der gesamten Verhandlung, wie nur ein Mensch schweigen kann, der sich seiner Macht bewusst ist“.³⁰³ Dass er dennoch den Prozess verlor, lag nicht daran, dass die traditionellen Rechte der indischen Bauern anerkannt wurden, sondern die indische Seite mit Zeugen nachweisen konnte, dass ein indisches Unternehmen bereits mit einem sehr ähnlichen Verfahren wie die US-Amerikaner aus dem Öl des Neembaums Pflanzenschutzmittel herstellt. Dennoch war dies ein

kleiner Sieg gegen die mächtige Pharmaindustrie, die sich skrupellos das Wissen dieser Welt aneignet, patentieren lässt und damit große Gewinne erzielt. Zu Recht schrieb Klaus Rieth von Brot für die Welt in der Einleitung eines Buches zu dieser Thematik: „Die Patente, um die es hier geht, sind keine Erfindungen von Menschen, sondern sind Teil von Gottes Schöpfung... Deshalb werden wir uns auch nicht damit abfinden, dass nur auf Grund kurzfristigen Profitdenkens einiger weniger multinationaler Konzerne ein Großteil der Menschheit in Abhängigkeit von diesen Konzernen geraten soll.“³⁰⁴

Weltweit wird der Prozess der Privatisierung der Heilkräfte der Natur und des Wissens der Völker von diesen Heilkräften durch das „Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums“ (TRIPS) im Rahmen der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO betrieben. Bei geistigem Eigentum und dessen Schutz mag mancher an den armen Poeten auf dem berühmten Bild von Spitzweg denken, der nun endlich davor geschützt werden soll, dass seine Gedichte widerrechtlich vervielfältigt werden und er leer ausgeht. Aber das Stichwort „handelsbezogen“ deutet schon an, dass es nicht um Poeten, sondern um die Patente von Unternehmen und großen Forschungseinrichtungen geht, die nun weltweit Einnahmen aus ihren Rechten beziehen. Selbst die Patentierung von Pflanzen und Tieren ist nach den WTO-Bestimmungen möglich, wenn Länder dies nicht ausdrücklich anders geregelt haben.

Dieser totalen Vermarktung der Schöpfung stehen Konzepte gegenüber, die sich an den Interessen der etwa 2,5 Milliarden Menschen orientieren, die keinen geregelten Zugang zu wichtigen Medikamenten haben. Oft ist die Rückkehr zur Nutzung von Heilpflanzen aus der Not geboren, dass keine pharmazeutischen Medikamente zur Verfügung stehen. Aber bei einer gründlichen Prüfung der Wirkungen und der unerwünschten Nebenwirkungen (die auch Heilpflanzen haben) können sie sich als die bessere Alternative erweisen. Weltweit gibt es etwas 20.000 Arzneipflanzen, von denen der größte Teil bisher nicht systematisch untersucht worden ist.

Wie aufwendig dies sein kann, zeigt die Arbeit des kongolesischen Apothekers Konda Ku Mbuta. Angesichts der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Krise seines Landes standen ihm immer weniger importierte Medikamente zur Verfügung. Deshalb entschloss er sich, Heilpflanzen aus verschiedenen Regionen des Landes auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Über 700 Pflanzen trug er bei zwei ausgedehnten Reisen zusammen, aber dann gingen dem staatlichen Institut in Kinshasa, für das er arbeitet, die Gelder aus, sodass eine systematische Forschung nicht fortgesetzt werden konnte. Immerhin war es möglich, die Wirkung einzelner Arzneipflanzen nachzuweisen und zum Beispiel ein Mittel gegen Rheuma zu einem sehr günstigen

Preis auf den Markt zu bringen. Das Interesse der Bevölkerung an diesen Mitteln ist groß, nachdem sie feststellen konnte, wie systematisch und unter guten hygienischen Verhältnissen das Institut die Heilpflanzen erforscht und zu Naturheilmitteln verarbeitet. Mit Unterstützung des Ökumenischen Studienwerkes konnte Konfo Ku Mbula im Jahr 2000 sechs Monate lang in einem Labor in Metz arbeiten, um sich mit den Wirkungen von 14 Pflanzen zu beschäftigen und ihre Verwendung für Heilzwecke zu prüfen.³⁰⁵

In vielen afrikanischen Ländern gibt es noch alte Frauen, die das traditionelle Wissen über die heilende Kraft von Pflanzen bewahrt haben. Über eine von ihnen hat die Zeitschrift des katholischen Hilfswerkes Misereor 2001 berichtet. Ana Banda ist über 70 Jahre alt und lebt im westlichen Teil Mosambiks an der Grenze zu Simbabwe. Als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte war das Gebiet bis Mitte der 90er Jahre weitgehend entvölkert, und die zurückgekehrten Familien müssen völlig neu anfangen. Ein Problem ist die medizinische Versorgung. Für 40.000 Menschen gibt es nur einen Arzt. Als eine deutsche Agrarwirtschaftlerin in das Gebiet kam, um den Familien bei einer nachhaltigen Landwirtschaft zu helfen, gab es zunächst keinen Kontakt zu Ana Banda, die sicher vermutete, die Europäerin habe die üblichen Vorbehalte gegen traditionelle Heilungsmethoden. Aber inzwischen arbeiten die beiden Frauen zusammen, und Ana Banda hat einen Modellgarten für Heilpflanzen angelegt, wo sie ihr Wissen in Kursen an andere Frauen weiter gibt.³⁰⁶

Es wird von vielen negativen Erfahrungen mit traditionellen Heilern in Afrika berichtet³⁰⁷, aber es gibt auch eine ganze Reihe von Männern und Frauen, die die Kenntnisse vieler Generationen bei der Anwendung von Heilpflanzen kennen und zum Wohle ihrer Mitmenschen einsetzen. Zwischen ihnen und den Vertretern der westlichen Medizin gab es lange Zeit große gegenseitige Vorbehalte, aber auch mit westlichen Methoden ausgebildete Ärzte und Apotheker haben inzwischen erkannt, wie groß das Wissen vieler traditionell arbeitender „Konkurrenten“ über die Heilwirkung von Pflanzen ist. In Tansania ist zum Beispiel an einer angesehenen staatlichen Gesundheitseinrichtung eine Abteilung für traditionelle Medizin eingerichtet worden und im Gesundheitsministerium gibt es einen Arbeitsbereich, der für die Arbeit von traditionellen Heilkundigen zuständig ist. Seit 1970 wurden mit Unterstützung chinesischer Fachleute 1.000 Pflanzen, die von traditionellen Heilkundigen verwendet werden, auf ihre Wirksamkeit geprüft. 62 von ihnen wurden eindeutig als wirkungsvoll anerkannt. Auch in kirchlichen Gesundheitseinrichtungen des Landes wird der Versuch unternommen, traditionelle und westliche Medizin zum beiderseitigen Nutzen miteinander in Verbindung zu bringen.³⁰⁸

Zu den verantwortungsbewussten Kräuterheilkundigen gehört Jumanne

Kabeyas in Dar es Salaam, der seine Kenntnis in der Jugend von seiner Großmutter erworben hat. Bevor er einen Patienten mit Medikamenten aus Kräutern behandelt, bittet er ihn, eine Diagnose der Krankheit von einer anerkannten medizinischen Stelle erstellen und sich gegebenenfalls röntgen zu lassen. Erst wenn eine klare Diagnose vorliegt, beginnt die naturheilkundliche Behandlung. Der Heilkundige kennt seine Grenzen und weiß zum Beispiel, dass er kein Kraut zur Heilung von Aids hat, aber immerhin Mittel, die das Leben der Kranken verlängern können. Jumanne Kabeyas ist mit seiner Heilkunst nicht reich geworden, denn er orientiert sich an den Ratschlägen seiner Großmutter und nicht an den Gesetzen des Marktes. Die Großmutter hatte ihm gesagt: „Jumanne, ich weiß, dass du Kräuterheilkundiger werden willst, und ich sehe Anzeichen dafür, dass du Erfolg haben wirst. Erstens rate ich dir, mache kein Geschäft daraus, ein Dienst an der Menschheit soll es für dich sein. Zweitens, nie sollst du mit deinen Kundinnen anbandeln. Drittens, sei nicht gierig, denn dieser Beruf ist eine Berufung.“³⁰⁹

In einer kirchlichen Krankenpflegeschule in Goma im Kongo haben die Schülerinnen und Schüler einen Heilpflanzengarten angelegt, wie aus einem Bericht der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) hervorgeht. Hintergrund für den Kurs zum Thema „Natürliche Medizin in den Tropen“ ist, dass viele Absolventen der Schule in Regionen des Kongo arbeiten werden, wo es keine regelmäßige Versorgung mit Medikamenten gibt. So lernen sie zum Beispiel, aus Eukalyptus und Cayennepfeffer eine wirksame Rheumasalbe herzustellen. Aus Zutaten wie Palmöl und Honig wird eine Wund- und Brandsalbe gewonnen.³¹⁰ Ähnliche Berichte gibt es auch aus vielen Gebieten im Süden der Welt, zum Beispiel aus dem Gebiet der Mapuche im Süden Chiles. Traditionell verfügen die Mapuche über große Kenntnisse von Heilpflanzen, aber dieses Wissen droht verlorenzugehen, und außerdem werden immer mehr der ursprüngliche Wälder Südchiles vernichtet. Deshalb wandten sich Mapuche-Frauenorganisationen an die Methodistische Kirche und baten sie um Unterstützung bei einem Heilkräuterprojekt. Jetzt werden die Kenntnisse über die Heilkräuter systematisch zusammengetragen, und man hat begonnen, die Kräuter in Gärten anzubauen. Interessanterweise gibt es in diesem Projekt auch eine „internationale“ Dimension. Mit den Einwanderern sind nämlich auch europäische Heilpflanzen wie Johanniskraut nach Chile gekommen, deren Wirkungen die Mapuche bisher nicht kannten. Im Rahmen eines kulturüberspannenden Erfahrungsaustausches ergänzen sich jetzt die Heilpflanzenkenntnisse von Europäern und Mapuche.³¹¹

Es gibt auch ein positives Beispiel dafür, dass über nationale Grenzen hinweg eine kommerzielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Heilpflanzen möglich ist. Seit über 20 Jahren gibt es nordöstlich von Kairo eine große Farm, wo im Rahmen einer ökologischen Landwirtschaft Arzneipflanzen wie Hibis-

kus und Zitronengras angebaut werden. Der Name der Firma, Sekem, bedeutet übersetzt „lebenspendende Sonnenkraft“, und dieses Unternehmen ist so erfolgreich, dass inzwischen 180 weitere Biohöfe in Ägypten Heilkräuter anbauen, die zentral verarbeitet und dann vor allem nach Deutschland geliefert werden. Hier werden sie zu pflanzlichen Arzneimitteln verarbeitet, während es bisher in der ägyptischen Pharmaindustrie kein Interesse an Naturheilmitteln gab. Deshalb hat Sekem gemeinsam mit einem deutschen Pharmaunternehmen ein Joint Venture gegründet und bietet mit einer Anschubfinanzierung aus Mitteln der deutschen Entwicklungshilfe von Kräutertees bis zu verschreibungspflichtigen Medikamenten gegen Herzleiden ein breites Spektrum von Präparaten auf der Basis von Heilpflanzen an. Mittlerweile ist dieses Angebot in 8.000 ägyptischen Apotheken vorrätig. Mit wissenschaftlich geprüften und vom ägyptischen Gesundheitsministerium zugelassenen Präparaten ist die Firma inzwischen in der Lage, selbst den internationalen Pharmakonzernen, die im Lande tätig sind, Konkurrenz zu machen.³¹²

Schritte zu einer anderen Globalisierung

1 Das Überleben von vielen Millionen Menschen im Süden der Welt ist dadurch gefährdet, dass die Medikamente zu Preisen angeboten werden, die weit über ihren finanziellen Möglichkeiten liegen. Ziel muss es deshalb sein, ihnen kostenlos oder zu einem minimalen Preis die Arzneimittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Gesundung oder zur Linderung ihrer Schmerzen brauchen.

2 Es muss verhindert werden, dass kriminelle Banden, die international operieren, die Notlage von armen Menschen ausnutzen, um mit hohen Gewinnen gefälschte Medikamente zu verkaufen. Dies erfordert ein System der Verteilung und des Verkaufs von Medikamenten, das überschaubar ist und Kontrollen importierter Medikamente einschließt. Ein wirksames Mittel gegen die oft mörderischen Aktivitäten der Fälscher besteht darin, bezahlbare Medikamente in Krankenhäusern und zugelassenen Apotheken anzubieten.

3 Das Konzept der Weltgesundheitsorganisation WHO, mit einer Liste unentbehrlicher Arzneimittel, den Import und Verkauf von Medikamenten zu verhindern, die nicht gebraucht werden oder überteuert sind, verdient eine breite Unterstützung. Es kann auch in Ländern wie Deutschland zur Begrenzung der Arzneimittelkosten beitragen. Damit dieses Konzept wirkt, muss es eingebettet sein in ein umfassendes Reformprogramm des Gesundheitswesens, das zum Ziel hat, eine finanzierbare Versorgung für alle sicherzustellen und dafür auch die Gewinnmöglichkeiten einzelner Akteure wie der Pharmaunternehmen zu begrenzen.

4 Der staatliche Beitrag zur medizinischen Forschung dient häufig dazu, die heimischen Pharmaunternehmen bei der Entwicklung neuer Medikamente zu unterstützen, vor allem in der Durchführung von Grundlagenarbeit für die Gewinnung neuer Wirkstoffe. Der Staat sollte sich stärker auf die Bereiche konzentrieren, wo es kein ausreichendes privatwirtschaftliches Interesse gibt, so vor allem auf Mittel gegen Krankheiten, die unter armen Menschen in den Tropen weit verbreitet sind. Dabei gilt es auch, die Forschungskapazitäten in den Ländern des Südens selbst zu stärken.

5 Das internationale Patentrecht, wie es gegenwärtig vor allem in der Welthandelsorganisation formuliert und durchgesetzt wird, muss grundlegend reformiert werden. Der gegenwärtige 20jährige Patentschutz entspricht ausschließlich den Interessen der großen Pharmaunternehmen in der westlichen Welt. Es muss den armen Ländern erlaubt werden, beziehungsweise erlaubt bleiben, Medikamente zu produzieren und auch in andere Länder des Südens zu exportieren, die nicht zuletzt deshalb preiswert sind, weil Patente auf die Wirkstoffe nicht anerkannt werden. Diese preiswerten Medikamente, die unter anderem in Indien produziert werden, ermöglichen die Arzneimittelversorgung vieler Millionen Menschen.

6 Die WTO-Verhandlungen über Patentrechte und bilaterale Verhandlungen, wie sie vor allem von den USA vorangetrieben werden, dienen nicht nur dem Ziel, einen großen globalen Medikamentenmarkt zu schaffen, sondern auch dazu, unliebsame Konkurrenten ohne Patente aus diesem Markt zu verdrängen. Diese Verhandlungen müssen sehr viel kritischer begleitet und beeinflusst werden. Dabei kann nicht oft genug herausgestellt werden, dass auch viele westliche Staaten noch vor kurzer Zeit selbst keine Patente auf Medikamente anerkannt haben und dass viele der patentierten Medikamente auch auf staatlich finanzierten Forschungsprogrammen beruhen.

7 Der Aufwand der großen Pharmaunternehmen für Werbung und Marketing erreicht bis zu einem Drittel des Umsatzes. Dadurch werden die Medikamente nicht nur unnötig verteuert, sondern es wird auch eine

einseitige Ausrichtung vieler Fortbildungsangebote für Ärztinnen und Ärzte auf die Interessen der finanzierenden Pharmaunternehmen gefördert. Ebenso wird eine unabhängige Berichterstattung in vielen Zeitschriften verhindert, und sie werden zu PR-Instrumenten missbraucht, obwohl sie zur Fortbildung der Ärzteschaft dienen sollen. Es muss sowohl bei uns als auch im Süden der Welt eine von Geschäftsinteressen unabhängige Fortbildung und medizinische Fachpresse gefördert werden.

8 Der Gesundheitsbereich muss eine Priorität der Förderungen kirchlicher Entwicklungsorganisationen und Missionswerke bleiben. Dazu gehört auch der Medikamentenbereich. Keine Hilfe für die von Krankheit betroffenen Menschen sind unprofessionell zusammengestellte und nach Afrika oder Asien gesandte Medikamentenspenden. Das „Deutsche Institut für Ärztliche Mission“ hat einen Leitfaden erarbeitet, der hilft, solche Fehler zu vermeiden.

9 Besser als Medikamentenspenden sind oft Hilfen beim Aufbau einer einfachen Arzneimittelproduktion im Lande selbst. Es gibt viele ermutigende Beispiele dafür, dass mit geringem Finanzaufwand und guten Fortbildungsangeboten für Beschäftigte von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen eine solche lokale Versorgung entstehen kann. Solche Initiativen sollten noch stärker gefördert werden, um die extreme Abhängigkeit von Importen zu vermindern.

10 Seit vielen Jahrtausenden tragen Heilpflanzen erfolgreich dazu bei, kranke Menschen zu heilen und Schmerzen zu lindern. Dieses Wissen ist in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden. Mancherorts wird jetzt versucht, die Wirkung von Heilpflanzen systematisch zu untersuchen und das Wissen von traditionellen Heilkundigen für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung einzusetzen. Dabei sind schon beachtliche Erfolge erzielt worden.

11 Bedroht wird die Verwendung von Heilpflanzen als preiswerte und gute Alternative zu den Angeboten der Pharmaindustrie allerdings dadurch, dass skrupellose Unternehmen sich die Patente an den Wirkstoffen von Heilpflanzen sichern und damit weltweite Monopole auf die Nutzung solcher Wirkstoffe dazu nutzen, teure Medikamente anzubieten. Das Patentrecht muss dringend präzisiert und verändert werden, um solche Aneignungen des Jahrtausende alten Wissens der Völker der Welt zu verhindern.

12 Die Auswüchse des Geschäfts mit Medikamenten zeigen, wie dringend erforderlich es ist, sich darauf zurückzubesinnen, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist und dass alle Tätigkeiten zur Erhal-

tung oder Wiederherstellung von Gesundheit mit einer hohen Verantwortung verbunden sind. Kirchliche Klöster und Krankenhäuser haben seit vielen Jahrhunderten gezeigt, wie eine Gesundheitsversorgung jenseits von Gewinnmotiven gestaltet werden kann. Diese Tradition gilt es neu zu beleben und als Alternative zu dem Versuch zu propagieren, den Gesundheitsbereich in einen einzigen globalen und sehr profitablen Markt zu verwandeln. Teil des kirchlichen Engagements muss es sein, die alternativen Konzepte für die Versorgung mit Medikamenten zu fördern.

Globalisierung – die Ökumene als Alternative

„Der Logik der Globalisierung muss durch ein alternatives Lebenskonzept, nämlich die Gemeinschaft in Vielfalt, in Frage gestellt werden. Christen und Kirchen sollten über die Herausforderung der Globalisierung aus der Perspektive des Glaubens nachdenken und deshalb Widerstand gegen die einseitige Dominanz wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung leisten. Die Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem sowie die Einführung wirksamer politischer Beschränkungen und Korrekturen des Globalisierungsprozesses sind dringend erforderlich.“³¹³ Der Beschluss der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Harare im Jahre 1998 ist eindeutig, und es gibt viele andere Beschlüsse und Stimmen aus der weltweiten Ökumene, die einen entschiedenen Beitrag der Kirchen und ihrer Mitglieder zu einer anderen Globalisierung fordern.

Dies ist darin begründet, dass sich die negativen Auswirkungen der vorherrschenden Globalisierung auf ärmere Bevölkerungskreise in aller Welt und auf die Schöpfung immer deutlicher zeigen, aber auch darin, dass das Miteinander der Christinnen und Christen in diesem Prozess Schaden nimmt. Die ökumenische Gemeinschaft ist von der Globalisierung stärker beeinflusst und beeinträchtigt, als dies hierzulande wahrgenommen wird. Die Gemeinschaft der Christinnen und Christen soll das Beispiel für ein geschwisterliches Zusammenleben und der Zusammenarbeit von Menschen in allen Teilen der Welt sein. Allerdings sind die Kirchen oft weit hinter den Maßstäben des Reiches Gottes zurückgeblieben. Dies gilt vor allem in all den Fällen, wo Kirchen und Missionen sich mit den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Kräften verbündet haben, die auf Kosten des Restes der Menschheit zu Weltmächten wurden. Das Bündnis von Thron und Altar beim Aufbau des spanischen Weltreiches ist nur eines von vielen Beispielen. Auch heute fehlt es nicht selten an der nötigen Distanz zu den Mächten, die diese Welt beherrschen. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf das Kirchesein und das ökumenische Miteinander.

Deshalb gibt es in den Kirchen eine breite Bewegung, die gegen die Missstände der gegenwärtigen Globalisierung protestiert und nach Alternativen sucht. Der katholische Bischof Franz Kamphaus spricht unter dem Stichwort „Eine Welt auf dem Weg zur Solidarität“ von „den weltweiten politischen Aufbrüchen gegen den neoliberalen Marktradikalismus“. Er fährt dann fort:

„Immer mehr Menschen stellen sich der Ökonomisierung aller Lebensbereiche entgegen. Sie sind nicht mehr bereit hinzunehmen, dass die Politik ganz und gar ins Schlepptau der Ökonomie gerät. Sie sagen: Wir dürfen unsere Seele doch nicht an den Markt verkaufen! Und sie haben Recht!“³¹⁴

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – eine Krise auch für die Kirchen

Die weiter wachsende Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt und die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus der dynamischen globalen Ökonomie wirken sich sowohl auf die einzelnen Kirchen und ihre Mitglieder aus, als auch auf die Beziehungen zwischen den Kirchen. Gab es in den 60er und 70er Jahren noch eine weit verbreitete Hoffnung, die Probleme im Süden der Welt ließen sich in relativ kurzer Zeit lösen und die kirchlichen Entwicklungsprojekte könnten hierzu einen signifikanten Beitrag leisten, so ist jetzt deutlich, dass der Prozess des „Aufholens“ unter den Bedingungen des bestehenden Weltwirtschaftssystems für viele Länder ein fast aussichtsloser Versuch ist. Das bedeutet auch, dass viele Kirchen im Süden der Welt auf lange Zeit auf eine finanzielle Unterstützung aus dem Norden angewiesen bleiben und dass die meisten ihrer Mitglieder in tiefer Armut existieren, während sie wissen, in welchem Reichtum die Christen in anderen Teilen der Welt leben. Als Folge der gegenwärtigen globalen Prozesse nimmt auch innerhalb der ärmeren Länder die Kluft zwischen „Habenden“ und „Nicht-Habenden“ zu. Das hat zur Konsequenz, dass die sozialen Unterschiede innerhalb der Kirchen im Süden und zwischen diesen Kirchen wachsen.

Wenn die Ökumene für sich in Anspruch nehmen will, eine Alternative zur vorherrschenden Globalisierung darzustellen, wird sie einen Weg finden müssen, mit dieser wachsenden Kluft in den eigenen Reihen umzugehen. Ein erster Schritt besteht darin, diese sozialen Unterschiede anzusprechen. Noch relativ leicht ist dies im Blick auf die Unterschiede zwischen Gemeinden im Norden und Süden der Welt. Die „Anderen“ sind weit weg, und die Kluft ist so offenkundig, dass es keine großen Barrieren gibt, sie zu benennen. Sehr viel schwieriger gestaltet es sich, die sozialen Unterschiede innerhalb von

Kirchen und Kirchengemeinden zu thematisieren. Das ist eine Erfahrung sowohl in reichen wie in armen Kirchen. Zwar wird in vielen Gemeinden in allgemeiner Form thematisiert, dass es reiche und arme Christen gibt und dass die reichen Christen eine besondere Verantwortung haben. Aber sehr konkret werden die allermeisten Predigerinnen und Prediger in dieser Frage nicht. Das zeigt sich zum Beispiel anhand der Predigten über den „Urkommunismus“ der ersten Gemeinde in Jerusalem. Wo wird schon der Versuch unternommen, nach Konsequenzen der Gütergemeinschaft der ersten Gemeinde für unsere heutige Kirche zu fragen? Viel einfacher ist es, sich auf die Position zurückzuziehen, nur die Erwartung der baldigen Wiederkehr Christi hätte ein solches egalitäres Zusammenleben möglich gemacht. Aber, so läßt sich einwenden, erwarten wir heute nicht mehr, dass das Reich Gottes nahe ist? Dass dieses Reich schon mitten in dieser Welt beginnt, müsste eigentlich Konsequenzen für das Zusammenleben in heutigen Gemeinden haben.

Es sind bisher immer nur kleinere Gruppen in den Kirchen gewesen, die sich an diesem „urkommunistischen Modell“ orientiert haben. Aber es müsste möglich sein, über die Kluft zwischen Arm und Reich in der eigenen Kirche und der eigenen Gemeinde ins Gespräch zu kommen. Dabei kann auch an die Aussagen des Paulus erinnert werden, dass die Abendmahlsgemeinschaft gefährdet ist, wenn die einen im Reichtum schwelgen und die anderen darben (1. Kor 11, 20ff.). Die Reichen in Korinth aßen offenbar zu Hause, bevor sie zum gemeinsamen Mahl kamen, bei dem Brot und Wein geteilt wurden. Die Reduzierung des gemeinsamen Mahls auf eine symbolische Handlung und die Beibehaltung der krassen sozialen Unterschiede beim heimischen Essen geißelte Paulus mit deutlichen Worten: „Denn ein jeder nimmt beim Essen sein eigenes Mahl vorweg, und der eine ist hungrig, der andere ist betrunken.“³¹⁵ Paulus stellte die Frage, ob durch ein solches Verhalten die Gemeinde Gottes verachtet werde.

Professor Eberhard Jüngel hat in einer Bibelarbeit beim Kirchentag 1999 über die Menschen, die nicht teilen können, gesagt: „Sie essen und trinken und lassen andere darben. Sie ignorieren den elementaren Tatbestand, dass Brot und Wein und nicht nur Brot und Wein, sondern alle Lebensmittel zum *Teilen* da sind. Und diese erbärmliche egoistische Ignoranz ignoriert nicht nur die Bedürfnisse der Habenichtse, sie ignoriert mit den Bedürftigen zugleich den, dem sie Brot und Wein verdanken.“³¹⁶ Es geht also um ganz fundamentale Fragen unseres Glaubens und unserer Zugehörigkeit zum Leib Christi, wenn wir von der sozialen Kluft innerhalb der Gemeinde sprechen. Paulus kann uns helfen, dieses Gespräch „in Liebe“ zu suchen, also nicht die soziale Kluft um eine Kluft in den persönlichen Beziehungen zu ergänzen. Aber die Beschäftigung mit der Geschichte vom armen Lazarus und dem reichen Mann macht deutlich, dass das Ansprechen der sozialen Unterschiede

auch und gerade für die Reichen wichtig ist, damit sie neu darüber nachdenken, wie sie mit ihrem Reichtum umgehen.

Es muss aber auch das Gespräch zwischen den Kirchen und Kirchengemeinden in einer Region oder einem Land gesucht werden. Besonders im Süden der Welt gibt es eine Tendenz, zu einer Fragmentierung der Kirchen nicht nur nach denominationellen Linien, sondern auch entsprechend sozialer Grenzen. Vor pauschalen Urteilen muss hier gewarnt werden. Es wäre unsinnig, die große Vielfalt der aus der Missionsbewegung hervorgegangenen Kirchen, der charismatischen Gemeinden und Pfingstbewegung danach zu katalogisieren, ob sie nur die Armen, nur den Mittelstand oder nur die Reichen ansprechen würden. Es lassen sich aber zwei Tendenzen beobachten. Zum einen findet sich oft schon eine solche Trennung zwischen Gemeinden dadurch, dass Bewohner wohlhabenderer Wohngebiete ihre (zunächst große) Kirche hier im Mittelstandsmilieu haben, während ärmere Christen oft in anderen Wohngegenden – mitunter sogar Slums – leben und hier ihre eigenen Gemeinden haben. Dies wird dadurch verstärkt, dass sich in vielen Ländern die Reichen zunehmend in gut bewachten Wohnsiedlungen verschanzen, zum Schutz vor Kriminalität und zur Abschottung vor den sozialen Problemen ihrer Städte. Die Kirchengemeinden in solchen Gebieten haben quasi automatisch eine andere soziale Zusammensetzung als die Gemeinden in Slumgebieten. Auch werden sich die wenigen Armen, die sich vielleicht in eine solche Gemeinde verirren, schnell ihrer Isolierung bewusst werden und sich eine andere Gemeinde oder Kirche suchen.

Die Vereinigte Kirche Christi der Philippinen gehört zu den Kirchen in der weltweiten Ökumene, die sich deutlich zu politischem Unrecht und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit äußern und für Veränderungen engagieren. Dennoch musste Bischof Erne Camba Mitte der 90er Jahre in einem Interview zur kirchlichen Situation auf den Philippinen feststellen: „Man muss sagen, dass unsere großen Kirchen sich vor allem um die Reichen kümmern. Das gilt auch für meine eigene Kirche, die ‚United Church of Christ‘. Die Leitung unserer Kirche äußert sich in Erklärungen zu Gunsten der Slumbewohner, aber unsere großen Kirchengemeinden in Manila sind weit weg von den Menschen in den Slums, und Menschen in Lumpen kommen nicht in einen Gottesdienst, in dem die anderen in Anzügen und schönen Kleidern erscheinen. Wohlhabende Gemeinden haben Kirchen mit ‚Air Conditioning‘ gebaut. Für die Slumbewohner gibt es dagegen einfache Kirchen am Rande der Stadt. Die Reichen Gemeinden stellen Gelder für Wohlfahrtsprogramme für die Armen zur Verfügung, beteiligen sich aber nicht an Initiativen zur grundlegenden Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen.“³¹⁷ Bischof Camba versucht deshalb, die Theologiestudentinnen und -studenten mit der sozialen Situation von armen und reichen Gemeinden zu konfrontie-

ren und so zum Nachdenken darüber zu bewegen, was es bedeutet, armer Christ oder arme Christin in der Vereinigten Kirche Christi zu sein.

Die zweite Tendenz besteht darin, dass einzelne Kirchen und Gemeinden durch ihre Theologie und Predigt bestimmte soziale Gruppen ansprechen. Ein Beispiel dafür habe ich in Taiwan kennengelernt. Am Rande eines riesigen industriellen Komplexes bei Taipeh, in dem High-Tech-Produkte hergestellt wurden, hat sich eine selbständige lutherische Gemeinde gebildet, zu der vor allem leitende Angestellte und ihre Familien gehören. Sie werden durch die Predigten und das übrige Gemeindeleben darin bestärkt, individuellen Aufstieg und Erfolg als Zeichen der Zuwendung Gottes anzusehen und alles zu tun, um erfolgreich in der modernen Welt zu sein. Demgegenüber ist, wie der Pfarrer im Gespräch bekennt, die Bereitschaft der Gemeinde, sich sozial zu engagieren, bisher ausgesprochen gering.³¹⁸ Andere Gemeinden und Kirchen sprechen die ganz Armen dieser Welt an, die nicht mehr erwarten, dass sie in diesem irdischen Dasein noch ein Ende von Hunger und Not erleben werden. Sie lassen sich ganz auf die Verheißung ein, dass die Schrecken der gegenwärtigen Welt ein klares Zeichen dafür sind, dass das Reich Gottes nahe herbei gekommen ist. Je größer die Not, desto näher die Rettung. Im Glauben, dass das himmlische Jerusalem schon am Horizont zu sehen ist, lässt sich die materielle Erbärmlichkeit des jetzigen Lebens besser ertragen.

Diese zwei Richtungen sind hier nur knapp und grob skizziert, und es gibt zahllose weitere Bemühungen, die Situation von neuem Reichtum und alter Armut theologisch zu deuten und in Predigt und Gemeindeleben den jeweiligen Gruppen der Bevölkerung zu helfen, einen Sinn und eine Orientierung in ihrem Leben zu finden. Die Versuchung ist groß, einzelne dieser theologischen und kirchlichen Wege zu verdammern, und leicht lassen sich zum Beispiel wirklich erschreckende Aussagen der „Theologie des Wohlstands“ finden, die dann dazu dienen, eine ganze kirchliche Bewegung zu diskreditieren. Was aber zu wenig geschieht, ist der Versuch, zwischen den Kirchen darüber ins Gespräch zu kommen, wie sie nach Antworten auf die Fragen von Reichtum, Wohlstand, Armut und Elend suchen. In diesem ökumenischen Gespräch könnte deutlich werden, wie die je eigene soziale Situation das theologische Denken und das Gemeindeleben ganz entscheidend prägen.

Neben dem Ansprechen der sozialen Frage in der eigenen Gemeinde und Kirche kommt es also darauf an, sich Rechenschaft darüber abzulegen, wie die soziale Verankerung der Gemeinde und die Kluft zwischen Armen und Reichen das eigene Kirchesein prägen und die eigene Theologie beeinflussen. Das ist nun in der Tat ein heikler Punkt. In der deutschen Theologie wird nur ganz allmählich wahrgenommen, dass es nicht nur kontextuelle Theologien in Lateinamerika, Afrika und Asien gibt, sondern dass auch die eigene

Theologie eine kontextuelle Theologie ist.³¹⁹ Diese Einsicht nun aber auf die Ebene der Gemeinde zu übertragen und die Gemeinderealität und die Theologie, die die Predigten durchzieht, auf die soziale Situation in der Gemeinde zu beziehen, lässt Konflikte erwarten. Auch hier ist ein behutsames, aber konsequentes Vorgehen angezeigt. In diese Gespräche muss dann auch einfließen, wie der Prozess der Globalisierung sich auf die soziale Realität und damit auch auf das Gemeindeleben auswirkt. Es wird dann deutlich, wie vielfältig diese Auswirkungen sind, angefangen vom Verlust von Arbeitsplätzen im örtlichen Textilbetrieb, weil das Unternehmen seine Produktion in ein Billiglohnland verlegt hat, bis hin zu der Beobachtung, wie viele Menschen in der Gemeinde in globale Wirtschaftsprozesse einbezogen sind, sei es als Techniker, die häufig zur Montage nach Polen oder Thailand reisen, sei es als Manager, der virtuell und real mit Geschäftspartnern in der ganzen Welt im Gespräch ist.

Der nächste Schritt besteht darin, Konsequenzen aus diesen Einsichten zu ziehen. Ökumene als andere Globalisierung beginnt am eigenen Ort. Oft werden dies zunächst nur kleine Zeichen sein. Zum Beispiel kann diskutiert werden, für welche Aufgaben der Haushalt der Kirchengemeinde zur Verfügung steht und welche Änderungen zugunsten von Programmen im Interesse der ärmeren Bevölkerungsteile sinnvoll und notwendig sind. Auch ist zum Beispiel zu prüfen, wie die Eigenbeiträge der Eltern im kirchlichen Kindergarten so gestaffelt werden können, dass noch mehr Kinder aus ärmeren Familien einen Zugang erhalten. Es kann in einer Kirche aber auch die Sensibilität dafür wachsen, wie krasse soziale Unterschiede sich auf die Finanzsituation einzelner Gemeinden auswirken und dass über den „offiziellen“ Finanzausgleich hinaus auch eine Solidarität unter Gemeinden notwendig ist.

Große Bedeutung kommt der Frage zu, wie eine Gemeinde und eine Kirche mit Zuwanderern umgehen. Das beginnt damit, wie fremdsprachige Gemeinden behandelt werden, die in der eigenen Kirche ihre Sonntagsgottesdienste feiern. Ökumene muss sich vor Ort bewähren, und angesichts zunehmender Migration ist zu erwarten, dass diese ökumenischen Begegnungen am eigenen Ort zunehmen. Es gilt auch, sensibel wahrzunehmen, wie sich die Armut vieler Mitglieder dieser Einwanderergemeinden und -kirchen auswirkt und dass die sehr viel reichere deutschsprachige Gemeinde zum Teilen herausgefordert ist.

Ökumene vor Ort reicht, wenn man diesen Begriff umfassend versteht, über die Zusammenarbeit christlicher Gemeinden hinaus. Es geht auch um die Zusammenarbeit mit Menschen anderen Glaubens. Die wachsende soziale Kluft zwischen Arm und Reich verläuft nicht selten auch entlang religiöser Linien. Das schafft in vielen Ländern und an vielen Orten Spannungen, bietet aber auch die Chance, über religiöse Grenzen hinweg nach Möglichkeiten des sozialen Ausgleichs zu suchen. Jedenfalls ist ein Dialog zwischen den Religionsge-

meinschaften unter Ausklammerung sozialer Fragen angesichts der krassen Unterschiede und Konflikte in der heutigen Welt nicht sinnvoll. In dieser Hinsicht können wir viel von den Kirchen in Asien lernen, die schon sehr viel länger in multireligiösen Gesellschaften leben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines katholischen Laientreffens in Asien haben 1998 erklärt: „Die Kirche muss sich auf einen Dialog des Lebens zubewegen, der eine gegenseitige Beziehung unter Gleichen aufbaut. Asiatische Menschen schätzen den Dialog des Lebens, der einem Leben entspringt, das unter den Menschen gelebt und erfahren wird, besonders unter jenen, die Opfer von Ausbeutung sind.“³²⁰ Das Miteinander auf lokaler Ebene ist eine wichtige Grundlage dafür, dass die Religionen sich auf weltweiter Ebene gemeinsam für die Zukunft dieses Planeten engagieren. Zu dieser Aufgabe schreibt Professor Gerhard Grohs: „Für die Zukunft der Religionen ergeben sich zwei Optionen: Entweder kann es zu einem Konflikt zwischen den Weltreligionen, wie Huntington prophezeit hat, oder zu einer Annäherung kommen, weil... sie mehr Gemeinsamkeiten entdecken als die bisher so betonten Unterschiede.“³²¹

Es gibt glücklicherweise eine ganze Reihe von weltweiten Bemühungen um ein Miteinander der Religionen. Zu erwähnen sind das Projekt Weltethos, das von Professor Küng initiiert wurde, das Weltparlament der Religionen und die World Conference on Religion and Peace sowie auf christlicher Seite die Dialogabteilungen der einzelnen Kirchen, der Kirchenräte, des ÖRK und der konfessionellen Weltbünde.³²²

Ökumenisches Teilen – nur ein Schlagwort?

Wer schon einmal miterlebt hat, wie Begegnungen von Kirchenvertreterinnen und -vertretern dadurch überschattet werden, dass die einen ganz dringend und existentiell auf die finanziellen Zuwendungen der anderen angewiesen sind (und seit Jahrzehnten in dieser Position geblieben sind), weiß, wie unendlich schwierig es ist, wirklich zu gemeinsamen Haushaltern Gottes zu werden. Diese Situation ist nicht davon zu trennen, dass der Reichtum auf der Welt extrem ungleich verteilt ist und diese Kluft noch zunimmt.

Neben dem Ziel, diese Kluft abzubauen, bleibt es kurzfristig eine ökumenische Aufgabe, nach neuen Formen des ökumenischen Teilens zu suchen.

Das Entwicklungs“projekt“ im herkömmlichen Sinne ist in einer Zeit entstanden, als man daran glaubte, dass die wirtschaftlich ärmeren Länder bald aufholen würden und dass die Durchführung von möglichst vielen Projekten einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten würde. Beide Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Das hat zu vielen Veränderungen im Engagement für eine umfassende Entwicklung geführt, aber das „Projekt“ hat all diese Veränderungen unbeschadet überstanden. Auch weiterhin wird üblicherweise vom Partner im Süden ein Antrag gestellt, und dieser wird in einer Entwicklungseinrichtung im Norden geprüft. Es werden Rückfragen gestellt, eine Vorlage geschrieben und dann entscheidet ein Gremium in Deutschland oder England, ob Gelder für dieses Projekt bewilligt werden. Im positiven Falle wird ein Vertrag geschlossen, in dem der nördliche Partner vor allem die Verpflichtung zur Zahlung von Geldern übernimmt, während der Partner im Süden sich zu einem Einsatz der Gelder entsprechend der Bewilligung und zu einer ausführlichen Rechenschaft über die Verwendung der Mittel und den Erfolg des Vorhabens verpflichtet. Wenn all dies „abgewickelt“ ist, folgt das nächste Projekt. Die Qualität der Projekte hat sich in sehr vielen Fällen positiv verändert, ein Problem in der ökumenischen Zusammenarbeit ist aber, dass die Machtverhältnisse weitgehend unverändert geblieben sind.

Es gibt seit Jahren Bemühungen, zu einem wirklich ökumenischen Teilen zu kommen, also die Partner im Süden gleichberechtigt an den Entscheidungen über die Vergabe von Mitteln zu beteiligen. So hat der Ökumenische Rat der Kirchen verschiedene Instrumente geschaffen, um am runden Tisch gemeinsam zu entscheiden, welche Vorhaben besonders förderungswürdig sind. Ähnlich gehen zum Beispiel auch der Lutherische Weltbund und der Reformierte Weltbund vor. Auch in ökumenischen Fachorganisationen wie der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation wird von international zusammengesetzte Gremien über die Förderung von Vorhaben entschieden. Leider ist der Anteil dieser ökumenischen Förderungen am Gesamtvolumen kirchlicher Entwicklungsförderungen relativ gering, und es ist auch keine Tendenz zu deutlichen Steigerungen zu erkennen.

Die Gründe dafür sind vielfältig und zeigen zugleich, wo auf dem Weg zu einem wirklich ökumenischen Teilen angesetzt werden kann. Zunächst einmal arbeiten manche der ökumenischen Förderstrukturen sehr schwerfällig, und bis zur Auszahlung von Geldern kann es lange dauern. Vielleicht sind es nicht die besonders kreativen und dynamischen Initiativen, die diesen Prozess überstehen. Außerdem sind manche Stabspositionen in ökumenischen Organisationen so besetzt worden, dass dem Anliegen eher geschadet als gedient wurde. Von daher ist meines Erachtens eine kritische Überprüfung der bestehenden Formen des ökumenischen Teilens im Interesse derer, die von möglichen finanziellen Förderungen profitieren sollen, dringend ge-

boten. So kommt man auch dem Ziel näher, ökumenische Strukturen des Teilens noch stärker als Alternative zu bilateralen Förderungen auszubauen.

Ein weiterer Grund für die Stagnation des ökumenischen Teilens besteht darin, dass es unter den Kirchen im Norden kein Einvernehmen darüber gibt, dass es sinnvoll ist, ökumenische Formen des Teilens von Ressourcen zu fördern. Vor allem in den USA, aber nicht nur dort, gibt es sehr starke Tendenzen, bilateral Programme zu fördern, oft eng verbunden mit der Entsendung von Entwicklungs- und Missionspersonal. Dabei geht es auch um die Erwartung vieler Spenderinnen und Spender, ganz genau zu wissen, wofür das selbst gespendete Geld verwendet wird und möglichst einen Erfolgsbericht mit Foto und strahlenden Empfängern der Unterstützung zu erhalten. Die Tradition des „Nicknegers“, der längst in Missionsmuseen verschwunden ist, erlebt im Zeitalter von Polaroid und Video eine Renaissance. Die strahlenden und sichtbar dankbaren Kleinbauernfamilien neben dem gespendeten Traktor sind der Beweis, dass die eigene Bereitschaft zum Abgeben sinnvoll war. Der Vergleich mit dem Nickneger mag hart klingen, aber es stellt sich die Frage, ob das Bestreben, ganz genau zu wissen, wohin das eigene Geld geht und nicht selten auch Zeichen der Dankbarkeit der Empfänger zu erwarten, eine Haltung ausdrücken, die hinter den biblischen Maßstäben für ein ökumenisches Teilen zurückbleiben.

Eine eindeutige Position in dieser Frage hat der frühere Direktor der Basler Mission, Jacques Rossel, vertreten: „Es muss uns europäischen Christen immer bewusst werden, dass es nicht um ‚unser‘ Geld geht. Biblisch verstanden gehört das Geld, das wir ‚haben‘ und als ‚unser Geld‘ betrachten, zum Vermögen, das Gott der Menschheit anvertraut, damit es recht verwaltet werde.“³²³ Ein solches Verständnis von „unserem“ Geld steht im krassen Gegensatz zu den Lehren der neoliberalen Globalisierung und eröffnet Perspektiven dafür, als Christinnen und Christen vorzuleben, wie eine andere Globalisierung aussehen kann.

Der evangelikale US-Theologe Ronald Sider stellt die Frage: „Die Bibel lehrt eindeutig, dass Gott grundlegend erneuerte wirtschaftliche Beziehungen in seinem Volk will. Haben wir den Glauben und den Gehorsam, ein bibelgemäßes Leben zu beginnen?“³²⁴ Sider geht in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf ein, in welchem Geist die ersten Gemeinden der Jesus-Anhänger einander geholfen haben, wie sie aber auch Nichtgläubige in ihre selbstlose Unterstützung einbezogen. Der amerikanische Theologe zitiert in diesem Zusammenhang den römischen Herrscher Julian Apostata, der versuchte, das Christentum auszurotten, der aber zugeben musste, „dass die gottlosen Galiläer (Christen) außer ihren Armen auch noch die unsrigen ernähren“.³²⁵ Die großen Opfer der Mitglieder der ersten Gemeinden und ihre

Bereitschaft, mit anderen zu teilen, waren für viele Menschen ein Anlass, sich diesen Gemeinschaften anzuschließen, die so ganz anders mit Geld und Reichtum umgingen als die umgebende Gesellschaft.

Es ist in der heutigen Zeit nicht sinnvoll, wie der Apostel Paulus in allen Gemeinden Geld zu sammeln und es dann persönlich zur Gemeinde in Jerusalem zu bringen. Aber es kommt darauf an, den Geist dieses Teilens unter den heutigen Verhältnissen lebendig werden zu lassen. Dies erfordert ein grundlegendes Umdenken in den Kirchen der finanziell reichen Länder. Wenn sie Haushalter des Reichtums Gottes und nicht Eigentümer sind und wenn sie durch die Art und Weise, wie sie teilen, ein Zeichen des kommenden Reiches Gottes setzen wollen, dann ist eine gründliche Überprüfung der gegenwärtigen Formen der Förderung von Programmen im Süden der Welt erforderlich. Dies gilt sowohl für die kirchlichen Entwicklungsorganisationen als auch für die Missionswerke. Wenn die ökumenische Gemeinschaft eine andere Globalisierung vorleben will, muss sich dies darin zeigen, wie mit Geld und Macht umgegangen wird.³²⁶

In diesem Licht erscheinen Bemühungen wie die „Vereinte Evangelische Mission“, in der Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen in Afrika, Asien und Deutschland gleichberechtigt über die Verwendung der Mittel entscheiden, wichtig. Hier wird gezeigt, dass der Abbau des Machtgefälles als Folge krasser wirtschaftlicher Ungerechtigkeit auf der Welt zumindest exemplarisch durch ein ökumenisches Teilen überwunden werden kann. In kirchlichen Entwicklungsorganisationen gibt es Bestrebungen, langjährige Partnerorganisationen mit Fonds auszustatten, über deren Verwendung für einzelne Projekte lokal entschieden wird. Auch ist es in vielen Fällen bewährte Praxis, dass die Partner in Übersee entscheiden, wer Stipendien erhält. Diese Ansätze zu einer Verlagerung von Entscheidungskompetenzen müssen mutiger vorangebracht werden. Vor allem aber muss nach Wegen gesucht werden, zu einer gemeinsamen Entscheidungsfindung über die Verwendung der vorhandenen Gelder zu kommen.

Ein in Deutschland bisher leider zu wenig bekanntes ökumenisches Programm, zu einer wirklichen Geschwisterlichkeit zu kommen, ist die „Fellowship of the Least Coin“ (FLC). Die Initiative für diese Gemeinschaft ging 1956 von der indischen Christin Shanti Solomon aus. Sie schlug vor, dass Frauen in Asien und in anderen Teilen der Welt ein Projekt des Betens und positiven Handelns beginnen sollten. Daran können sich Frauen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage beteiligen. Sie bringen ihre Gemeinschaft im christlichen Glauben dadurch zum Ausdruck, dass sie nach jedem Gebet eine Münze mit dem niedrigsten Wert zurücklegen, die es in der Währung ihres Landes gibt. Auf die kleinste Münze verständigte man sich, um auch den

ärmsten Frauen Gelegenheit zu geben, Teil dieser Gemeinschaft zu sein. Dieses Geld wird gesammelt und für Vorhaben verwendet, durch die die Frauen ihre Solidarität mit leidenden Menschen und mit den Frauen aller Nationen der Welt zum Ausdruck bringen.³²⁷

Nach zehn Jahren beteiligten sich bereits Frauen aus 24 Ländern an der „Fellowship of the Least Coin“, nach drei Jahrzehnten schon Frauen aus 80 Ländern. Inzwischen ist die Gemeinschaft fest verankert in der weltweiten ökumenischen Bewegung und bei vielen ökumenischen Treffen wie den Vollversammlungen regionaler Kirchenkonferenzen vertreten. Alle zwei Jahre erscheint unter dem Titel „Circle of Prayer“ eine Sammlung von Meditationen und Gebeten von Frauen aus allen Teilen der Welt. Für die Zusammenstellung dieser Broschüren, den Austausch von Erfahrungen und Einsichten der weltweiten Gemeinschaft und die Verwendung der eingegangenen Gelder sorgt ein Internationales Komitee. Frauen tragen so mit den kleinsten Münzen dazu bei, dass Frauenprogramme in allen Teilen der Welt unterstützt werden können, zum Beispiel Bildungs- Gesundheits- und Friedensvorhaben von Frauen. Auch werden ökumenische Frauenprogramme gefördert, und es wird Hilfe in Katastrophensituationen geleistet. Zu erwähnen sind schließlich Kurse für Frauen, die Leitungsaufgaben anstreben oder übernommen haben.³²⁸

In einer Selbstdarstellung schreibt die „Fellowship“: „Die Gaben sind einzigartig, weil alle, seien sie nun reich oder arm, mit oder ohne Schulbildung, aus der Stadt oder vom Lande nur die kleinste Münze ihrer heimatlichen Währung geben... Die ‚kleinste Münze‘ lehrt uns, bescheiden zu sein, auch die kleinsten Beiträge wert zu schätzen und darauf zu vertrauen, dass für Gott nichts unmöglich ist, der große Dinge tun kann aus dem Kleinsten und Unerwarteten.“³²⁹ Dies sind Vorstellungen und eine Praxis von weltweiter Zusammenarbeit, die den vorherrschenden Formen der Globalisierung eine lebendige Alternative entgegenstellen. Eine andere Welt ist möglich, lautet die Botschaft der Frauen in aller Welt, die jede für sich beten und handeln – und gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, unsere Erde menschlicher zu machen.

Lokale Alternativen zur Globalisierung für Kirchengemeinden

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der ersten Gemeinden der Christenheit fällt auf, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Teilen innerhalb kleiner Gemeinschaften wie der Gemeinde in Jerusalem und dem Teilen unter den Gemeinden im römischen Weltreich bestand. Es ist der gleiche Geist der Geschwisterlichkeit, der dieses ökumenische Teilen prägt. Wie können Christinnen und Christen auf lokaler Ebene heute in diesem Geist leben? Ein erster Schritt besteht darin, dass eigene Handeln als Kirche, Kirchengemeinde und einzelner Christ/einzelne Christin im Horizont der anderen Globalisierung zu verstehen. Es geht also um ein Bewusstsein dafür, dass wir als Teil der weltweiten „Oikumene“, der ganzen Schöpfung Gottes, eine Verantwortung und zugleich große Möglichkeiten haben, menschenfreundliche Formen des Wirtschaftens und des Lebens zu gestalten. Was wir tun und lassen, kann daran gemessen werden, ob es ein Leben in Fülle für alle fördert und dabei Gottes Schöpfung bewahrt. Die vielen kleinen Schritte, die nötig sind, erhalten so eine Richtung.

Aus dem Lesen der Bibel können Gläubige klare Orientierungen für dieses Engagement gewinnen. Da Gott größer ist als die Kirche und nicht exklusiv vereinnahmt werden kann, eröffnet eine klare eigene Position die Möglichkeit, mit Menschen anderen Glaubens oder ohne religiöse Bindung zusammenzuarbeiten, die ebenfalls für Ziele eintreten, die unter dem Stichwort einer anderen Globalisierung zusammengefasst werden können. Es gibt zahllose Beispiele dafür, wie buddhistische Mönche und muslimische Gemeinschaften sehr viel entschlossener ihr Leben umgestellt haben, um diese Vision mit Leben zu erfüllen, als Christen in ihrer Nachbarschaft.³⁰ Und es gibt viele Beispiele dafür, wie Menschen unterschiedlichen Glaubens sich gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung engagieren, jeder und jede aus ihren religiösen Überzeugungen heraus.

Beim christlichen Engagement geht es auch um die eigene Glaubwürdigkeit. Bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt wurde im Mai 2002 das „Wittenberger Memorandum Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen“ verabschiedet. Darin wird unter anderem festgestellt: „Nicht zuletzt um der Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung willen müssen sich die Kirchen

mit ihrer eigenen Praxis auseinandersetzen. Auch die tägliche Praxis und die äußere Gestalt predigen. Die Kirchen besitzen Land und betreiben zahlreiche Einrichtungen, etwa Gemeinde- und Tagungshäuser, Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen... Es gibt zu vielen Aspekten der Nachhaltigkeit im Raum der Kirche wichtige Vorreiter und gute Pilotprojekte... Aber nachhaltige Entwicklung, die als Wesensmerkmal kirchlicher Arbeit begriffen wird, verlangt weitergehende Anstrengungen. Eine ‚gute fachliche Praxis‘ für nachhaltige Entwicklung muss in allen kirchlichen Einrichtungen zur Selbstverständlichkeit werden und in den täglichen Auftrag eingehen.³³¹ Konzepte für die Umsetzung nachhaltiger Vorstellungen bietet das Modellprojekt „Kirchliches Umweltmanagement“.³³² Ein gutes Beispiel dafür, wie die zentrale Verwaltung einer Landeskirche mit einem klaren Konzept und vielen kleinen Schritten zur Bewahrung der Schöpfung beitragen kann, ist die „Umwelterklärung 2001“ des Evangelischen Oberkirchenrates in Stuttgart. Von der Durchführung von Dienstfahrten mit der Bahn oder dem Auto über den Energieverbrauch in den Verwaltungsgebäuden bis zum Umgang mit Abfällen werden für zahlreiche Bereiche eine Bilanz unter ökologischen Gesichtspunkten erstellt und Veränderungen verwirklicht.³³³

Für Christinnen und Christen gibt das Ziel eines Lebens in Fülle den vielen kleinen Schritten, die jeder für sich genommen so winzig erscheinen, einen tieferen Sinn. Das bewahrt auch vor Resignation. Ein lokales Handeln mit einer globalen ökumenischen Perspektive kann vor vielen Fehlern bewahren. Ein Beispiel: Es gibt Fälle, wo in Deutschland gesammeltes Altglas auf verschlungenen Wegen in Ländern wie Indonesien aufgetaucht ist und dort den lokalen Sammlern von verwertbarem Müll das Leben schwer macht. Wenn dies keine Einzelfälle sein sollten, bedarf das „duale System“ der Müllverwendung einer kritischen Analyse. Hier Altglas zu sammeln, das dann den Armen im Süden die Existenzgrundlage nimmt, ist ein Schritt in die falsche Richtung. Dieser und andere Skandale machen es dringend erforderlich, die Aktivitäten der Unternehmen des „dualen Systems“ einer systematischen kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dazu gehört es auch, die Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben, in denen der Müll sortiert wird, genauer zu überprüfen. Dies spricht nicht gegen eine Wiederverwendung von Glas, Plastik etc., sondern soll aufdecken und verhindern, dass „schwarze Schafe“ den Gedanken der Wiederverwendung von Materialien diskreditieren, Menschen ausbeuten und Schaden im Süden der Welt anrichten.

Es gibt viele Fälle, in denen die Einbeziehung globaler ökologischer und sozialer Fragen in kirchlichen Entscheidungsprozessen rasch und problemlos zu überzeugenden Lösungen führt. So schenken inzwischen viele Kirchengemeinden bei ihren Veranstaltungen fair gehandelten Kaffee aus ökologischem Anbau aus. Der Blumenschmuck in der Kirche sollte aus lokalen Gar-

tenbaubetrieben stammen oder zumindest fair gehandelt sein. In den bisherigen Kapiteln sind bereits zahlreiche weitere Beispiele dafür gegeben worden, wie Kirchen und ihre Mitglieder zur Bewahrung der ganzen Schöpfung und zur Herstellung gerechter Verhältnisse beitragen können. Dadurch können Zeichen gesetzt werden, und es kann vorgelebt werden, dass ein anderes Leben und eine andere Globalisierung möglich sind.

Für Kirchengemeinden kann es sinnvoll sein, einen Ausschuss einzusetzen, der vom WC-Papier bis zum Neubau eines Pastorats alles darauf überprüft, ob es unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Solche Maßnahmen führen nicht unbedingt zu Kostenerhöhungen, wie sich zum Beispiel bei Energieeinsparmaßnahmen zeigt.

Ein eigenes Kapitel ist der Umgang mit Fragen der Mobilität in der Gemeinde und in kirchlichen Einrichtungen. Wie viele Dienstfahrzeuge braucht eine Gemeinde, ein Kirchenkreis und eine diakonische Einrichtung, welche Fahrten lassen sich mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln durchführen? Kann die Reise des Chores nach Rom mit der Bahn statt mit dem Flugzeug durchgeführt werden, selbst wenn dies nicht preiswerter ist? Wenn über solche Fragen intensiv in der Gemeinde debattiert wird, ist das ein wichtiger erster Schritt zu einem verantwortlichen Mobilitätsverhalten.

In den Blick kommen muss auch der Umgang der Gemeinde mit ihrem Geld. Das Streben nach hohen Renditen verleitet viele Finanzverantwortliche in Kirchengemeinden und Kirchenämtern dazu, ethische, soziale und ökologische Gesichtspunkte bei der Geldanlage hintan zu stellen. Tatsächlich führen solche konventionelle Anlageformen keineswegs immer zu hohen Renditen, eindrucksvoll belegt durch die Talfahrt der Aktienkurse in den letzten Jahren. Umgekehrt darf aber auch nicht die Illusion bestehen, mit ethisch verantwortbaren Anlageformen garantiert höhere Renditen zu erzielen. Ein Beispiel dafür ist die Anlage von Geldern bei der Ökumenischen Kreditgenossenschaft Oicokredit. Ökofonds sind kritisch darauf zu überprüfen, ob sie tatsächlich den gesetzten ökologischen und ethischen Kriterien entsprechen.³³⁴

Verantwortliches individuelles Verhalten

Auch die einzelnen Gemeindemitglieder müssen ihr Konsumverhalten, ihre Geldanlagen etc. überdenken und ändern. Angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung ist jeder und jede Einzelne an vielen Punkten an der Ausplünderung der Erde, an der Zerstörung der Umwelt, an der Ausbeutung von Menschen und an der Verdrängung kleiner Produktions- und Vertriebsunternehmen durch große multinationale Konzerne beteiligt. Das muss nicht zur Zerknirschung führen, sondern kann auch als Chance wahrgenommen werden, aktiv an einer Veränderung der globalen Strukturen mitzuwirken.

Ein zentrales Problem auf diesem Weg ist die fehlende Übersicht darüber, wie sich welcher Kauf oder welche Geldanlage auswirkt. Wer einen Teppich oder eine Dose Tomatenmark kauft, kann und will sich nicht jedes Mal gründlich mit den Produktionsbedingungen und den ökologischen Folgen auseinandersetzen. In manchen Fällen helfen Öko-Siegel oder andere Siegel bei der Kaufentscheidung (z.B. das Rugmark-Siegel, das belegt, dass ein Teppich ohne Kinderarbeit entstanden ist). In anderen Fällen sind die Textilien so billig, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden muss, dass sie unter miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen gefertigt wurden. Die weltweiten kirchlichen Verbindungen helfen, von solchen Missständen auch dann zu erfahren, wenn sie in einer abgelegenen Region im Süden der Welt stattfinden. Dies spiegelt sich in vielen kirchlichen Veröffentlichungen wider und hat schon viele Christinnen und Christen veranlasst, ihr Konsumverhalten zu verändern.

Was aber bisher fehlt, ist eine gute Übersicht über die gängigen Waren- und Dienstleistungsgruppen, um es zu ermöglichen, ohne detektivische Recherchen eine verantwortbare Entscheidung zu treffen. Dass das Wissen über ethische, gesundheitliche, ökologische und soziale Fragen in Zusammenhang mit einzelnen Gütern so verstreut ist, kann kaum als Zufall angesehen werden. Eine Bündelung dieses Wissens wäre für zahlreiche Unternehmen sehr unbequem. Es ist deshalb wohl kein Zufall, dass die Verbraucherzentralen nicht zu den Einrichtungen gehören, die üppig mit Finanzen ausgestattet werden. Eigentlich müssten die Propheten des Marktes alles tun, damit die Konsumenten und Konsumentinnen sich umfassend informieren und eine rationale Entscheidung treffen und sich so als ideale Marktteilnehmer erweisen können. Aber Theorie und Praxis klaffen auseinander. Es wäre eine lohnende und wichtige Aufgabe der Kirchen, für ihre Mitglieder und die übrige

Gesellschaft das Wissen über einzelne Produkte und Produktgruppen zu bündeln und leicht zugänglich zu machen.

So könnte all denen sehr geholfen werden, die keine Produkte kaufen wollen, die unter unmenschlichen Bedingungen und mit Kinderarbeit entstanden sind, bei deren Produktion die Umwelt stark belastet wurde und die nach dem Gebrauch eine weitere Schädigung der Natur verursachen. Ohne eine solche Transparenz bleibt das Bemühen, nicht an der Zerstörung der Umwelt und der Ausbeutung von Menschen mitzuwirken, nicht selten erfolglos. Wenn zum Beispiel der Energieverbrauch eines Gerätes niedrig ist, kann dieser positive Effekt dadurch aufgehoben werden, dass für die Produktion des Gerätes sehr viel wertvolle Rohstoffe und sehr viel Energie aufgewendet wurden. Die Kirchen vertreten keine eigenen Interessen als Produzenten und verfügen gleichzeitig über viele Verbindungen, um lokale, nationale und internationale Probleme in Zusammenhang mit der Produktion einzelner Waren systematisch zu erfassen. Vor allem haben sie klare Orientierungspunkte für die Bewertung der positiven und negativen Aspekte der Produktion von Gütern auf einem globalen Markt. Sie müssen keine chemischen Labors unterhalten, um Waren auf Schadstoffe zu prüfen, aber sie können die vorhandenen Ergebnisse bekannt machen und gegebenenfalls Alternativen vorschlagen. Kirchen können also Hilfe und Orientierung geben und so den Weg der Einzelnen zu einem verantwortlichen Lebensstil erleichtern.

Ein zweites Problem bei der Veränderung des individuellen Verhaltens in einer globalen Wirtschaft kann man als die „Wir-Falle“ bezeichnen, die besonders in den Kirchen und in kirchlichen Initiativen weit verbreitet ist. Oft wird dann die ganze westliche Welt mit der Bezeichnung „wir“ bedacht, um selbstanklagend vom zu starken Autoverkehr bis zum zu hohen Energieverbrauch alles „uns“ anzulasten. Aber die Rentnerin in einer Einzimmerwohnung, die gerade so zurecht kommt und sich als einzigen Luxus vor zehn Jahren einmal einen Urlaubsflug nach Mallorca geleistet hat, lässt sich nicht mit der reichen Familie auf eine Ebene stellen, die eine Villa mit Schwimmbad bewohnt, ein Drittauto angeschafft hat (und stolz darauf ist, dass es nur wenig Kraftstoff verbraucht) und die darüber berät, ob noch Zeit ist, im Herbst einen einwöchigen Urlaub in der Karibik einzuschieben oder der Weihnachtsurlaub auf den Malediven um einige Tage verlängert werden sollte. Die Beispiele mögen als sehr krass erscheinen, aber es kann kein Zweifel bestehen, dass es in der westlichen Welt extrem große Unterschiede in der individuellen Ökobilanz gibt, und die müssen thematisiert werden und nicht hinter einem „wir“ verschwinden. Auch muss beachtet werden, dass zu denjenigen, die die Schöpfung in großem Stil belasten, reiche und wohlhabende Familien im Süden der Welt gehören. Die komplexe Realität der heutigen Globalisierung und ihrer Folgen lässt sich nicht mit vereinfachten Kate-

gorien erfassen, bei der „wir“ im Norden die Probleme schaffen. Das „wir“ kann leicht verschleiern, dass jeder und jede die Verantwortung für das hat, was er oder sie den Mitmenschen und der ganzen Schöpfung antut.

Damit soll die Verantwortung der westlichen Industriestaaten für die globalen Probleme nicht negiert werden. Als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben wir eine Mitverantwortung dafür, was deutsche Unternehmen oder Politiker in der Welt tun und sagen. Es gibt zum Beispiel auch eine große gemeinsame Verantwortung dafür, dass der Kohlendioxid-Ausstoß drastisch gesenkt wird. Aber „wir“ erhöhen diesen Ausstoß nicht, sondern es sind Individuen und Unternehmen, die sich nicht hinter einer großen Masse verstecken dürfen. Vielleicht gehört es zu den großen Stärken der Botschaft Jesu, dass er individuelle und gemeinsame Verantwortung in eine klare Beziehung gebracht hat. Er hat Einzelnen klar gemacht, wo sie sich falsch verhalten haben (z.B. dem Zolleinnehmer Zachäus³³⁵), und er hat sich damit auseinandergesetzt, wie mit Strukturen des Unrechts umgegangen werden kann (vgl. zum Beispiel den Umgang mit der Frage, ob den Römern Steuern gezahlt werden sollten³³⁶). Jesus wollte seine Mitmenschen so zum Nachdenken und zu einem veränderten Verhalten bewegen. Jeder und jede Einzelne ist für das eigene Verhalten verantwortlich und kann sich nicht hinter den anderen verstecken, und gleichzeitig haben wir alle eine Mitverantwortung für die ganze Welt, die Gottes Schöpfung ist. Ein „wir“ ist also überall da angebracht, wo es darum geht, eine gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen, und es ist dann ein freiwilliges „wir“, beruht also auf Entscheidungen der Einzelnen. Das hat eine gute biblische Tradition.

Die Bibel kann auch helfen, mit den Ohnmachtsgefühlen umzugehen, dass Verhaltensänderungen der einzelnen Menschen angesichts des globalen Charakters der Probleme fast sinnlos erscheinen. Wenn ich kein Auto fahre, aber die Zulassungszahlen in Deutschland weiter stark steigen, was bewirke ich dann? Aus der Bibel können wir die Überzeugung gewinnen, dass das Handeln des oder der Einzelnen wichtig ist, selbst wenn keine unmittelbare Lösung der Probleme bewirkt wird. Wichtig ist aber auch, dass dieses Handeln in der Gesellschaft wahrgenommen wird. Die Propheten des Alten Testaments haben nicht selten ziemlich allein und ohne sichtbare Erfolge das gesagt und getan, was sie als Gottes Willen erkannt hatten und was dem Wohle und dem Überleben der Gemeinschaft diente. Sie haben nicht nur das eigene Verhalten verändert, sondern auch versucht, auf eine Veränderung der sozialen und ökonomischen Strukturen hinzuwirken. Dazu gehörte es für viele der Propheten, Unrecht öffentlich zu brandmarken und die politische und wirtschaftliche Führungsschicht zu Verhaltensänderungen aufzufordern. Durch das eigene Verhalten gewannen die Propheten Glaubwürdigkeit. Diese setzten sie dazu ein, soziale Veränderungen einzufordern.

Auch heute ist ein glaubwürdiges Engagement für eine grundlegende ökologische und soziale Umgestaltung der Gesellschaft und der globalen Beziehungen nicht möglich, wenn der eigene Lebensstil und der eigene Umgang mit Finanzen dem diametral widersprechen. Umgekehrt hilft es wenig, die eigene Lebensweise zu verändern und darauf zu vertrauen, die Situation würde sich schon bessern, wenn alle dies täten. Es muss gleichzeitig etwas dafür getan werden, diese Alternative zu propagieren und in der Gesellschaft durchzusetzen. Bei einer ökumenischen mittel- und osteuropäischen Konsultation zu Globalisierungsfragen im Jahre 2001 in Budapest wurde ein Aufruf verabschiedet, in dem es heißt: „Wir bitten die Kirchen, ihren Mitgliedern zu helfen, traditionelle christliche Werte wie Selbstbeschränkung und Askese (einfache Lebensführung) wiederzuentdecken, und diese Werte in ihrer Gesellschaft als eine Antwort auf Individualismus und Konsumdenken und als alternative Basis für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu propagieren.“³³⁷

Christinnen und Christen haben gewiss kein Monopol darauf, ein solches Konzept der Verbindung von persönlichem Engagement und Einsatz für tiefgreifende Veränderungen auf gesellschaftlicher und globaler Ebene umzusetzen. Man muss sogar selbstkritisch feststellen, dass sie solchen Erwartungen oft nicht entsprechen. Aber es bleibt dennoch wahr, dass der Glaube an den einen Gott, der diese Welt geschaffen hat und erhält und der uns zu seinen Haushaltern gemacht hat, eine Motivation und einen Orientierungsrahmen für ein solches Engagement gibt. Die Ökumene als die andere Globalisierung ermöglicht es also, die eigenen kleinen Schritte in den Rahmen eines breiten ökumenischen Engagement zu stellen und in dem Wissen zu handeln, dass es überall auf der Welt Menschen gibt, die für ähnliche Ziele eintreten und die gemeinsam an einer anderen Welt bauen, die nicht von Marktgesetzen und Gewinnerwartungen geprägt ist, sondern von Mitmenschlichkeit und einer tiefen Achtung vor der ganzen Schöpfung.

Politisches Engagement ist unverzichtbar

„Das heute vorherrschende Steuerungssystem des freien Marktes allein erweist sich als unfähig, wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit auf verträgliche Weise miteinander zu verbinden. Noch weniger ist es imstande, dauerhaft Frieden, demokratische Partizipation

und kulturelle Vielfalt zu schaffen bzw. zu sichern, wenn es nicht von einem Konsens in grundlegenden Wertfragen getragen ist. Dazu bedarf es einerseits ordnungspolitischer Maßnahmen, die den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in die gewünschte Richtung zu lenken vermögen, andererseits ausgleichende Interventionen, um die Bedürfnis- und Chancengerechtigkeit aller Menschen zu gewährleisten.“ So hat die „Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz“ in ihrer Studie „Die vielen Gesichter der Globalisierung“ die Notwendigkeit einer politischen Gestaltung der Globalisierung auf nationaler und internationaler Ebene begründet.³³⁸ Dass politisches Handeln gefragt ist, um der Globalisierung ein menschliches Gesicht zu geben, ist in den Kirchen der Welt weitgehend unbestritten. Der „unsichtbaren Hand“, die nach Auffassung klassischer westlicher Ökonomen das Marktgeschehen steuert und allen dient, vertrauen besonders die Opfer des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses nicht. Deshalb sind ein starker und verantwortungsbewusster Staat und eine politisch wirkungsvolle Zivilgesellschaft erforderlich, um dem Globalisierungsprozess eine soziale und ökologisch verantwortbare Richtung zu geben.

Dazu gehört, dass Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sich auf internationaler Ebene für eine andere Globalisierung einsetzen, zum Beispiel in internationalen Strukturen wie der Welthandelsorganisation oder dem Internationalen Währungsfonds. Dies ist ein komplizierter Prozess. Die Probleme beginnen damit, dass viele Regierungen keine demokratische Legitimation besitzen, despotisch regieren und in Wirtschaftsfragen unverantwortlich handeln. Dass in vielen Ländern starke Zivilgesellschaften entstanden sind, hat auch den Grund, dass die Regierungen sich als unfähig erwiesen haben, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger sich selbst helfen. Eine Grundlage für den Weg zu einer anderen Globalisierung ist deshalb eine Demokratisierung, verbunden mit der Einhaltung der Menschenrechte. Besonders in Afrika haben die Kirchen seit Anfang der 90er Jahre wesentlich dazu beigetragen, dass in vielen Ländern demokratische Wahlen stattfinden konnten, ein erster Schritt, dem weitere in Richtung auf eine umfassendere Demokratisierung folgen müssen.³³⁹

Da der Weg zu einer anderen Globalisierung beginnen muss, bevor es überall auf der Welt demokratische und verantwortungsbewusste Regierungen gibt, ist es notwendig, in jedem einzelnen Land die Möglichkeiten zu prüfen, durch Kooperation oder Konfrontation mit den Regierenden auf die Globalisierungspolitik einzuwirken. Die Kirchen können dabei mit Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die vielen internationalen Verbindungen der Kirchen erlauben es zudem, einen Informationsaustausch und Bündnisse zu globalen Fragen wie GATS aufzubauen.

Kern einer solchen Strategie ist es, die nationalen Chancen zu einer Umgestaltung der vorherrschenden Globalisierung zu nutzen³⁴⁰ und gleichzeitig konkrete Alternativen zu verwirklichen, wofür die lokale Ebene besonders wichtig ist. Beide Teile der Strategie hängen eng zusammen. Durch Reformen des bestehenden Systems wächst auch der Spielraum für alternative Konzepte, und der Nachweis, dass es funktionierende Alternativen gibt, unterhöhlt den Alleinvertretungsanspruch der Verfechter des Status quo.

Große Erwartungen richten sich an die Kirchen im Norden, auf ihre Regierungen und Gesellschaften einzuwirken und selbst Zeichen zu setzen, damit das internationale Wirtschaftssystem nicht weiterhin zu krasser Verarmung im Süden führt. So haben die argentinischen Kirchen im Dezember 2001 einen „Brief an die Schwesterkirchen im Norden“ verfasst, in dem sie unter anderem schreiben: „Wir bitten Sie, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um Ihren Einfluss geltend zu machen, um auf Gerechtigkeit und Gleichstellung gegründete internationale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen herzustellen. Wir bitten Sie auch, diese Mittel einzusetzen, um uns zu helfen, das Joch der Auslandsverschuldung zu erleichtern, das in dieser Situation Millionen Menschen Elend und Tod bringt. Angesichts der Ungerechtigkeit und der Ungehörigkeit dieser Schulden steht nicht nur die Solidarität auf dem Spiel, sondern die Ethik selbst. Wir bitten Sie, konkrete Zeichen des Verzichts zu Gunsten der Ärmsten des Südens zu setzen und Erweise konkreter Solidarität mit denen zu bringen, die heute am stärksten leiden.“³⁴¹

Bei einer ökumenischen Konsultation in Soesterberg in den Niederlanden haben Vertreterinnen und Vertreter westeuropäischer Kirchen im Juni 2002 nach Antworten auf diese ökumenischen Anfragen gesucht. Es wurde sichtbar, wie viele Initiativen und gemeinsame Aktivitäten es in den Kirchen auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung bereits gibt. Gleichzeitig stehen die westeuropäischen Kirchen noch vor großen Aufgaben, wenn sie das Ziel der ökumenischen Solidarität ernst nehmen. In einem Brief der Soesterberg-Konsultation an die Kirchen in Westeuropa werden unter anderem als Aufgaben genannt: sich in einem ökumenischen Prozess stärker für Gerechtigkeit in der Wirtschaft einzusetzen, Ungerechtigkeiten in der ökonomischen Globalisierung zur Sprache zu bringen, Alternativen wie Oicokredit stärker zu fördern, eng mit Bürgerbewegungen und sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten und einen einfachen Lebensstil gegen die kulturellen Verhaltensmuster der Konsumideologie zu fördern.³⁴²

Eine glaubwürdiges Engagement für eine andere Globalisierung durch lokale Kirchengemeinden und Gruppen sowie auf nationaler Ebene kann der weltweiten ökumenischen Bewegung die Möglichkeit eröffnen, sich für grundlegende Veränderungen des Prozesses der Globalisierung einzusetzen. Notwendig ist

dann allerdings, dass die Kirchen mit einer größeren Sachkompetenz in diese Debatten hineingehen. Das Sachwissen vieler engagierter Christinnen und Christen in Fragen der Ökonomie, der sozialen Auswirkungen von Verarmungsprozessen und der Alternativen zur vorherrschenden Globalisierung bietet hierfür eine gute Grundlage. Positiv zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der „Werkstatt Ökonomie“ in Heidelberg und von „Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene“ in Siegburg.³⁴³

Bei der Kritik der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse geht es nicht um eine pauschale Verurteilung, sondern um eine Darstellung, was diese Prozesse für die „Verlierer“ bedeuten. Außerdem kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass die gegenwärtig vorherrschende Form des Wirtschaftens in eine ökologische Katastrophe münden wird. Es macht Sinn, Reformen innerhalb des bestehenden Systems zu fordern und durchzusetzen, die die Situation der Armen in allen Teilen der Welt etwas verbessern. Vor allem wird es aber darauf ankommen, sich für grundlegende Alternativen einzusetzen und diese mit durchzusetzen.

Ein zentraler Orientierungspunkt für die Suche nach Alternativen ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Armen. Sie müssen zu Subjekten des Weges zu einer anderen Globalisierung werden. Leonardo Boff hat hierzu in einem Interview gesagt: „Die Solidarität muss immer unten anfangen, mit dem am meisten benötigten. Und es muss eine Bedingung erfüllt sein: Alle müssen Platz haben in der Kommunikationsgemeinschaft. Alle müssen sich zu Hause fühlen, das Wort ergreifen können und Gehör finden.“³⁴⁴ Ein zweites Kriterium ist die Bewahrung der Schöpfung. Fügt man dem hinzu, dass der Sinn des menschlichen Lebens sich nicht auf das Wirtschaften beschränkt, sondern viele andere spirituelle, kulturelle und soziale Bedürfnisse hinzukommen, so ergeben sich aus diesen Orientierungspunkten eine ganze Reihe von Konsequenzen.

Nicht der totale Konsum und Luxus für alle ist das Ziel, sondern eine Welt, in der alle genug haben. Die Verantwortlichen des Jesuiten-Ordens in Lateinamerika haben das Mitte der 90er Jahre so formuliert: „Wir fordern nicht die Gesellschaft der grenzenlosen materiellen Befriedigungen, sondern eine gerechte Gesellschaft, in der niemand vom Zugang zu den Grundgütern für die Selbstverwirklichung ausgeschlossen bleibt, wie Erziehung, Ernährung, Gesundheit, Wohnung und Sicherheit.“³⁴⁵ Dazu sind Eingriffe des Staates erforderlich, denn ein Markt ist nicht sozial, sondern dient denen, die viele gefragte Waren produzieren können, und denen, die über eine große Kaufkraft verfügen. Staatliche Interventionen müssen einerseits dem Ziel dienen, den Armen zu einem ausreichenden Auskommen zu verhelfen und andererseits dazu beitragen, dass sie in die Lage kommen, selbst ein höheres Einkommen

zu erzielen. Den gängigen Forderungen nach wenig Staat oder dem „schlanken“ Staat muss also die Forderung entgegengestellt werden, einen Staat zu schaffen und zu stärken, der dafür sorgt, dass die Interessen der Armen zum Zuge kommen. Für die Kirchen bedeutet dies, dass sie der Kampagne für immer weniger Staat entgegenzutreten und sich zum Beispiel gegen geplante Steuersenkungen für Spitzenverdiener engagieren müssen, wenn der Staat ohnehin zu geringe Einnahmen hat. Es gibt viele Gründe, der öffentlichen Verarmung entgegenzutreten, ein wichtiger ist, dass damit die Möglichkeiten von Kommunen und Regierung, eine Politik zugunsten der Armen zu entwickeln, gefördert werden.

Außerdem gilt es, die niedrigen Löhne auf eine solche Höhe zu bringen, dass damit der Lebensunterhalt verdient werden kann. Das vor allem in den USA inzwischen weit verbreitete Problem der „working poor“, also der Beschäftigten mit Niedrigstlöhnen, muss entschieden bekämpft werden. Die Kirchen und ihre Mitglieder müssen sich gegen die Tendenz zu ungesicherten und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zur Wehr setzen. Dazu sind auch die kirchlichen Beschäftigungsverhältnisse und die kirchliche Zusammenarbeit mit Firmen zu überprüfen. Es ist zum Beispiel zu fragen, ob die untersten Gehaltsstufen im kirchlichen Dienst zu schlecht dotiert sind, ob die Gehaltsunterschiede zugunsten der schlechter Verdienenden verändert werden müssen und ob für Reinigungsaufgaben Firmen beschäftigt werden sollen, die preiswert sind, weil sie ihren Beschäftigten keine Tariflöhne zahlen. Jede Gemeinde kann also ganz konkret prüfen, ob sie von der weltweit zu beobachtenden Tendenz zu ungesicherten Arbeitsverhältnissen und zu einer schlechten Bezahlung der Tätigkeiten mit geringeren Qualifizierungsansprüchen profitiert.

Viele solche Initiativen gegen den „totalen Markt“ werden in der Gesellschaft auf eine breite Unterstützung stoßen, vor allem dann, wenn vermittelt wird, mit welchen Problemen die Gesellschaft zu rechnen hat, wenn die gegenwärtigen Tendenzen im wirtschaftlichen und sozialen Leben sich verstärken. Ein solches Engagement gibt es bereits in vielen Kirchen in allen Teilen der Welt, und es bedarf der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Ermutigung und Unterstützung. Ökumene kann in der Verteidigung des Menschlichen in allen Gesellschaften eine neue Kraft gewinnen. Gemeinsam besteht auch die Chance, der Vorstellung entgegenzutreten, alle Lebensbereiche müssten den Gesetzen des Marktes unterworfen werden. Statt dessen gilt es vorzuleben, dass es Alternativen zu einer Kommerzialisierung gibt, die viele Vorteile für die Menschen bringen. Je erfolgreicher solche Initiativen in den einzelnen Ländern sind, desto eher wird es gelingen, auch auf globaler Ebene Veränderungen durchzusetzen.

Noch fehlt es auf globaler Ebene an demokratisch legitimierten Instrumenten, um die soziale Verpflichtung gegenüber den Armen und allen anderen „Verlierern“ der Wirtschaftsprozesse zu schaffen und neue Strukturen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit durchzusetzen. Als Gemeinschaft mit weltweiten Verbindungen haben die Kirchen eine besondere Verantwortung, zu einer globalen Vernetzung all der Initiativen beizutragen, die sich für eine andere Form der weltweiten Beziehungen einsetzen. Ein Beispiel dafür sind die Netzwerke, die sich kritisch mit der Politik der Welthandelsorganisation WTO auseinandersetzen.

Die ökumenische Bewegung – eine Alternativbewegung zur neoliberalen Globalisierung

Was kann die ökumenische Bewegung in diese Debatte um globale Alternativen zum vorherrschenden Globalisierungsprozess einbringen? Zunächst einmal können die Christinnen und Christen die biblische Vision von einem anderen Leben zum Ausgangspunkt ihres Engagements machen. Die Bibel erzählt, wie immer wieder versucht wurde, Visionen von einem anderen Leben in alltägliches Leben umzusetzen. Dies geschah auch Pfingsten, ein Ereignis, das eine aktuelle Bedeutung hat, wie die Lübecker Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter betont:

„Die Vision vom Pfingsten steht mit der Globalisierung in einem unmittelbaren Zusammenhang. An Pfingsten haben die Menschen den Blick auf die damals ganze bewohnte Erde gerichtet. Sie haben die Sprachgrenzen überwunden, sie haben eine Gemeinschaft von Gleichwertigen aufgebaut und ihre Gaben und Talente miteinander geteilt, damit Gemeinschaft entstand. Dieses Wunder brauchen wir auch heute. Das Wunder des Verstehens, das Wunder der Gleichheit und das Wunder des Teilens. Ich finde, dass wir damit eine großartige Vision für die Globalisierung haben. Dafür können wir unsere Kräfte einsetzen, auch wenn wir wissen, dass wir ohne Gottes Hilfe diese Ziele nicht erreichen können.“³⁴⁶ In der Kirchengeschichte gab es immer wieder einzelne Menschen und Gruppen, die versucht haben, die Vision von einem neuen Leben zu einer Orientierung für ihr alltägliches Leben zu machen.

In der Bibel wird immer wieder deutlich, dass die Art und Weise, wie wir wirtschaften, nicht zu trennen ist von dem Glauben an den einen Gott. Daran haben die Reformierten Kirchen 1997 bei ihrer Generalversammlung in Debrecen erinnert und die Frage gestellt, ob die heutigen ungerechten Wirtschaftsverhältnisse nicht die Bekenntnisfrage aufwerfen (siehe erster Band dieser Studie³⁴⁷). Die Frage nach dem „status confessionis“ wird seither intensiv in der ökumenischen Bewegung debattiert und macht deutlich, dass es um grundlegende Glaubensfragen geht, wenn wir uns mit der vorherrschenden Globalisierung und ihren Alternativen auseinandersetzen.

ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser hat zu den Konsequenzen aus den biblischen Einsichten festgestellt: „Die Kirche ist dazu bestimmt, eine neue Form und eine neue Qualität von Beziehung zu leben, eine neue Gemeinschaft in Christus, die bereits die Alternative darstellt zu den verformten Beziehungen als Folge von Globalisierung und Gewalt... Die Vision der Einheit der Kirche ist nicht ein Projekt imperialer Herrschaft mit dem Ziel, ein einheitliches System von Lehre, Struktur und Gottesdienstformen herzustellen. Es ist eine Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in Einheit.“³⁴⁸

Eine schwierige Aufgabe besteht darin, aus der Vision eines anderen Lebens konkrete Schritte für eine andere Globalisierung zu gewinnen. Hier kommt eine Stärke der ökumenischen Bewegung ins Spiel, die Präsenz in fast allen Ländern der Welt, oft bis ins „letzte Dorf“ und dass es Verbindungen zwischen den Gemeinden und Kirchen in aller Welt gibt. Die weltweite christliche Gemeinschaft ist die größte globale Bewegung. Leider ist sie eine sehr gespaltene und oft auch zerstrittene Bewegung. Aber es gibt keinen Weg zurück hinter die Überzeugung von der Kirche als dem einen Leib Christi in der Welt. Das Neue Testament lässt sich nicht umschreiben, um sektiererische Vorstellungen zu rechtfertigen. Das Glaubensbekenntnis der frühen Kirche, in dem der Glaube an die eine christliche Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen immer neu bekundet wird, ist ein Ausdruck dieser biblisch begründeten Überzeugung. Der Glaube an die eine Kirche muss nicht unbedingt bedeuten, dass eine organisatorisch einheitliche Kirche entsteht. Aber es muss eine gegenseitige Anerkennung als Glieder des einen Leibes Christi unter all denen geben, die auf biblischer Grundlage an den dreieinigen Gott glauben, wenn wir dem Evangelium treu bleiben wollen.

Auf dem Hintergrund jüngster Entwicklungen und kritischer Diskussionen der jüngsten Zeit sind die Debatten um die zukünftige Gestalt des Ökumenischen Rates der Kirchen beunruhigend. Seit einer Reihe von Jahren ist zu beobachten, dass der ÖRK als bedeutendster ökumenischer Zusammenschluss in Schwierigkeiten ist. Das kommt schon darin zum Ausdruck, dass die Mitgliedskirchen ihre finanzielle Unterstützung so stark vermindert ha-

ben, dass der ÖRK heute nicht einmal mehr die Hälfte der Finanzmittel zur Verfügung hat, die vor einem Jahrzehnt bereitgestellt wurden. Damit verbunden war eine Halbierung der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Genfer ÖRK-Zentrale. Es ist paradox, dass die Mitgliedskirchen sich in einer Zeit wachsender politischer und ökonomischer Globalisierung weniger als früher für ihren gemeinsamen globalen Zusammenschluss engagieren. Eine Reihe anderer regionaler und globaler ökumenischer Vereinigungen hat ähnliche Probleme.

Es gibt viele Gründe für diese finanziellen Probleme. Eine Rolle spielt sicher die Unzufriedenheit mancher Kirchen im Westen mit den Leistungen von ökumenischen Zusammenschlüssen wie des ÖRK im Entwicklungsbereich. Bilateral scheint vieles einfacher und wirksamer zu gehen, so jedenfalls die Wahrnehmung. Eine Rolle spielt aber auch, dass die ökumenisch orientierten Kirchen in vielen Ländern weniger Finanzmittel als früher zur Verfügung haben und die Tendenz besteht, erst einmal die eigene Gemeindearbeit und die Arbeit der Partnerkirchen im Süden der Welt finanziell abzusichern. Schließlich gibt es so etwas wie eine „Ernüchterung“ in ökumenischen Fragen. Der Weg zu mehr Gemeinsamkeit der Kirchen scheint so unendlich mühsam und langwierig zu sein und dies besonders auf weltweiter Ebene, dass viele sich fragen, ob es lohnt, große Energien und Finanzmittel hierfür einzusetzen. Die Lübecker Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter hat hierzu festgestellt: „Der Ökumenische Rat der Kirchen und die weltweite ökumenische Bewegung sind Instrumente, die den Kirchen und Christinnen und Christen zur Verfügung stehen, um globalen Einfluss zu nehmen. Sie müssen gestärkt und nicht geschwächt werden, wie es zur Zeit vielfach durch finanzielle Kürzungen geschieht.“³⁴⁹

Seit Jahren wird von einer Krise der ökumenischen Bewegung gesprochen, und dass es tatsächlich eine solche Krise gibt, zeigt sich beim Zentralausschuss des ÖRK Anfang September 2002 in Genf. In einem langwierigen Prozess hatte eine Sonderkommission versucht, einen Bruch zwischen den orthodoxen Kirchen auf der einen und den protestantischen und anglikanischen Kirchen auf der anderen Seite zu verhindern. Das von der Mehrheit des Zentralausschusses verabschiedete Papier verhinderte eine Spaltung, allerdings um den Preis, dass manche sicher geglaubten Gemeinsamkeiten und viele Hoffnungen auf eine verbindlichere ökumenische Gemeinschaft aufgegeben wurden.³⁵⁰ Margot Käßmann, Bischöfin in Hannover, gab nach diesem Beschluss bekannt, dass sie ihre Mitarbeit in Gremien des ÖRK einstellen werde. Ihren Rücktritt aus dem Zentralausschuss hat sie unter anderem so begründet: „Das vom Zentralausschuss nun aber verabschiedete Resultat... ist weniger als ein Kompromiss, es ist meines Erachtens ein Dokument der Abgrenzung und der Angst voreinander. Dies betrifft zu allererst den Gottesdienst... Nun soll es

keine Gottesdienste mehr geben, sondern ‚konfessionelle‘ und ‚interkonfessionelle‘ gemeinsame Andachten oder Gebete.⁴³⁵¹

Auch kritisiert Margot Käßmann die neuen Restriktionen im Blick auf öffentliche Erklärungen und Stellungnahmen des ÖRK sowie das neu eingeführte Konsensverfahren, dass verhindern soll, dass Beschlüsse ohne die Zustimmung aller Konfessionsfamilien gefasst werden. Umstritten ist auch, wie es sich auswirken wird, dass es in Zukunft die Möglichkeit gibt, als „assozierte Kirche des ÖRK“ mitzuarbeiten. Für Margot Käßmann steht der Ökumenische Rat an einem Scheideweg: „Ist er bereit, den Konflikt zu wagen und auch kritische Themen auf die Tagesordnung zu setzen? Ist er bereit, das ‚privilegierte Instrument der ökumenischen Bewegung‘ zu sein, das mit seinen ökumenischen Gottesdiensten die Gemeinden vor Ort inspiriert, über den eigenen Horizont zu blicken, wahrzunehmen, dass sie nur eine Provinz der Weltchristenheit sind (Ernst Lange)? Oder wird er zu einem Gremium der totalen Ausgewogenheit zwischen den Traditionen der Orthodoxie und der Reformation, das nach innen völlig gelähmt ist und keinerlei Außenwirkung mehr erzeugt?“⁴³⁵²

Dieser Konflikt macht deutlich, wie schwer es auf globaler Ebene den Kirchen fällt, mit den Fragmentierungen und Konflikten der heutigen Welt umzugehen, die auch das kirchliche Leben mitbestimmen. Dies um so mehr, als sie auch noch die Belastungen der Konflikte der letzten zwei Jahrtausende Kirchengeschichte mit sich tragen. Wie kann die ökumenische Bewegung in dieser Situation ein Beispiel für eine andere Weise der weltweiten Zusammenarbeit geben, als dies im politischen und wirtschaftlichen Leben vorherrscht? Einen grundlegenden Punkt habe ich bereits erwähnt, die gegenseitige Anerkennung als Kirche. Hinzu kommen muss die Bereitschaft, geschwisterlich miteinander umzugehen. Das bedeutet, Verständnis für einander und die Eigenheiten der Einzelnen zu haben, Formen der gegenseitigen Kritik zu finden, die konstruktiv sind und nicht verletzen, und bereit zu sein, sich an gemeinsamen Vorhaben aktiv zu beteiligen. Bei all dem muss deutlich sein, dass die Kirchen kein Selbstzweck sind, sondern in der Nachfolge Jesu stehen und die Aufgabe haben, am Reich Gottes mitzuwirken, das noch kommt und schon mitten in dieser Welt begonnen hat.

Angesichts der existenziellen Konflikte und Probleme auf der Welt, von denen manche mit dem Prozess der Globalisierung zusammenhängen, gibt es viele gemeinsame Aufgaben der Kirchen in der Welt. Die weltweite ökumenische Zusammenarbeit ist deshalb unverzichtbar, wenn die Kirchen ihrem Auftrag auf dieser Erde gerecht werden wollen. Nicht das Nebeneinander und gelegentliche Miteinander von einzelnen Kirchen, Konfessionen und Konfessionsfamilien ist vom Auftrag der Kirche in dieser Welt her erforder-

lich, sondern ein verbindliches gemeinsames Engagement für das Heil und die Bewahrung der Menschheit und der ganzen Schöpfung.

Es gibt auf dem Weg zu mehr Gemeinsamkeit auch positive Ergebnisse der ökumenischen Gespräche der letzten Jahrzehnte, so die Abendmahlsgemeinschaft zwischen verschiedenen protestantischen Kirchen und zwischen ihnen und den Anglikanern. Erfreulich sind auch die Versuche, junge Christinnen und Christen neu für die ökumenische Idee und die Notwendigkeit eines gemeinsamen ökumenischen Engagements in der Welt zu gewinnen. Ein Beispiel war das „Global Village“ der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Indonesien. Nachdem vorher regionale Jugendtreffen stattgefunden hatten, versammelten sich Ende März 2002 68 junge Menschen aus vielen Teilen der Welt zum internationalen Weltdorf in Ambarita auf der indonesischen Insel Samosir. In Gottesdiensten, Präsentationen der Regionen, Diskussionen und Arbeitsgruppen wurde eine ökumenische Gemeinschaft auf Zeit geschaffen. Thematischer Schwerpunkt war die Globalisierung mit den Stichworten: Kommunikation, Kultur, Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt, Spiritualität, Wirtschaft und Medien. Eine Leitfrage lautete: „Wie können wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung leben?“³⁵³

Ein weiteres Hoffnungszeichen ist, dass es auf lokaler Ebene oft eine sehr viel engere und vertrauensvollere Zusammenarbeit als auf der obersten hierarchischen Ebene gibt. Ein Konzept zur Überwindung der Kluft zwischen Konfessionen besteht darin, im Alltag zusammenzuarbeiten und zu erkennen, was Christinnen und Christen jenseits der Lehrunterschiede verbindet. Das Engagement für eine andere Globalisierung, ein anderes Leben ist sicher ein ganz zentraler Bereich einer solchen ökumenischen Zusammenarbeit.

Eine Stärke der Christinnen und Christen im Engagement für die andere Globalisierung ist die Überzeugung, dass der Kampf zwischen Gott und Mammon jeden Tag neu ausgefochten wird und dass der Platz derer, die Jesus nachfolgen, in diesem Kampf feststeht. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Manfred Kock, sagte im September 2002 in einem Vortrag den Satz: „Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt.“³⁵⁴ Ähnliche Sätze lassen sich in vielen kirchlichen Erklärungen und Stellungnahmen finden. Der Satz klingt fast selbstverständlich, aber er hat genauer betrachtet geradezu radikale Konsequenzen. Wenn die Wirtschaft für die Menschen da ist, dann auch für die Arbeitslosen in Dresden, die Obdachlosen in St. Louis, die Hungernden in Malawi und die Aids-Waisen in Uganda. Die Wirtschaft muss sich dann daran messen lassen, was sie für diese Menschen erreicht.

Das Ergebnis im Blick auf das gegenwärtige globale Wirtschaftssystem ist niederschmetternd. Obwohl es auf der Welt einen enorm großen Reichtum

gibt, gibt es unendlich viel Armut und Elend. Wenn es in dieser Situation schon als Erfolg gilt, wenn bei der UN-Konferenz in Johannesburg beschlossen wurde, bis 2015 den Anteil der Menschen zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser in ihrer Nähe und keinen Anschluss an eine Kanalisation besitzen, ist dies so etwas wie eine Kapitulation vor den vorherrschenden Verhältnissen. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, dass bei einem Einsatz auch nur eines minimalen Teils des Reichtums dieser Welt die Trinkwasserversorgung aller Notleidenden binnen weniger Jahre gesichert werden könnte. Daher gibt es gute Gründe, nach Alternativen zu suchen, nach Formen des Wirtschaftens, die den Menschen dienen und zwar vor allem den Menschen, die an Armut, Unterernährung, Arbeitslosigkeit und anderen Schattenseiten der gegenwärtigen globalen Ökonomie leiden.

Als Zusammenfassung soll hier ein Abschnitt aus dem Beschluss der Nordelbischen Synode im Jahre 2000 in Lübeck zitiert werden:

„Die Ökumene folgt einer anderen Vision als die vorherrschende Globalisierung:

- Sie strebt eine globale Gemeinschaft in Vielfalt an, die die unterschiedlichen kulturellen Traditionen respektiert und pflegt (z.B. den Schutz von Urvölkern).
- Sie strebt eine Kultur des Friedens als eine Kultur der Solidarität und des Teilens an. Deswegen wendet sie sich gegen eine einseitige Vorherrschaft wirtschaftlicher Globalisierung, die mehr wirtschaftliche Ungerechtigkeit, soziale Polarisierung und Umweltzerstörung zur Folge hat.
- Sie strebt die Unversehrtheit der ganzen Schöpfung an: eine Gemeinschaft, die mit allen anderen Lebewesen Gottes Erde bewohnt.
- Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, für grundlegende Änderungen in den Wirtschafts- und Finanzsystemen einzutreten.

Als Nordelbische Synode fühlen wir uns dieser weltweiten Glaubens- und Wertegemeinschaft verpflichtet. Wir wollen sie mit Leben füllen, indem wir in unserem eigenen Umfeld tun, was in unseren Kräften steht.“³⁵⁵

Wir brauchen in der Auseinandersetzung mit den globalen Mächten unserer Zeit das Vertrauen auf das kommende und schon beginnende Reich Gottes. Es hat die Jesus-Anhänger schon vor zwei Jahrtausenden bewegt, der Vision vom grenzenlosen Markt die Vision von einem Leben in Solidarität entgegenzustellen. Die katholische Bischofskonferenz der Philippinen hat dies so zum Ausdruck gebracht: „Der prophetische Auftrag der Kirche lautet: Globalisierung ohne Ausgrenzung, Globalisierung in Solidarität. Es ist ein Aufruf zur Verteidigung der Schwachen in der Dritten Welt angesichts einer globalen Entwicklung, die scheinbar von keinen anderen Regeln als denen des Marktes gehemmt wird... Wir müssen erkennen, was eine Globalisierung mit Solidarität

letztendlich bedeutet, nämlich, die Einheit der einen Menschheitsfamilie unter Gott, wo es keine Ausbeutung, keine Verarmung und keine Ungerechtigkeit geben sollte; wo die Güter der Erde und die Wohltaten der Entwicklung gerecht verteilt werden. Diese Vision wird genährt von der christlichen Hoffnung, die uns versichert, dass am Ende das Gute über das Böse, das Leben über den Tod, Großherzigkeit über Habgier triumphieren wird.³⁵⁶

Aus solchen Überzeugungen heraus ist es möglich, an kleinen lokalen Initiativen, an anderen Formen des Handelns, an anderen Formen des Umgangs mit Geld... zu arbeiten. Wir können dies gemeinsam in der weltweiten Ökumene tun, die größer ist als die Addition aller Einzelkirchen auf dieser Welt. Es gibt Hoffnung, und diese Hoffnung hängt für Christinnen und Christen ganz ursächlich mit dem Gott zusammen, der zugesagt hat, die Mächtigen vom Thron zu stürzen und die Armen in seinem Reich willkommen zu heißen. Tissa Balsuriya, ein ebenso bekannter wie kritischer katholischer Theologe in Sri Lanka, schreibt in einem Buch zur Globalisierung: „Wir brauchen eine Missionstheologie und eine Spiritualität, in der Evangelisation bedeutet, die radikal verändernde Geschichte Jesu in all ihrer Schönheit und Tragik, ihrer großen Menschlichkeit und ihrer tiefen Hoffnung bekannt zu machen. Wir sollten diese Geschichte weitergeben, indem wir sie leben, und sie mit unseren Worten und Liedern erzählen.“³⁵⁷

Schritte zu einer anderen Globalisierung

1 Die Kluft zwischen Arm und Reich, die durch die Globalisierung verschärft wird, bedroht nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die Gemeinschaft in der Kirche und zwischen den Kirchen. Diese soziale Kluft muss in den Kirchengemeinden, den einzelnen Kirchen und der weltweiten Ökumene stärker zum Thema gemacht werden. Dadurch wird die Grundlage dafür geschaffen, als Kirche überzeugend vorzuleben, wie das Teilen von Brot und Wein auch Konsequenzen für das Alltagsleben hat.

2 Ein Schritt auf dem Weg zu einer anderen Globalisierung besteht darin, verbindliche Formen des ökumenischen Teilens zwischen Arm und Reich zu finden. Grundlage dafür ist die Überzeugung, dass wir alle Gottes Haushalter des Reichtums dieser Welt sind.

3 Auf globaler Ebene gilt es, die bestehenden Formen ökumenischen Teilens auszubauen, die es ermöglichen, dass die Empfänger der Gelder gleichberechtigt über deren Verwendung entscheiden können. Dafür ist eine Verbesserung dieser ökumenische Instrumente erforderlich, aber auch eine Änderung der Einstellung in vielen Kirchen, die Mittel für Entwicklungs- und Missionsaufgaben zur Verfügung stellen. Frauennetzwerke wie die „Fellowship of the Least Coin“ können zum Vorbild für ein solches ökumenisches Teilen sein.

4 Ökumenisches Teilen kann weder auf lokaler noch auf globaler Ebene eine exklusiv christliche Angelegenheit sein. Vielmehr eröffnet das Teilen von Gütern die Möglichkeit zu einer intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit über religiöse Grenzen hinweg. Es muss wahrgenommen werden, wie religiöse Unterschiede in vielen Gesellschaften mit großen Unterschieden im Zugang zu Einkommen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten korrespondieren. Angesichts der globalen Migrationsbewegungen wird es darauf ankommen, das Konfliktpotenzial solcher Unterschiede zu erkennen und sozialen Frieden und religiöse Harmonie gleichermaßen anzustreben.

5 Der ökumenische Beitrag zu einer anderen Globalisierung muss auf der lokalen Ebene verankert sein. Kirchengemeinden können vorleben, was es bedeutet, so zu wirtschaften, dass die Schöpfung geschont und ungerechte Verhältnisse abgebaut werden. Es gibt hierfür zahlreiche ermutigende Beispiele, aber es ist noch erforderlich, ein solches Wirtschaften zur Selbstverständlichkeit in allen Gemeinden zu machen und dabei globale Gesichtspunkte einzubeziehen.

6 Christinnen und Christen können dadurch, wie sie mit dem Reichtum der Schöpfung umgehen, zeigen, dass ein Leben jenseits der „Gesetze“ des Marktes und der Akkumulation möglich ist. Die Kirchen können solche Bestrebungen nicht nur durch Predigt und Gemeindegarbeit fördern, sondern auch dadurch, dass es den Einzelnen erleichtert wird, die Übersicht über ethisch verantwortliche Formen der Geldanlage und des Einkaufs zu behalten.

7 Der Umgang mit dem „wir“ in den Kirchen muss neu durchdacht werden, wenn es um Fragen des Lebensstils und Wirtschaftens geht. Weder dürfen die Unterschiede bei der Verschwendung von Ressourcen und der Belastung der Umwelt hinter dem „wir“ verborgen werden, noch können wohlmeinend andere mit dem „wir“ vereinnahmt werden, wo die persönliche Entscheidung gefragt ist. Aus der Bibel lässt sich lernen, wie persönliche Entscheidungen für den richtigen Weg und ein gemeinsames Engagement in der Gesellschaft einander ergänzen.

8 Angesichts der Dramatik vieler globaler Probleme erscheint die eigene Verhaltensveränderung nicht selten als vergeblich. Gemeinsames Engagement auf lokaler Ebene und Mitwirkung an der weltweiten ökumenischen Bewegung können die vielen kleinen Einzelschritte einbinden in eine Vision von einem anderen Leben und den Weg zu dessen Verwirklichung. Christinnen und Christen wissen, dass sie auf diesem Weg auf Gottes Unterstützung hoffen und vertrauen können. Ein Engagement für eine andere Globalisierung ist glaubwürdig, wenn es durch den eigenen Lebensstil und das eigene Wirtschaften bekräftigt wird.

9 Um das bestehende internationale Wirtschafts- und Finanzsystem im Interesse der „Verlierer“ der Globalisierung und der Schöpfung zu verändern, ist ein ökumenisches Engagement in der nationalen und internationalen Politik notwendig. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der übrigen Zivilgesellschaft und auch mit jenen Politikern und Regierungen erforderlich, die sich für eine andere Globalisierung einsetzen.

10 Angesichts der globalen Machtverteilung haben die Kirchen im Norden eine besondere Verantwortung, sich durch Lobby- und Advocacyarbeit sowie durch Kampagnen für Anliegen der Armen im Süden einzusetzen. Der Prozess der Globalisierung führt dazu, dass die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme in verschiedenen Teilen der Welt einander immer ähnlicher werden und vor allem immer stärker miteinander zusammenhängen. Deshalb ist das Engagement für die Anliegen der Menschen im Süden der Welt sehr oft unlösbar verbunden mit einem Eintreten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die Schöpfung im eigenen Land und am eigenen Ort.

11 Die weltweite ökumenische Bewegung kann ein Beispiel dafür geben, wie eine Globalisierung aussehen kann, in der nicht Herrschaft und Bereicherung das Zusammenleben prägen, sondern eine Geschwisterlichkeit, die alle einbezieht und allen ein Leben in Fülle ermöglicht. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht die ökumenische Bewegung die gegenseitige Anerkennung als Kirche und das gemeinsame Engagement für die Ziele des konziliaren Prozesses, also Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

12 Angesichts einer globalen Situation, die als Kampf zwischen Gott und Mammon zu verstehen ist, bedarf es einer engen und verbindlichen ökumenischen Zusammenarbeit aller, die sich als Teil der einen Kirche Christi in der Welt verstehen und die sich für diese Schöpfung und alle Mitmenschen einsetzen wollen. Ökumene ist eine Gemeinschaft in Vielfalt, die die Vielfalt der Welt schätzt und bewahren will. Diese Vielfalt und die

Sorge füreinander sind Zeichen einer anderen Globalisierung, an der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen mitarbeiten und die immer deutlicher Gestalt gewinnt. Es ist die Mission der Kirchen und ihrer Mitglieder, um Gottes und der Menschen willen an diesem Prozess mitzuwirken.

Fußnoten

Einleitung - Waren und Dienstleistungen, S.7-49

- ¹ Dieser Bereich bildet zum Beispiel einen Schwerpunkt in dem Buch von Ulrich Duchrow/Franz Josef Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital*, Oberursel 2002.
- ² Vgl. hierzu u.a. den Beitrag von Günter Ermlich „Sinne reiche Erlebnisse am laufenden Band“ in der tageszeitung vom 22.6.2002 sowie die Homepage www.theprintworks.com
- ³ Thomas Hanke/Norbert Walter: *Der Euro – Kurs auf die Zukunft*, Frankfurt am Main 1997, S. 115
- ⁴ Vgl. *Hamburger Abendblatt*, 28.2.2001
- ⁵ Vgl. *Öko-Test* 10/2001, S. 6
- ⁶ Vgl. Gerhard Dilschneider: *Lob der Langsamkeit*, in: VEM-Mitarbeiterbrief, 8-9/2001, S. 17f.
- ⁷ Vgl. zum Beispiel Ulrich Duchrow/Franz Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital, Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*, Oberursel 2002, S. 219
- ⁸ Regional Post, Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V., Eyber Straße 2, 91522 Ansbach, e-mail: info@lpv.de
- ⁹ Weitere Informationen über diese regionale Initiative sind in der Studie „Regionale Bio-Lebensmittel im Handel“ von Dorle Gothe zu finden, sie ist im Internet unter www.reginet.de nachzulesen.
- ¹⁰ Vgl. ebenda, S. 19f. und www.bruckerland.ffb.org
- ¹¹ Vgl. den Beitrag „Regional ist erste Wahl“, in: *Schrot und Korn*, 9/2002, S. 10ff.
- ¹² Vgl. Richard Gerster: *Globalisierung und Gerechtigkeit*, Bern 2001, S. 16
- ¹³ Vgl. *epd-Zentralausgabe*, 29.10.2002
- ¹⁴ Vgl. zum Beispiel den Beitrag: „Die fatalen Folgen des freien Handels – Wie Agrobusiness und Genkonzerne gewachsene Strukturen zerstören“ von José Lutzenberger und Siegfried Pater in: *Publik-Forum*, 11/2000, S. 8ff., sowie das Themenheft „Landwirtschaft“ (9/2002) der Schweizer Missionszeitschrift *Wendekreis*
- ¹⁵ Vgl. hierzu Richard Gerster, *Globalisierung und Gerechtigkeit*, a.a.O., S. 46f.
- ¹⁶ Sonderheft 2000 der Zeitschrift *Kirche im ländlichen Raum*, S. 31
- ¹⁷ Vgl. den Beitrag von Christian Stemmler über diese Initiative: „Besuch im Umsonst-Laden“, in: *Junge Kirche*, 2/2001, S. 22ff.
- ¹⁸ Zitiert nach *epd-Zentralausgabe*, 21.3.2002
- ¹⁹ Vgl. den Beitrag von Peter Nowack in der tageszeitung vom 30.3.2002
- ²⁰ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 30.9.2002; *Lateinamerika Nachrichten*, November 2002, S. 18ff.
- ²¹ Vgl. *Eine Welt* 2/2002, S. 27f.
- ²² Vgl. den Beitrag: „Tauschringe als Vorstufe einer alternativen Gesellschaft?“ von Karl Otterbein, in: *epd Entwicklungspolitik*, 4/2002, S. 61
- ²³ Vgl. *Lutherische Welt-Information* 2/2002, S. 2
- ²⁴ Heute benötigt das Vaterland etwas Neues, Botschaft der 81. Vollversammlung der Bischofskonferenz, in: *Weltkirche* 5/2001, S. 130
- ²⁵ Vgl. Jan Christensen: *Am Bedarf der Menschen orientiert*, in: *Nordelbische Mission*, 4/2002, S. 5
- ²⁶ Vgl. Norbert Dreßen: „Fair schmeckt besser“, in: *Misereor Aktuell*, 3/2002, S. 22
- ²⁷ Uwe Kleinert: *Inlandswirkungen des Fairen Handels*, in: *Misereor/Brot für die Welt/Friedrich Ebert Stiftung* (Hrsg.): *Entwicklungspolitische Wirkungen des Fairen Handels*, Aachen 2000, S. 22
- ²⁸ Vgl. u.a. Misereor u.a.: *Entwicklungspolitische Wirkungen des Fairen Handels*, a.a.O., S. 286ff.; Beiträge zur Debatte über den Fairen Handel sind außerdem im Jahre 2001 im Forum der Zeitschrift „der überblick“ erschienen
- ²⁹ Vgl. ebenda, S. 296f.
- ³⁰ So wird in der Schweiz beim Kaffee ein Anteil des Fairen Handels von fünf Prozent erreicht, beim Import-honig sogar von sieben Prozent und bei den Bananen von mehr als fünfzehn Prozent; vgl. Richard Gerster, *Globalisierung und Gerechtigkeit*, a.a.O., S. 110
- ³¹ Vgl. hierzu u.a. den Beitrag „Politik mit dem Kochtopf“ in: *epd-Dokumentation* 30/2002, S. 56ff.; weitere Informationen: Mahlzeit@fakt-consult.de, und www.projekt-mahlzeit.de
- ³² *Transfair*, Rennigiusstraße 21, 50937 Köln, www.transfair.org
- ³³ *Kampagne für „Saubere“ Kleidung*, Koordinationsbüro, c/o DGB Bildungswerk, Postfach 103055, 40021 Düsseldorf, www.saubere-kleidung.de
- ³⁴ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 26.2.2002
- ³⁵ Vgl. Hans Chrisoph Bill: *Der Blick über den Tellerrand*, in: *Nordelbische Mission*, 4/2002, S. 8f.
- ³⁶ Martin Weber: *Fair kauft sich besser*, in: *Nordelbische Mission*, 4/2002, S. 11
- ³⁷ Vgl. zu dieser Diskussion den Beitrag „Produkte aus der Region oder aus Entwicklungsländern?“ von Michael Windfuhr, in: *BUND/Misereor* (Hrsg.): *Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland*, München 2002, S. 272ff.
- ³⁸ Vgl. Naomi Klein: *No Logo! Der Kampf der Global Player um Marktmacht*, München 2001

- ³⁹ Vgl. die tageszeitung, 23.11.2001
- ⁴⁰ Vgl. Andreas Troge: Schwerste Aufgabe steht noch bevor: ein anderer Lebensstil, in: BUND/Misereor: Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, a.a.O., S. 144ff.
- ⁴¹ Zitiert nach: epd-Dokumentation 30/2002, S. 5
- ⁴² Carl Amery: Global Exit, Die Kirchen und der globale Markt, München 2002, S. 126
- ⁴³ Horst-Eberhard Richter: Die Wir-Menschen melden sich zurück, in: Chrison plus, 10/2002, S. 74
- ⁴⁴ Zitiert nach: Hamburger Abendblatt, 3.7.2001
- ⁴⁵ Die WTO knüpft damit an die GATT-Vereinbarungen an, die 1948 entstanden, um den Freihandel zu fördern. Die GATT-Verhandlungen konzentrierten sich auf die Liberalisierung des Warenhandels, vor allem durch den Abbau von Zöllen und Abgaben.
- ⁴⁶ Vgl. die Broschüre „GATS – Fact and Fiction“, nachzulesen im Internet-Angebot der Welthandelsorganisation www.wto.org
- ⁴⁷ In einer WTO-Einführung zu GATS heißt es hierzu: „Among the most important elements in the GATS package is the promise that successive further rounds of negotiations will be undertaken to continue opening up world trade in services“, WTO Secretariat: An introduction to the GATS, Genf 1999, S. 1
- ⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 2f.
- ⁴⁹ Vgl. dazu u.a.: Die WTO zu wessen Diensten? Ein Positionspapier der Erklärung von Bern zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS, Zürich 2000, S. 3f.
- ⁵⁰ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 28.9.1999
- ⁵¹ Vgl. Richard Gerster: Globalisierung und Gerechtigkeit, a.a.O., S. 44
- ⁵² In der Broschüre: „GATS – Facts and Fiction“ der WTO heißt es auf Seite 2: „Recently, however, the negotiations and the GATS itself have become the subject of ill-informed and hostile criticism.“
- ⁵³ WTO: Facts and Fiction, a.a.O.
- ⁵⁴ Im Artikel 1 des GATS-Vertrages heißt es, „each Member shall accord immediately and unconditionally to service and service suppliers of any other Member treatment no less favourable than it accords to like service and service suppliers of any other country“, zitiert nach: Introduction to the GATS, a.a.O., S. 4
- ⁵⁵ Eine WTO-Darstellung zu diesen Vereinbarungen findet sich auf der WTO-Homepage (www.wto.org) unter dem Titel: „The General Agreement on Trade in Services (GATS): objectives, coverage and disciplines“.
- ⁵⁶ Vgl. hierzu: Thomas Fritz: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Berlin 2002, S. 9f.
- ⁵⁷ In der Ausgabe vom 22.1.2001 der Zeitschrift „The Ecologist“ schreibt Maude Barlow in diesem Zusammenhang: „Many parts of the ‚Third World‘ have been forced to dismantle their public infrastructure in recent decades under International Monetary Fund-imposed structural adjustment programmes.“ So seien viele Gesundheits- und Bildungsbereiche privatisiert worden, ebenso der Wassersektor. Durch GATS würden die internationalen Konzerne jetzt den Zugang zu allen Ländern erhalten, und kein Land könne sich diesem Druck entziehen.
- ⁵⁸ Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Wirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Bundestagsdrucksache 14/9200, Berlin 2002, S. 153
- ⁵⁹ Vgl. WTO: An Introduction to the GATS, a.a.O., S. 7
- ⁶⁰ WTO: An introduction to the GATS, a.a.O., S. 6
- ⁶¹ Die WTO zu wessen Diensten? Ein Positionspapier der Erklärung von Bern zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS, Zürich 2000, S. 10
- ⁶² Kein Ausverkauf von Dienstleistungen!, Positionspapier der AG Welthandel und WTO von attac Deutschland vom 30.7.2002
- ⁶³ Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, a.a.O., S. 158
- ⁶⁴ Vgl. Peter Wahl: Mehr Risiken als Chancen für den Süden, die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO, in: epd-Entwicklungspolitik, 22/2001, S. 22
- ⁶⁵ Vgl. Thomas Fritz: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, a.a.O., S. 20
- ⁶⁶ Attac-Presseinformation vom 14.4.2002
- ⁶⁷ Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, a.a.O., S. 153
- ⁶⁸ Vgl. Theo Kneifel: Widerstand gegen GATS – in Deutschland, Ghana und Südafrika, in: EMS-Informationsbrief 3/2002, S. 20; vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Wahl: Mehr Risiken als Chancen für den Süden, in: epd-Entwicklungspolitik, 22/2001, S. 20ff.
- ⁶⁹ Vgl. das Interview mit Susan George in epd-Entwicklungspolitik 15/2002, S. 29
- ⁷⁰ Vgl. hierzu den Beitrag von Thomas Fritz in der Zeitung „Junge Welt“ vom 6.6.2002
- ⁷¹ Vgl. Thomas Fritz: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, a.a.O., S. 6

- ⁷² Vgl. Theo Kneifel, Widerstand gegen GATS, a.a.O., S. 21f.
- ⁷³ Vgl. hierzu u.a. Frank Kürschner-Pelkmann: Wasser als Ware – die Erfahrungen in Südafrika und Ghana, in: EMS-Informationsbrief 3/2002, S. 23ff.
- ⁷⁴ Vgl. attac-Presseinformation vom 12.9.2002 (siehe auch www.attac-netzwerk.de/gats) sowie die Berichte in der tageszeitung vom 18.9.2002 und in der Frankfurter Rundschau vom 8.10.2002
- ⁷⁵ Ein Bericht über die Tagung ist im Internet-Angebot des Ministeriums unter www.bmu.de/sachthemen/globalisierung zu finden.
- ⁷⁶ Vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, a.a.O., S. 159f.
- ⁷⁷ Vgl. hierzu www.attac-netzwerk.de/stuttgart/dokumente/soziales/komland_teufel.htm
- ⁷⁸ Vgl. hierzu www.stoppgats.at
- ⁷⁹ Kein Ausverkauf von Dienstleistungen, Positionspapier der AG Welthandel und WTO von attac Deutschland, 30.7.2002, S. 2
- ⁸⁰ WTO-Pressemitteilung vom 28.6.2002
- ⁸¹ Vgl. Marianne Hochuli: Gegen einen weltweiten Ausverkauf des Service public, in: epd-Entwicklungspolitik, 22/2001, S. 30f.
- ⁸² Vgl. Pressemitteilung der Erklärung von Bern vom 26.6.2001
- ⁸³ In einer Analyse des GATS-Prozesses schreibt Peter Wahl: „Dort, wo private und öffentliche Anbieter koexistieren, differenziert sich über kurz oder lang ein Zweiklassensystem heraus. Während vom privaten Sektor eine hohe Qualität gegen entsprechende Bezahlung angeboten wird, sind die ökonomisch schwachen Schichten auf die verbliebenen öffentlichen Dienstleistungen angewiesen, die finanziell unterausgestattet sind und meist nur noch ein Rumpfangebot aufrechterhalten.“ (epd-Entwicklungspolitik 22/2001, S. 23)
- ⁸⁴ Vgl. Thomas Fritz: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, a.a.O., S. 25f.
- ⁸⁵ Vgl. hierzu die Beiträge zu Bildungsfragen in den Ausgaben 17-18/2000 und 12/2002 der Zeitschrift epd-Entwicklungspolitik
- ⁸⁶ Vgl. Thomas Fritz: Die Bewertung der GATS-Verhandlungen im Rahmen der Wissensgesellschaft, a.a.O., S. 26

Kommunikation und Medien, S. 50-86

- ⁸⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 13.7.2002
- ⁸⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.4.2002
- ⁸⁹ Vgl. die im Herbst 2002 erschienene Beilage „Die Kraft der Werbung“ in der Süddeutschen Zeitung und anderen Publikationen, S. 46
- ⁹⁰ Ebenda, S. 48
- ⁹¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 13.8.2001
- ⁹² Stand 1999, vgl. deutsche Ausgabe der *Le Monde diplomatique*, Mai 2001, S. 15
- ⁹³ Bernd Beuscher: „... und dein Durst kann was erleben“ – christliche Motive (in) der Werbung, in: *Junge Kirche*, 5/2002, S. 40
- ⁹⁴ Vgl. *Le Monde diplomatique*, Mai 2001, S. 17
- ⁹⁵ Vgl. Jan Servaes/Rico Lie: Media versus globalisation and localisation, in: *Media Development*, 3/2001, S. 22
- ⁹⁶ Cees J. Hamelink: Confronting cultural rights, in: *Media Development*, 4/2001, S. 46
- ⁹⁷ Zitiert nach: epd-Zentralausgabe, 23.9.2002
- ⁹⁸ Vgl. epd-Zentralausgabe, 15.10.2002
- ⁹⁹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23.10.2002
- ¹⁰⁰ Vgl. epd-Zentralausgabe, 25.10.2002
- ¹⁰¹ Vgl. hierzu den Beitrag über religiöse Motive in der Werbung von Bernd Beuscher in der *Jungen Kirche* 5/2002, S. 37ff.
- ¹⁰² Vgl. epd-Zentralausgabe, 26.9.2002
- ¹⁰³ Vgl. epd-Zentralausgabe, 17.11.2001
- ¹⁰⁴ Vgl. hierzu auch den Beitrag von John Pilger: „Geschichte ohne Erinnerung“ im *Südwind-Magazin*, Mai 2001, S. 34
- ¹⁰⁵ Vgl. Action, Newsletter der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation, Januar 2002, S. 2
- ¹⁰⁶ Michael Traber: Von der schwindenden Macht der indischen Großmütter, in: *Wendekreis*, 10/2001, S. 8
- ¹⁰⁷ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann: Von Gutenberg bis Internet, *Weltmission heute* 26, Hamburg 1997, S. 35ff.
- ¹⁰⁸ Vgl. den Beitrag „Murdoch, der Eroberer“, *Die Zeit*, 5/2001
- ¹⁰⁹ Vgl. *Südwind-Magazin*, Mai 2001, S. 30
- ¹¹⁰ Rupert Murdoch soll gesagt haben: „Kill the book! Kill the fucking book!“, diese Sätze bestreitet der Verleger, der Vorgang selbst ist unbestritten, vgl. u.a. Süddeutsche Zeitung, 13.5.2002

- ¹¹¹ Zitiert nach: Südwind-Magazin, Mai 2001, S. 30
- ¹¹² Vgl. den Beitrag „Mediaocracy“ in Action, Newsletter der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation, Juli 2001
- ¹¹³ Vgl. Gerhard Klas: Freie Fahrt für die Medien-Multis, in: Publik-Forum, 23/2000, S. 13f.
- ¹¹⁴ Cees J. Hamelink: Confronting cultural rights, in: Media Development, 4/2001, S. 45
- ¹¹⁵ Vgl. epd-Zentralausgabe, 22.8.2001
- ¹¹⁶ Vgl. Action, Newsletter der World Association for Christian Communication, Oktober 2001, S. 4
- ¹¹⁷ Vgl. den Beitrag „Bedrohte Völker erheben ihre Stimme im Internet“ von Marc Steinlin, in: Wendekreis, 10/2001, S. 18f.
- ¹¹⁸ Süddeutsche Zeitung, 18.10.2002
- ¹¹⁹ Ebenda
- ¹²⁰ Christoph Dietz: Impact of the Radios Populares, in: Mediaforum 3/2001, S. 2ff.
- ¹²¹ Vgl. Bärbel Röben: Medienförderung, in: epd-Entwicklungspolitik, 11/2002, S. 36ff.
- ¹²² Vgl. WACC Media and Gender Monitor, 7/2000
- ¹²³ Die Zeitschrift wird von WACC herausgegeben und ist Teil eines Programms zur Förderung von Frauen in den Medien, Frauenmedien und angemessene Darstellung von Frauen in der Medienberichterstattung.
- ¹²⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2.7.2002
- ¹²⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 7.9.2002
- ¹²⁶ Vgl. zu diesem Problem den Beitrag von Ralf Blittkowsky in: Journalist 9/2002, S. 51
- ¹²⁷ Ein Beispiel hierfür ist das Angebot von medizinischen Fachzeitschriften, ihre Beiträge Universitäten und Forschungszentren in 70 wirtschaftlich armen Ländern kostenlos oder zu einem minimalen Preis über das Internet zur Verfügung zu stellen. Dies geht auf eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation WHO zurück, vgl. epd-Zentralausgabe, 13.1.2002.
- ¹²⁸ Vgl. Klaus Boldt: Internet: Neue Chancen für den Süden, in: Misereor aktuell, 1/2001, S. 18
- ¹²⁹ WACC Media and Gender Monitor, August 2002, S. 4
- ¹³⁰ Vgl. Alfonso Gumucio-Dagron: Is the Internet a form of electronic apartheid?, in: Media Development, 1/2001, S. 3ff.
- ¹³¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 12.4.2002
- ¹³² Vgl. epd-Entwicklungspolitik, 14/2001, S. 50
- ¹³³ Vgl. den Beitrag von Astrid Prange in Eine Welt, 2/2001, S. 14ff.
- ¹³⁴ Vgl. Klaus Boldt: Im Cyberspace sind die Gedanken frei, in: der überblick, 4/2000, S. 31
- ¹³⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 3.5.2001
- ¹³⁶ Die Süddeutsche Zeitung nannte am 10.9.2002 die Zensurversuche in China in einer Überschrift „Hase und Igel im Internet“.
- ¹³⁷ Vgl. The Economist, 24.3.2001
- ¹³⁸ Zitiert nach: Süddeutsche Zeitung, 12.4.2002
- ¹³⁹ Vgl. Christine Höbermann: Brücken über den Graben, Die Nichtregierungsorganisationen und das ‚Digital Divide‘, in: epd-Entwicklungspolitik, 11/2002, S. 39ff.
- ¹⁴⁰ Vgl. Astrid Prange: Das erste Slum im Internet, in: Eine Welt, 2/2001, S. 14ff.; im Internet ist die Homepage zu finden unter www.pips.at/huruma
- ¹⁴¹ Vgl. den Bericht von Klaus Boldt: „E-Bario: Internet in den Bergen Borneos“, im Internet zu finden unter www.epo.de/specials/e-bario.html
- ¹⁴² Vgl. epd-Entwicklungspolitik, 1-2/2001, S. 8
- ¹⁴³ Vgl. Sean Hawkey: Grameen Telecom, in: Action, Newsletter der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation, Februar 2002, S. 7, sowie Joachim von Braun u.a.: Armutsbekämpfung über Glasfaser und Funknetz, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 4/2001, S. 118f., sowie www.grameen-info.org/grameen/gtelecom/
- ¹⁴⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 11.8.2001
- ¹⁴⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 8.9.2001
- ¹⁴⁶ Vgl. Uwe Afemann: Anschluss gesucht, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 4/2000, S. 108ff.
- ¹⁴⁷ Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit, 4/2000, S. 110f.
- ¹⁴⁸ Vgl. Herwig Engelmann: Afrika am Netz, in: Le Monde diplomatique, Januar 2002, S. 11
- ¹⁴⁹ Vgl. den Bericht: „Im Wirrwarr der Gefühle – Christliche Lebensberatung im Internet immer mehr gefragt“ in der epd-Zentralausgabe vom 3.5.2001
- ¹⁵⁰ Gemeinden im Kirchenkreis Pinneberg haben die Erfahrung gemacht, dass ihre jeweilige Homepage von etwa 100 Surfern im Monat besucht wird, vor allem Menschen, die der Gemeinde bereits nahe stehen; vgl. Nordelbische Kirchenzeitung, 17.6.2001
- ¹⁵¹ Vgl. epd-Zentralausgabe, 1.3.2001
- ¹⁵² Vgl. hierzu u.a. den Bericht in „Ecumenical News International“ vom 14.6.2000 über eine Ansprache von Kardinal Etchegaray zum modernen Journalismus.
- ¹⁵³ Vgl. Chris Arthur: The Globalization of Communications, Genf 1998, S. 48

Mobilität, S. 87-114

- ¹⁵⁴ Hamburger Abendblatt, 29.9.2001
- ¹⁵⁵ Ebenda
- ¹⁵⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2.3.2002
- ¹⁵⁷ Hamburger Abendblatt, 4.6.1998
- ¹⁵⁸ Süddeutsche Zeitung, 1.7.1998
- ¹⁵⁹ Nkem Nwankwo: Mein Mercedes ist größer als deiner, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1979, S. 202
- ¹⁶⁰ Vgl. The Economist, 31.12.1999
- ¹⁶¹ Vgl. epd-Zentralausgabe, 29.10.2002
- ¹⁶² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.8.2002
- ¹⁶³ Vgl. The Economist, 13.4.2002
- ¹⁶⁴ Vgl. Frankfurter Rundschau, 9.1.2001
- ¹⁶⁵ Süddeutsche Zeitung, 10.9.2001
- ¹⁶⁶ Der Text des Studienpapiers ist im Internet zu finden unter www.ev-akademie-boll.de/special/sustmo14.htm
- ¹⁶⁷ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann: Gott und die Götter der Globalisierung, a.a.O., S. 23
- ¹⁶⁸ Vgl. Christian Lerch: Zur richtigen Zeit am richtigen Ort, in: Unterwegs, 2/2002, S. 8f.
- ¹⁶⁹ Vgl. Jürgen Ebach: Gehen oder bleiben, Biblische Erinnerungen zu einem modernen Zauberwort, in: Zeitzeichen, 5/2001, S. 22ff.; vgl. auch die Publikation des EMW: Unterwegs zum Leben, Ökumenische Pilgerwege in Europa (Weltmission heute 36), Hamburg 1999
- ¹⁷⁰ Fulbert Steffensky: Die endlose Gegenwart, in: Publik-Forum, 1/2002, S. 47
- ¹⁷¹ Interview mit Gunter Henn, in: Chrismon plus, 10/2002, S. 70
- ¹⁷² Bernward Kalbhenn: Zum Niederknien
– Beobachtungen in der Autostadt, in: Publik-Forum, 1/2002, S. 54ff.
- ¹⁷³ Süddeutsche Zeitung, 5.1.2002
- ¹⁷⁴ Frankfurter Rundschau, 1.8.2001
- ¹⁷⁵ Süddeutsche Zeitung, 21.8.2002
- ¹⁷⁶ Vgl. Regine Gwinner: Experten in eigener Sache, in: Zeitzeichen, 5/2001, S. 26ff.
- ¹⁷⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.11.2000
- ¹⁷⁸ Vgl. epd Dritte Welt Information, 15-16/99, S. 9
- ¹⁷⁹ World Council of Churches: Mobility – Prosepects of sustainable mobility, Genf 1998, S. 4
- ¹⁸⁰ Vgl. epd-Entwicklungspolitik, 11/2000, S. 19
- ¹⁸¹ Vgl. hierzu auch die ÖRK-Broschüre „Mobility“, a.a.O., S. 20f.
- ¹⁸² Zitiert nach: Lukas Vischer: Zukunftsfähige Mobilität – Die Kirchen können zu einer „Kultur beschränkter Mobilität“ beitragen, in: epd Entwicklungspolitik, 8/97, S. 10
- ¹⁸³ Vgl. den Beitrag von Christoph Link in der Frankfurter Rundschau vom 8.9.2001
- ¹⁸⁴ Süddeutsche Zeitung, 12.10.2002
- ¹⁸⁵ Vgl. epd-Zentralausgabe, 19.7.2002
- ¹⁸⁶ Vgl. Das Parlament, 11.1.2002
- ¹⁸⁷ Nordelbische Kirchenzeitung, 4.8.2002
- ¹⁸⁸ Vgl. Publik-Forum, 6/2001, S. 22
- ¹⁸⁹ Vgl. ebenda. S. 23
- ¹⁹⁰ Zitiert nach www.buergerbahn-statt-boersenwahn.de
- ¹⁹¹ Süddeutsche Zeitung, 2.10.2002
- ¹⁹² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 17.12.2001
- ¹⁹³ Süddeutsche Zeitung, 18.1.2002
- ¹⁹⁴ Stand 1999, vgl. Das Parlament, 11.1.2002
- ¹⁹⁵ Hans-Böckler-Stiftung/Deutscher Gewerkschaftsbund: Strategien für die Mobilität der Zukunft, Düsseldorf 2001
- ¹⁹⁶ Drucksache 14/9200 des Deutschen Bundestages vom 12.6.2002, S. 360
- ¹⁹⁷ Darauf hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen Anfang 2002 hingewiesen, vgl. Süddeutsche Zeitung, 28.2.2002
- ¹⁹⁸ Dies wird im Detail dargestellt in der Veröffentlichung: „Fliegen gefährdet das Klima“ des „Forum Umwelt und Entwicklung“ (Bonn 1999).
- ¹⁹⁹ Vgl. The Economist, 10.3.2001
- ²⁰⁰ Vgl. epd-Zentralausgabe, 26.8.2001; vgl. auch den Beitrag zum Flughafenusbau in Publik-Forum 14/2000, S. 19
- ²⁰¹ die tageszeitung, 29.6.2001
- ²⁰² Zitiert nach: die tageszeitung, 20.4.2001
- ²⁰³ Vgl. Norbert Suchanek: Die dunklen Seiten des globalisierten Tourismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47/2001, S. 32
- ²⁰⁴ Vgl. epd-Zentralausgabe, 3.7.2001

- ²⁰⁵ Vgl. www.lufthansa.com
- ²⁰⁶ Vgl. Chancen, Das Magazin der KfW-Bankengruppe, 3/2002, S. 9
- ²⁰⁷ Vgl. *Verträglicher Reisen*, Ausgabe 2002, S. 10
- ²⁰⁸ Zitiert nach: epd-Zentralausgabe, 14.12.2000
- ²⁰⁹ Vgl. Gerd Aberle: Globalisierung, Verkehrsentwicklung und Verkehrskosten, Kurzgutachten für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, S. 2
- ²¹⁰ Vgl. ebenda
- ²¹¹ Vgl. ebenda, S. 4
- ²¹² Vgl. einen Bericht in der Süddeutschen Zeitung vom 17.8.2002
- ²¹³ Ebenda
- ²¹⁴ Vgl. Hamburger Abendblatt, 9.9.98
- ²¹⁵ Zur Diskussion um das Blumensiegel vergleiche unter anderem die Beiträge: „Wenn Blumen sprechen könnten...“ und: „Blumen mit Siegel“, in: *der überblick*, 1/2001, S. 138 und S. 139
- ²¹⁶ Informationen zu dieser Aktion sind unter anderem bei Brot für die Welt in Stuttgart erhältlich.
- ²¹⁷ Heinz Werner Betz, Importfrachtleiter des Unternehmens, erklärt: „Wir versuchen, möglichst viel Fracht vom Flugzeug aufs Schiff und innerhalb Europas von der Straße auf Schiff und Bahn zu verlegen.“ Report 2000, Nachhaltigkeit bei Otto, Hamburg 2000, S. 30
- ²¹⁸ Remo Brunschweiler: Effizienter Transport der Güter, Logistik im europäischen Verbund, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.3.2000
- ²¹⁹ Report 2000, Nachhaltigkeit bei Otto, Hamburg 2000, S. 30

Gesundheit, S. 115-144

- ²²⁰ Donna Leon: In Sachen Signora Brunetti, Zürich 2000, S. 273f.
- ²²¹ Ebenda, S. 299
- ²²² Vgl. die Information der österreichischen Apotheker-Vereinigung unter www.apotheker.at zum Thema „Der Handel mit lebensgefährlichen Scheinmedikamenten“
- ²²³ Vgl. den Beitrag von Ulrich Bahnsen in der „Zeit“ 34/2002 zum Thema „Gestreckt, gepanscht, vergiftet“
- ²²⁴ Vgl. *Die Woche*, 4.8.1995
- ²²⁵ Vgl. die Hintergrundinformation des „German Pharma Health Fund“ zum Thema „Arzneimittelfälschungen – ein skrupelloses Geschäft“, im Internet zu finden unter www.gphf.org
- ²²⁶ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 30.9.2002
- ²²⁷ Paul Newton vom Center for Tropical Medicine and Infectious Diseases der Universität Oxford schrieb in einer Fachzeitschrift, die Pharmaindustrie habe das Problem in der Vergangenheit heruntergespielt, weil sie fürchtete, die Öffentlichkeit könnte das Vertrauen in die Medizin verlieren; vgl. „Der Handel mit lebensgefährlichen Scheinmedikamenten“, a.a.O.
- ²²⁸ *Süddeutsche Zeitung*, 30.9.2002
- ²²⁹ Vgl. im Internet www.gphf.org
- ²³⁰ Vgl. www.pharma-anticounterfeiting.info
- ²³¹ Vgl. *The Economist*, 13.7.2002
- ²³² Vgl. Evangelisches Missionswerk in Deutschland: Heilung in Mission und Ökumene, Weltmission heute 41, Hamburg 2001
- ²³³ Vgl. *The Economist*, 11.5.2002
- ²³⁴ Zitiert nach: *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.2002
- ²³⁵ Vgl. Jahresbericht der DIFÄM-Arzneimittelhilfe 1999, S. 2
- ²³⁶ Vgl. Ebenda
- ²³⁷ Zitiert nach: *International Review of Mission*, Januar 2001, S. 164
- ²³⁸ Ingrid Hechler-Bellinger: 20 Pfennig sind zu viel, in: *Contact* (Zeitschrift der AGEH), 4/2000, S. 8
- ²³⁹ Vgl. *Pharma-Brief*, 2/2002, S. 1
- ²⁴⁰ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 18.9.2001
- ²⁴¹ Ebenda
- ²⁴² Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.2002
- ²⁴³ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 16.8.2001
- ²⁴⁴ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 21.8.2001
- ²⁴⁵ Zitiert nach: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung/Verband Forschender Arzneimittelhersteller: *Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt*, GKKE-Schriftenreihe 23, Bonn 1999, S. 40
- ²⁴⁶ Im November 2001 zog die Pharma-Kampagne nach 20 Jahren eine Zwischenbilanz und konnte feststellen, dass eine Reihe von Erfolgen erzielt worden waren. Die Trägerschaft der Kampagne ist sehr viel breiter geworden, es ist gelungen, deutsche Pharmaunternehmen dazu zu veranlassen, unsinnige Medikamente nicht mehr in den Süden der Welt zu exportieren und in der Frage der Aids-Medikamente zu erreichen, dass die Bundesregierung die Pharmakonzerne zu Preissenkungen für Länder wie Südafrika aufgefordert hat. Vgl. Pressemitteilung der BUKO-Pharma-Kampagne vom 24.11.2001

- ²⁴⁷ Vgl. hierzu Hermann Schweiger: Medikamente für die Reichen?, in: Contact (Zeitschrift der katholischen Personalentsendeorganisation AGEH), 4/2000, S. 6f.
- ²⁴⁸ Jahresrückblick 2001 des DIFÄM, S. 1
- ²⁴⁹ Evangelische Kirche in Deutschland: Solidarität und Wettbewerb, Hannover 2002, S. 6
- ²⁵⁰ Vgl. Pharma-Brief Spezial, 1/2000, S. 9
- ²⁵¹ Vgl. The Economist, 27.10.2001
- ²⁵² Vgl. die tageszeitung, 27.10.2001; Süddeutsche Zeitung, 29.10.2001
- ²⁵³ Vgl. Christiane Fischer: Die Chancen der Zwanglizenzierung, in: epd-Entwicklungspolitik, 7/2000, S. 35f.
- ²⁵⁴ Vgl. hierzu die Presseerklärung der Kampagne „Access to Essential Medicines“ vom 31.10.2001, im Internet zu finden unter www.accessmed-msf.org/index.asp
- ²⁵⁵ Welternährung, Zeitung der Deutschen Welthungerhilfe, 3/2002
- ²⁵⁶ Vgl. Richard Gerster: Welthandels-Regeln bedrohen Pharma-Industrie Indiens, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 6/2000, S. 181ff.
- ²⁵⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27.10.2001
- ²⁵⁸ US-amerikanische Aids-Gruppen griffen nach solchen Interventionen den Vizepräsidenten Al Gore mit dem Slogan an: „Gores Gier tötet“; vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit, 6/2000, S. 183
- ²⁵⁹ Vgl. Pharma-Brief Spezial, 1/2000, S. 4f.
- ²⁶⁰ Vgl. BBC News, 12.2.2001
- ²⁶¹ Vgl. Oxfam: Cut the Cost, Patent injustice: How World Trade Rules threaten the Health of Poor People, London 2002, S. 6
- ²⁶² Vgl. US bullying on drug patents: one year after Doha, London 2002
- ²⁶³ Oxfam-Pressemitteilung, 12.11.2002
- ²⁶⁴ Vgl. Darlena David: Tripping up health in India, in: Contact (Gesundheitszeitschrift des ÖRK), Oktober 1998, S. 7ff.
- ²⁶⁵ Zitiert nach: Entwicklung und Zusammenarbeit, 6/2000, S. 182
- ²⁶⁶ Vgl. All Africa News Agency, 3.7.2000
- ²⁶⁷ Vgl. Oxfam: Generic competition, price and access to medicines, The case of antiretrovirals in Uganda, London 2002
- ²⁶⁸ Vgl. BBC News, 12.2.2001
- ²⁶⁹ Vgl. Pharma-Brief, Dezember 2001, S. 1f.
- ²⁷⁰ Süddeutsche Zeitung, 27.10.2001
- ²⁷¹ Vgl. die tageszeitung, 31.10.2002
- ²⁷² Vgl. epd-Zentralausgabe, 11.10.2002
- ²⁷³ Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung/Verband Forschender Arzneimittelhersteller: Grundlagen für konzertierte Maßnahmen gegen die HIV-AIDS-Pandemie, GKKE-Schriftenreihe 29, Berlin 2002, S. 10
- ²⁷⁴ Vgl. zum Beispiel die gemeinsame Erklärung der beiden Organisationen „WTO ist gesundheitsschädlich!“, zu finden unter www.attac-netzwerk.de/wto/gesundheit
- ²⁷⁵ Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 4.5.2001
- ²⁷⁶ Vgl. Interview in epd-Entwicklungspolitik, 4/2002, S. 39
- ²⁷⁷ Vgl. The Economist, 13.7.2002
- ²⁷⁸ Vgl. Ärzte ohne Grenzen: Tödliches Ungleichgewicht, Die Krise in Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln gegen vernachlässigte Krankheiten, Berlin 2001, S. 8
- ²⁷⁹ Vgl. Oxfam: Cut The Cost, a.a.O., S. 7
- ²⁸⁰ Ansprache von Bernard Pecoul, dem Direktor der Campaign for Access to Essential Medicines der Organisation Medicines Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen am 21.10.2002 aus Anlass von 25 Jahren der Liste unentbehrlicher Arzneimittel
- ²⁸¹ Vgl. Ärzte ohne Grenzen: Tödliches Ungleichgewicht, a.a.O., S. 10
- ²⁸² Ebenda, S. 16
- ²⁸³ Vgl. hierzu den Beitrag von Christina Berndt zum Thema: „Die Macht der Firmen – Forscher brauchen Industrie-Geld“ in der Süddeutschen Zeitung vom 16.5.2002
- ²⁸⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 19.10.2002
- ²⁸⁵ Vgl. Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, März 2001, S. 17
- ²⁸⁶ Vgl. Far Eastern Economic Review, 8.2.2001
- ²⁸⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 30.4.2002
- ²⁸⁸ Vgl. Ärzte ohne Grenzen: Tödliches Ungleichgewicht, a.a.O., S. 24
- ²⁸⁹ Zitiert nach. Pharma-Brief, 6/20002, S. 2
- ²⁹⁰ Vgl. Gesundheit in der Einen Welt, 4/2002, S. 14
- ²⁹¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 1.7.2002
- ²⁹² Albert Petersen: 25 Jahre WHO-Liste der unentbehrlichen Arzneimittel, Arbeitspapier des DIFÄM, Tübingen 2002, S. 5

- ²⁹³ Ebenda, S. 6
- ²⁹⁴ Zitiert nach epd-Entwicklungspolitik, 7/2000, S. 43
- ²⁹⁵ Vgl. DIFÄM-Jahresbericht 1999, S. 5
- ²⁹⁶ Gro Harlem Brundtland: Access to Essential Medicines as a Global Necessity, WHO, Genf 2002, S. 4
- ²⁹⁷ Vgl. Deutsches Institut für Ärztliche Mission, Arzneimittel spenden – aber wie?
- ²⁹⁸ Vgl. DIFÄM-Jahresbericht 2001, S. 6; der „Leitfaden für Arzneimittelspenden“ ist erhältlich bei der DIFÄM-Arzneimittelhilfe, Paul-Lechler-Straße 24, 72076 Tübingen
- ²⁹⁹ Vgl. Gesundheit in der Einen Welt, 1/2002, S.
- ³⁰⁰ Vgl. Gesundheit in der Einen Welt, 1/2001, S. 10ff.
- ³⁰¹ Vgl. DIFÄM-Jahresbericht 2001, S. 5
- ³⁰² Vgl. den Newsletter „Christliche Fachkräfte International“, 3/2002, S. 1 sowie den Beitrag auf S. 6-7 der Ausgabe 2/2000 der Zeitschrift „Gesundheit in der Einen Welt“ des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission
- ³⁰³ Zitiert nach: Brot für die Welt (Hrsg.): Von Gen-Piraten und Patenten, Frankfurt am Main 2000, S. 9ff.; in diesem Buch werden der Prozess und seine Hintergründe ausführlich dargestellt.
- ³⁰⁴ Ebenda, S. 7
- ³⁰⁵ Vgl. das Interview mit Konda Ku Mbuta in der Zeitschrift Gesundheit in der Einen Welt, 2/2000, S. 5f.
- ³⁰⁶ Vgl. Georg Stoll: Ana Bandas heilendes Wissen, in: Misereor aktuell, 3/2001, S. 14f.
- ³⁰⁷ Vgl. zum Beispiel Tansania-Information, 7/2001, S. 8
- ³⁰⁸ Vgl. Tansania-Information, 7/98, S. 8
- ³⁰⁹ Beitrag der tansanischen Zeitung Observer vom 26.11.2000, entnommen aus Tansania-Information, 3/98, S. 8
- ³¹⁰ Vgl. Martina Zwick: „Mutter Natur“ als Apotheke, in: Frauen leben, Aus der Frauenarbeit der Vereinten Evangelische Mission, 1/2001, S. 18f.
- ³¹¹ Vgl. Solveig Schrickel: Heilkräuter bei den Mapuche, in: Auftrag (Mission 21), 1/2002, S.18f.(in diesem Heft wird auch über Pflanzenheilkunde in Nigeria und Indonesien informiert); vgl. auch den Beitrag von Tanja Rother über Gesundheitspolitik und indigene Alternativen in Chile, in: Lateinamerika Nachrichten, September/Oktober 2002, S. 21ff.
- ³¹² Vgl. den Beitrag Gesundheits-Farm, in: Chancen, 2/2002, S. 20f.

Globalisierung - die Ökumene als Alternative, S. 148-179

- ³¹³ Klaus Wilkens (Hrsg.): Gemeinsam auf dem Weg, Offizieller Bericht der Achten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Harare 1998, Frankfurt am Main 1999, S. 352 f.
- ³¹⁴ Zitiert nach: epd-Entwicklungspolitik, 22/98, S. 37
- ³¹⁵ 1. Korinther 11,21
- ³¹⁶ Eberhard Jüngel: Bibelarbeit zu 1. Kor 11,17-34, am 17. Juni 1999 beim Deutschen Evangelischen Kirchentag; vgl. auch Ronald J. Sider: Der Weg durchs Nadelöhr, Wuppertal 1977, S. 100f.
- ³¹⁷ VEM-Mitarbeiterbrief,11/96, S. 20
- ³¹⁸ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann: High-Tech und Evangelium, Christen in Taiwan, in: Eine Welt, 1/98, S. 10ff.
- ³¹⁹ Vgl. u.a. Evangelisches Missionswerk in Deutschland: Theologie als konziliarer Prozess, Weltmission heute 3, Hamburg 1988, sowie Evangelisches Missionswerk in Deutschland: Der Text im Kontext, Die Bibel mit anderen Augen gelesen, Weltmission heute 31, Hamburg 1998
- ³²⁰ Die Beteiligung der Laien an der Erneuerung der asiatischen Kirche, Schlusserklärung einer Konferenz der ICMICA, in: Weltkirche, 3/1998, S. 82
- ³²¹ Gerhard Grohs: Religiöse Globalisierung, in: epd-Entwicklungspolitik, 2-3/1999, S. 39
- ³²² Einen kurzen Überblick gibt die Schwerpunktausgabe „Die Religionen in der Globalisierungsdebatte“ des Informationsbriefes Weltwirtschaft & Entwicklung, Mai 2002; ein grundlegendes Werk zu diesem Thema ist das Buch „Projekt Weltethos“ von Hans Küng (München 1990).
- ³²³ Jacques Rossel: Teilen in der ökumenischen Gemeinschaft, Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst 32, Frankfurt am Main 1983, S. 17
- ³²⁴ Ronald Sider, Der Weg durchs Nadelöhr, a.a.O., S. 108
- ³²⁵ Ebenda, S. 104
- ³²⁶ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann: Botschaft der Hoffnung, (EMW, Weltmission heute 37, Hamburg 1999)
- ³²⁷ Vgl. Lakshmi K. Daniel (Hrsg.): Many Prayers, One Prayer – Reconciliation and Hope through the Fellowship of the Least Coin, Bangkok 1999
- ³²⁸ Vgl. Fellowship of the Least Coin: Messages and Reports 2002, Bangkok 2002
- ³²⁹ Falblatt „The Fellowship of the Least Coin – A global movement of prayer for peace, justice and reconstruction“
- ³³⁰ Vgl. u.a. Evangelisches Missionswerk in Deutschland: Wege zu einer gerechten Gesellschaft, Beiträge engagierter Buddhisten zu einer internationalen Debatte, (Weltmission heute 23), Hamburg 1996

- ³³¹ Zitiert nach: epd-Dokumentation, 30/2002, S. 11
- ³³² Vgl. epd-Dokumentation 30/2002, S. 47ff.; weitere Informationen sind erhältlich bei: Dr. Volker Teichert, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
- ³³³ Vgl. Evangelischer Oberkirchenrat Stuttgart: Umwelterklärung 2001, Stuttgart 2002
- ³³⁴ Vgl. u.a. Antje Schneeweiß: Kursbuch Ethische Geldanlage, Frankfurt am Main 2002 sowie verschiedene Publikationen von Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene, Lindenstraße 58-60, 53721 Siegburg, www.suedwind-institut.de
- ³³⁵ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann, Gott und die Götter der Globalisierung, (EMW, Weltmission heute 45) Hamburg 2002, S. 87f.
- ³³⁶ Ebenda, S. 88f.
- ³³⁷ epd-Dokumentation 22/2002, S. 42
- ³³⁸ Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz: Die vielen Gesichter der Globalisierung – Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung, Bonn 1999, S. 52f.
- ³³⁹ Vgl. Jahrbuch Mission 2002: „Afrika? Afrika! Staat, Nation und Kirchen“, hrsg. Vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW) und dem Verband Ev. Missionskonferenzen, Hamburg 2002
- ³⁴⁰ Vgl. hierzu u.a.: Die vielen Gesichter der Globalisierung, a.a.O., S. 56ff.
- ³⁴¹ Zitiert nach: epd-Dokumentation 22/2002, S. 46
- ³⁴² Vgl. epd-Dokumentation 43a/2002 zum Thema: „Wirtschaft im Dienst des Lebens“
- ³⁴³ Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene, Lindenstraße 58-60, 53721 Siegburg, www.suedwind-institut.de; Werkstatt Ökonomie – Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg, www.woek.de
- ³⁴⁴ Publik-Forum 5/2002, S. 25
- ³⁴⁵ Katholische Mission, 3/1997, S. 76
- ³⁴⁶ Interview in der Nordelbischen Kirchenzeitung, 29.7.2001
- ³⁴⁷ Vgl. Frank Kürschner-Pelkmann, Gott und die Götter der Globalisierung, a.a.O, S. 176ff.
- ³⁴⁸ Konrad Raiser: Für einen ökumenischen Neubeginn, in: Ökumenischer Informationsdienst, 3/2002, S. 3
- ³⁴⁹ Nordelbische Kirchenzeitung, 29.7.2001
- ³⁵⁰ Vgl. hierzu die Beiträge in der epd-Dokumentation 39/2002
- ³⁵¹ Margot Käßmann: Der Ökumenische Rat am Scheideweg, in: Zeitzeichen, 10/2002, S. 8
- ³⁵² Ebenda, S. 10
- ³⁵³ Vgl. Katrin König: Die Welt am Ufer des Tobasees, in: In die Welt für die Welt, 4/2002, S. 16f.
- ³⁵⁴ Vortrag von Präses Kock vor dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer am 12. September 2002 (nachzulesen unter www.ekd.de/vortraege).
- ³⁵⁵ Ökumene – die andere Globalisierung. Dokumentation zur Themensynode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Hamburg 2001, S. 9
- ³⁵⁶ Zur philippinischen Wirtschaft, Pastorale Ermahnung der Bischofskonferenz, in: Weltkirche, 8/98, S. 246 und 250
- ³⁵⁷ Tissa Balasuriya: Globalization and Human Solidarity, Thiruvalla 2000, S. 199

Über den Autor

Frank Kürschner-Pelkmann (geb. 1949) ist Autor und Zeitschriftenredakteur in Hamburg. Nach dem Studium der Politik, Volkswirtschaft und Pädagogik arbeitete er zunächst als freier Journalist und wurde dann Referent im Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW), wo er vor allem für Veröffentlichungen (u.a. mit theologischen Beiträgen aus der Dritten Welt) und später für die Förderung von Medienprojekten in der Ökumene verantwortlich war. Im Auftrag des EMW besuchte er zahlreiche Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Seit 1996 ist der Journalist und Buchautor Redakteur der Zeitschrift "Junge Kirche" und daneben freiberuflich tätig.

Das besondere Interesse des Autors gilt theologischen Themen, der ökumenischen Bewegung und dem kirchlichen Engagement in Entwicklungsfragen. Frank Kürschner-Pelkmann hat viele Texte von Theologinnen und Theologen aus der Dritten Welt übersetzt, beziehungsweise deren Veröffentlichung redaktionell betreut.

In der Reihe „Weltmission heute“ sind von ihm u.a. die Broschüren „Von Gutenberg bis Internet – Kirchen und soziale Kommunikation“, „Botschaft der Hoffnung – Theologische Grundlagen für eine menschliche Entwicklung“, „Die Theologie Reinhard Bonnkes“, „Gott und die Götter der Globalisierung“ und „Wasser - Gottes Gabe, keine Ware“ erschienen.